

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

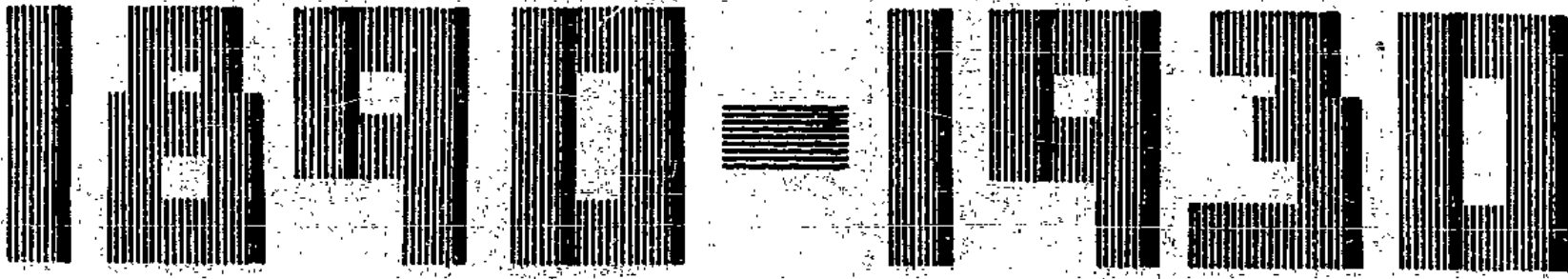
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag und Schriftleitung: E. Kenninger, Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-5. — Druck: E. Janiszewski, Berlin SO 36, Elisabethufer 29.

Nummer 26

Berlin, den 28. Juni 1930

5. Jahrgang



## 40 Jahre Fabrikarbeiterverband

In Hannover schlug eine Flamme empor  
Und leuchtete weit ins Land,  
Fuhr züngelnd und lodernnd von Ort zu Ort,  
Stedte Herzen und Hirne in Brand.

Ein Gedanke sich dem Geshen entrang,  
Drang hinaus als Ruf weit und breit:  
Hörst du, geknechtetes Arbeitervolk?  
Wir rufen zur Einigkeit.

Und staunend wurde den Sklaven klar:  
Unsere Seele ringt sich zum Licht,  
Was ahnend in uns vorhanden war,  
Steigt klar auf, das Dunkel zerbricht.

Und sie formierte sich überall,  
Die enterbte, geknechtete Schar,  
Es wuchs und wuchs zur großen Zahl,  
Was seither vereinzelt war.

So schufen die „Nachtgewerblichen“ sich  
Die Einheitsorganisation,  
Weil in der Zerklüftung die Schwäche liegt,  
Doch Macht in der Zentralisation.

Schon holten die Gegner zum Schläge aus,  
Sie waren damals ihrer drei.  
Mit ehrlichen Waffen kämpften sie nicht,  
Unternehmer, Staat, Polizei:

Unsere Besten wurden mit Weib und Kind  
In die Fremde, ins Elend gesagt;  
Doch bezwungen? Nein, das haben sie uns nicht,  
Wir haben gekämpft, nicht geklagt.

Seit vier Jahrzehnten stehen wir nun  
Im Kampfe. Und was ist erreicht?  
Wir haben die Menschen zu Menschen gemacht.  
Eine Tat! und sie war nicht leicht.

Noch stehen uns schwere Kämpfe bevor,  
Wach gilt es zu sein und bereit,  
Damit aus Wille und Tat werden kann  
Eine schönere, bessere Zeit.

Stark sei der Wille, klar sei der Geist,  
Geschlossen die kämpfende Schar;  
So drängen wir freudig dem Ziel entgegen  
Und befreien, was Sklave war.

Der Faule soll nicht mehr Herrscher sein  
Und vergeuden der Arbeit Ertrag.  
Gemeinfames Werk soll Segen spenden  
Für alle und jeden Tag.

Vereint und einig bezwingen wir  
Wirtschaftliche Tyrannei;  
Die Frucht unserer Arbeit soll unser sein,  
Erst dann ist die Menschheit frei. S. Prall.

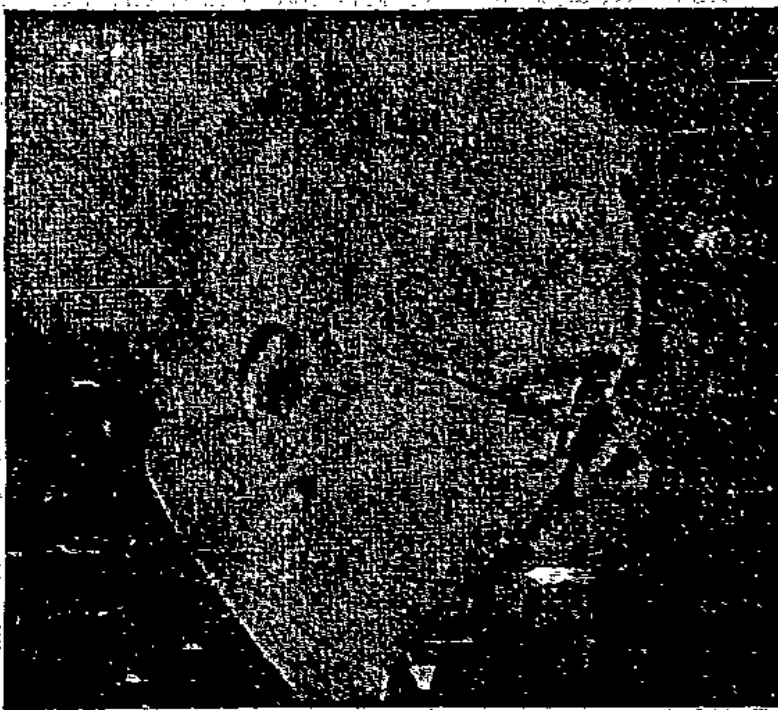
## Vierzig Jahre Kampf und Vormarsch.

Der Wille der Arbeiterschaft zum Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete ist nicht freier Wille, er ist vielmehr zwangsläufig bedingt. Das private kapitalistische Wirtschaftssystem hat den größten Teil der Menschheit losgelöst von den Produktionsmitteln. Die privaten Kapitalbesitzer waren von jeher bestrebt, zu ihren eigenen Gunsten die Lebenshaltung der Arbeitnehmer möglichst tief herabzudrücken. Ganz selbstverständlich mußten diese sich dagegen zur Wehr setzen. Die wirtschaftliche Lage, in der die Arbeiterschaft sich befand, mußte ein bestimmtes Denken bei ihr auslösen. Der einzelne sah und fühlte seine Hilflosigkeit gegenüber seinem „Arbeitgeber“. Also — so ging der Gedankengang logisch weiter — müssen wir vereint erstreben, was der einzelne nicht zu erreichen vermag. Deshalb Zusammenschluß, gemeinsames Handeln. Und als da und dort einzelne aussprachen, was viele dachten, da wurde die Organisation geboren, als das Ergebnis des aus bestimmten wirtschaftlichen Verhältnissen herausgewachsenen Denkens einer Gesellschaftsschicht: der Arbeitnehmerschaft.

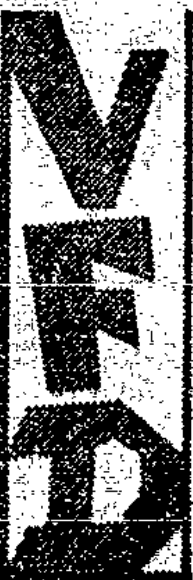
Die „Ungelehrten“ waren die „Varias“ unter der Arbeiterschaft. Und doch schufen sie sich in verschiedenen Orten des Reiches schon in den achtziger Jahren lokale Organisationen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Weiter zurück reichen die Gründungen der Porzellan- und Glasarbeiter. Aber einerlei, welche Berufsgruppe unseres Gesamtverbandes es auch sei, sie haben alle eine schwere, aber auch erfolgreiche Organisationstätigkeit hinter sich.

Die Wurzeln des Jubilars „Fabrikarbeiterverband“ sind in dieser Nummer von den verschiedenen Mitarbeitern aufgezeigt. Der Gedanke der zentralen Zusammenfassung der damals vorhandenen lokalen Ortsgruppen wurde von Hannover aus propagiert. Von Hannover aus ging der Ruf zum Zusammenschluß, und zwar hatte August Ehrberg den Auftrag, den ersten Kongress der nichtgewerblichen Arbeiter einzuberufen, der dann auch im Ballhof in Hannover vom 29. Juni bis 2. Juli tagte. Die Gründung kam zustande, und es wurde vom Kongress ein provisorischer Vorstand gewählt, bestehend aus August Ehrberg als Vorsitzenden, Jean Wilhelm als Kassierer und Wilhelm Thielhorn als Schriftführer. Ehrberg hatte nicht die Absicht, den Vorsitz zu behalten, und so wählte die hannoversche Mitgliedschaft vier Wochen später den Kollegen August Brey endgültig zum Vorsitzenden. Die Amtstätigkeit unseres Kollegen Brey begann am 1. August 1890. Seit dieser Zeit steht er an der Spitze unseres Verbandes. August Brey ist also seit 40 Jahren Vorsitzender unserer Organisation und ist damit gleichfalls Jubilar.



August Brey.



Wir gratulieren unserem kampfgewohnten ersten Vorsitzenden, unserem Führer, Freund und Kameraden recht herzlich und danken ihm, daß er sein Wissen, seine Catkraft und seine Person unserem Verbands, der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat. Der Name August Brey ist ein Programm für unseren Verband. Dieser Name wird für alle Zeiten klingen wie eine Fanfare. Im Verbands sowohl wie in der Arbeiterbewegung überhaupt wird der Name Brey ewigen Bestand haben.

Brey erhielt das fürstliche Gehalt von 30 RM pro Monat als Vorsitzender des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Daß Brey davon nicht leben konnte, ist selbstverständlich, und so hat er noch lange Zeit als Schuhmacher das Nötige verdienen müssen.

Mit einem einzigen halbbesoldeten Funktionär fing der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1890 an; heute hat er ungefähr 450 Angestellte, um die Organisationsarbeiten durch das Zusammenwirken verschiedener Spezialabteilungen zu bewältigen. Neue erprobte Kämpferscharen sind zu uns gestoßen durch den Anschluß der Verbände der Glasmacher und der Porzellanarbeiter. Ueber eine ganze Anzahl eigener Verbandshäuser im Reiche verfügt der Verband. Der Hauptvorstand ist soeben — im Jubiläumsmonat — in das eigene Verbandshaus, die ehemalige Diskontbank, eingezogen. Der Keramische Bund in Charlottenburg besitzt ein eigenes Bürohaus.

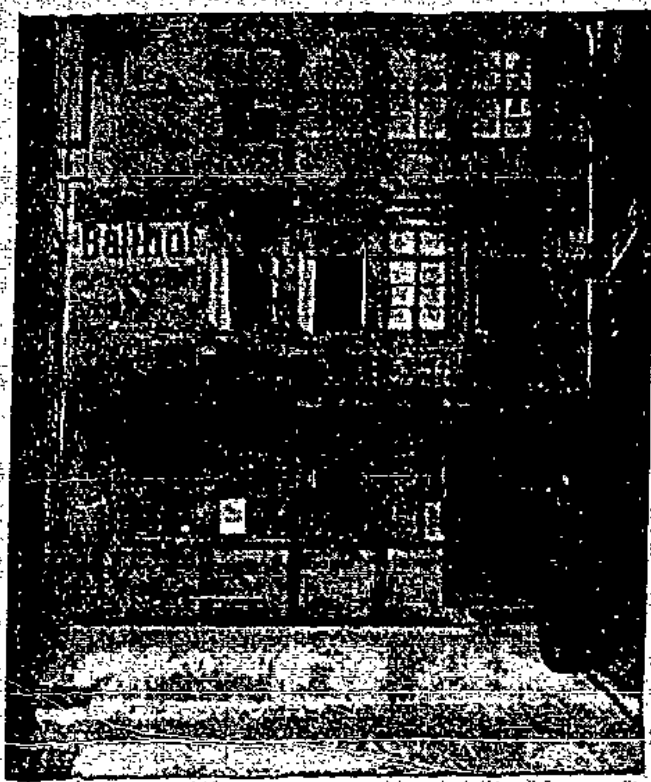
Sowohl unsere Zeitschrift „40 Jahre Kampf“ wie auch diese unsere Jubiläumsnummer berichtet über Werdegang, Kämpfe, Niederlagen und Erfolge, über Aufstieg

und Wandlungen unserer Organisation. Hier wird uns die Erkenntnis vermittelt, wie die Organisation an Macht und Einfluß gewonnen hat. Der Verband hat der Mitgliedschaft Selbstvertrauen gegeben und trägt in erheblichem Maße zur geistigen und materiellen, überhaupt zur kulturellen Hebung unserer Mitgliedschaft bei.

Bei der heutigen Konzentration von Kapital und damit von Wirtschaftsmacht in verhältnismäßig wenigen Händen bei dem heutigen technischen Stand der Produktionsmittel denke man sich nur einmal die Arbeiterorganisationen weg. Dazu die Arbeitslosigkeit. Die Verklauung der Arbeiterschaft wäre vollkommen. Wenn es heute noch keine Arbeitnehmerverbände gäbe, müßten sie morgen gegründet werden.

In unserem 40jährigen Jubiläum geloben wir, in gemeinsamer Arbeit uns weiter vorwärts zu kämpfen, Schritt um Schritt näher heran an das höchste Ziel der Arbeiterbewegung: Befreiung der Arbeitnehmerschaft aus wirtschaftlicher Sklaverei.





Ballhof, Sitzungsort des I. Kongresses.

### Nach 4 Jahrzehnten.

Von August Bröck.

Im Jahre 1915, als die Kriegsfurie blutig tobte, blickte der Verband auf sein 25jähriges Bestehen zurück. Der „Proletarier“ erschien aus diesem Anlaß in festlichem Gewande. Ein Beitrag in dieser Nummer war betitelt: „Im Anfang“. Er schilderte die Wehse und Unzulänglichkeiten, mit denen das Verbandsschifflein im Kampfe für die Interessen der Kollegen gesteuert wurde. Am Schluß sagte der Verfasser: „Was die Entwicklung auch bringen möge, das zweite Vierteljahrhundert wird der Verbandentwicklung günstiger sein, und unsere Kollegen haben leichtere Arbeit.“ Die Arbeit ist im zweiten Vierteljahrhundert leichter geworden, da die polizeilichen Plackereien mit dem Kriegsende als überwunden gelten konnten.

Wiederholt wurde in der Vorkriegszeit versucht, unseren Verband bzw. seine Ortsgruppen als politisch zu erklären. So erging es in den neunziger Jahren auch der Zahlstelle Linden. Das Landgericht in Hannover hatte am 11. Mai 1898 die Zahlstelle Linden freigesprochen. Es wurde Revision beim Kammergericht in Berlin anhängig gemacht. Dessen Strafsenat entschied am 26. September 1898: „Es sei festgestellt, daß am 21. Dezember 1896, am 9. Oktober 1897 und am 6. November 1897 in Versammlungen zu Linden politische Gegenstände erörtert worden seien. Aber in Rücksicht auf die geringe Anzahl der gehaltenen politischen Vorträge und den etwa zehntonatigen Zwischenraum zwischen den ersten beiden Versammlungen halte das Gericht nicht für festgestellt, daß sich der Verein die Erörterung politischer Gegenstände zum Zwecke gesetzt habe.“ Die Revision wurde zurückgewiesen.

Noch einige Male nahmen die Ordnungshüter Anlaß, dem Verbandsrat das Fortkommen unmöglich zu machen. In einem Schreiben vom 3. Mai 1899 unter dem Zeichen „Geheim“ teilte der Oberpräsident der Provinz Sachsen, v. Boetticher, dem Regierungspräsidenten mit, daß die Revision zurückgezogen sei. Weiter hieß es:

„Der Herr Oberstaatsanwalt ist indes — wie ich zur vertraulichen Kenntnisnahme mitteile — der Auffassung, daß es nur einer sorgfältigen und geschickten polizeilichen Überwachung der ferneren Versammlungen der Nebenstellen bedürfen wird.“

Die Abschrift dieses Geheimverlaufs ging — ebenfalls geheim — an die Ortspolizeibehörden mit dem Auftrag, „die weitere Entwicklung des Verbandes sorgfältig zu überwachen“. Der Eifer wurde angestachelt durch die Bemerkung:

„Der Verband ist nach meinen Wahrnehmungen das gefährlichste Organ der Sozialdemokratie im hiesigen Kreise, weil er die Agitation unter die landwirtschaftlichen Arbeiter zu bringen bestimmt ist.“

Der Polizeipräsident von Berlin war im Verlauf eines Prozesses gegen die Zahlstelle Bitterfeld um ein Gutachten angegangen worden. Er erteilte es unterm 1. Januar 1913 mit dem einleitenden Satz:

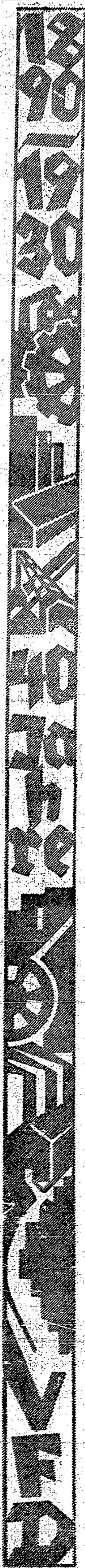
„Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands mit dem Sitz in Hannover wird einweilen hier noch nicht als ein politischer Verein im Sinne des § 103 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 1. März 1878 angesehen.“

Der Polizeipräsident in Hannover war rascher in seinem Urteil und erklärte unterm 16. Januar 1914 dem Verband als einen politischen Verein. Unter Anhängigkeit einer Zwangsstrafe von 100 Mk. wurde gefordert, das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und die Satzungen einzureichen. Außerdem wurde dem Verbandsrat mitgeteilt, daß „Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dem Verbandsrat weder als Mitglieder angehören, noch bei seinen Versammlungen zugegen sein dürfen“.

Das Gutachten des Berliner Polizeipräsidenten zeitigte keine Folgen. Die Verordnung des hannoverschen Polizeipräsidenten blieb — wie viele vorausgegangenen — unerfüllt. Aus dem 25jährigen Kampfe mit Polizei und Gerichten ging der Verband als Sieger hervor.

Es kam der Zusammenbruch und das Ende des Krieges. Politisch war Deutschland besiegt. Nach dem alten Grundsatz „Wehe dem Besiegten“ wurden ihm von den Siegern harte Friedensbedingungen auferlegt. Nationalistische „Desperadopolitik“ außerhalb der Gesetze hegte zum „passiven“ Widerstand. Durch Besetzung des Ruhrgebietes wurde die Schlagader der deutschen Wirtschaft unterbunden. Im Laufe der Zeit trat ein Verfall der Währung ein. Jeder Maßstab für die Kaufkraft des Geldes ging verloren. Fortgesetzt mußte das Entgelt für die Arbeitsleistung neu bestimmt werden. Am Ende dieser Periode hatte die Billion, gemessen an dem amerikanischen Dollar, den Wert einer Goldmark. In dieser Zeit der schwersten Not hat unser Verband — wie überhaupt die gesamte Gewerkschaftsbewegung — die Leistung vollbracht, für den ermittelten Index der Unterhaltskosten das Entgelt im Lohne zu erringen. Bis zum finanziellen Zusammenbruch hat der Verband alles zur Wahrung der Interessen der Mitglieder aufgewandt. Eine großzügige Unterstützung der Fabrikarbeiterinternationale ermöglichte den Wiederaufbau des Verbandes.

Es kam die Stabilisierungskrise. Abermals mit einer Umwertung aller Werte. Auch in dieser Zeit hatte der Verband die Aufgabe, für seine Mitglieder den Anteil aus dem Arbeitsvertrag zugunsten der Kolleginnen und Kollegen zu regeln. Diese Arbeit, so schwer wie irgendeine im ersten Vierteljahrhundert, konnte gut für unsere Kollegenschaft geleistet werden. Sie wäre nicht zu erfüllen gewesen, wenn die Unternehmer in der Lage gewesen wären, den nach dem Fall des Sozialerregnisses genommenen Herrenstandpunkt ansrechtzuerheben. Die Forderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach den Bedürfnissen der Arbeiter war der Grundsatz der Unternehmer. Besonders in unseren Betrieben. In diesem Grundsatz der feste Wille der Unternehmer, ihn durchzuführen. Dem Vorkriegsstande sich organisatorisch Wirtschaftsmacht zur Seite. Die Unternehmer erleben, daß in unseren Industrien schon vor Kriegsausbruch der Tarifgebände zur Überwindung gekommen ist. Die Zahl der abgeschlossenen Tarife nahm. Am Schluß des Jahres 1929 war der Verband Träger von 1700 Lohn- und Arbeitsverträgen. Der Verbandsgrundsatz: Erringung guter Lohn- und Arbeitsbedingungen hat deren Festigung durch den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen hat bedeutend an Ausdehnung gewonnen. Die Feindschaft gegen den kollektiven Arbeitsvertrag ist nicht endgültig überwunden. Eine Reihe von Unternehmern nimmt Fronstellung ein für den persönlichen Arbeitsvertrag der tariflosen Zeit. Sie erblicken darin ein Mittel, die Folgen des Weltkrieges, die in der Wirtschaftskrise in der ganzen Weltwirtschaft in und außerhalb Europas zum Ausdruck kommen, leichter zu überwinden. Abbau der Löhne, längere Arbeitszeit, verschärfte Ausnutzung der Arbeitskraft sind die Mittel, um den Anteil des Kapitals an dem Ertrage der Arbeit zu steigern. Dazu suchen die Unternehmer Bundesstrappen. Sie haben sie bereits gefunden in den „Selben“, Nationalsozialisten und anderen Helfern, die den Wert der Interessen zwischen Kapital und Arbeit nicht als einen natürlichen Ausdruck der Klassenverhältnisse ansehen, sondern als etwas künstlich Behauptetes. Der Glaube an die Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit hat neue Apokalypsen gefunden, die neue Gläubige suchen. In der inneren Politik ist ein jäher Wechsel eingetreten. Neue Finanzgesetze belasten die



Erzeugung; die Rahmengesetze für die Zoll- und Handelspolitik erschweren den Abzug nach dem Auslande, mehrern somit die Arbeitslosigkeit, verteuern im Innern die Lebenshaltung, so daß mit Kämpfen um die Gestaltung der Tarife in aller nächster Zukunft zu rechnen ist. Wie es aber den Unternehmern in der hinter uns liegenden Zeit nicht möglich gewesen ist, den Arbeitsvertrag nur nach ihrem Willen zu gestalten, so wird es ihnen auch in der Zukunft nicht möglich sein, den Einfluß der Kollegen und ihrer Vertreter bei Erhaltung und günstiger Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen maßzulegen.

Das ist ein Ergebnis des Kampfes, den wir in 40 Jahren geführt haben. Der Einfluß einer starken Organisation drückt sich nicht allein in Arbeitseinstellungen aus, sondern auch in Vergleichsverhandlungen, die das gleiche Ergebnis bringen wie eine erfolgreiche Verweigerung der Arbeitsleistung.

Aus einer anderen Betrachtung ergibt sich das Fortschreiten unserer Verbandsfrage. Als vor 40 Jahren kühne Pioniere unseren Verband einreichten in den Reihen der übrigen Organisationen, da hatten unsere Satzungen fast weiter nichts zu bieten als die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das war ein Versprechen, das war ein Wille, hinter dem zu damaliger Zeit aber weder Mittel noch Macht standen, die den Willen zur Tat werden lassen konnten. Als es in den ersten Jahren Ernst mit den Kämpfen geworden war, mußte die Verbandsleitung auf dem Verbandstag in Halberstadt an die Solidarität der gesamten Gewerkschaften appellieren. Das Unterstützungswesen für den Kampf ums Dasein war in jeder Beziehung mangelhaft. Wir entbehrten den Personenapparat, den wir heute haben, wo im Hauptvorstand, in den Gauleitungen und in den Zahlstellen Hunderte von Mitarbeitern den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Heute, nach 40jährigem Ringen und Streben um den Aufstieg ist unser Statut ausgebaut zu einem weitausholenden sozialpolitischen Programm! In den Satzungen des Verbandes ist die Auffassung niedergelegt, daß die völlige Gleichberechtigung des Arbeiters in Staat und Gesellschaft Ziel sein soll. Der Verband kämpft um volle Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit. Auf dem Wege zu diesem Ziele gewährt er alle Mittel lohnpolitischer und familiärer Art, die dem allgemein erhobenen Ziele förderlich sind.

Die Verbandsleitung wendet alles auf, um das in den Anfängen bereits gesetzlich festgelegte Mitbestimmungsrecht in den Betrieben rechtlich zu sichern, die Kolleginnen und Kollegen bei Nutzung dieses Rechtes zu schützen und das Recht selbst in seinen Wirkungen auf viel breitere Grundlagen zu stellen.

Wenn aus Mitteln der Verbandshauptkasse im Jahre 1928 3 194 555 Mk. an Erwerbslosenunterstützung geleistet worden sind, so wirkt das lohnpolitisch, um die Kollegen in dem Bewußtsein zu stärken, daß sie nicht jeder Lohnkürzung nachgeben müssen. In dem Bewußtsein, der Verband schützt dich, konnten sie Zuminutungen mit lohndrückenden Tendenzen ablehnen.

An Erwerbslosenunterstützung im Falle von Krankheit sind 2 879 133 Mk. ausgezahlt worden. Eine bedeutende Hilfe für die Familien und die Angehörigen der erkrankten Mitglieder. Beide Erwerbslosenunterstützungsarten sind von weitgehenden günstigen Folgen für all jene Wirtschaftskreise, die in ihrer Existenz auf Weidlich und Verdienst mit der Arbeiterklasse unlosbar verbunden sind.

Im Anfang und Jahrzehnte über den Anfang hinaus erschöpft sich unsere Aufklärungsarbeit in dem Verbandsorgan. In der Mitte des zweiten Jahrzehnts eröffnete sich einigen die Aussicht, die Gewerkschaftsschule besuchen zu können. In einem gut ausgebauten Aufklärungsapparat gibt unser Verband seit Jahren Belehrung über den Stand der Sozialpolitik und die Aufgaben des sozialen und wirtschaftlichen Arbeiterrechts. Diese Aufklärung setzt ein mit Kursen in den Zahlstellen. Sie werden fortgesetzt in der Verbandschule in der Wanniger Markt. Je nach Möglichkeit bringen staatliche Wirtschaftsschule in Düsseldorf, Berlin und Tinz, die Arbeiterakademie in Frankfurt am Main und in Zukunft die Gewerkschaftsschule in Bernau den Abschluß. Das Ziel dieser Bildungsarbeit ist, einer großen Zahl von Kollegen Einblick in die Wirtschaftslage zu verschaffen und ihnen damit die Möglichkeit zu bieten, gut für die Verteidigung ihrer Interessen einzutreten.

Wir fordern nach unseren Satzungen sanitären Arbeiterschutz und weitgehenden Schutz der Jugendlichen und Frauen.

Auf diesen Zielen sozialer, wirtschaftlicher und familiärer Hilfe schließt sich an die Invalidenunterstützung. Auf dem Verbandstag in Hamburg 1928 beschlossen, wird sie bereits an rund 9300 Kolleginnen und Kollegen gewährt. Damit haben unsere Invaliden der Arbeit eine beachtliche Hilfe an ihrem Lebensabend. Mit der Invalidenunterstützung hat der Verband einen Ausbau seiner Leistungen vollzogen. Das wird den Mitgliederbestand festigen, die Werbekraft und Schlagkraft der Organisation stärken. Damit sehen wir auch mit Zuversicht den kommenden Kämpfen entgegen. Die Einheit der Organisation, die geschlossene Kraft der Organisation werden uns die schwersten Kämpfe siegreich bestehen helfen. In der Befreiung der Arbeiter, als der geschichtlichen Mission der Arbeiterklasse, wird unsere Organisation ein gut Teil arbeiten mitteilen. Pflicht einer jeden Kollegin und eines jeden Kollegen ist es, in diesem Kampfe in Treue zum Verbandsrat zu stehen. Das soll bei seinem 40jährigen Bestehen aufs neue Gelöbnis sein.

### Erinnerungen.

Von August Lohrberg.

Ganz klein kam ich mir vor, als ich der Vorführung unseres Werbefilms beiwohnte, und mit steigendem Interesse die gewaltigen Zahlen der Angehörigen des Verbandes verfolgte. Die vielseitigen organisatorischen und Unterstützungseinrichtungen riefen Bewunderung bei mir hervor.



Was war in 40 Jahren geschaffen? Lebhaft trat mir vor Augen das Sitzungszimmer im Ballhof, in dem vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 eine kleine Gemeinde tagte. 29 Abgesandte aus 28 Orten des deutschen Vaterlandes hatten sich hier versammelt, um zu beraten, was geschehen müsse, um die jämmerliche Lage der nichtgelernten Arbeiter zu bessern.

Die da beisammensaßen, brauchten nicht die Not der arbeitenden Klasse zu studieren, denn sie fühlten sie selbst am eigenen Leibe. Kummer, Sorgen und Not hatten sie reichlich, dafür aber wenig Brot. Selten ist wohl eine Versammlung von so viel brüderlichem Geist, Opfer- und Hoffnungsfreudigkeit und Schaffungswillen getragen gewesen wie diese.

Der Lohn der „Nichtgelernten“ war damals bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit 2 bis 3 Mark täglich. Entsprechend diesen Hungerlöhnen waren auch die Tagelöhner, „Diäten“ genannt, dazu Jahrgeld vierter Klasse.

Wie groß der Idealismus der Teilnehmer am Kongreß war, illustriert am besten die Tatsache, daß ein Delegierter, der einen Tagelohn von 18 Groschen hatte, ebenso hohe Diäten erhielt.

Um diesen Überproleten die Teilnahme am Kongreß zu ermöglichen, wurde eine Sammlung unter den Nichtbestehenden veranstaltet.

Otto Reimer, ein Hamburger Ausgewiesener, benutzte das Sitzungszimmer zugleich als Hotelzimmer, um der Polizei die Nähe der Meldung zu ersparen.

Warum fand der Kongreß nun statt? Fast sämtliche Berufe waren zentralisiert, nur einige, besonders die Maurer, die meist starke lokale Vereine hatten, konnten sich über die Organisationsform nicht einigen.

Die Bauhilfsarbeiter wurden in die Vereine der Gesellen nicht aufgenommen und hatten daher in mehreren Orten ebenfalls selbständige Lokalvereine. In diesen waren auch andere nichtgelernte Arbeiter vertreten. Neben diesen Vereinen mochten wohl noch 40 bis 50 Vereine in Deutschland bestehen, in denen auch Fabrikarbeiter organisiert waren.



Die Hausdiener waren nur in den größeren Städten zusammengeschlossen. Bedeutung hatten jedoch nur Hamburg und Berlin.

Die Fabrikarbeiter, insbesondere die in Gummifabriken beschäftigten, lehnten einen Beitritt zu den genannten Vereinen ab und wünschten eigene Vereine.

Hannover hatte eine ziemlich starke Organisation, in der, wie andernorts, über die aktuelle Frage der Organisationsform debattiert wurde.

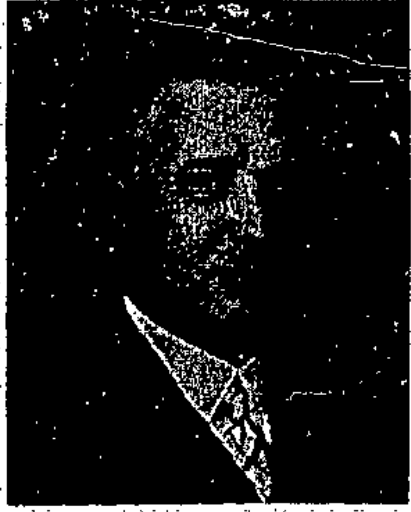
Der Meinungsstreit wurde insbesondere bei den Mitgliedern des Baugewerbes in hitziger und oft unschöner Weise ausgefochten.

Mitten in diesen Streit fiel unser Gründungskongress.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war: Lokalorganisation oder Zentralisation? Dieser Tagesordnungspunkt hatte sowohl bei den Hausdienern wie auch bei den Bauhilfsarbeitern großen Unwillen hervorgerufen, wie die folgenden Ausführungen eines Berliner Verammlungsredners zeigen. Er sagte unter anderem,

„dass, wenn der von Lohrberg einberufene Kongress zustande kommt und dort Beschlüsse gefasst werden, dieselben von großem Schaden für uns sein könnten und wir dann die Spaltung in den eigenen Reihen hätten.“

Nun, der Kongress kam zustande. Die Spaltung trat nicht ein. Im Gegenteil, die Maurer schufen ihre Zentralorganisation und nahmen ihre Hilfsarbeiter auf. Immer in meinem ereignisreichen Leben hat mir die mir innewohnende Portion Optimismus über viele Dinge hinweggeholfen. Die Gründung unseres Verbandes hat mir jedoch zeitweise einige Kopfschmerzen bereitet. Insbesondere konnte ich, wie die Dinge lagen, den Beschluß des Kongresses nicht ablehnen, den Posten des provisorischen Vorsitzenden zu übernehmen. Doch als der Kollege August Brey sich auf Drängen der hannoverschen Kollegen bereit erklärte, die Leitung des Verbandes zu übernehmen, wußte ich die Sache in den besten Händen, und ich hatte recht, wie der Werbefilm beweist.



## Werden und Wirken des Keramischen Bundes.

Von Hermann Grünzel.

Der Existenzkampf, den die Arbeiterorganisationen seit ihrer Gründung zu führen hatten, ließ schon recht frühzeitig den Gedanken einer stärkeren gewerkschaftlichen Konzentration auftauchen. Hatten schon die an Mitgliedern stärksten Organisationen einen sehr schweren Kampf für die Besserstellung ihrer Mitglieder zu führen, so war das selbstständig noch schwieriger für die kleinen Organisationen. Das Unternehmertum konnte es nicht überwinden, daß die Gewerkschaften sich um die

Verhältnisse in den Betrieben kümmerten und durch ihre Aktivität es verstanden, die Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Arbeitszeit herabzudrücken.

In dem Bestreben, den verhassten Gegner niederzuzwingen, waren die Unternehmer sich einig, und sie hatten es verstanden, ihre Organisationen in kurzer Zeit viel besser auszubauen als die Arbeiter. So mußte jede kleine Verbesserung in hartem Kampfe errungen werden. Streik und Aussperrung bald in dieser, bald in jener Industrie kamen in schneller Folge. Im Gegensatz zu den Unternehmern machte die Organisierung der Arbeiterschaft nur langsam Fortschritte. Die geringe Zahl der Organisierten konnte nicht die großen Mittel aufbringen, die zur Führung der Kämpfe notwendig waren. Die finanzielle Schwäche der Gewerkschaften blieb natürlich den Unternehmern nicht verborgen. Zu den geschilderten Schwierigkeiten kamen noch die technischen Umwälzungen sowie die immer mehr um sich greifende Frauenarbeit, die die Kämpfe der Arbeiterschaft erschwerten.

Unter solchen Umständen ist es zu verstehen, daß in den Vorständen der Organisationen, aber auch in deren Mitgliederkreisen der Wunsch nach größerem Zusammenschluß wach wurde. So war es auch in den Verbänden der Glasarbeiter, Porzellaner und Töpfer im Jahre 1905. Die Glasarbeiter hatten die schweren Kämpfe des Jahres 1901 und deren Folgen kaum überwunden. Sie hatten gegen sich ein stark organisiertes Unternehmertum und mußten mit weiteren schweren Auseinandersetzungen rechnen. Die Töpfer wurden im Jahre 1903 in 23 Orten ausgesperrt und hatten dann 1906 eine Aussperrung über 47 Orte zu verzeichnen. Die Porzellaner hatten gegen sich ein stark organisiertes Unternehmertum und mußten mit Aussperrungen rechnen, die dann auch in der Folgezeit eintraten. Dem mußte entgegengewirkt werden, und das schien nur möglich durch starke Zusammenfassung der Arbeiterschaft.

In gelegentlichen Zusammenkünften besprachen die drei Verbandsvorsitzenden die Frage, ob es nicht möglich sei, die Verbände zusammenzuführen. Man wurde sich einig, in den Organisationen darüber zu diskutieren. Das ist auf allen Verbandstagen der folgenden Zeit geschehen. Prinzipielle Zustimmung zur Verschmelzung wurden gegeben. Es galt die Schwierigkeiten zu überwinden, die aus der Verschiedenheit der Beiträge und Unterstützungseinrichtungen erwachsen. Diese Fragen nahmen den größten Raum in den Beratungen der Verbände ein. Die Töpfer hatten keine Arbeitslosenunterstützung, die Glasarbeiter keine Krankenunterstützung. Beide Verbände führten mit Rücksicht auf die anzustrebende Verschmelzung die entsprechenden Unterstützungen ein. Die Glasarbeiter sollten daneben auch eine bedeutende Erhöhung ihrer Beiträge vornehmen; die Porzellaner hatten eine gut ausgebaute Krankenunterstützung, die abgebaut werden mußte, wenn es zur Verschmelzung kommen sollte. In allen drei Verbänden wurden diese Maßnahmen im Jahre 1911 durchgeführt. Natürlich ergaben die getroffenen Änderungen, die den Beschlüssen der Generalversammlungen unterlagen, noch lange keine Übereinstimmung in den Statuten.

Die Vorstände wurden aufgefordert, ein Normalstatut auszuarbeiten. Das geschah, und im Jahre 1913 wurde dieses den zu gleicher Zeit in Leipzig tagenden Verbandstagen vorgelegt. Auf allen drei Verbandstagen wurde das Normalstatut als ungeeignet abgelehnt und beschlossen, eine Kommission aus je 9 Mitgliedern der drei Verbände zu wählen, die die neue Vorschläge ausarbeiten sollten. Der Versuch wurde unternommen und neue Bestimmungen wurden dann der gemeinschaftlichen Tagung der Verbände vorgelegt. Am meisten wurde der Entwurf bekämpft von den Glasarbeitern und Töpfern. Die Glasarbeiter wünschten, noch einmal allein zu tagen. Wirbig brachte dann das Resultat dieser Tagung. Die Glasarbeiter verlangten Zurückstellung der Verschmelzung auf zwei Jahre, um Zeit für weitere Verhandlungen zu schaffen. Damit war für die anderen Verbände die Notwendigkeit gegeben, sich mit der neuen Sachlage zu beschäftigen. Ähnliche Beschlüsse waren die notwendige Folge. Die Verschmelzung war damit gescheitert. Die geplanten weiteren Verhandlungen wurden dann durch den Krieg unmöglich gemacht.

Nach dem Kriege waren die Töpfer, die 1921 den Wunsch zu erneuten Verhandlungen äußerten. Dem Wunsche konnte nicht entsprochen werden, weil weder Porzellaner noch Glasarbeiter die notwendige Zeit fanden. Die Töpfer schlossen sich dann dem Baugewerksbund an. Im Jahre 1922 wurde Grünzel von seinem Verband beauftragt, Verhandlungen mit den Porzellanern anzuregen. Dies geschah durch einen Brief an Wollmann. Dieser antwortete, daß für die Porzellaner keine Möglichkeit bestände, sich zur Zeit mit der Frage zu beschäftigen, daß man aber auch besser die Vorlage des UWG, betr. Industrieverbände abwartete, die dieser auf Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig ausarbeiten sollte. Die Diskussionen über die Verschmelzung führten im Glasarbeiterverband in der Folgezeit zu der Ansicht, daß eine Verschmelzung mit den Porzellanern allein nicht mehr genüge, sondern daß möglichst gemeinsam mit ihnen ein Übertritt zum Fabrikarbeiterverband erwogen werden müsse. Darüber fand im Büro der Porzellaner im Februar 1924

eine Aussprache zwischen Wollmann, Heerden und Grünzel statt. Wollmann ersuchte um Bedenkzeit von vier Wochen, ließ aber dann nichts mehr von sich hören. Die Glasarbeiter nahmen dann nach einem Referat von Grünzel auf dem Verbandstag 1924 eine Entschliessung an, die verlangte, mit dem Fabrikarbeiterverband und dem Baugewerksbund Verhandlungen aufzunehmen.

Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes dagegen hatte nach dem Breslauer Gewerkschaftskongress an den UWG einen Antrag eingeleitet, der verlangte, daß in den Richtlinien für die Industrieverbände ein selbständiger Keramarbeiterverband aufgenommen werden sollte.

Die Glasarbeiter nahmen Verhandlungen mit dem Baugewerksbund auf. Dabei ging man von der Erwägung aus, daß bei evtl. späteren Verhandlungen die Fabrikarbeiter die gleichen Bedingungen bei einem evtl. Übertritt geben würden. Entgegen den Wünschen des Referenten vom Verbandstag beschloß der Beirat Anfang 1925 mit 27 gegen 6 Stimmen, den Mitgliedern den Anschluß an den Baugewerksbund zu empfehlen. Eine Urabstimmung ergab eine erdrückende Mehrheit dafür.

Mittlerweile hatte die Kommission des UWG ihre Vorschläge formuliert, und in ihnen befand sich auch ein besonderer Keramischer Verband. Der Baugewerksbund änderte seine Ansicht und erklärte nunmehr, er würde sich für einen besonderen Keramischen Verband einsetzen. Die Verschmelzung der Glasarbeiter mit dem Baugewerksbund müsse zurückgestellt werden.

Der Gewerkschaftskongress in Breslau nahm den Antrag des Bundesvorstandes an. Der Keramische Verband war vorher herausgestrichen worden und stand nur noch im Antrag Nismann, der dem Bundesvorstand als Material übermiesen worden war. Der Verbandstag der Porzellanarbeiter 1925 faßte eine Entschliessung, in der der Vorstand beauftragt wurde, zuerst noch einmal den Versuch zu unternehmen, einen Keramischen Verband zu gründen, und erst wenn dies sich als unmöglich erweisen sollte, den Anschluß an eine Organisation zu suchen, mit der die meisten Berührungspunkte vorhanden seien.

Nach diesem Verbandstage fand auf Wunsch des Baugewerksbundes eine Sitzung beim UWG statt. Geladen waren die Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Porzellanarbeiter und Glasarbeiter. Zweck der Sitzung war, festzustellen, ob ein Keramischer Verband Aussicht auf Errichtung habe. Wollmann trat dafür ein und verlangte vom Fabrikarbeiterverband Herausgabe der keramischen Gruppen für den Keramischen Verband. Thiemig lehnte dies ab, und nachdem auch Grünzel die Erklärung abgegeben hatte, daß die Glasarbeiter sich an einem selbständigen Keramischen Verband nicht beteiligen würden, wurde der Gedanke fallen gelassen und die Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband aufgenommen, die dann zur Gründung des Keramischen Bundes innerhalb dieses Verbandes führten. Die Glasarbeiter haben auf der Generalversammlung im Jahre 1928 den Anschluß mit 85 gegen 17 Stimmen beschlossen. Die Porzellaner haben eine Urabstimmung vorgenommen, wobei mit überwältigender Mehrheit die Verschmelzung beschlossen wurde.

Der Übertritt der beiden Verbände fand völlig geschlossen statt. Kein Mitglied ging wegen des Anschlusses verloren. Damit soll nicht gesagt werden, daß nicht Reibungsflächen vorhanden waren, nicht persönliche und sachliche Mißverständnisse auftauchten. Das konnte nicht anders sein.

Aber alle diese Dinge waren Übergangsercheinungen. Schnell haben sich die Mitglieder zusammengefunden, und heute darf wohl auch von allen Funktionären gesagt werden, daß von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, Mensch sich zu Mensch gefunden, alle Beteiligten einträchtig vom gleichen Wunsch beseelt für den Aufstieg und die Kräftigung der Organisation arbeiten.

Wollmann, der Leiter des Keramischen Bundes geworden war, verließ wegen seines Alters und schlechten Gesundheitszustandes seinen Posten am 1. September 1928. Reiche Ehrungen wurden dem alten Veteranen der Arbeiterbewegung zuteil. An seine Stelle ist Grünzel getreten. Als Stellvertreter wurde Elzner gewählt.

Die Zusammenarbeit im Bund ist sehr gut. Die Erfahrungen werden gegenseitig ausgetauscht in allen vorkommenden Fragen. Daß sich die gute Zusammenarbeit zum Vorteil der Organisation auswirken muß, ist selbstverständlich. Gleiches vertrauensvolles Zusammenarbeiten besteht zwischen Bund und Hauptvorstand.

Wenn früher Befürchtungen bei manchem alten Funktionär des Fabrikarbeiterverbandes bestanden haben, daß der Bund im Verband sich als Fremdkörper erweisen würde, so wird wohl heute niemand mehr diesen Gedanken haben. Der Bund fühlt sich nur als ein Teil des Gesamtverbandes, und an diesem liegt es, durch baldige Übersiedlung nach Berlin die Zusammenarbeit noch inniger zu gestalten.

Die Hoffnungen, die von den Befürwortern der Verschmelzung vor deren Inkrafttreten gehegt worden sind, haben sich voll erfüllt. Alle Branchen, die im Bund vertreten sind, haben Fortschritte erzielt. Glasarbeiter und Porzellaner haben durch den Zusammenschluß eine gewaltige Stärkung erreicht. Dasselbe gilt auch für die Gesamtorganisation. Die drei alten Verbände haben durch ihre Verschmelzung bewiesen, daß trotz aller Eigenarten und Traditionen der ehemals selbständigen Verbände ein inniges Zusammenarbeiten möglich ist. Eigenleben und Berücksichtigung besonderer beruflicher Interessen in den einzelnen Branchen sind kein Hindernis für erfolgreiches Wirken im Interesse des Gesamtverbandes und aller seiner Mitglieder. Das hat die vergangene Zeit bewiesen. In und für die Organisation zu wirken, einer den anderen zu stützen und zu schützen, das soll unsere Lösung auch für die Zukunft sein. In uns allen lebt die Geschichte und der Ruhm unserer alten Organisationen. Aus ihnen müssen wir die Kraft ziehen, der gemeinsamen Organisation so zu dienen, daß die, die nach uns kommen, stolz und Freude unser Werk vollenden können.



## Aus der Geschichte der Organisation der Porzellanarbeiter.

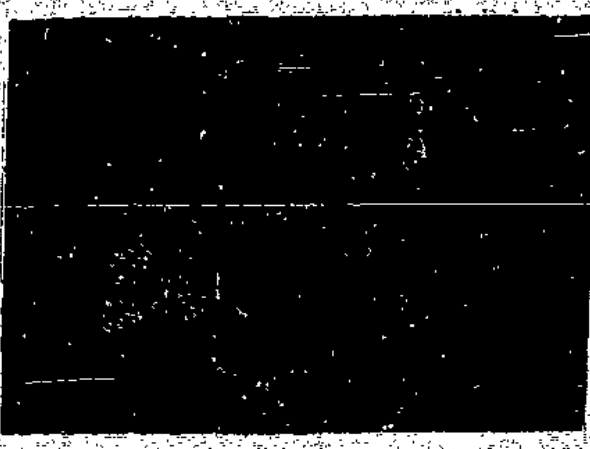
Von Luitko Apet.

Im Jahre 1710 hat Johann Böttger die erste deutsche Porzellanfabrik auf der Albrechtsburg in Meißen errichtet. Die Produktion wurde im Anfang sehr geheim betrieben, aber es war doch nicht zu vermeiden, daß das Geheimnis weitergetragen wurde, und in den nachfolgenden Jahren entstand rasch hintereinander eine beträchtliche Zahl von Porzellanfabriken. Bis zum Jahre 1799 gab es in Deutschland schon über 20 Betriebe.

Die Fabrikation von gutem einwandfreiem Porzellan stellte an die Betriebe wie auch an die Arbeiter unter Berücksichtigung der damals zur Verfügung stehenden Hilfsmittel hohe Anforderungen. Viele Berufsgruppen mußten eine lange Lehrzeit bis zu acht Jahren durchmachen und noch ein beträchtliches Lehrgeld zahlen. Nach alten Überlieferungen waren die in den Porzellanfabriken Beschäftigten auch nicht Arbeiter im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern man nannte sie „Fabrikanten“ oder „Porzellanmeister“, im Gegensatz zum Besitzer des Betriebes, der Prinzipal oder Chef genannt wurde. Überhaupt das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Prinzipal war zu Anfang ein patriarchalisches, und manche Arbeitergruppen, wie Dreher, Former, Modelleure und Maler, wurden als Künstler bezeichnet. Sie trugen auch die Künstlerkleidung: Schnallenschuhe und Zylinderhut. Dazu kam noch für die Dreher und Maler mancher Betriebe das fürstliche Privileg des Regentragens.

Aus einem Lohnbuch, das aus dem Jahre 1788 stammt und im Original vor mir liegt, kann man ersehen, daß einzelne Berufsgruppen in den Betrieben damals schon sogenannte „Fremdenkassen“ hatten. Für die Organisation der Porzellanarbeiter recht bedeutungsvoll erscheint in diesem Buch im Jahre 1792 „Einführung in die Fremdenkasse“, und von diesem Zeitpunkt an immer wiederkehrend





Bemalen einer Kunstfigur.

der Beitrag für die Fremdenkasse. Der Beitrag war gar nicht gering, im Quartal 2 bis 4 Spezesthaler. Die Zahlung in die Fremdenkasse beweist die schon damals vorhandene Wanderlust der Porzelliner. Sie ist aber auch ein Beweis des Übergangs von der losen Zusammengehörigkeit aus Berufsgründen bis zu der zeitlich viel später folgenden Organisation der Porzellanarbeiter. Die Fremdenkassen sind die ersten Anfänge einer auf Kollegialität und Solidarität aufgebauten Vereinigung von „Personalen“ der Porzellanarbeiter. Vornehmend waren es Dreher und Maler, die solche festgefügteten Personal gründeten. Aus den Personal- und Fremdenkassen wurde Reise-, Kranken-, Sterbe- und Notfallunterstützung gezahlt. In späteren Jahren finden wir in den Personal- und Fremdenkassen auch Beiträge als Ausgabe für solche Personale, die sich im Auslande (Strike) befanden. Einzelne Personale zahlten sogar Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit. Nach dem Aussterben bekam der Vebrelling vom Personal ein besonderes Zeugnis, in dem ihm bestätigt wurde, daß er seine kollegialen Pflichten erfüllt habe, und er dem Wohlwollen der Kollegen allerorts empfohlen wurde.

Im Jahre 1869 wurde ein Gewerkverein der Porzellan- und Glasarbeiter gegründet, der dem „Zentralverein der Deutschen Gewerkschaften“ (Hirsch-Duncker) angeschlossen war. Schon damals vereinigten sich auch die Dreher- und Malerpersonale untereinander. Im Februar 1869 erfolgte im „Sprechsaal“, dem Publikationsorgan der damaligen Zeit, ein Aufruf, „An die verehrten Dreher und Maler“, an einem Kongress der deutschen Porzellan-, Steingut- usw. Dreher und Maler am 29. März 1869 in Berlin teilzunehmen. Auch dieser Kongress gab wieder Anregung, daß neue Ortsvereine gegründet wurden.

Im Gewerkverein der Porzellan- und Glasarbeiter schienen die Porzelliner nicht die rechte Befriedigung und das ihnen zusagende Milieu gefunden zu haben. Einzelne Ortsvereine waren mit der Haltung der Gewerkschaften nicht zufrieden. Der Ortsverein Ilmenau erklärte im Jahre 1869 seinen Austritt, weil er mit dem Korporationsgeist nicht einverstanden war und man nur auf das vielgepriesene Versöhnlichkeitsprinzip angewiesen sei. Andere Ortsvereine schlossen sich dieser Auffassung an, in den Betrieben begann man sich auch zu regen. Kleine Teilstreiks kamen vor. Vom August 1869 bis Dezember 1869 streikten die Dreher bei Tiesch in Altwasser. Arbeitsniederlegungen der Arbeiter beantworteten die Unternehmer mit schwarzen Listen. Fast alle Unternehmer Thüringens erklärten im Herbst 1869 in drei Zirkularen, daß sie es als Ehrensache ansehen, Arbeitern, welche wegen Unzufriedenheit mit dem Lohn oder sonstigen Fabrikanrichtungen Strike machen, auf ihren Establishments keinesfalls Arbeit zu gewähren. Im Gewerkverein waren 1869 schon 4500 Mitglieder. Trotzdem wurden von den Drehern und Malern noch besondere Verbände gegründet. Mancher Arbeiter gehörte auch zwei Verbänden an. 1885 wurde der Reiseunterstützungsverband Dresden und der Reise- und Unterstützungsverband Deutscher Porzellandreher Magdeburg, beide von Drehern, ins Leben gerufen. Kurz hintereinander wurden noch folgende Malervereinigungen oder Verbände gegründet: Reiseunterstützungsverband Schleißer Porzellanmaler — Sitz Altwasser — 1886, Thüringer Malerverband — Sitz Hüttensteinach — 1887, Malerverband vor dem Thüringer Wald — Sitz Ohrdruf — 1888, Rheinisch-Westfälischer Malerverband — Sitz Düsseldorf — 1890, Verband der Porzellanmaler und Berufsge nossen Berlins, Deutscher Porzellanmalerverband — Sitz Fraureuth, Bayerischer Malerverband — Sitz Selb, Nordböhmischer Malerverband — Sitz Klitzke. Außerdem haben noch einige Vereinigungen bestanden, die aber über lokale Bedeutung nicht hinaus kamen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 begann unter den nunmehr bestehenden Verbänden ein lebhaftes Verlangen nach Vereinigung. Die Überzeugung gewann Platz, nur eine große, alle Berufsge nossen umfassende Organisation ist in der Lage, den Kampf mit dem Unternehmertum für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Die Dreher und Maler hatten nun auch begriffen, daß sie sich nicht gegen die übrigen Arbeiter in einer Porzellanfabrik abschließen können, wenn nicht auch sie darunter leiden sollten. Infolge der stetig fortschreitenden technischen Entwicklung wurden mehr und mehr Angeleitete, aber auch Arbeiterinnen in den Produktionsprozess einbezogen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dreher und Maler verschlechterten sich dauernd, so daß die immer ungünstiger sich gestaltende wirtschaftliche Lage auch diese Arbeiterschichten nötigte, sich ernstlich mit der Frage zu befassen, wie es möglich sei, eine einheitliche Organisation zu schaffen, in welcher der einzelne Rückhalt findet gegen die Wechselfälle des Lebens.

Die vereinigten Personale von Tiesensfurt gaben 1869 die Anregung an den Deutschen Porzellanmalerverband nach Fraureuth, die notwendigen Schritte zur Einberufung eines Delegiertentages und zur Gründung eines einzigen großen Verbandes zu unternehmen. Fraureuth kam dem nach, und am 11. und 12. August 1889 fand ein Delegiertentag der Porzellanmaler Deutschlands in Zwickau statt, der von 8 Verbänden durch 23 Vertreter mit 46 Stimmen besetzt war. Die Delegierten vertraten 2307 Mitglieder. Einmütig wurde beschlossen, einen Verband mit dem Namen „Verband Deutscher Porzellanmaler und Berufsge nossen“ mit Sitz in Fraureuth zu gründen. Statuten wurden beraten und festgesetzt. Sie sollten am 1. Januar 1890 in Kraft treten. Als die Delegierten auseinandergegangen waren, hat sich niemand mehr um die Beschlüsse gekümmert.

Der Vorstand des Schleißer Malerverbandes wollte Ende 1890 seinen Verband an den Hirsch-Duncker'schen Verband anschließen. Die Mehrheit der Mitglieder lehnte dieses ab, das führte zum Sturz des Vorstandes. Als neuer erster Vorsitzender wurde der Kollege Georg Wollmann gewählt. Wollmann berief im Mai 1891 eine Konferenz der bestehenden Malerverbände nach Berlin. Zusammen waren 8 Verbände durch 13 Mitglieder vertreten. Beschlissen wurde, den Verband der Porzellanmaler und verwandten Berufsge nossen Deutschlands“ mit Sitz in Altwasser zu gründen. Wollmann meldete diese Organisation im Jahre 1891 als Mitglied der Generalkommission der freien Gewerkschaften an. Der erste Tagung der Generalkommission im Jahre 1892 in Halberstadt war die Organisation durch Wollmann schon vertreten. Im April 1892 beschloß die Generalversammlung des Malerverbandes, ungeleitete Arbeiter und Arbeiterinnen in den Malerverband aufzunehmen. Der Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaftsverband der Porzellan- und Glasarbeiter hielt im Oktober 1891 in Charlottenburg eine Generalversammlung ab, an der auch der Dresdener Porzellandreherverband teilnahm. Die beiden Verbände beschloßen hier ihre Vereinigung und sagten den Austritt aus dem Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsverband. Die neue Organisation trat nun von 1. Januar 1892 an „Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter“ an. Ein Sitz war Berlin. Die Zeitung trägt von Nr. 46, 1891 an den Titel „Die Ameise, Organ der Porzellan- und verwandten Arbeiter“. Der Magdeburger Dreherverband hat sich an dieser Verschmelzung nicht beteiligt. Er hat bis 1911 bestanden und wurde dann aufgelöst.

Der Verband der Porzellanmaler und verwandten Berufsge nossen Deutschlands (Wollmann) hatte im April 1892 in Berlin seine erste Generalversammlung, auf der schon die Verschmelzung mit dem nun aus dem Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsverband ausgeschiedenen „Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter“ diskutiert und genehmigt wurde. Beide Verbände trafen im Oktober 1892 zu einer gemeinsamen Generalversammlung in Berlin zusammen. Hier wurde die Verschmelzung beschlossen. Vom 1. Januar 1893 an bestand nun eine über das ganze Deutsche Reich erstreckte einheitliche Organisation der Porzellan- und verwandten Arbeiter, die aus ungeleitete Arbeiter als Mitglieder entnahm. Vorsitzender dieses Verbandes war H. Kern, Kassierer Johann Bey, Hauptschriftführer und Redakteur des Verbandesorgans „Die Ameise“ Richard Jahn. Georg Wollmann wurde zum

Malerverband als Angestellter ins Hauptbüro aufgenommen. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1897. Mit dem 1. Januar 1898 erfolgte der Anschluß des gesamten Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Der neue Verband fand von vornherein in dem Unternehmertum einen scharfen Gegner. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Verband waren auf der Tagesordnung. In den Betrieben hingen Plakate mit der Aufschrift „Den Mitgliedern des Berliner Verbandes ist der Zutritt zu diesem Betrieb bei Strafe wegen Hausfriedensbruchs verboten“.

Die damals geführten Kämpfe waren von außerordentlich langer Dauer. Dabei spielten schwarze Listen eine große Rolle, und mancher Porzelliner mußte viele Male mit Frau und meistens nicht wenig Kindern von Ort zu Ort ziehen, ehe er wieder einmal festen Fuß fassen konnte. Die Verdienste der Porzellanarbeiter waren an sich und im Vergleich mit denen anderer Arbeitergruppen sehr niedrig und bedingten energisches Fordern und Handeln, um Besserung zu erreichen. Bald stellte sich der Verband der Arbeiter ein Verband der Unternehmer, „Der Verband keramischer Gewerke“, entgegen, der die Interessen der Porzellanfabrikanten vertrat. Auf Angriff und Abwehrmaßnahmen der Arbeiter antwortete der Unternehmerverband mit Ausperrungen.

Zunehmende Mitgliederzahl und vermehrte Arbeit im Interesse der Mitglieder erforderten weitere Anstellungen von Kollegen im Hauptbüro. 1905 wurde der erste Gauleiter angestellt, dem in späteren Jahren noch drei Gauleiter folgten, und von 1908 an erfolgten auch Anstellungen von Geschäftsführern für einzelne Ortsgruppen.

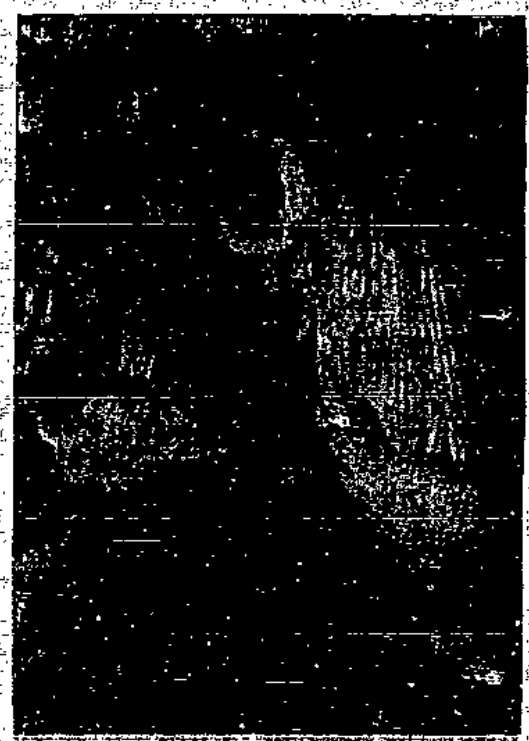
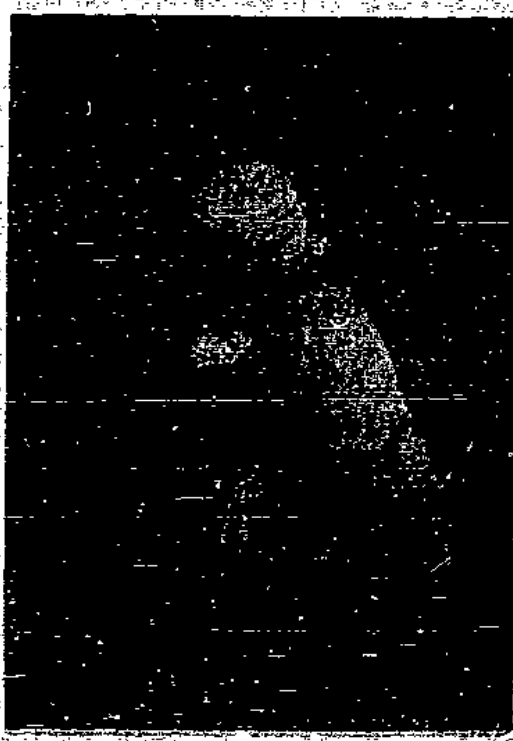
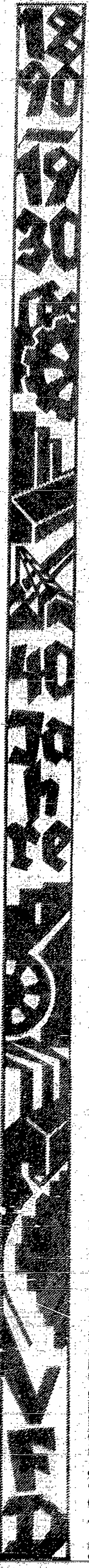
Vor Ausbruch des Krieges zählte der Verband 16.972 Mitglieder, davon waren 3679 Frauen. Während der Kriegszeit ging die Mitgliederzahl bis auf 4424 zurück. In vielen Zahlstellen war es nur der aufopferungsvollen Arbeit der Frauen zu danken, wenn die Zahlstellen erhalten und bestanden blieben.

Schon im Jahre 1905 wurde nach Ausführungen des Kollegen Wollmann auf der Generalversammlung der Porzellanarbeiter die Verschmelzungsfrage diskutiert. In den nachfolgenden Jahren fanden Besprechungen mit den Vorständen des Zentralverbandes der Glasarbeiter und dem Zentralverband der Töpfer statt. Die drei genannten Verbände hielten jeder für sich 1918 in Leipzig eine außerordentliche Generalversammlung ab. Im Anschluß daran tagten die drei Verbandsgeneralversammlungen gemeinsam. Zur Beratung stand ein von den drei Vorständen entworfenes Normalstatut für einen gemeinsamen Verband.

Die Verschmelzung kam leider nicht zustande, aber der Wille, eine Verschmelzung herbeizuführen, wurde nicht fallengelassen. Der ausgebrochene Krieg hinderte alle Absichten, und erst in den Nachkriegsjahren wurde die Frage der Verschmelzung erneut aufgerollt.

1918 konnten wir den Mitgliederbestand des Jahres 1918 wieder aufweisen, und der Zustrom setzte sich fort und steigerte sich bis zum Jahre 1922 auf 78.000 Mitglieder. Das waren alle in der Porzellan- und Steingutindustrie Beschäftigten.

Die nun groß und mächtig gewordene Organisation konnte jetzt endlich darangehen, von den Arbeitgebern zu fordern, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt würden. Vorschläge dazu wurden vom Verbandsvorstand und der bayerischen Gauleitung im Jahre 1917 beim Kriegsamt in Nürnberg gemacht. Diesem wurden Lohnforderungen der Porzellanarbeiter überreicht. Die Porzellanfabrikanten lehnten aber damals ab. Erst am 6. und 7. Mai 1918 kam es für Oberfranken und Oberpfalz zu einer tariflichen Regelung. Am 5. Dezember 1918 konnte unser Vorstand einen Reichstarifvertrag für die Porzellanindustrie abschließen, der die große Mehrheit der Porzellanfabriken erfaßte. Für die Steingutindustrie wurde am 19. Februar 1919 ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen. Zu einem gemeinsamen für alle Industriegruppen im Deutschen Reich geltenden Vertrag mit dem nunmehr gegründeten Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie, der insbesondere die Frage der Mindestlöhne regelte, kam es am 25. August 1919. Für die nachfolgenden Jahre und bis zum heutigen Tag wurde dieser Vertrag immer wieder neu abgeschlossen, was oftmals nicht ohne schwere Kämpfe möglich war.



1. Querschnitt eines Stills. 2. Überformen des Stills mit Gipsform und Schablone auf der Schreibe.

An der Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1905 nahmen auf Einladung der deutschen Organisation die Verbandsvorstände des französischen, des dänischen und des österreichischen Keramarbeiterverbandes teil. Mit diesen Vertretern wurden Besprechungen gepflogen zu dem Zweck, eine internationale Verbindung der Keramarbeiter zu schaffen. Das Resultat der Verhandlungen war die Konstituierung eines internationalen Komitees, dessen Leitung den deutschen Kollegen anvertraut wurde. Im nächsten Jahr fand ein internationaler Kongress der Keramarbeitervertreter in Limoges in Frankreich statt. Deutschland, Frankreich, Italien, England, Dänemark und Österreich hatten 10 Delegierte entsandt, die zusammen 22.700 Porzellanarbeiter vertraten. Später trat Holland noch als Mitglied bei. Im Jahre 1930 kann die Internationale auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Die Verschmelzungsabsichten des Verbandes der Porzellanarbeiter bekamen in der Nachkriegszeit neue Anregungen dadurch, daß man in Deutschland zur Schaffung von Industrieverbänden überging. Die Glasarbeiter reagierten 1923 und 1924 Verschmelzungen zwischen Porzellan- und Glasarbeitern an. Die Töpfer hatten sich inzwischen dem Baugewerksbund angeschlossen. Auf der Generalversammlung 1925 in Magdeburg, an der Vertreter des Glasarbeiterverbandes, des Baugewerksbundes und des Verbandes der Fabrikarbeiter teilnahmen, wurde beschlossen: „den Vorstand zu beauftragen, Schritte zu unternehmen, um doch noch zu einer die gesamte Keramik umfassenden Industrieorganisation zu kommen. Sollte diese selbständige Organisation infolge der in den letzten Jahren beobachteten Entwicklung sich nicht mehr ermöglichen lassen, dann ist die Verbindung mit derjenigen großen Industrieorganisation anzustreben, deren zuständige Betriebe mit unserer Hauptproduktion die meisten Verzweigungspunkte aufweisen.“

Die große Industrieorganisation wurde später im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands erblickt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde der Verband der Porzellanarbeiter, der Verband der Glasarbeiter und die Abteilung Steine und Erden des Verbandes der Fabrikarbeiter am 1. August 1926 im keramischen Bund zusammengeführt, der eine Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter bildet. Das ist in ganz großer Form ein Überblick über das Entstehen und die Entwicklung der Organisation der Porzellan- und Steingutarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.



# Die Gründung des Verbandes der Glasarbeiter.

Von Emil Girbig.

Ende der 60er Jahre machte sich bei der Glasarbeiterschaft der Gedanke zur Organisation bemerkbar. Die Unternehmer wollten dieser Absicht zuvorkommen und versuchten die Arbeiter einzufangen. Nachdem sie den Verband der Glasindustriellen im Jahre 1871 gegründet hatten, trafen sie an die Arbeiterschaft in Großräschen und Dresden heran und forderten sie auf, mit in diesen Verband einzutreten. In der Leitung sollten sie allerdings nicht mitbestimmen. Die Glasarbeiter lehnten das ab und

beschlossen, selbst zur Gründung einer Organisation zu schreiten. Diese verzögerte sich aber, und erst im September 1875 kam es zur Gründung des „Allgemeinen Glaskünstlerbundes Deutschlands“. Trotzdem die Industriellen sofort den Glasarbeitern den Beitritt zum Bunde verboten, hatte derselbe in kurzer Zeit in 20 Orten Mitglieder. Ein Jahr später wurde die Herausgabe einer eigenen Zeitung, „Die neue Glashütte“, beschlossen. Der Bund hatte kein langes Leben. Am 18. Oktober 1878 löste er sich selbst auf, um der, infolge des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes, drohenden Auflösung zu entgehen. Auch die „Neue Glashütte“ stellte ihr Erscheinen ein. In den 80er Jahren erfolgte dann die Gründung einer ganzen Reihe von örtlichen Fachvereinen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes trat in Bergedorf ein Kongreß der Glasarbeiter zusammen, der die Gründung des Verbandes der Glasarbeiter beschloß. Zum Sitz dieses Verbandes wurde Bergedorf bestimmt, und als Vorsitzender der Kollege Albert Gebel gewählt. Als Verbandsorgan bestimmte der Verbandstag das bereits bestehende Organ der Glasarbeiter, den „Fachgenossen“.

Eine lebhaft propagandistische Tätigkeit der Organisation setzte ein, so daß sich in kurzer Zeit fast an allen Orten mit Glasindustrie Mitglieder des Verbandes befanden. Waren es auch wenige, die den Gedanken der Zusammengehörigkeit erfaßt hatten, so bestand doch die Hoffnung, daß die Organisation sehr bald den Industriellen entgegenzutreten könnte. Überall führten die Glasindustriellen einen gemeinsamen Kampf gegen die neu geschaffene Organisation der Arbeiter, und Maßnahmen ergreifen. Die Unternehmer schreckten auch vor Ausperrungen nicht zurück. Die Arbeiter wurden aus den Werkswohnungen hinausgeworfen und auf sogenannte „Schwarze Listen“ gesetzt. Kein Arbeiter, dessen Name auf dieser Liste stand, hatte die Möglichkeit, in der Glasindustrie Arbeit zu finden, denn in ihrem Beschluß hatten die Industriellen hohe Konventionallstrafen festgesetzt, um die Einstellung mißliebiger Arbeiter vollkommen zu verhindern.

Am 1. Verbandstag in Bergedorf im Jahre 1892 zählte der Verband rund 2500 Mitglieder. Es war eine furchtlose Truppe, die sich in der Organisation einen Stützpunkt gegeben hatte, waren doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie sehr schlecht. Fast überall bestand eine Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden und dazu die Sonntagsarbeit von 6 bis 8 Stunden. Erst später wurde die Sonntagsarbeit in der Weise beseitigt, daß ein Sonntag freigegeben wurde, dafür aber an jedem zweiten Sonntag die Arbeitszeit bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden konnte.

Der Vorsitzende, Kollege Gebel, erhielt keine Entschädigung, mußte vielmehr seine Existenz im Nebenberuf suchen, und erst der 2. Verbandstag im Jahre 1892 bewilligte für Gebel eine Entschädigung von 1500 Mk. für die vergangenen zwei Jahre, setzte auch für die nächsten zwei Jahre ein Gehalt von 750 Mk. pro Jahr fest.

Um für den Verbandsvorstand eine sichere Existenz zu schaffen und die Einstellung gemäßigter Kollegen zu ermöglichen, kam man zu dem Gedanken, eine Genossenschaftsglasfabrik zu gründen. Mittel zur Durchführung dieses Planes gaben ein, und es waren die besten der Kollegen, die durch einen Anfecht der Genossenschaft beitraten. Alle diese Mittel genühten nicht, um den Bau der Glasfabrik zu vollenden, und der Verbandsvorstand nahm auch die Verbandsmittel zur Vervollständigung des Baues in Anspruch. Die Kraft reichte jedoch nicht aus, das kleine Werk lebensfähig zu machen. Der Zusammenbruch trat ein, und da die eingetragenen Genossen zur Haftung herangezogen wurden, erfolgte ein ungeheurer Rückschlag für die Organisation.

Der Verbandsvorstand vom Jahre 1897 war gezwungen, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen, und bestimmte den Kollegen Emil Girbig zu seinem Vorsitzenden. Der Jahrestag in Berlin wurde die Wahl des Kassierers überlassen, die den Kollegen Gustav Hamann wählte. Als Gehalt wurden für den Vorsitzenden 750 Mk. für den Kassierer 250 Mk. jährlich festgesetzt. Am 1. August 1897 fand die Verlegung des Verbandsstuhles von Bergedorf nach Berlin statt.

Eine lebhaft mündliche und schriftliche Agitation setzte ein, und dem Verbandstag in Fürth im Jahre 1901 konnte berichtet werden, daß die Mitgliederzahl auf rund 7000 gestiegen war. Dieser erfreuliche Aufstieg war erreicht, nachdem es in den Jahren von 1899 bis 1901 gelungen war, fast in allen Glashütten die verhasste Sonntagsarbeit zu beseitigen.

Ihren Hauptstützpunkt hatte die Organisation unter den Flaschenmachern; es war deshalb auch ganz begreiflich, daß in der Flaschenindustrie die Mehrzahl der Streiks entstanden. In Schauenstein bei Obernkirchen hatten die Kollegen Forderungen gestellt, die sehr leicht hätten bewilligt werden können; aber die Firma Hepe lehnte ab, und die Arbeiter traten in den Streik. Nachdem die 700 Kollegen fast volle 6 Monate im Kampfe standen, wurde beschlossen, den Kampf auch auf den Hauptbetrieb der gleichen Firma in Mienburg auszudehnen. Im März 1901 begann der Kampf, und rücksichtslos warf die Firma Hepe auch alle Arbeiter und deren Familien aus den Wohnungen. Wenige Tage darauf sperrte auch die Firma Simly, Holscher & Co. ihre gesamten Arbeiter aus. Von den Beiträgen allein konnten die Arbeiter nicht über Wasser gehalten werden. Die Kollegen an anderen Orten zahlten hohe Extrabeiträge, und besonders die Flaschenmacher zahlten regelmäßige Extrabeiträge bis zu 4 Mark wöchentlich.

Leider traten die Erfolge nicht ein, und so brach sich der Gedanke Bahn, den streikenden Kollegen dadurch Hilfe zu bringen, daß auch die Flaschenmacher aller übrigen Hütten in den Ausstand zu treten haben. Im Juni 1901 wurde dieser Streik proklamiert, und rund 4000 Arbeiter standen im Kampfe. Aber auch dieser Opfermut brachte keine Entscheidung. Trotzdem die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Sammlungen für den Streik ausgeschrieben hatte, die Streikenden sich mit der denkbar niedrigsten Unterstützung begnügten — die Verheirateten erhielten 5 bis 6 Mark, die Ledigen einen noch geringeren Satz — gaben die Industriellen nicht nach. In der letzten Woche des August 1901 mußte der Streik abgebrochen werden, weil keine Mittel zur Fortsetzung vorhanden waren. Rund 580 000 Mark hatte der Streik verschlungen. Kein Streikbrecher war zu finden, mit seltener Energie wurde der Kampf geführt, leider ohne den gewünschten Erfolg.

Die Industriellen verlangten beim Abbruch des Kampfes, daß sich die Kollegen beim Arbeitsnachweis der Industriellen zu melden haben, und sperrten über 700 Kollegen aus, die vorläufig nicht wieder eingestellt wurden. Die Brutalität der Industriellen ging sogar so weit, daß einzelne überhaupt nicht eingestellt wurden und Arbeit im Ausland suchen mußten.



Flaschen der Wolze.



Wenn auch der Streik ungeheure Summen verschlungen hatte und ohne Erfolg abgebrochen werden mußte, der Glaube an den endlichen Aufstieg der Arbeiterschaft war ungebrochen. Die Flaschenmacher bewährten der Organisation Treue.

Der 1901 abgehaltene Verbandstag beschloß, den Verbandsvorsitzenden völlig freizustellen, den Kassierer weiter im Nebenamt zu beschäftigen und zwei Gauleiter anzustellen. Gewählt wurden die Kollegen Reinhold Brige und Michael Dirschel. Da sich die Tätigkeit der Gauleiter glänzend bewährte und die Arbeit im Hauptbüro weiter stieg, wurde Kollege Robert Dornheim für das Hauptbüro angestellt, der bereits 1908 nach Thüringen als Gauleiter überstellte, und dessen Stelle vom Kollegen Grünzel befehligt wurde.

Das Verbandsorgan befand sich im Privatbesitz des Kollegen Horn und wurde in Dresden gedruckt. Erst im Jahre 1907 übernahm der Verband die Fachpresse in eigenen Besitz und stellte den Kollegen Albert Gebel als Redakteur an. Nach seinem Tode wurde Kollege Robert Groß gewählt.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes hat die Organisation Erhebliches geleistet. Die völlige Beseitigung der Sonntagsarbeit ist das Werk der Organisation. Die Beseitigung der Nacharbeit in den Weißglashütten für die Glasmacher und deren Hilfsarbeiter ist dem Verband zu danken.

In den abseits der großen Verkehrsstraßen gelegenen Glashütten war die Beschäftigung von Arbeiterinnen und Kindern vor dem Glasofen sehr oft zu finden. Die Organisation setzte ihre Kraft für die Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände ein, und es gelang, eine Verordnung zu erwirken, die diese ungerechten Zustände abschaffte.

Durch den Kriegsausbruch wurde auch der Verband der Glasarbeiter überaus hart betroffen. Die besten Kräfte wurden zum Kriegsdienst einberufen. Zählte der Verband am 1. Juli 1914 rund 19 000 Mitglieder, so sank die Zahl bis zum 1. Januar 1915 auf 6495 Mitglieder. Nur die Gewerkschaften, die über einen hohen Prozentsatz weiblicher Mitglieder verfügten, hatten einen geringeren Verlust ihrer Mitglieder zu verzeichnen.

Erst nach der Beendigung des Krieges, nach dem Ausbruch der Revolution und mit der Rückkehr der alten Mitglieder schnellte die Organisation empor. Fast 80 000 Mitglieder konnte der Verband im Jahre 1922 mustern. Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung setzte auch ein erheblicher Rückschlag in dem Verband der Glasarbeiter ein. Erst im Jahre 1926 trat ein Aufschwung unserer Wirtschaft ein und damit auch eine Stabilisierung unter den Mitgliedern. Das Jahr 1926 schloß der Verband mit einem Mitgliederbestand von rund 45 000 ab.

Von jeher waren die Glasarbeiter auf internationalem Gebiet tätig. Durch die Brutalität der Industriellen war es den hervorragend tätigen Kollegen oft unmöglich, Arbeit in Deutschland zu finden. Die deutschen Glasarbeiter waren deshalb gezwungen, im Ausland Arbeit zu suchen, und das zwang sie, an eine internationale Verbindung zu denken. Der 1. Internationale Kongreß fand im Jahre 1886 in London statt. Weitere Kongresse folgten, bis im Jahre 1921 der in Amsterdam stattfindende internationale Glasarbeiter-Kongreß den Beschluß faßte, das Internationale Sekretariat nach Paris zu verlegen, und den Kollegen Deljant (Frankreich) als Internationalen Sekretär anzustellen.

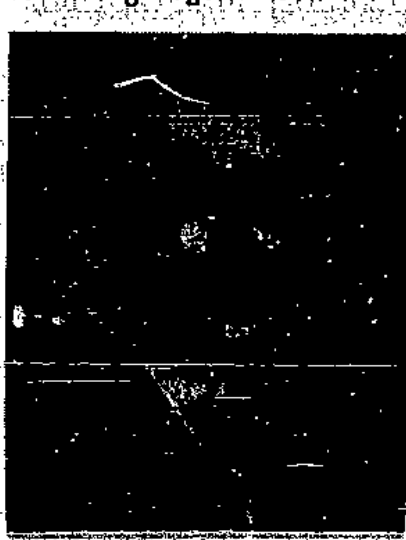
Die deutsche Glasarbeiterschaft hat mit großer Fähigkeit und starkem Idealismus an dem Ausbau ihrer Gewerkschaftsorganisation gearbeitet. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Mit großem Stolz und innerer Freude kann die Arbeiterschaft der Glasindustrie auf ihr Werk blicken.

## Branche Grobkeramik. (Industrien Steine und Erden.)

Von Max Elzner.

Uralte Gewerke sind es, die die Gruppe Grobkeramik in sich vereinigt. So alt die Baukunst, so alt auch die Geschichte des Zieglers. Eng verbunden damit ist auch der Beruf der Kalkarbeiter, der ebenso wie der Zieglerberuf über eine jahrtausendalte Entwicklung „hinausblicken“ kann. Aber auch Kies und Sand, Donnröhren wie auch die Wandbekleidung blicken auf soich hohes Alter zurück. Ihre Verbundenheit mit dem Bau, der Baukunst und der Ausschmückung des Bauens ist so eng, daß das eine ohne das andere nicht werden könnte.

Von Organisationen in genannten Industriezweigen im Altertum ist nichts bekannt. Erst das Mittelalter gibt uns Kunde von Zünften und Zunftgebräuchen, die für Ziegler Geltung hatten. Eine Arbeitsordnung von 1428 behandelt in eingehender Weise, wie und in welcher Art der Ziegel am besten hergestellt wird. Gleichzeitig wird in dieser Arbeitsordnung die Sondervergütung für jeden guten Brand geregelt. Erneuert wurde die Arbeitsordnung 1612.



Auch die Arbeitsvermittlung der Zieglerstreicher wird in einer Urkunde vom Jahre 1436 behandelt.

Diese Zünfte des Mittelalters wuchsen zu Innungen aus, die sich vornehmlich auf Norddeutschland, Mecklenburg, Ostpreußen und Schlesien erstreckten und um die Jahre 1750 bis 1800 in hoher Blüte standen.

Die bewegten Jahre 1840 bis 1850 rüttelten teilweise auch die Ziegler auf, indem sie in den Innungen nicht mehr mit den Meistern zusammenstehen wollten. Die Klassengegensätze traten hervor und führten dazu, daß 1840 in der Mecklenburger Zieglerinnung sich die Zieglergesellen von den Meistern trennten, um ihre Angelegenheiten selbständig zu erledigen.

In den nachfolgenden Jahrzehnten herrschte Totenstille. Allzuschwer lastete der wirtschaftliche und politische Druck auf den Arbeitern. Fürchterlich waren auch die Arbeitsbedingungen, die unseren Kollegen keine Zeit übrig ließen, um über ihre Lage nachzudenken.

Erst die achtziger Jahre bringen neues Leben und die ersten Anfänge einer modernen Organisation. In zahlreichen Orten, besonders in Brandenburg, wurden Lokalorganisationen ins Leben gerufen. Allzunächst zeigte sich jedoch, daß solche kleinen Lokalorganisationen, die oftmals nur wenige Mitglieder zählten, den Unternehmern nicht gemachsen waren.

Am 13. August 1889 trafen daher die Vertreter der Ziegler aus den Orten Brandenburg, Lehnitz, Herzfelde, Hennickendorf, Rehin, Werder und Olindow in Rehin zusammen, um die Schaffung einer Zieglerorganisation zu beraten. Beschlossen wurde, im kommenden Jahre einen Ziegler-Kongreß abzuhalten und durch einen Aufruf alle Ziegler zu ermahnen, diesen Kongreß zu besuchen. Der Kongreß fand dann am 18. September in Luckenwalde statt. Er beschloß die Gründung des Verbandes der Ziegeleiarbeiter, der seinen Sitz in Werder a. d. H. hatte.

Der zweite Kongreß wurde bereits im folgenden Jahre zum 2. März 1891 in Werder a. d. H. einberufen.

Die Entwicklung der jungen Organisation war im Anfang sehr erfolgversprechend, doch hielt diese Aufwärtsentwicklung nicht lange an, und ein starker Rückgang der Mitgliederzahl setzte ein, der dazu führte, daß auch das Fachorgan, welches die Organisation herausgab, zu erscheinen aufhörte.

Auch die Sitzverlegung des Verbandes von Werder nach Langenfelde bei Hamburg konnte dem Mitgliederabgang nicht Einhalt gebieten, und 1893 mußte sich der Verband auflösen, nachdem die Mitgliederzahl auf 7 gesunken war. Der Höchststand dieser Organisation dürfte 500 bis 600 Mitglieder nicht überschritten haben.

Am 29. Juni 1890 fand in Hannover ein Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter statt, der zur Gründung unseres Verbandes führte.

Klein, unendlich klein, nur wenige Mann zählend, war die Schar derer, die, zur Gruppe Steine und Erden gehörend, dem Verbands als Mitglieder sich angeschlossen.



Bereits 1894 hatte die Organisation der Ziegler Fortschritte zu verzeichnen, so im Hamburger Gebiet, in Mitteldeutschland und auch in Süddeutschland.

Auch bei den Zementarbeitern konnte das Organisationsinteresse geweckt werden, und es waren die schleswig-holsteinischen Zementarbeiter in Lägerdorf, die zum Verband der Fabrikarbeiter Vertrauen faßten. Ein Jahr später konnte dasselbe von den Zementarbeitern in Hemmoor berichtet werden.

Zehn Jahre nach der Gründung, im Jahre 1900, hatte der Verband 259 Zahlstellen, die in ihrer großen Mehrzahl auch Ziegler, Zement- und Kalkarbeiter als Mitglieder aufweisen konnten.

Neben unserem Verband war es auch die Töpferorganisation, die es sich angelegen sein ließ, die Ziegler zu organisieren. 1904 waren es 450 Ziegler, die zum Töpferverband gehörten und diesen veranlaßten, auf ihrem Kongreß den Namen Zentralverband der Töpfer und Ziegler anzunehmen. Um die Ziegeleiarbeiter in größerem Ausmaße zu gewinnen, unternahm dann 1895 der Töpferverband einen umfassenden Versuch, die Ziegler zu organisieren. Eine weitere Aktion wurde 1897 unternommen, indem eine Konferenz der Ziegler Deutschlands nach Brandenburg einberufen wurde, an der 8 Orte sich beteiligten.

So gut die Maßnahmen des Töpferverbandes auch gemeint waren — und ohne Zweifel ist zuzugeben, daß alle Aktionen nur im Interesse der Zieglererschaft unternommen wurden —, so waren sie doch geeignet, die Einheit der Zieglerorganisation in Gefahr zu bringen. Trotz aller Anstrengung sollte dem Töpferverband jedoch kein nachhaltiger Erfolg beschieden sein, denn nach kurzer Zeit wurde beschlossen, die Agitation unter den Ziegeleiarbeitern einzustellen.

Eine weitere Gefahr, die einheitliche Entwicklung zunichte zu machen, war der 1898 unternommene erneute Versuch, eine selbständige Zieglerorganisation zu gründen. Ein Zieglerkongreß in Dortmund beschloß auch die Gründung einer eigenen Organisation, doch die Schwierigkeiten innerer und äußerer Art waren so groß, daß trotz weitestgehender Unterstützung durch die damalige Generalkommission sich die neue selbständige Organisation nicht halten konnte und nach kurzer Zeit einging.

Trotz der Wirtschaftskrise, die ausging 1900 einsetzte, war es in den kommenden Jahren möglich, das bisherige Gebiet Ziegelei-Zement-Kalk organisatorisch neu zu erschließen. Eine gigantische Arbeit wurde geleistet, um auch die polnisch sprechenden und die italienischen Arbeiter, die in Ziegel- und Zementbetrieben vielfach anzutreffen waren, für die Organisation zu gewinnen.

Das Jahr 1908 war für unsere Branche von besonderer Bedeutung: Die Frage, wer als Organisation für die Ziegler zuständig ist, war immer noch ungelöst, was zur Folge hatte, daß Töpfer und Bauarbeiter ebenfalls Ziegler als Mitglieder hatten und auch eine gewisse Agitation entfalteten. Dieser Zustand, der die organisatorische Entwicklung der Ziegler stark beeinträchtigte, fand auf der Ziegeleiarbeiterkonferenz, die am 3. und 4. Juni 1906 in Magdeburg tagte, seine Lösung. Mit Zustimmung der Generalkommission sowie der offiziellen Vertreter des Töpfer- und Bauarbeiter-Verbandes wurde einstimmig beschlossen, daß unser Verband als die allein zuständige Organisation für die Ziegler zu gelten habe.

Durch diesen Beschluß wurde die organisatorische Stofkraft der Ziegler erheblich gesteigert und erweitert. In den bei uns organisierten Ziegler in Zahl von 4800 stiegen etwa 1200 bis 1500, die bisher im Bauarbeiterverband, und etwa 400, die noch im Töpferverband waren.

Zu dieser nun vereinten Gruppe von fast 7000 Ziegler kamen noch die übrigen grobkeramischen nebst den haustofherzeugenden Arbeitern, die im Fabrikarbeiterverband organisiert waren und eine Branche von rund 10 000 Mitgliedern bildete, die zusammengefaßt eine besondere Befreiung durch den Agitationsleiter Chr. Berg erfuhren.

Ein weiterer Schritt zur Ausgestaltung der heutigen Gruppe Grobkeramik (Steine und Erden) war damit getan.

Die Unternehmer legten großen Wert darauf, die Ausbreitung der Organisation zu verhindern. Maßregelungen, Verursachungen, Schaffung gelber Verbände waren die Mittel, deren sie sich bedienten.

Dennoch ging es vorwärts, und 1913 konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Umfang der Branche sich wiederum erweitert und im Laufe der Jahre auch in der Schamotte-, Wandplatten-, Steingut-, Kachelofen-, Betonwaren-, Kies- und Sand-, Schwemmstein- und Gips-Industrie Eingang gefunden hatte. Der Mitgliederbestand der Branche Steine und Erden dürfte zur angegebenen Zeit auf rund 22 000 gestiegen sein.

Ein Jahr später kam der verheerende Krieg, der der Fortentwicklung der Organisation zunächst ein Ziel setzte.

Nach Beendigung des Krieges, der 1918 auch politisch eine Umwälzung brachte, war ein Zustrom zu den Gewerkschaften erfolgt, der alle Erwartungen übertraf und seine Erklärung nur darin findet, daß die niedergedrückten Massen nun alles Heil von den Gewerkschaften erwarteten.

Mit Schluß des Jahres 1919 hatte die Branche Steine und Erden einen Mitgliederbestand von 78 833. Auch in den folgenden Jahren hielt der Zustrom an und stieg im Jahre 1921 auf 155 000 Mitglieder, wovon 58 885 Ziegler waren.

Die immer stärker einsetzende Inflation, die 1923 einen Grad annahm, daß Wertbegriffe nicht mehr aufkamen, hatte auch für die Gewerkschaften eine verhängnisvolle Wirkung. Die einkommenden Beiträge, die auszahlenden Unterstützungen, die wöchentlich oft zweimal festgelegten Löhne zerrannen in nichts und schufen in Mitgliederkreisen zum Teil eine fatalistische, zum Teil eine Panikstimmung. Ausgenutzt wurde die Stimmung dann von Leuten, die sich auch Arbeitervertreter nannten, und die ihre höchste Aufgabe darin sahen, den Mitgliedern ihre Organisation zu verkehren, die Gewerkschaften herunterzureißen und die Parole aufzustellen: „Her aus den Gewerkschaften!“

In kurzfristiger Verblendung ließen viele Mitglieder den Verband im Stich, ohne daran zu denken, daß sie sich damit ihrer einzigen Waffe beraubten. Auf aber die Hälfte sank der Gesamtverband in der Mitgliederzahl und im gleichen Ausmaß auch die Branche Steine und Erden.

Die 1924 eintretende Stabilisierung entzog den Gewerkschaftsvertretern den Boden und ließ der Arbeiterschaft die Zeit zur Befreiung. Mit großem Opfermut, in glänzender Überzeugung, gingen unsere Vertrauensleute, Tausende und aber Tausende von Namen, nicht die Kreise zur Organisation rauben konnte, sofort daran, den Scheidenhais, den die Kommunisten — Schreier und Drahtzieher — hinterlassen hatten zu torieren, um den Aufbau in die Wege zu leiten. Bereits 1925 begann der Verband in aufsteigender Linie und mit ihm die Branche Steine und Erden. Eine vorübergehende Statistik der Branche Steine und Erden ergab eine Mitgliederzahl von 90 000, davon stellten u. a. die Ziegler 22 000, die zementverarbeitende Industrie 5500, die Zementindustrie 7841 und die Kalkindustrie 6200 Mitglieder.

Das Jahr 1926 brachte der Branche einen weiteren Aufschwung. Zwei Zusammenschlüsse, gleich wichtig in ihrer Art, befestigten und stärkten die Branche Steine und Erden noch inner und außen.

Am 22. Januar 1926 lösten sich die sippischen Ziegler vom christlichen Gewerksverein der Ziegler. Einmal waren es die Kollegen überdrüssig, bei der christlichen Organisation nur Pflichten zu tragen, ohne Rechte zu besitzen, des anderen war die Erkenntnis der Notwendigkeit einer einheitlichen organisatorischen Zusammenschließung der Ziegler so stark und mächtig geworden, daß für Spaltverbände kein Raum mehr blieb.

Die eingeleiteten Übertrittsverhandlungen führten in kurzer Zeit zu dem Ergebnis, daß mehr als 2000 sippische Ziegler mit allen Rechten und Pflichten geschlossen zu unserem Verbande übertraten. Die gleiche Zahl zog es vor, sich in unserem Verband neu aufnehmen zu lassen, da die Rückstände in den Mitgliedsbüchern zu hoch waren.

In den gleichen Monaten wurden Verhandlungen geführt, um die Verbände der Hausarbeiter und Porzellanarbeiter mit unserem Verband zu verschmelzen und mit

der Gruppe Steine und Erden eine Abteilung zu bilden. Diese Verhandlungen hatten vollen Erfolg.

Mit fast 100 000 Mitgliedern bildet die Branche Steine und Erden seit dem 1. August 1926 eine Untergruppe neben den Branchen Glas und Porzellan, die Abteilung Keramischer Bund, im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Über die weitere Entwicklung der Abteilung Keramischer Bund seit 1926 wird in einem besonderen Abschnitt berichtet werden.

### Zum Festtag des Verbandes.

Von Wilhelmine Kähler-Keimes.



Klein war die Zahl der Delegierten zu der im Jahre 1890 in Hannover tagenden Konferenz der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen. Aber das Ergebnis dieser dreitägigen Tagung war die Gründung des Verbandes, trotz des vielen Unkengeschreis fernstehender, die den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen die Organisationsfähigkeit überhaupt absprachen. Obgleich die Beiträge sehr niedrig waren, wurde die Aufklärungsarbeit und die Gewinnung von Mitgliedern unter den in Betracht kommenden Arbeiterschichten wirklich sehr schwer.

Nur ganz vereinzelt erkannten auch die Arbeiterinnen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Bei den Frauen galt es, noch viel mehr Unwissenheit und Hoffnungslosigkeit und dazu die anezogenen Vorurteile zu überwinden als bei den Männern. Der fraulichen Eigenart, der ganzen Sonderstellung dieser Frauen mußte Rechnung getragen werden. Märtyrer eines sozialen Schicksals waren diese Frauen zumest. Die Geschichte ihrer organisatorischen Gewinnung und Emporhebung mußte noch besonders geschrieben werden. Sie waren niedergedrückt durch das Doppelhoch von Fabrik- und Hausarbeit, abgearbeitet, geschwächt, seelisch herabgestimmt — nun hieß es, sie gewerkschaftlich und politisch denken zu lehren, ihnen ein seelisches Ideal zu geben.

So erging 1891 u. a. auch von Wandsbek aus der Ruf an die ungelerten Arbeiterinnen, sich zu einer Organisation der Fabrik- und Handarbeiterinnen zusammenzuschließen.

Die Leitung als Vorstandsmitglieder hatten Frauen übernommen, und die Verfasserin dieser Zeilen war während der zweijährigen Lebensdauer dieser kleinen Organisation die Vorsitzende dieses Verbandes. Unter tätiger Mithilfe durch Rat und Tat echter Genossen, so des längst verstorbenen Rosshahn und des Parteivorstehenden Efftinge aus Wandsbek, des alten Zimmerers Niemeyer aus Hamburg-Eilbek, besonders aber der Genossinnen Blom und Rönfeld, beide Zigarrenmacherfrauen aus Hamburg, gewann der Verband bald an Ausdehnung. Im Laufe seines zweijährigen Bestehens wurden in acht Orten 975 Mitglieder, alles Frauen und Mädchen, als zumest rege an der Sache Beteiligte gewonnen.

Diese Organisation war nicht als Streik- bzw. Kampforganisation für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht, sondern diente dem Zweck, die Frauen und Mädchen zusammenzufassen, sie durch Geselligkeit, also durch Ausflüge und durch Zusammenkünfte, bei denen auch den Kindern Handarbeitsunterricht erteilt wurde, mit dem Herzen an die Bewegung zu fesseln und sie durch Vorträge auch über die Ziele der modernen Arbeiterbewegung aufzuklären. Der Monatsbeitrag betrug 20 Pf., der allmonatlich in Wandsbek treu von der Kartonagenarbeiterin Harkopf (späteren Frau von Julius Sittenfeld, dem allbekanntesten Genossen aus der alten Stukkateurbewegung) einkassiert wurde. Sie war Schriftführerin im Hauptort, zugleich Ortskassiererin in Wandsbek.

Der Gründung und den Versammlungen dieser kleinen Organisation wurde es schon recht schwer gemacht. Zusammenstöße mit der Wandsbeker Polizei und Versammlungsausschüssen mit der Begründung, Frauen dürften nicht an öffentlichen Versammlungen teilnehmen, veranlaßten uns, in einem besonders krassen Falle eine Beschwerdeschrift an den Regierungspräsidenten von Köller nach Schleswig zu richten. Obgleich in dessen Antwort an uns zugestanden war, daß die Versammlung nicht zu Recht aufgelöst sei, hatten wir doch den Schaden, da die aufbesuchte Versammlung der Organisation nicht nur keine Mitglieder gebracht hatte, sondern auch Bedenkenheiten und Unsicherheit bei manchen Frauen, die uns näherzukommen begannen, hinterließ.

Nach dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß (1892), der bekanntlich der jungen Gewerkschaftsbewegung ganz besondere Anstöße gab, so auch den zum Zusammenschluß kleiner und gleichartiger Organisationen, erfolgte die Auflösung unseres Arbeiterinnenverbandes, und die Verschmelzung mit dem jungen Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter fand statt.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen wurde auch seitens der damaligen „Generalkommission“ stark gefördert.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war 1890 mit dem Sitz in Hamburg gebildet worden. Ihr junger Führer Karl Legien aber, wenn es sich um Arbeiterinnenagitation in den Beratungen handelte, war stets derjenige, der Ratschläge dafür hatte und Mittel dafür bewilligte und bereit war, jede Maßnahme, die er als praktisch zur Gewinnung der Arbeiterinnen hielt, zu unterstützen. Legien, der immer weislicher werdende große Führer der deutschen Gewerkschaften, sah eben von Anfang an in dem Vordringen der billigeren weiblichen Arbeitskraft eine große Gefahr, die der Verbesserung der Entlohnung auch der männlichen Arbeiter entgegenstand. Als im Jahre 1898 eine von Emma Jhrer (Berlin), einer der ersten agitatorisch tätigen Sozialistinnen, verfaßte Broschüre „Die Arbeiterin im Klassenkampf“ herauskam, war es besonders Karl Legien, der für eine Massenerbreitung unter den Arbeiterinnen eintrat. Und da es sich bei jeder Art von Aufklärungsarbeit unter den Frauen nun doch zu beständigen schien, daß die Frau am wirksamsten aufklärend zur Frau zu sprechen vermag, wurden u. a. besonders auch rednerisch befähigte Parteigenossinnen als Verkünderinnen des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens unter die Massen der Arbeiterinnen geschickt. Luise Zieh, Frau Wachlich aus Dresden sowie ich selbst waren wohl die am meisten hinausgeschickten Referentinnen, und in Hunderten von Versammlungen haben wir der Organisation der ungelerten Arbeiterinnen das Wort geredet.

Wenn wir nach dem Versammlungsvortrag mit den Aufnahmescheinen von Tisch zu Tisch gingen, so gab es oft ein heftiges Frage- und Antwortgespräch, bei dem wir nichts schuldig blieben, und die Hauptsache war: auch die Arbeiterinnen ließen sich immer mehr vom Wert und der Notwendigkeit des Verbandes überzeugen, und sie stellten bald tüchtige Helfertinnen. So hatte — um zu den Anfängen zurückzukehren — der Verband in den Jahren 1893/94 eine Zahlstelle für Landarbeiter in Obenstedt im Braunschweigischen, die vollständig von Frauen verwaltet wurde und sehr gut funktionierte.

Noch jahrelang blieb es für etliche Orte charakteristisch, daß die Männer noch nicht organisiert waren, während die Arbeiterinnen schon als Vorkämpferinnen der Organisation auftraten. So legten z. B. 1910 in einer Schornsteinfabrik in Wapern sämtliche Arbeiterinnen, die dem Verband der Fabrikarbeiter angehörten, die Arbeit nieder und erhielten schon nach halbtägiger Arbeitseinstellung die Erhöhung der Akkordsätze um 10 Prozent zugestanden. Kein einziger Mann gehörte dem Verbande an. Die Folge davon war, daß die Arbeiterinnen 18 bis 20 Mk. in der Woche verdienten, während die Männer mit Löhnen von 15 Mk. nach Hause gingen.

Im Jahre 1910 wurde an den 10. Verbandstag berichtet, daß damals 16 000 weibliche Mitglieder im Verband vorhanden waren, und gegenwärtig, nach vierzigjährigem Bestehen des Verbandes, stehen über 100 000 weibliche Mitglieder neben etwa 370 000 männlichen in seinen Reihen.



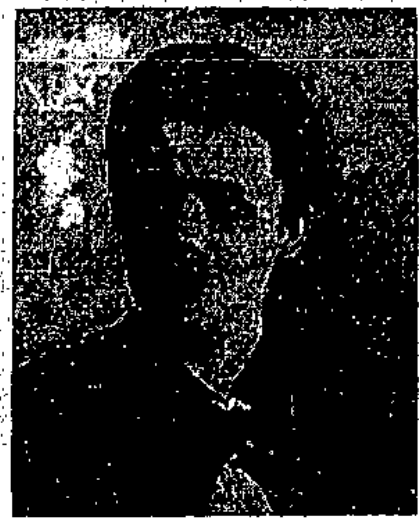


Das volle Verbandswerk, in seinem Lohn- und Tarifwesen, seinen Unterstü-

Das Herz kann einem aufgehen, wenn man liest, wie der Bildungshunger

Auch in Zukunft wird der Verband seine Waffen schärfen. Gegen rechts: Für

Möge der Verbandsfesttag einen Antriebe bilden, daß neue Tausende von Mit-



Dem Andenken von Luise Zieg.

Es ist gar nicht denkbar, unser vierzigjähriges

„Wenn einmal die Geschichte unseres Ver-

Und so wollen wir ihrer heute gedenken, denn sie hat es um die Organisation ver-

Luise Zieg, geboren am 25. März 1865 in Bargteheide (Holst.) stammte aus aller-

Organisatorisch hat Kollegin Zieg für unseren Verband hervorragend und im

Luise Zieg wurde auf dem Kampfposten vom Tode überrascht. Während einer

Im Namen unseres Verbandes sei ihr gedankt für ihre rastlose Betätigung zum



Die Arbeiterinnen im Rahmen unseres Verbandes.

Von Anna Sammet.

Wiederholt hatten mutige und klassenbewußte

und ihre Führerinnen mit Gefängnis und Geldstrafe bedacht. Die rechtlose Stellung

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes neben der Entwicklung der sozialistischen



besagt, daß von der Bildung besonderer Gewerkschaften für Frauen abzusehen

Der Verband der Fabrikarbeiter hat schon bei seiner Gründung zur

Auf dem ersten ordentlichen Verbandstag 1892 zu Braunschweig wurde folgende

„In Erwägung, daß durch die kapitalistische Produktionsweise die Arbeiterinnen

Die Organisation erhielt demzufolge auch den Titel: Verband der Fabrik-, Land-,

In den Berichten der Delegierten auf dem zweiten Verbandstage 1894 in Celle

Der Vorstand des Verbandes hatte das Bestreben, durch die Agitation von

Bei Betrachtung der Lage der Arbeiterinnen z. B. der Gründung des Ver-

Die Erfolge des Verbandes haben aber auch ihre Wirkung auf die Entwicklung

Table with 2 columns: Year and Membership Count. Rows from 1896 to 1929.

Der größte Prozentanteil der Arbeiterinnen im Verbandsverband entfällt auf das

Die Umwälzung auf staatspolitischem Gebiet, die verstärkte Tätigkeit der Ge-



Der Verband hat viel zum kulturellen Aufstieg und in der Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung getan. Als Gleichberechtigte im öffentlichen Leben, als mitbestimmender Faktor in der Organisation trat die Arbeiterin immer mehr in die Erscheinung. Unsere Verbandsschule, die staatlichen und öffentlichen Bildungseinrichtungen stehen den Kolleginnen genau so offen wie den Kollegen, und manche tüchtige Funktionärin, die an den Bildungsveranstaltungen teilnahm, arbeitet heute im Betriebe an der weiteren Verstärkung der Organisation. Den besonders interessierten Kolleginnen liefert der Verband die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ gratis. Bereits 1845 Kolleginnen fungieren als Betriebsratsmitglieder, ungezählt die übrigen Kolleginnen, die als Kassiererinnen, Verwaltungsmitglieder und in sonstigen Funktionen tätig sind.

Zur Förderung und Belebung der Frauenagitation im Verbandsgebiet wurde am 1. Juli 1927 ein besonderes Arbeiterinnensekretariat beim Hauptvorstand errichtet, mit der Verfasserin dieser Zeilen als Sekretärin. Seitdem konnte in bedeutenden Frauensammlungen, Frauenkonferenzen und -kursen zur Arbeiterinnenfrage in unserem Verbandsgebiet eingehender Stellung genommen werden. Die Tatsache und Wirkungsmöglichkeit des Sekretariats ist ein weiterer Fortschritt im Organisationsaufbau und -ausbau.

Auf den letzten Verbandstagen hat die Arbeiterinnenfrage schon wiederholt besondere Beachtung gefunden. So wurde auf dem Verbandstag 1922 in Frankfurt a. M. beschlossen, daß die Arbeiterin in den Tarifverträgen mit 18 Jahren als vollwertig gelten soll. Außerdem sollen bei Lohnabkommen für Frauen mindestens 80 Prozent der Männerlöhne gefordert werden. Natürlich sollte damit der allgemein geltende Grundsatz der Gleichberechtigung nicht fallen gelassen, sondern mit mehr Nachdruck die Verringerung der Lohnspanne erreicht werden. Zur Frage Mutterschutz wurde ein Antrag angenommen, bei allen Tarifverhandlungen dahin zu wirken, daß folgende Bestimmungen mit in den Tarifvertrag aufgenommen werden: „Schwangere Arbeiterinnen ist im Einverständnis mit der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft leichte körperliche und wenig gesundheitschädliche Arbeit zuzuwenden. Schwangere Arbeiterinnen dürfen drei Monate vor und drei Monate nach ihrer Entbindung nicht entlassen werden, sofern ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorliegt.“ Die heutigen gesetzlichen Bestimmungen reichen allerdings an dieses Verlangen noch nicht ganz heran. Deshalb muß weiter versucht werden, den Arbeiterinnenschutz soweit als möglich auszubauen und auch tariflich zu verankern.

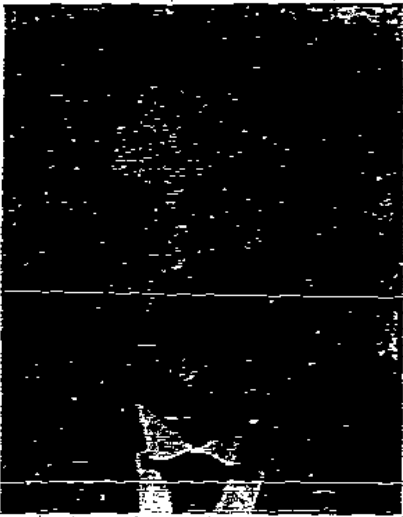
Der Verbandstag in Hamburg 1928 nahm eine Entschließung einstimmig an, worin die stärkere Heranziehung der weiblichen Mitglieder zu den Verbandsfunktionen und zur Werbefähigkeit unter den Arbeiterinnen betont wird. Außerdem legte der Vorstand in Hamburg Wert darauf, daß die seit Bestehen des Arbeiterinnensekretariats eingeführten Frauenkonferenzen fortgesetzt werden.

Unsere Forderungen und grundsätzliche Ziele finden ihre Verwirklichung immer in dem Maße, wie die Kraft vorhanden ist, das Geforderte durchzusetzen.

Was die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit und die daraus sich ergebende Arbeiterinnenfrage als Ganzes betrifft, so seien hier zum Schluß wenige Worte unserer Vorkämpferin Luise Zieß unterstrichen, die aus dem Jahre 1916 stammen:

„Wir bedauern keineswegs die Revolutionierung der Frauenarbeit, die nur eine Seite jener wirtschaftstechnischen Entwicklung darstellt, die den Kapitalismus zum Siege führte. Wir bedauern und bekämpfen nur die Begleitumstände, unter denen diese Entwicklung sich vollzieht (Lohnrückgang, Überlastung der Frau, Vernachlässigung der Kinderpflege und -erziehung, Vernachlässigung der Hauswirtschaft usw.) Sie (die Revolutionierung der Frauenarbeit) selbst begrüßen wir als kulturellen und geschichtlichen Fortschritt, der wesentlich dazu beiträgt, die Vorbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu vollenden.“

Wir wollen wir ebenfalls beachten. Nur dadurch, daß wir bestrebt bleiben, das Klassenbewußtsein zu wecken und unsere Kolleginnen zur Teilnahme am Gewerkschaftskampf aufzurufen, werden wir am besten und erfolgreichsten die sozialen Missstände der heutigen Frauenerwerbsarbeit bekämpfen können.



### Die ersten Anfänge.

Von Heinrich Märken.

Die nichtgewerblichen Arbeiter waren kurz vor dem Ablauf des Sozialistengesetzes die letzten, die sich auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Organisation schufen. Die Großindustrie, die sich in den 80er Jahren schnell entwickelt hatte, duldete mit wenigen Ausnahmen keine Arbeiterorganisationen. Das Spittelwesen sorgte dafür, daß Kollegen, die für die Organisation zu wirken suchten, rücksichtslos gemahregelt wurden. Der Drang nach Organisation wurde auch bei den nichtgewerblichen Arbeitern immer stärker. Schon im Jahre 1889 entstand in Harburg eine Organisation

der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen, die den Anschluß an den Zentralverband der Hand- und Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands fand, dessen Sitz in Barmen-Elberfeld war. Diese Organisation brachte es in der damaligen Zeit zu der staatlichen Mitgliederzahl von etwa 600. Aber der Unverstand und die Uneinigkeit in den eigenen Reihen zerstörten diese Organisation in kurzer Zeit wieder.

Als im Jahre 1889 das Sozialistengesetz in den letzten Zuckungen lag, kam auch unter den nichtgewerblichen Arbeitern in Harburg der Organisationsgedanke immer stärker zum Ausbruch. Angeregt durch die Gründung einer Organisation der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen in Linden bei Hannover, gingen einige Kollegen von den Vereinigten Gummiabriken ans Werk, um die Verwirklichung der Schaffung einer Organisation in Angriff zu nehmen. In einem Beschlusse am 1. August wurden die Pläne geschmiedet, und unter Anziehung der Kollegen Weiziger, Zimmermann, Bogisch und M... vereinbart, zunächst eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um den Kollegen die weiteren Maßnahmen mitzuteilen. Doch hier stieß man schon auf Schwierigkeiten, da ein Einberufer für die Versammlung schwer zu gewinnen war. Ein Kollege aus dem Betriebe wäre selbstverständlich sofort gemahregelt worden. Schließlich fand man den Kollegen Karl Hartmann, der auf dem Petrolenlager beschäftigt war und eine Mahregelung nicht zu befürchten hatte. Die erste Versammlung, in der die Gründung eines Lokalvereins vorgenommen wurde, fand am 20. November 1889 im Rautschen Lokale statt. Die Versammlung war sehr stark besucht, so daß viele Personen keinen Einlaß mehr finden konnten. Es ließ sich sofort eine große Anzahl Kollegen in den Verein aufnehmen, so daß die Mitgliederzahl in kurzer Zeit weit über 1000 Personen betrug.

Viele Kollegen hatten erwartet, daß nunmehr gleich durchgreifende Verbesserungen überall eingeführt werden könnten. Damals fühlten die Kollegen, wie sie unter dem Druck der Ausbeutung zu leiden hatten, und alle hofften auf Erleichterung und Befreiung durch die Organisation. Schon im Jahre 1890 war die Zahl von 2000 Mitgliedern erreicht. Dieser Aufschwung sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Im März 1890 entstand ein Streik der Arbeiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, der für die Organisation verhängnisvoll werden sollte. Die Arbeiter erhielten damals für die schwere und schwanzige Arbeit bei eifriger Arbeitszeit einen Tagelohn von 3 Mk. Es war daher verständlich, daß sie eine Lohnzulage, und zwar von 50 Pf. pro Tag, zu erreichen suchten. Die Forderung wurde natürlich abgelehnt, und als Antwort darauf wurden außerdem noch einige Kollegen gemahregelt. Hierauf stellten

96 Mann die Arbeit ein, die in einem vierwöchigen Kampf ihre Forderungen durchzusetzen versuchten. Leider war der Kassenbestand bald aufgebraucht, so daß um weitere Unterstützungen zahlen zu können, ein Ertrabefrag von 1,50 Mk. pro Mitglied erhoben werden sollte. Der Beschluß war wohl gefaßt, er konnte aber nicht durchgeführt werden, und so entstanden eine Menge Reibereien unter den Mitgliedern, was zur Folge hatte, daß eine große Anzahl ihren Austritt erklärte. Die Mitgliederzahl ging in einem Zeitraum von etwa einem Jahre von zirka 2000 auf 300 zurück.

### Die Zentralorganisation.

Auf dem im Jahre 1890, am 29. Juni, in Hannover tagenden Kongress aller nicht-gewerblichen Arbeiter Deutschlands war auch Harburg durch den Kollegen Fritz M u m m vertreten.

In Harburg wurde gleich nach dem Kongress der Anschluß an den Zentralverband vollzogen. Es gab damals noch viele Kollegen, die einen Lokalverein für richtiger hielten, da man dann die vollen Beiträge am Orte behalten konnte. Diese Ansicht drang aber glücklicherweise nicht durch. Der hiesige Lokalverein trat mit einer Mitgliederzahl von 270 der Zentralorganisation bei, und auch der vorhandene Kassenbestand von 800 Mk. wurde dem Zentralverband in Hannover überwiesen. Damit hatten die Harburger Kollegen auch zugleich das Gründungskapital für den Zentralverband mit zur Verfügung gestellt, was alleseitig mit Freuden begrüßt wurde. Die Schwierigkeiten und die Nachwehen aus dem Petroleumstreik machten sich in Harburg aber immer wieder bemerkbar, so daß mit einem Fortschritt der Organisation nicht zu rechnen war. Erst gegen Ende des Jahres 1892 hatte die Zahlstelle wieder 300 Mitglieder. Der wirtschaftliche Niedergang und die damit verbundene Arbeitslosigkeit erschwerten die Organisationsarbeit, obwohl die besten und tüchtigsten Kollegen sich keine Mühe und Opfer verdrießen ließen. Die Hauptarbeit mußte durch Hausagitation betriebe werden. Die Hausagitation war damals in Harburg von großem Erfolg, so daß an einem Sonntag etwa 500 Mitglieder gewonnen werden konnten. Die Mitgliederzahl, die bis zum 4. Quartal 1893 nur 472 betrug, war somit auf 930 angewachsen. Nunmehr stellten sich schwierige Kämpfe ein. Bei dem Versuch, die Löhne ein wenig aufzubessern, kam es wiederholt zu großen Streiks. Bei den meisten Lohnkämpfen wurden geringe Lohnerhöhungen durchgesetzt. Die Organisation hatte damit an Macht und Einfluß gewonnen, so daß auf einzelnen Arbeitsplätzen auch Lohnerhöhungen ohne einen Kampf durchgesetzt werden konnten. Die Organisation hatte nach diesen Kämpfen eine erhebliche Mitgliederzunahme. Am 1. April 1896 wurde ein Mitgliederbestand von 2400 gezählt.

Eine solche gewaltige Erstarkung der Organisation schien den Unternehmern und Behörden aber sehr bald bedenklich. Es wurde deshalb nach einem Mittel gesucht, um die Organisation zurückzuschlagen. Einige Vorträge in Versammlungen sollten den Beweis erbringen, daß der Verband sich mit Politik befaßt habe. Da der Zahlstelle auch Frauen angehörten, die nach dem preussischen Vereinsgesetz sich nicht an politischen Vereinen beteiligen durften, erfolgte die Auflösung des Vereins. Um den richtigen Vorwand zu schaffen, hatte man behauptet, daß durch die Vorträge, die in dem Verein gehalten wurden, Politik getrieben worden sei. Dieser Vorwand mußte dann dazu dienen, eine Auflösung des Vereins vorzunehmen. Doch diese erwies sich als ein Schlag ins Wasser, denn für solche Fälle hatte der Hauptvorstand ein fertiges Rezept, wonach alle Mitglieder als Einzelm Mitglieder des Verbandes betrachtet wurden. Die Mitgliedsbeiträge wurden weiter eingekassiert, und auch Versammlungen wurden abgehalten, so daß die Polizei ein recht verdientes Geschäft machte. Man konnte es nicht verstehen, daß bei Schließung des Vereins die Mitglieder als Einzelm Mitglieder des Verbandes ihre Beiträge weiter entrichten konnten. Der damalige Polizeidirektor ließ den Vorsitzenden auf sein Büro kommen und tat ganz verwundert, daß man Einzelm Mitglieder des Verbandes sein könne. Und da man bekanntlich Einzelm Mitglieder nicht auflösen konnte, so mußte man gute Miene zum bösen Spiel machen. „Nun, das eine wollte dem Polizeidirektor nicht in den Sinn, daß der frühere Bevollmächtigte das Einkassieren der Beiträge weiter besorgte. Doch auch damit hat er sich schließlich abgefunden. In der Gerichtsverhandlung, die später stattfand, wurde der Vorsitzende zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er nach Ansicht des Gerichts gebildet hatte, daß Erörterungen über politische Angelegenheiten stattgefunden hätten. Der vorläufigen Schließung wurde aber vom Gericht nicht stattgegeben. Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein, die aber später zurückgenommen wurde, worauf die Schließung des Vereins vom Landgericht in Stade aufgehoben wurde. Um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wurde zur Neugründung einer Zahlstelle geschritten.“

### Der Verbandstag in Harburg.

Obwohl die Zahlstelle geschlossen war, hatte der Vorstand in Hannover es sich nicht nehmen lassen, den Verbandstag am 2. August 1896 in Harburg abzuhalten. Das war für die Harburger Kollegen ein erhebendes Moment, was sicher dazu beigetragen hat, daß die Organisation ein gutes Stück vorwärts gebracht worden ist. Zu Ehren der Delegierten hatten die Harburger Kollegen auch für eine Stunde der Freude und Erholung gesorgt. Das Fest fand im Rautschen Lokale statt, wobei die Liedertafel „Sängerbund“ es verstand, dem Fest die richtige Weisheit zu geben. Die Festrede hielt Kollege Brey, der als Thema gewählt hatte: „Und sie bewegt sich doch.“ Treffender konnte damals die Situation nicht gezeichnet werden. Die Organisation war scheinbar tot, aber sie erweckte sich einer prächtigen Entwicklung. Die Ausführungen des Kollegen Brey lösten eine große Begeisterung aus.

In den nun folgenden Jahren von 1896 bis 1899 blieb der Mitgliederbestand fest und hielt sich immer über 2000. So hat die Zahlstelle Harburg aus kleinen Anfängen sich zu einer mächtigen Organisation entwickelt. Heute zählt die Zahlstelle über 7500 Mitglieder und ist auch finanziell gut gerüstet. Einen solchen Fortschritt haben die Gründer niemals erwarten können.

Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter haben Großes geleistet. Aus diesen Erfolgen werden die Kollegen stets neuen Mut und neue Begeisterung schöpfen. Viel Unverstand ist noch zu bekämpfen, aber die großen Erfolge und der feste Glaube an die Zukunft werden uns stets neue Kraft geben und den Verband zu weiteren Erfolgen führen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist heute die beste Waffe gegen Unterdrückung und Unfreiheit. Daß sie immer mehr an Macht und Einfluß gewinnen möge, ist mein Wunsch zum heutigen vierzigsten Gründungstag des Verbandes.

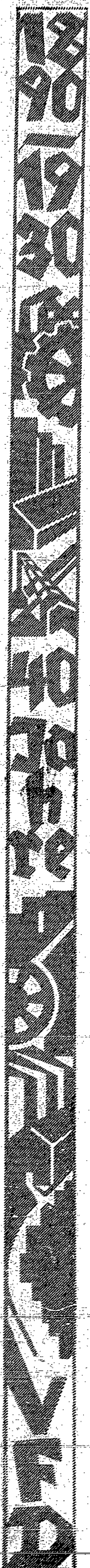
### Der Dichter.

Ich dicke nicht nur für den Mat;  
Ich denk' auch an den Winter,  
wo frieren arme Kinder;  
ja, hohe Herr, ich bin so frei.

Ist einer alt an Jahren,  
und geht das Laufen ihm gar schwer,  
so stört er sichlich den Verkehr  
und soll doch Auto fahren.

Soho! so lacht der reiche Mann,  
und wird es jemand frieren,  
so muß er es doch spüren,  
dann zieht er Pelz und Mantel an.

Der dort, der fahrende Gefell,  
dem ist die Welt doch schnuppe;  
er schmaust die Bettelkuppe;  
das Nachtschlaf ist sein Hotel. C. P.

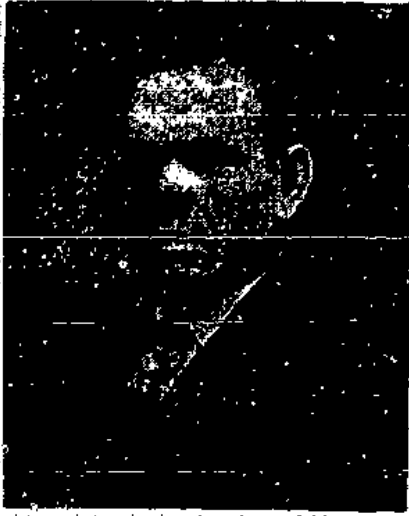




# Unsere 16 Gaue in der Verbandsgeschichte.

## Gau 1, Hannover.

Von Willi Scheinhardt.



Wir wollen nicht die Geschichte der letzten 200 bis 300 Jahre ausgraben. Aber doch möchten wir bei dieser Gelegenheit folgende Notiz unseren Kolleginnen und Kollegen nicht vorenthalten:

„Schon damals wird darüber geklagt, daß die Leute kein Holz hauen wollen, weil sie auf den Flüssen und bei Wegearbeiten guten Verdienst finden. Die königliche und kurfürstliche Kammer hat zwar in diesem Jahre 30 Holzhauer aus dem Harz nach den umständlichen Forsten (Hann.-Münden) bringen lassen, aber ohne Erfolg; die Leute haben nach wenigen Tagen die Arbeit verlassen. Sie haben angegeben, die Untertanen sähen sie mit sehr scheelen Augen an; außerdem seien sie trotz des hohen Lohnes bei dem doppelten Haushalt nicht auf ihre Kosten gekommen.“

Der oben kurz angeführte Bericht stammt aus der Zeit, als das 19. Jahrhundert anbrach. In jener Zeit drehte sich langsam im Schatten der mittelalterlichen Zünfte das Wirtschaftsleben in unserem heutigen Gauegebiet. Das Handwerk beherrschte das gewerbliche Leben. Wie überall, so war auch bei uns noch der ungelernete Arbeiter Schuttkarrenschlepper, Lastenträger, Knecht oder Tagelöhner.

Aber bald wurde es lebendig. Ob in Hannover, Braunschweig oder Lippe, überall sahen wir die gleiche Erscheinung: Verfall des selbständigen Handwerks, Entwicklung zur Industrie. Der einst selbständige Leineweber in Lippe wurde Wanderarbeiter. Er ging Ziegeleien — In Bomlitz begann man bereits 1815 mit der Herstellung von Schwarzpulver. 1835 entstand die erste mechanische Baumwollweberei unseres Wirtschaftsgebietes in Linden. Zu gleicher Zeit waren schon neun Glashütten vorhanden, darunter die „Glashütte zum Steinkrug“ sowie die Spiegelglasfabrik in Ainetsh. Georg Eggestorff gründete 1832 die Saline Georgenhall, wenige Jahre später eine chemische Fabrik. Reges industrielles Leben entfaltete sich in dem kleinen Harzstädtchen Osterode. 1840 begann man in Braunschweig mit der Konservierung des Spargels. 1862 wurde in Hannover die Gummiwarenfabrik Excelsior gegründet, neun Jahre später die Continental. Stürmisch war die Entwicklung der Industrie unserer Heimat von 1870 bis zum Ausbruch des Weltkrieges. In dieser Zeit entsteht die Kaliindustrie. Die Nachkriegszeit setzte mit einer starken Konzentrationsbewegung der Industrie ein. Das Zustandekommen des Gummi-Krustes unter Führung der Continental und die Interessenkämpfe in der Kaliindustrie sind in dieser Richtung die wichtigsten Erscheinungen.

Die Industrie unseres Gauegebietes hat eine glänzende Entwicklung durchgemacht. Trostlos dagegen war die Lage der Arbeiter, insbesondere die der Ungelernten. Wie der Lohn der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben der chemischen Fabriken oder in den Papierfabriken in den 40er oder 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war, darüber fehlt uns jeder Nachweis. 1870/71 soll der Tagelohn für Arbeiter in Hannover und Umgegend 1,50 bis 2 Mk. betragen haben. Aus den 80er Jahren liegen uns ganz bestimmte Nachrichten über die Höhe des Lohnes vor. Der Stundenlohn für den vollwertigen Arbeiter betrug in Hannover und Umgebung 20 bis 23 Pf., für die Arbeiterin 9 oder 10 Pf. Zu gleicher Zeit verdiente der Arbeiter in Celle 14 bis 18 Pf. pro Stunde. Dort, wo der Arbeiter nach Stunden entlohnt wurde, war bereits ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Betriebe, im ländlichen Gebiet gelegen, entlohnten noch im Tagelohn. Für eine elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit wurde in Göttingen ein Tagelohn von 1,60 bis 2 Mk. gezahlt. Die Akkordarbeiter hatten keine Ahnung von der Berechnung ihres Verdienstes. Je nach der Leistung des einzelnen Arbeiters setzte der Werkmeister am Schluß der Lohnperiode den Akkordpreis fest. Die Arbeiter wurden fortgesetzt betrogen. Neben dieser Befragererei gab es aber noch vieles andere, das die Arbeiterschaft zur Empörung brachte. Aus Braunschweig wird berichtet, daß in einem mittleren Betriebe in einem einzigen Jahre von der Arbeiterschaft 1100 Mk. Strafe gezahlt werden mußten. Die gleichen Klagen und Beschwerden hören wir aus Kleefeld, Hannover, Linden und anderen Orten.

Die Entwicklung der Industrie brachte es mit sich, daß in unserem Bezirke rechtzeitig die Arbeiterschaft ihre Interessen wahren mußte. Zunächst geschah dieses durch Zusammenschlüsse in örtliche Vereine. In Hannover, Braunschweig und Wolfenbüttel scheint allerdings die Genossenschaft der Manufaktur-Fabrik- und Handarbeiter bereits 1869 Mitglieder gehabt zu haben. 1868 waren aus unserem Gauebezirk auf dem allgemeinen Arbeiterkongreß folgende Orte vertreten: Hannover, Braunschweig, Osterode, Wolfenbüttel, Minden, L. W., Einbeck und Lemgo. Die Delegierten dieser Orte vertraten insgesamt 2900 Fabrikarbeiter.

Die Arbeiterschaft fing an, ihre soziale Lage zu kritisieren. Diese Bewegung wurde plötzlich unterbrochen durch das Bismarcksche Sozialistengesetz. Da die Abhaltung von Versammlungen nicht gestattet war, fanden sich die hannoverschen Kollegen in der sogenannten „Lorchhütte“ zusammen. In der Lorchhütte gab es Flaschenbier. Von den Gummiarbeitern wurde in diesem Lokal recht lebhaft der Plan diskutiert, einen Gummiarbeiterverein zu gründen, der sich später über ganz Deutschland erstrecken sollte. Aber aus der Sache wurde nichts. Dieser Plan stieß bei allen Arbeitkollegen, die nicht in der Gummiindustrie beschäftigt waren, auf Widerspruch, und außerdem war die stärkste Persönlichkeit, August Lohrberg, für eine solche Sache nicht zu haben. Unter der Führung des Kollegen Lohrberg wurde im Sommer 1889 in Hannover der Verein zur Wahrnehmung der Interessen der Fabrikarbeiter und sonstigen nichtgewerblichen Arbeiter gegründet. In Braunschweig war ein ähnlicher Verein unter der Führung von Fritz Ohlenborg zustande gekommen. Weisere lose Vereinigungen für Fabrikarbeiter bestanden in Verden, Celle, Bielefeld, Alzen und Herford. Der Gedanke des Zusammenschlusses hatte auch bei den Fabrikarbeitern gesiegt.

Der Gedanke, einen Verband für die Fabrikarbeiter zu schaffen als zentrale Organisation, ging von den Kollegen in Hannover aus. Lohrberg berief im Auftrage des Lokalvereins Hannover zum 28. Juli 1890 einen Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands ein. Aus 13 Orten waren Delegierte aus unserem Gauegebiet erschienen: Alfeld, Braunschweig, Döhren, Göttingen, Hannover, Hameln, Limmer, Linden, Osterode, Peine, Ricklingen, Alzen, Verden. Die Braunschweiger Kollegen, unter Führung von Ohlenborg, sowie der Delegierte aus Alzen sprachen sich gegen eine Zentralorganisation aus. Der Kongreß entschied sich aber für den Verband auf zentraler Grundlage.

Schon in den ersten Jahren kam es zu Lohnkämpfen in Braunschweig und in Celle. In Braunschweig endete der Kampf mit einem Erfolg. In Celle war die Organisation noch nicht stark genug, um zu siegen. Unternehmer, Staat und Polizei verlegten sich jetzt auf die Bekämpfung unseres Verbandes. Die Zahlstelle Hannover wurde als politischer Verein erklärt und aufgelöst. In Eschershausen händigte die Polizei die Mitgliederliste, die von ihr eingefordert war, dem Kriegerverein (Hies: Unternehmer) aus. Aber alles half nichts; wir wurden größer und stärker. 1902 hatten wir im Gau 18 Zahlstellen mit 1608 Mitgliedern. Das war zunächst nicht weiterschütternd; aber schon das Auftreten als organisierte Macht schaffte für unsere Kollegen Vorteile. Das wichtigste war zunächst, daß mehr als 1000 Arbeitkollegen stündlich und täglich für unsere Idee in den Betrieben wirkten. Der Erfolg blieb nicht aus. Am Schluß des Jahres 1906 hatten wir innerhalb unseres Gaues 18 000 Mitglieder. Hannover und Braunschweig waren die führenden Zahlstellen. Der Zahlstelle Braunschweig war es auf Grund des guten Organisationsverhältnisses möglich, bereits im Jahre 1904 für die dortige Konservenindustrie einen Tarifvertrag abzuschließen. Als erste Zahlstelle im Gau stellte Hannover

den Kollegen Dnken als besoldeten Funktionär an. Zwei Jahre später wurde Kollege Otto Conzenius angestellt, der heute noch Vorsitzender der Zahlstelle Hannover ist.

Um die Agitation zu befördern, wurden im Jahre 1898 ehrenamtliche Gauvorstände eingesetzt. Dem ersten Gauvorstand im Gau 1 gehörte damals auch Kollege Stender an. August Stender ist heute noch Mitglied des Gauvorstandes. 1904 wurde Kollege Ernst Großmann aus Hildesheim als besoldeter Gauleiter mit dem Sitz in Magdeburg angestellt. Vom Gau 1 wurde folgendes Gebiet bearbeitet: Provinz Hannover (mit Ausschluß des nördlichen Teiles), Provinz Sachsen sowie Anhalt, Braunschweig und Lippe. 1907 hatten wir im obengenannten Gauegebiet 26 489 Mitglieder. Im selben Jahre wurde der Sitz des Gaues von Magdeburg wieder nach Hannover verlegt. Die ständige Zunahme der Arbeit innerhalb des umfangreichen Gauegebietes veranlaßten den Hauptvorstand, im Jahre 1909 Kollegen Karl Bruder als zweiten Gauleiter für den Gau 1 anzustellen. 1911 wurde der Gau 1 aufgeteilt; es verblieb folgendes Agitationsgebiet: Provinz Hannover (mit Ausnahme des nördlichen Teiles), der jetzige Freistaat Braunschweig, Lippe und der Regierungsbezirk Minden der Provinz Westfalen. Die Provinzen Sachsen und Anhalt wurden Gau 2. Kollege Großmann ging als Gauleiter des Gaues 2 nach Magdeburg. In Hannover blieb Kollege Bruder. Während des Krieges wurde der Gau von den Kollegen des Hauptvorstandes mitverwaltet. 1919 kam Kollege Senkfeil aus Schönebeck nach Hannover als Gauleiter. Als Kollege Senkfeil später die Branchenleitung „Nahrungsmittel“ übernahm, wurde Kollege Heinrich Pröhl Gauleiter. Heinrich Pröhl starb im August 1924. Wilhelm Meißner war von Anfang 1920 bis zum Beginn des Jahres 1924 in der Gauleitung tätig. Kollege W. S. Haberhauffe ist seit Oktober 1919 und Kollege W. Scheinhardt seit August 1924 Gauleiter im Gau 1.

Infolge der Stärke des Verbandes war es möglich, einen starken Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuüben. 1907 kam es in der Gipsindustrie in Stadtdendorf zu heftigen Differenzen wegen der Regelung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer verweigerten eine Lohnerhöhung. Aus diesem Grunde traten die Kollegen in den Streik. Dieser dauerte sieben Wochen und endete mit einem Erfolg für uns. Zur Arbeitseinstellung kam es im gleichen Jahre in der Lederfabrik in Celle.

Am Vorabend des Weltkrieges war der Mitgliederbestand 16 452. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir wichtige Fortschritte auf dem Gebiete der Tarifbewegung und Arbeitszeitverkürzung gemacht. Von der 14- und 15stündigen Arbeitszeit von einst sind wir durch unser Wirken zur zehnstündigen gekommen. — Der Krieg löste innerhalb unseres Bezirkes genau dieselben Erscheinungen aus wie in allen übrigen Bezirken des Reiches. Mit dem Ende des Weltkrieges veränderte sich die Situation grundlegend. 1922 erreichten wir die Mitgliederzahl von 61 000. Für die Papier-, chemische, Ziegel- und Kaliindustrie, für die Hüttenbetriebe und viele einzelne Betriebe konnten wir Tarifverträge schaffen. — Vieles, was in dieser Zeit in jähem Kampfe im Interesse unserer Kollegen erreicht wurde, verschwand wieder im Rachen der Inflation. Die Kaliindustriellen schlugen aus der Not der Arbeiter Kapital. Trotzdem ein Tarifvertrag bestand, der die Arbeitszeit regelte, führten sie unter Bruch des Vertrages innerhalb unseres Bezirkes Anfang 1924 die zehnstündige Arbeitszeit ein. In anderen Industrien wurden dieselben Versuche gemacht. Mit Erfolg wehrten wir die Angriffe ab. Bis zum Jahre 1925 konnten wir in allen Industriegruppen die achtsündige Arbeitszeit wiederherstellen.

Durch die Inflation war der Arbeitslohn sehr stark entwertet. Anfang des Jahres 1924 hatten wir Stundenlöhne von 30 bis 35 Pf. Um die Bessergestaltung entwickelten sich heftige Kämpfe. Hierbei wurden Industriegruppen hineingezogen, die bisher einen Streik noch nicht kannten. Hier und dort gab es Niederlagen für uns. Aber in den größten und auch entscheidendsten Kämpfen ging unsere Arbeiterschaft als Sieger hervor.

Obwohl wir heute in einer anderen Zeit leben, im Vergleich zur Vorkriegszeit, gibt es doch noch eine Reihe von Arbeitgebern, die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag nicht wünscht. An der Spitze dieser Arbeitgeber innerhalb unseres Gaues dürfte die Firma Winkelmann in Bisselbode stehen. Auf eine Eingabe zwecks Regelung der Löhne teilte sie 1928 folgendes mit:

„An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Hannover, Hannover.  
Wir empfangen Ihr Einschreiben vom 17. d. M. und erwidern Ihnen darauf, daß wir es auf das entschiedenste ablehnen, mit Ihnen in Verhandlungen über die Regelung unserer Löhne einzutreten.  
Hochachtungsvoll!  
Norddeutsches Honig- und Wachs- u. Zuckerwerk, G. m. b. H.  
Winkelmann.“

Trotzdem konnten wir unseren Willen durchsetzen und in kurzer Zeit den dort beschäftigten Kollegen eine Lohnerhöhung von 14 Pf. pro Stunde verschaffen.

Frühzeitig setzte in unserem Bezirke die Rationalisierung ein. Durch die Betriebsstilllegungen in der Kaliindustrie wurden blühende Industriedörfer vernichtet. Wir erinnern an Groß-Rhüden, Eime, Grehem-Wüchsen. In den letzten beiden Jahren sind weitere 39 Betriebe mit zirka 2000 Beschäftigten stillgelegt. Große Teilstilllegungen vollzogen sich infolge des Zustandekommens des Flaschenindikats in der Glasindustrie. Massenentlassungen hat die Rationalisierung in der Gummi- und chemischen Industrie zur Folge gehabt. Durch diese Maßnahmen wurden in den letzten beiden Jahren 8000 unserer Arbeitkollegen aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen.

Die Zementfabrik in Hardegsen lag mehrere Monate still. Bei Wiedereröffnung des Betriebes mußte jeder Arbeiter die Beitrittserklärung zum gelben Werkverein unterschreiben. Aus der Not der Ärmsten schlägt man Kapital.

Die Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaftsbewegung hat in unserem Bezirk keine Bedeutung. Der Christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband ist recht schwach. Soweit sich dessen Agitationsgebiet mit dem unseres Gaues deckt, dürfte seine Mitgliederzahl im höchsten Fall zur Zeit 2000 betragen. Im Gau 1 haben wir zur Zeit 40 500 Mitglieder. Innerhalb unseres Wirtschaftsgebietes sind wir neben dem Deutschen Metallarbeiterverband die stärkste Arbeitnehmerorganisation.

40 Jahre haben Tausende unserer Funktionäre unermüdet gekämpft für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Befreiung der menschlichen Arbeitskraft aus den Krallen des Kapitalismus. Dieser Kampf geht weiter. Wir rufen heute noch, wie vor 40 Jahren, unseren Arbeitkolleginnen und -kollegen zu:  
Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

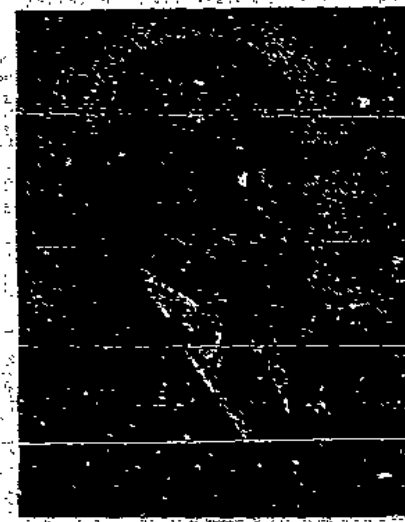
## Gau 2, Magdeburg.

Von Karl Tolaki.

Eine Reihe von Zahlstellen wurde in den Jahren 1896 und 1897 gegründet.

Da in den damaligen Jahren das Agitationsgebiet nicht so streng abgegrenzt war wie heute und weil damals die ungelerten Arbeiter in manchen Fachverbänden nicht aufgenommen wurden, suchten die ungelerten Arbeiter, sich selbst eine Organisation zu gründen.

Innerhalb des heutigen Gauegebietes wurde im April 1890 der erste Verein der ungelerten Arbeiter in Halle an der Saale gegründet unter dem Namen: „Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen ungelerten Arbeiter“. Die Zahl der Mitglieder betrug 60, aber nach 1 1/2jährigem Bestehen wurde der Verein politisch aufgelöst.



Am 29. August 1897 wurde die Zahlstelle Halle a. d. Saale gegründet. Der Kollege Oskar Köfler, einer der Gründer der Zahlstelle, kämpft heute noch in unserem Verbands-







Heinrich Rohne.

Die Polizei machte unserem Verband viele Schwierigkeiten. Kartelle und Gewerkschaften wurden als politische Vereine erklärt. Um der Polizei ein Schnippen zu schlagen, wurden nacheinander 7, 9, 13, und sogar 25 Versammlungen an einem Tage abgehalten.

Die Zählstelle Magdeburg wurde im November 1898 vom Kollegen Jänicke (Halberstadt) gegründet. Bei dieser Gelegenheit sei auch eines Mitbegründers der Zählstelle Magdeburg gedacht, des Kollegen Heinrich Rohne.

Der Kollege Heinrich Rohne war nicht nur Mitgründer unserer Zählstelle Magdeburg, sondern auch Gründer der „Volksstimme“ und des Sozialdemokratischen Vereins. Kollege Rohne, auch der „lange Heinrich“ genannt, gehörte noch heute dem Vorstand an. Auf ihn sind wir besonders stolz.

Ausgangs der 90er Jahre hatten sich die Kollegen in Párey zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluß paßte den Unternehmern nicht. Alle Schikanen mußte die Arbeiterschaft über sich ergehen lassen. Sogar ein Weg, den die Arbeiter benutzten, um früher zur oder von der Arbeitsstelle nach Hause zu kommen, wurde ihnen verboten und zum Privatweg erklärt. Durch diese Maßnahme entstand eine große Empörung unter der arbeitenden Bevölkerung am Orte. Die Zählstellenleitung in Magdeburg wurde dringend gebeten, sofort einen Redner nach Párey zu schicken, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Der für diese Mission bestimmte Kollege bekam den Auftrag zur Ordnung der Angelegenheit nach seiner Arbeitsstelle geschickt. Der „lange Heinrich“ schwang sich sofort auf sein Fahrrad (Párey liegt zirka 40 Kilometer von Magdeburg entfernt) und hat dort die öffentliche Versammlung abgehalten, um die Sache zu regeln.

Als erster ehrenamtlicher Gauleiter wurde Kollege Gottlieb Panicke gewählt (ist bereits seit Jahren tot). Der Kollege Panicke hat mehrere neue Zählstellen gegründet. Als Redner in den Versammlungen trat er nur in seinem unverfälschten Magdeburger Platt auf. Da unser Verband auch die Landarbeiter zu organisieren hatte und die Land- und Industriearbeiter in Magdeburg und Umgegend in ihrer Muttersprache fast nur Platt sprachen, war Panicke ein gern gesehener Redner. Es kam auch vor, daß Panicke und seine Freunde aus der Versammlung flüchten mußten, besonders wenn die Agrarier ihre Arbeiter in Gasthöfen mit Schnaps und Bier traktiert hatten und geschlossen zu unseren Versammlungen kamen.

Nach kurzem Bestehen unserer Zählstelle in Magdeburg konnten wir für die Hilfsarbeiter in der Metallindustrie einen Streik mit Erfolg durchführen.

Etwas anders gestaltete sich der Abwehrstreik bei der Firma Pfeifer & Schmidt in Magdeburg. Eine Anzahl Italiener wurden als Streikbrecher herangeholt. Die Neufabrikanten waren neugierig auf den neuen Jüngling, und als die Streikbrecher per Omnibus von der Bahn abgeholt wurden, geschah das Malheur, daß der Wagen umkippte. Dieser Vorgang war ein Grund zum Eingreifen für die Polizei, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Streikenden vorzugehen. Trotz alledem mußte die Werksleitung sich zu Verhandlungen bereitfinden. Kollege August Bréy und der jetzige Oberbürgermeister Genosse Belms (Magdeburg) waren die Verhandlungsleiter. Es gelang nach schwieriger Verhandlung, zu erreichen, daß die Italiener auf Kosten der Werksleitung abgeschoben wurden und der Abwehrstreik dadurch zugunsten der Kollegen entschieden wurde.

Die Zählstelle Magdeburg war die erste Zählstelle im Gau, die einen Geschäftsführer anstellte. Leider muß gesagt werden, daß die Mitglieder mit dem ersten und auch später mit dem zweiten Geschäftsführer Flaska erlitten haben. Die Anforderungen an die Verbandsfunktionäre wurden immer stärker. Deshalb wurde im November 1904 der Kollege Ernst Großmann als bester Gauleiter mit dem Titel „Magdeburger“ angestellt. Es war damals eine schwierige Aufgabe für den Kollegen Großmann, das Verbandschifflein in die richtige Bahn zu lenken und dabei den Verband immer mehr auszubauen. Das ist dem Kollegen Großmann in seiner langjährigen Tätigkeit als Gauleiter in vollstem Maße gelungen. Aber nicht nur als Verbands-, auch als Parteifunktionär hat er seine Schuldigkeit getan, denn die Partei hatte den Kollegen Großmann als Reichstagskandidaten für den Kreis Gardelegen aufgestellt. Seit Mai 1920 ist der Kollege Großmann als Sekretär beim Hauptverband tätig.

Nachdem der Kollege Großmann den Boden gut vorbereitet hatte, konnte die Zählstelle Magdeburg im Jahre 1905 den Kollegen Otto Frenzel als Geschäftsführer anstellen.

Einige Jahre später folgten weitere Zählstellen im Gau mit der Anstellung von Kollegen zur Erledigung der laufenden Verbandsgeschäfte. Seit dieser Zeit hat der Verband ein festes Wachstum aufzuweisen; trotz Willkür der Arbeitgeber im Bunde mit der Polizei. Jede Versammlung, und wenn es eine Betriebsversammlung war, mußte polizeilich angemeldet werden. Aus nichtigen Gründen wurden Versammlungen verboten. Lokale fanden kaum zur Verfügung, so daß sehr oft die Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden mußten.

Unsere Mitglieder mußten damals polizeilich an- und abgemeldet werden. Hatte der Bevollmächtigte eine Abmeldung veräumt, dann gab es ein Strafmandat.

Unser Verbandsfilm zeigt die Schwierigkeiten, unter welchen die Verbandsmitglieder, insbesondere die Funktionäre, in der Vorkriegszeit zu leiden hatten.

Es soll hier noch der vielen Funktionäre gedacht werden, die nicht alle namentlich aufgeführt werden können, die ihre ganze Kraft der Arbeiterbewegung gewidmet haben.

Von den nach Tausenden zählenden Verbandsmitgliedern, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, waren viele besoldete und nicht besoldete Funktionäre unseres Verbandes. Erfas zu schaffen für die Funktionäre, war mitunter recht schwer, teilweise unmöglich. Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Frauen der Funktionäre in die Bresche sprangen und die Verbandsgeschäfte weiterführten. Dieses Amt war für die Frauen doppelt schwer, da zu berücksichtigen war, daß sie noch für die Familie sorgen mußten und außerdem die Hausarbeiten. Wird der Mann wieder gesund oder wird er überhaupt aus dem Krieg zurückkehren? Es ist den Frauen zu danken, daß manche Zählstelle nicht eingezogen ist und den Mitgliedern ihre alten erworbenen Rechte erhalten.

Nach dem Kriege setzte ein starker Zulauf zum Verbands ein. Die Zählstellen wurden weiter ausgebaut. So konnte der Tarifgedanke in der Wirtschaft angelegt werden und für alle Industrien wurden die Arbeits- und Lohnbedingungen tariflich geregelt. Der Vorteil, den die Arbeiterschaft davon hat, wird leider von einem Teil der Unternehmer noch nicht voll gewürdigt.

Am Schluß des Jahres 1929 hatten wir in unserem Gau 40 Zählstellen mit 32 083 männlichen und 3470 weiblichen Mitgliedern, zusammen 35 553 Mitgliedern.

Dem Hauptverband gehören die Kollegen:

Otto Frenzel, Karl Lohde, Heinrich Rohne und Max Reubert an. Die vorstehend angeführten Kollegen haben bereits seit Jahren ihr 25jähriges Verbandsjubiläum gefeiert. In der Gauleitung sind zwei angestellte Kollegen und eine Kollegin beschäftigt.

### Unser Machtwort

Ein Bau liegt auf uns Not und Noth,  
Was aus dem Nichts und wurde Noth.  
Er wuchs durch vierzig Jahr und mehr,  
Er kam für Was! Und Cost schon her.  
Und immer weiter, durchdrungen heiß,  
Nacht wüthet aus der Acher Kreis.  
Und jede Schöke armuthvoll  
Esart, daß sie endlich fruchten soll.

Es naht der Tag, er naht gewiß,  
Wo der Pfing ins letzte Bruchfeld biß.  
Dann biß der letzte Schliche Stein,  
Und alles Land wird schlend sein.  
Den Tag an den Pfing! Und Tod der Front  
Unser Machtwort heißt: Organisation!  
Faschismus, so zwingen wird schon.  
Franz Diederich.



### Gau 3, Berlin.

Von Hans Kobl.

Im Gau 3 ist Berlin ein Wirtschaftszentrum von ungeheurem Umfange. Die hier zusammengeballten Produktionsmittel und -anlagen sind gigantisch. Die Hautefinance konzentriert sich hier gleichfalls, und diese doch auf einem immerhin engen Raum zusammengedrückten Kräfte bestimmen auch zum guten Teil den Lebensrhythmus und das Arbeitstempo dieser Stadt der Arbeit. Daß das geistige Leben Berlins von diesen Kräften nicht unbeeinflusst bleibt, ist selbstverständlich. Dem Fremden mag Berlin als eine Stadt des Vergnügens erscheinen — er steht schließlich die Brennpunkte des Verkehrs und den Kurfürstendamm. Wer Berlin näher kennt, der weiß, daß für den Einheimischen und dazu insbesondere für die arbeitende Klasse Berlin alles andere ist, nur keine Stadt des Vergnügens. Der übrige Teil der Provinz Brandenburg hat keine einheitliche Gliederung.

In der Niederrheinzeit und im Kottbusser Gebiet entwickelte während des Krieges und in der Nachkriegszeit die dortige Industrie starke Kräfte. Eines der bedeutendsten Aluminiumwerke in Deutschland, das Lautawerk, ist eine Schöpfung der Kriegszeit. Westlich von Berlin entstand während des Krieges die Pulverfabrik in Premnitz. Infolge der Aufsaugung von Köln-Rottweil durch die I. G. Farbenindustrie wurde Premnitz zu einer modernen Kunstseidefabrik ausgebaut. Rings um Berlin liegt eine große Menge von Ziegeleien, deren Jahresproduktion nicht weit von einer Milliarde Steinen entfernt sein dürfte.

Die für unsere Organisation bedeutendsten Industrien im Gau 3 sind die chemische Industrie und die Industrie der Steine und Erden. Außerdem sind im Gau 3 noch Papier-, Konserver-, Zucker-, Stmühlen-, Stärke- und noch sonst eine Anzahl kleinerer Industrien vorhanden.

Daß die ersten Anfänge der Organisation in Berlin waren, ist erklärlich. Die Chemiewerker fanden sich in einem Verein „Hoffnung“ zusammen, dessen Betätigung mehr geselliger als gewerkschaftlicher Art war. Die Gummiarbeiter Berlins hatten sich zu einem „Verein der Gummiarbeiter“ zusammengeschlossen, der in erster Linie als Unterstüßungsverein gedacht war. Dieser Verein versuchte später auch gewerkschaftliche Probleme zu lösen. In Berlin bestand dann noch ein Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Kassalensicher Richtung. Die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob Lokal- oder Zentralorganisationen zweckmäßiger seien, waren sehr stark, und erst am 23. August 1898 gelang es nach einem Vortrag des Kollegen Brey in diesem Verein, die Zählstelle Berlin des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands zu gründen. Die Gründung vollzog sich jedoch nicht ohne Opposition, und es traten im ganzen nur 28 Mitglieder der Zentralorganisation bei. Die Opposition berief eine Versammlung nach Adlershof ein, und dort wurde der Anschluß der verschiedenen Berliner Bezirke an die Zentralorganisation abgelehnt. Die Entwicklung zur Zentralorganisation war jedoch nicht aufzuhalten, und im Jahre 1901 trat der letzte Berliner Bezirk zur Zentralorganisation über. Der Gründer der Zählstelle Berlin war der Kollege Emil Schumann, der heute in Oranienburg lebt und mit seiner Frau, die ungefähr so lange organisiert ist wie er, heute noch der Organisation angehört. Der Kollege Emil Schumann hat nach seinem Wegzug von Berlin nach Oranienburg auch dort an der Spitze der Organisation gestanden, und als die Zählstelle Oranienburg ihr Jubiläum feierte, da war es ein erhebendes Gefühl, den Kollegen Schumann in geistig frischer und lebendiger Weise von vergangenen Zeiten reden zu hören. Der Kollege Schumann führte den Vorsitz der Zählstelle Berlin von 1898 bis 1899, er war auch der erste Berliner Delegierte auf dem Verbandstag 1898 in Kassel. Ihm folgte der Kollege Waldemar Fink von 1899 bis 1901, und von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahre 1919 war Konrad Bruns die Leitung der Zählstelle anvertraut. Unter der Leitung von Bruns nahm die Zählstelle einen stetigen Aufstieg, besonders nachdem 1904 der Kollege Bruns und im Jahre 1905 der Kollege Kühle fest angestellt wurden. 1913 zählte die Zählstelle Berlin 9037 Mitglieder. Es ist, man möchte sagen, selbstverständlich, daß die Funktionen die Sache des Unternehmertums mehr als einmal zu spüren bekamen. Maßregelungen und schwarze Listen waren an der Tagesordnung. Im Mai 1919 berief der Hauptvorstand den Kollegen Bruns als Arbeitnehmersprechenden in die RAG Chemie. Sein Nachfolger als Vorsitzender in stürmischer Zeit war der Kollege Wilhelm Reimann. Reimann wurde im Jahre 1926 als bester Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister in Berlin-Weißensee gewählt, und ihm folgte als Vorsitzender der Kollege Hermann Rücker, der heute die Zählstelle noch leitet.

Von Berlin aus wurde der Organisationsgedanke hinausgetragen in die Provinz Brandenburg. Diese Arbeit geschah selbstverständlich am Anfang ehrenamtlich. Ihr unterzogen sich als Gauleiter die Kollegen Emil Schumann, Waldemar Fink, Hugo Rakau und Emil Bennewitz. 1904 wurde Bennewitz als Gauleiter angestellt. 1904 betrug die Mitgliederzahl 34 Zählstellen einschließlich Berlin 6600, 1906 waren es bereits 13 596 Mitglieder in 43 Zählstellen. Am Schluß des Jahres 1913 betrug die Mitgliederzahl 15 208 einschl. 1180 weiblicher Mitglieder in 46 Zählstellen. 1900 erfolgte die Gründung der Zählstellen Velten und Reglin, 1902 Nauen und Werder, 1903 Wittenberge und Schwiebus, 1904 Brandenburg und Kottbus, 1905 Finow und Rathenow, 1906 Guben, 1907 Sommerfeld, 1908 Küstrin ufm. Zählstellen wurden gegründet und gingen wieder ein. Kaum hatte die Organisation an den einzelnen Plätzen Fuß gefaßt, so sorgten Unternehmertum und Polizei dafür, daß den Zählstellen das Lebenslicht ausgeblasen und die Funktionäre gemafregelt wurden. Es hagelte Polizeistrafen wegen Flugblattverteilung und ähnlicher Dinge, und das Saalabtreiben war an der Tagesordnung. Die Gründung so mancher Zählstelle geschah auf freiem Felde und in größter Heimlichkeit. Die Unternehmer lebten es in der Regel ab, mit der Organisation zu verhandeln.

Einiger in der Vorkriegszeit geführter Bewegungen wollen wir noch besonders gedenken. Das Jahr 1903 brachte der Zählstelle Velten (Kachelofenindustrie) einen glänzenden Aufstieg. Am 1. Oktober 1903 betrug die Zahl der Mitglieder rund 750. Als unsere Kollegen eine Lohnforderung von 2 Pfennig pro Stunde einreichten, stießen sie auf den hartnäckigsten Widerstand der Unternehmer. 1902 konnte eine Lohnhöhung von 2 Pfennig durchgedrückt werden. 1903 trafen unsere Kollegen in den Ausschuß. Der Kampf dauerte ein Vierteljahr. Es fand sich auch nicht ein einziger Streikbrecher. Am 1. Januar 1904 wurde dieser Kampf mit einem Pfennig Lohnhöhung beendet. Von den Gründern der Zählstelle Velten wirken heute noch die Kollegen Paul Ehlele und Johann Brückow als tatkräftige Funktionäre der Organisation.

Die Firma Reichstein in Brandenburg sperrte im Jahre 1908 die gesamte Arbeiterschaft, insgesamt 49 unserer Kollegen, aus. In der vierten Woche war die Aussperrung mit einem Erfolg für unsere Kollegen beendet. Um Brandenburg herum wurden in der damaligen Zeit zirka 5000 bis 6000 Ziegeleiarbeiter beschäftigt. Aber erst im Jahre 1912 konnte die Organisation bei den dortigen Ziegeleiarbeitern Fuß fassen.

Die Kunst war eine Domäne der Hirsch-Duncker'schen. 1904 wurde in Sommerfeld der Bau- und Hilfsarbeiterverein gegründet, aus dem im Jahre 1907 der Fabrikarbeiterverband hervorging. Die Organisation hat die dort kämpfenden Kollegen tatkräftig auch materiell unterstützt, und unsere Kollegen Glasche, Kalische, Miran, Seuge, Jäger, Raack und Mertshing, welche die Gründer unserer dortigen Organisation waren, kämpften wie die Löwen. Der Streik hatte zwar keinen direkten Erfolg für unsere Kollegen, aber die Organisation hatte letzten Endes Erfolg und eine größere Anzahl Mitglieder gewonnen. Die Folge



des Streiks war, daß die Hirsch-Dunckerschen im dortigen Gebiet zur Einflußlosigkeit verurteilt wurden. 1912 wurde dann der erste Streik von unserer Organisation allein im dortigen Gebiet geführt, der auch mit einer Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde für unsere Kollegen beendet wurde.

Im Jahre 1907 führte unsere Zahlstelle Finow bei der Firma Hoffmann & Mohr einen Streik, der 12 Wochen dauerte. Der Streik brachte unseren Kollegen keinerlei finanzielle Vorteile, aber die Anerkennung der Organisation. In dieser Zahlstelle besitzen wir einen Stamm sehr tüchtiger Funktionäre, die teilweise auch Gründer der Organisation waren, wie die Kollegen B o w i t z, B u c h w a l d, G r i c h e, K o l l a, A n d r e s, Q u a n d, G e r l a c h, E w a l d, S e i d e l, S t i m s o n und E n g e l.

Klein war auch der Anfang unserer Zahlstelle in Rathenow. Die ersten Mitglieder rekrutierten sich aus Arbeitern der Ziegelei Heidepriem und den Hilfsarbeitern der Ofenfabrik von Brucks. Dazu kamen noch einige Kollegen der damals bestehenden Gummifabrik. Ein Teil unserer Mitglieder war in der optischen Industrie untergekommen. In den letzten Jahren hat Rathenow einen guten Aufschwung genommen, so daß wir dort zur Anstellung eines Kollegen übergehen konnten. Schwierig ist das Gebiet auch heute noch, und diese Schwierigkeiten werden durch die latente Krise in der Kunstseidenindustrie noch vermehrt.

Die Zahlstelle Kottbus-Senftenberg hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus entwickelt. Vor 26 Jahren waren es einige Ziegeleiarbeiter, welche sich zusammenschlossen, und wenn heute die Zahlstelle Kottbus-Senftenberg 7000 Mitglieder zählt, dann ist dieser Aufstieg ein Beweis für die Lebens- und Werbekraft unserer Organisation. Kollege K e r s t a n war mit einer der Gründer der dortigen Zahlstelle und ist ihr Vorsitzender bis zum heutigen Tage. Durch die Verschmelzung von Glas-, Porzellan- und Fabrikarbeiterverband bekam diese Zahlstelle einen nicht zu unterschätzenden Zugang gut geschulter Funktionäre. Aus der großen Zahl möchten wir eines Kollegen besonders gedenken. Es ist Kollege G r u s c h k e, dem die dortigen Glasarbeiter vieles zu danken haben. Maßregelungen blieben auch hier unseren Kollegen nicht erspart, schwarze Listen eilten den Kollegen, die von Ort zu Ort wandern mußten, voraus, und die Polizei machte mit den dortigen Unternehmern gemeinsame Sache.

Erwähnt sei noch ein Kampf, der im Jahre 1913 von unserer Zahlstelle Guben bei der Firma Gustav Krüger, Mückenberg, Zementwarenfabrik, geführt wurde. Nach 13wöchiger Dauer wurde dieser Kampf mit einer Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde beendet. Von den Gründern der Zahlstelle Guben lebt heute noch Kollege K r a f t h u b e, der, trotzdem er Invalide ist, immer noch eifrig für die Organisation wirkt.

Das Bestreben, die gewerkschaftlichen Organisationen unter Kuratell der Behörden zu stellen, zeigte sich auch bei der Politischerklärung ganzer Verbände und einzelner Zahlstellen. So wurde auch unsere Zahlstelle Berlin Anfang April 1914 als politisch erklärt. Dagegen wurde Einspruch erhoben und das Verfahren verlief durch den inzwischen ausgebrochenen Weltkrieg im Sande. Schwer war die Zeit des Weltkrieges für die Organisation in unserem Gau. Die Zahl der Mitglieder betrug 1913: 15 208. Sie sank 1914 auf 10 823, 1916 auf 6036. Dann setzte der Aufschwung wieder ein. Zum Militär eingezogen wurden bis zum Jahre 1918 insgesamt 8277 Mitglieder, im Kriege gefallen oder gestorben sind 765 Mitglieder, darunter das Mitglied des Gauvorstandes F r i e d r i c h S c h ä f e r (Berlin). Zurück vom Militär meldeten sich 3285 Mitglieder. Die Beendigung des Krieges und die Umwälzung in Deutschland brachten auch dem Gau Brandenburg einen ungeheuren Zustrom von Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder stieg bis auf 40 862 männliche und 17 326 weibliche. Als die revolutionäre Welle abebbte, als die Reaktion in Deutschland wieder stärker wurde, kam der Rückschlag. So war es auch kein Wunder, wenn gerade zu jener Zeit Leute, denen bisher jeder Organisationsgedanke fernlag, ihre Zeit für gekommen erachteten, um Sonderorganisationen zu gründen. In Berlin wurde zum Beispiel die Gründung des „Arbeiterbundes der chemischen Industrie Deutschlands“ (Acid) vollzogen. Diese sogenannte Organisation wollte alles in einer Organisation vereinen, sowohl den Generaldirektor wie auch den letzten Arbeiter. Leiter dieses Arbeiterbundes war ein höherer Angestellter der chemischen Industrie Berlins. Dieser Bund betrieb seine Agitation über die Grenzen Berlins hinaus und kam auch zur Gründung von Ortsgruppen in Düsseldorf und einigen anderen Orten. In erster Linie wollte er unpolitisch sein, und die von ihm herausgegebene Halbmonatsschrift „Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands“ läßt schließen, daß die Arbeiter lediglich dazu gebraucht werden sollten, die Gehälter einer Schicht höherer Angestellter der chemischen Industrie günstiger zu gestalten. In einer Versammlung der Acid im Heidelberger Hof an der Friedrichstraße erschien ein Vertreter unserer Organisation uneingeladen; dieser zerpfückte in der Debatte die verschwommenen Organisationsgrundsätze und Forderungen des Acid und stellte ihnen die Grundsätze der freien Gewerkschaften gegenüber. Das war der Todesstoß. Nachdem der Acid ein halbes Jahr bestand, entschloß er sich.

Die ehemals selbständige Organisation der künstlichen Blumen-, Blätter- und Federnindustrie hatte sich schon früher unserer Organisation angeschlossen. Kurz nach dem Kriege wurde ein Fachverband der Puff- und Modeindustrie gegründet, und ein Referent vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, Paul Wegmann, versuchte in einer Versammlung in der Alten Jakobstraße den Kolleginnen klarzumachen, daß die Auflösung der bisherigen freigewerkschaftlichen Organisationen, darunter auch die des Verbandes der Fabrikarbeiter, eine absolute Notwendigkeit sei, wenn sich der Aufstieg der Arbeiterschaft vollziehen sollte. Dieser Fachverband der Puff- und Modeindustrie, der angeblich auf dem Boden des Rätegedankens stand, hat ein mehrjähriges Dasein geistert. Später erfolgte durch Vereinbarung das Aufgehen desselben in den ZbA. 1921 führten die im Verband der Fabrikarbeiter organisierten Blumen-, Blätter- und Federarbeiterinnen einen großen Kampf, der auch erfolgreich beendet wurde. Damals hatten wir 2500 organisierte Kolleginnen dieser Branche in der Organisation, heute dürfte die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche kaum noch 250 betragen.

Einer der grimmigsten Feinde der freigewerkschaftlichen Organisationen war der Verband der Metallindustriellen Berlins. Unzählbar sind die Opfer seiner Maßregelungswut. Darunter hatten auch unsere Kollegen, nämlich die Gummi- und Isolationsarbeiter der Kabelwerke, die bei uns organisiert waren, zu leiden. Offiziell wurden Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation immer abgelehnt. Der Verband der Metallindustriellen hatte es nach dem 9. November 1918 außerordentlich eilig, zu einem Lohnabkommen mit unserer Organisation zu kommen. In Berlin wurde auch das erste Abkommen mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin, und dem Interessenverband der Chemischen Industrie über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der chemischen Industrie im Gau 3 abgeschlossen. Es kann als ein Verdienst der Berliner Gummiarbeiter betrachtet werden, daß bei den Verhandlungen mit der Gummiindustrie die Beseitigung der Frauenarbeit in der Formerei, Presserei, Schlauchmacherei, Brennerei usw. erstmalig eingetretet ist.

Bis zum Jahre 1924 bestand für die Ziegeleindustrie des Bezirks Potsdam kein Mantelvertrag. Die Ziegeleiarbeiter dieses Bezirks waren nicht gerade gut organisiert. Es bedurfte außerordentlich großer Anstrengungen, um zu einem Vertrag zu kommen, der mit dem Erstarken der Organisation regelmäßig verbessert wurde. In der Ziegeleindustrie der Lausitz war die Organisation gut. Der damalige Syndikus Dr. Reichelt wollte die Organisation vernichten. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse für uns ungünstig waren, konnte Herr Reichelt seinem Ehrgeiz fröhnen. Im Jahre 1925 hielten wir die Zeit für gekommen. Wir traten im Frühjahr in den Kampf und hatten Erfolg. Höher aber als der materielle war der moralische Erfolg einzuschätzen. Herrn Dr. Reichelt brach dieser Streik das Genick. Die Unternehmer hatten von seiner Führung genug und sie verzichteten auf seine weiteren Dienste.

Heute haben wir in allen Industriezweigen Tarifverträge. Um die Anerkennung der Organisation brauchen wir große Kämpfe nicht mehr zu führen. Die Grundlagen der Organisation draußen im Gau schuf zum großen Teil Kollege Bennewitz, und als Kollege Kohl im Jahre 1924 die Leitung des Gaus übernahm, konnte er, entsprechend den veränderten Verhältnissen, auf diesen Grundlagen weiterbauen.

Mögen im fünften Jahrzehnt dem Verband große Erfolge beschieden sein, möge er als kultureller Machtfaktor ein immer größeres Gewicht zum Segen der arbeitenden Klasse gewinnen. Dies ist der Glückwunsch des Gaus 3 zum 40jährigen Bestehen des Verbandes.

## Gau 4, Steffin.

Von Robert Wiefenhütter.

Bevor ich meinen Posten am 15. November 1904 antrat, bestand der jetzige Gau aus zwei Gauen mit dem Sitz in Köslin und Steffin.

Ein großes Verdienst um die Ausdehnung unseres Verbandes im ganzen Osten hatte sich die verstorbene Kollegin Ziegler erworben. Sie hat Ausgang der 90er Jahre und in den Jahren 1900—1903 größere Touren für unseren Verband unternommen.

Vor meiner Anstellung waren an Zahlstellen vorhanden: Elbing, Danzig, Rastenburg, Podeljuch, Köslin, Kolberg, Steffin, Pommerensdorf, Zülchow, Stolzenhagen, Anklam, Ickermünde, Wolgast, Dreiß-

wald, Böhlow, Bromberg, Schwaan und Fürstberg i. Meckl. Ein großer Teil dieser Zahlstellen wie auch verschiedene bereits wieder eingegangene sind auf das Verdienstkonto der Kollegin Ziegler zu setzen. In Ickermünde waren die Ziegler, welche solange bei den Töpfer organisiert waren, zu uns übergetreten.

Unser Verband war im Osten besonders gehäßt, weil wir ja nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch die Landarbeiter organisieren wollten. Letzteres war in den Augen der ostpreussischen Junker besonders unerhört.

Es war schwer, im Osten den Gedanken der Organisation verbreiten zu helfen, wenn man bedenkt, wie wenig Lokalkräften uns selbst in den größten Städten Memel, Tilsit, Rastenburg, Elbing, Königsberg, Köslin, Kolberg usw. zur Verfügung standen. In den mittleren und kleineren Städten war fast kein Lokal aufzutreiben. Die Behörden, vertreten durch die Polizei und Gendarmerie, taten ein Weiteres, um uns die Lokale abzutreiben.

Bis zum Jahre 1909 hatte unser Gau die Nummer 6. Bis zu dieser Zeit gründeten wir an Zahlstellen: Memel, Ragnit, Tilsit, Königsberg, Marienburg, Tiegenhof, Stolp, Neustettin, Greifenberg, Treprow, Greifenhagen, Pölitz (mit Steffin verschmolzen), Gollnow, Neubrandenburg, Woldegk, Stralsund, Barth, Papevalk, Gützkow, Rostock, Plau, Garz a. Rg. und Sagard a. Rg. Im Jahre 1907 waren wir so weit, daß wir den Kollegen H a r t w i g (Harburg) als Hilfskraft für Königsberg (Ostpr.) anstellen konnten. Hartwig ist jetzt Parteisekretär für Pommern. Der Verbandstag in München im Jahre 1908 beschloß, den Gau 6 zu teilen. Ost- und Westpreußen wurden von unserem Gau abgenommen, und am 1. Januar 1909 trat der leider zu früh verstorbene Kollege W o l l e r m a n n seinen Posten an. Dieser Gau erhielt die Nummer 5, und unser Gau wurde die Nummer 4. Für die abgetretenen Bezirke und Mitglieder bekamen wir jenes Stück Mecklenburger Land, welches bis dato an den Gau Hamburg angegliedert war, und zwar bis Schönberg und Wakenburg hinaus. Hier waren folgende Zahlstellen vorhanden: Schönberg (abgegeben an den Landarbeiterverband), Dömitz a. d. Elbe, Grevesmühlen, Wismar, Lübbken. Wir gründeten neu in diesem Bereich: Grabow i. Meckl., Boitzenburg a. d. Elbe, Waren, Parchim, Doberan, Lübz, Schwerin, Hagenow und Friedland i. Meckl.

Als der Krieg ausbrach, hatten wir in unserem Bezirk 10 400 Mitglieder aufzuweisen, und zwar ohne Ost- und Westpreußen. In Memel war es uns im Anfang des Mai 1905 mit Hilfe des Genossen Trilse (Elbing) gelungen, eine Zahlstelle aufzubauen. Gleich darauf versuchte der damalige Hafenarbeiterverband unsere Zahlstelle wieder zu zerbrechen. Das hatte eine sofortige lange Reise Steffin—Memel zur Folge, um eine neue Versammlung mit unseren neu geworbenen Kollegen abzuhalten, die dann endgültig dazu beitrug, unsere Zahlstelle Memel dem Verband zu erhalten. — In Rostock hatte das damalige Gewerkschaftskartell beschlossen, uns unter keinen Umständen aufkommen zu lassen. Dieser Beschluß hat nichts genützt. Die Zahlstelle Rostock wurde von mir gegründet und hat sich dank der Unterstützung des Kollegen Freitag und seiner Frau und der Kollegen Riech und P e f e r s kräftig entwickelt.

In den mittleren und kleineren Städten wollte es mit der Organisation — abgesehen von einigen Orten — nicht so recht klappen. Die Leute scheuten sich meistens, unsere Versammlungen zu besuchen; denn unsere Versammlungen wurden immer überwacht — nicht nur, daß sich der überwachende Beamte im Versammlungsraum aufhielt — es waren auch vor dem Versammlungsraum 2 bis 3 Personen aufgestellt, um genau zu beobachten, wer von den Arbeitern es wagte, unsere Versammlungen zu besuchen.

Keine rechten Fortschritte nahm die Organisation der Landarbeiter. Wir hatten nur in wenigen Orten die Landarbeiter gewonnen, was auf verschiedene Umstände zurückzuführen war. Nur in Garz i. Rg., Schönberg i. Meckl., in der Danziger Niederung und einigen kleineren Orten hatten wir eine relative Zahl Landarbeiter organisiert. Abwechslungsreich war die Agitation unter den Landarbeitern der Danziger Niederung. In der Gegend ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen, war ganz ausgeschlossen. Unangemeldet hielten wir dann Versammlungen an entlegenen Plätzen an der Weichsel oder in der Privatwohnung eines Kollegen ab. Posten wurden aufgestellt, die uns vor der Polizei warnen mußten. Saffte uns die Polizei dann einmal entdeckt, waren die Versammlungen schon längst erledigt, und wir unterhielten uns gemächlich über private Dinge, so daß die Polizei keine Arbeit bekam.

Auf Schwierigkeiten stießen wir, wenn es galt, unsere Versammlungszettel an den Mann zu bringen. Häufig genug wurden wir bedroht. So wollten uns einmal die katholischen Arbeiter der Zuckerfabrik Neufahrwasser bei Danzig frühmorgens ins Wasser werfen. Sie nahmen dann aber doch davon Abstand. — Ein anderes Mal wurde ich von dem Ziegeleibesitzer W e l t p h a l (Stolp) mit einem Revolver und einem Hund bedroht, weil ich in den Betrieb „eingedrungen“ war, um Versammlungszettel an die Arbeiter zu verteilen.

Nun einiges über die Pioniere und Mitarbeiter in unserem Bezirk. Da ist vor allen Dingen der über 80 Jahre alte Kollege P e r s c h o n (Elbing) zu nennen, der auch heute noch mit regem Interesse die Entwicklung unserer Bewegung verfolgt. Er hat stets tapfer und mutig mitgearbeitet und jede Versammlung geleitet. Weiter ist zu nennen der Kollege Emil P l e g e r (Köslin), welcher Jahre hindurch ehrenamtlich den Gau Köslin führte. Der Kollege Joh. B e r n o t e i t ist Mitbegründer der Zahlstelle Anklam. Er war schon in der Vorkriegszeit Kassierer der Zahlstelle und ist es heute noch. Emil B a u m a n n (Köslin) war mehrere Jahre Geschäftsführer der Zahlstelle Köslin und ist heute Geschäftsführer des Konsumvereins Köslin. Hervorzuheben ist der Kollege Friedrich K l a n n (Köslin), der dann mehrere Jahre als 2. Bevollmächtigter der Zahlstelle Kolberg fungierte. Hermann T r e i c h e l ist Mitbegründer der Zahlstelle Kolberg und langjähriger 1. Bevollmächtigter derselben. Albert S t r o w (Steffin) hat jahrelang mit dem Gauvorstand zusammengearbeitet. Vor der Verschmelzung der Zahlstellen von Steffin und Umgegend war er 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Steffin und später 2. Angestellter der Bezirkszahlstelle Steffin. Nicht zu vergessen sind die Kollegen A l l r i c h (Pommerensdorf) — der Kollege schied leider zu früh freiwillig aus dem Leben — und W i l l n o w (Steffin). Letzterer starb im Jahre 1923. Er war Mitbegründer der Zahlstelle Podeljuch, deren 1. Be-



vollmächtiger, langjähriges Mitglied des Vorstandes und später Angestellter und Agitationsleiter der Zahlstelle Steffin. Albert Gengen (Braunschweig) hat, als er noch im Verband der Gärtner Mitglied war und in Stralsund wohnte, sehr viel für uns in Vorposten geleistet. Ferner hat sich der frühere 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle Schwaan, August Kambow, der heute noch unserem Verband angehört, für unsere Organisation verdient gemacht. Nicht vergessen wollen wir den unermüdbaren Kollegen Johann Tsch (Wolgast). Er ist Mitbegründer der Zahlstelle und über 25 Jahre Bevollmächtigter. Hätten wir überall einen Tsch gehabt, viel Unangenehmes wäre uns erspart geblieben.

Allen, auch den zwei Kollegen, die nicht mehr unter den Lebenden weilen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt für ihre Mitarbeit an dem Aufbau unserer Organisation.

Für den Osten hatten wir in dem Gewerkschaftssekretär Hermann Trilse (Elbing), der auch schon lange Jahre tot ist, und dem heute noch lebenden früheren Angestellten des Metallarbeiterverbandes, Genossen Frägnel (Königsberg), der jetzt in Elbing Polizeipräsident ist, tüchtige Mitarbeiter. Letzterer hat uns, bevor der Kollege Hartwig nach Königsberg kam, sehr unterstützt. Dadurch wurde ich entlastet, da ich nicht alle Augenblicke nach Königsberg zu fahren brauchte.

Im Bezirk Elbing und Uckerländer waren zirka 3000 Ziegler beschäftigt, angesehen von allen anderen Orten, so daß die damalige Zahl der Beschäftigten in der Ziegelindustrie vom oberen Osten bis hinunter nach Mecklenburg auf 8-10 000 nicht zu hoch geschätzt ist. — Die zweitgrößte Industrie war damals die Papier- und Zelluloseindustrie. Dann folgten die chemische einschließlich Seifenindustrie, Glasindustrie und die rübenverarbeitende Zuckerindustrie mit den Zuckerraffinerien.

Aber die Kämpfe in unserem Bezirk in der Anfangszeit ließe sich viel Wertvolles schreiben. Ich denke an die Kämpfe resp. Ausperrungen in der Zahlstelle Köslin im Anfang 1900, die uns viele Maßregelungen brachten und die Zahlstelle so dezimierten, daß bei meinem Antritt kaum 250 zahlende Mitglieder vorhanden waren. Dank der Mitarbeit der von mir genannten Kollegen aus der Zahlstelle Köslin erholte sich die Zahlstelle aber recht bald. Im Jahre 1908 waren wir mit der Zahlstelle schon wieder so weit, daß wir dem Führer der Arbeitgeber, Herrn Treptom, sagen konnten, daß wir im Jahre 1908 wären und nicht im Jahre 1901. Die Unternehmer merkten den Unterschied und schlossen mit uns einen Vertrag ab, ebenfalls die Müllergewerke für ihren damaligen Betrieb in Kolberg. Ein großer Teil der Ziegelbesitzer in Kolberg, Köslin, Schwaan und Jahnitz trat mit uns tarifliche Vereinbarungen. Meistens bedurfte es aber immer eines kleinen Drucks durch Streik. In der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie konnte es nur der Rostocker Betrieb über sich gewinnen, mit uns einen Tarifvertrag abzuschließen.

Am ruppigsten waren die Unternehmer von Steffin und Umgegend. Sie gaben sich damals durchweg als Anhänger der liberalen Vereinigung aus. Als Arbeitgeber gehörten sie dem Verein der Industriellen an, und dieser Verein hatte seinen Mitgliedern verboten, mit unserem Verband Verhandlungen zu führen. Das hatte natürlich zur Folge, daß im Steffiner Wirtschaftsgebiet recht häufig erbitterte langandauernde Kämpfe gegen die Unternehmer geführt werden mußten. Den schwersten Kampf in unserem Bezirk hatten wir im Jahre 1908 gegen den Zementkönig Quistorp in Wolgast zu führen. Es gab weder einen Sieger noch einen Besiegten, aber dafür einen Landfriedensbruch, bei dem 16 Kolleginnen und Kollegen angeklagt waren. Diese wurden von Rechtsanwalt Heine (Berlin) verteidigt. Zwölf Kollegen resp. Kolleginnen wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen und vier verurteilt. Anlaß zu diesem Prozeß gab ein Gerichtsvollzieher. Derselbe hatte die Räumungsklagezustellung nicht den Männern zugestellt, sondern deren Frauen. Hierauf weigerten sich die Kollegen, die Werkwohnungen zu verlassen. Nunmehr holte der Gerichtsvollzieher die Gendarmen, wodurch es zu dem Hausfriedensbruchprozeß kam.

Unser Gau zählt heute 19 200 Mitglieder.

### Gau 5. Königsberg.

Von Willi Vogel.

Im industriearmen Osten des Deutschen Reiches machte die Entwicklung unseres Verbandes bei der Gründung desselben keine bedeutenden Fortschritte. Lokale Organisationen der ungelerten Arbeitnehmer bestanden wohl in Königsberg i. Pr., Elbing und Danzig. Der Ruf zur zentralen Vereinigung blieb jedoch 1890 ungehört, und erst im Jahre 1893 machten sich die Anfänge einer Bewegung der Fabrikarbeiter bemerkbar, die infolge ungeheurer Schwierigkeiten nicht recht lebensfähig wurden. Manche Zahlstelle wurde gegründet, um nach kurzer Lebensdauer wieder einzugehen.

In Danzig waren es die Kollegen Schwarz und Gurski, die 1893 das Samenkorn zu dieser Bewegung legten. Gurski wahrte der Organisation ununterbrochen die Treue bis zu seinem Lebensende im Jahre 1930.

Weitere Gründungen erfolgten im Jahre 1897 in Königsberg und Elst. Waren hier auch die Bedingungen zur Entfaltung der Organisation gegeben, so war es der leidige Zwicktrachtsteufel — der auch heute wieder sein Unwesen, besonders in Elst, unter den führenden Personen treibt —, welcher den Zusammenschluß wieder zu nichte machte. Man gründete darauf eine Sonderorganisation, den Verband der ungelerten Arbeiter für Litauen-Ostpreußen, Sig Elst, der im Juni 1898 sanft einschlimmerte. Auch die Königsberger Zahlstelle konnte sich nicht lange halten und ging im Jahre 1900 wieder ein.

Der Mangel an geeigneten Agitatoren und die vorwiegend agrarischen Verhältnisse ließen den Verband der Fabrikarbeiter nie recht hoch kommen. Erst als man das große Gangebiet ansteuerte und daraus im Jahre 1908 den selbständigen Gau 5 schuf, der sich über die Provinzen Ost- und Westpreußen sowie Posen erstreckte, und als besoldeter Gauleiter den Kollegen Max Wollermann (Landsberg) anstellte, der am 1. Januar 1909 mit dem Gauamt in Bromberg seinen Dienst übernahm, trat sich ein Fortschritt bemerkbar. In rastloser Tätigkeit, in unermüdbarer Arbeitseifer hat Wollermann unter den schwierigsten Verhältnissen die Organisation, die damals knapp 1000 Mitglieder in drei Provinzen mit weitläufigem Gangebiet umfaßte, aufgebaut, so daß bei Ausbruch des Krieges bereits 5000 Mitglieder unserer Verbände angehörten. Leider zu früh wurde dieser Dienort unserer Bewegung im Osten entzogen. Am 31. April 1925, auf einer Dienstreise, besah ich, wie ich ihn sein Schicksal bei dem Eisenbahnunglück bei Pr. Stargard im polnischen Grenzgebiet.

In einzelnen Gebieten war die Werbearbeit besonders schwer. Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Volksstämmen, religiöse Anschauungen, der Mangel an Versammlungslokalitäten und der ganze Haß der reaktionären herrschenden Klassen der damaligen Zeit erschwerten unsere Bewegung. In geschlossenen Räumen konnten Versammlungen und Besprechungen überhaupt nicht abgehalten werden. Die älteren Zieglerkollegen erinnern sich noch an mancher Mitgliederversammlung in den Wäldern und Schluchten der Elbinger Heide, wo die Landgendarmen vergeblich um die Aufsperrung der Versammlungen bemüht waren. Auch im Jahre 1911 wurden der Gauvorsitzende Wollermann und der Geschäftsführer Göge in Auf bei Elst verhaftet und hinter Schloß und Riegel ins Spritzenhaus gesetzt, nur weil sie Agitation trieben, und Mitglieder anwarben. Den Verhafteten wurden sogar die kassierten Beiträge und Einzahlungsbeträge abgenommen. Um deren Rückgabe mußte ein langwieriger Prozeß geführt werden. Erst nach einer Entscheidung des Kammergerichts lag der Verband die beschlagnahmten Gelder wieder.

Trotz aller Widerwärtigkeiten und Schikanen wuchs die Organisation auf dem feuchten Boden des Ostens. Der Krieg, der so vieles vernichtete, brachte auch hier einen jähligen Umschwung. Teilweise Kriegsgebiet, in dem der Krieg mit all seinen Schrecken tobte, erforderte die Aufrechterhaltung der Organisation die größten

Anstrengungen. Auf wenige hundert Mitglieder zurückgegangen, brachten erst die Jahre 1918 und 1919 eine sprunghafte Steigerung, während sich andererseits durch die Gebietsabtrennung (Versailler Friedensvertrag) das Verbandsgebiet verkleinerte, um sich nunmehr auf das deutsche Gebiet östlich der Weichsel und den Freistaat Danzig zu beschränken.

Die Inflation mit ihrem Zahlenwahnsinn konnte unsere Bewegung nicht vertiefen und festigen. Ein großer Teil der zu uns Gekommenen wurde bei Einführung der stabilen Währung fahnenflüchtig. Die dauernden Betriebsstilllegungen und Wiedereinstellungen, die mit Massenentlassungen abwechselten, trugen dazu bei, daß infolge der ständigen Sorge um die Existenz Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation eintraten. Die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation war gebrochen. Angesichts dieser Schwäche versuchten die Arbeitgeber, vertreten durch ihre Verbände, den auf die niedrigste Stufe gebrachten Lohn durch Ausperrung im Jahre 1924 in fast allen Industriezweigen niederzuhalten, um nach einem Auspruch eines Arbeitgeberverbandes „die einzige Kolonie zu schaffen, die Deutschland nach dem Kriege geblieben ist“. Gelingen ist es ihnen nicht. Selbst die geistige Verwirrung, welche die vaterländischen Verbände und die Werksgemeinschaften anrichteten, konnte die langsame Gesundung und die Fortschritte unserer Bewegung nicht aufhalten.

Wenn der Aufstieg und die Kräftigung unserer Organisation im Osten auch nicht stürmische Formen annahm, so ist doch ein festes Vorwärtstreben nicht allein in der Mitgliederzahl, sondern auch in den Erfolgen auf dem Lohn- und Tarifgebiet zu verzeichnen. Der Verband hat sich, trotz des größten Widerstandes der Gegenseite durchsetzungen und ist ein Machtfaktor geworden, der nicht nur in manchem harten Kampf den Schutz der Arbeiterschaft bildet, sondern auch im festen Vorwärtstreben um ein menschenwürdiges Dasein für die Fabrikarbeiterschaft im Osten ringt.

### Gau 6. Breslau.

Von Fritz Thiele.

Schon Gerhart Hauptmann verweist in seinem Drama „Die Weber“ auf das Glendzgebiet Schlesiens. Wenn in der Vorkriegszeit die Arbeitsbrüder aus der Provinz Schlesien an den Arbeitsstätten der anderen Bezirke Deutschlands auftauchten, wurden sie wegen ihrer Bedürftigkeit fast immer als Lohnbrücker betrachtet.

Obwohl die Arbeiter der gelehrten Berufe den Gedanken der Solidarität verhältnismäßig zeitig erfaßten und Schlesien eine große Anzahl hervorragender Führer der Arbeiterbewegung geliefert hat, erfaßten die ungelerten Arbeiter dieses Gebietes den Solidariätsgedanken nur schwer. Soweit die besonderen Verhältnisse Schlesiens das Auskommen des Organisationsgedankens nicht hindern konnten, wurde das übrige weiter befohlen durch die Polizei, die Geisteslosigkeit und durch die Förderung des Schnapskonsums. Die Abtreibung von Versammlungslokalen, Verweigerung der Abkündigung im Betriebsrat durch die katholischen Geistlichen und der Terror der Arbeitgeber, das waren ihre Mittel. Trotz aller Schwierigkeiten reichten die Anfänge unserer Organisation auch in Schlesien weit in die neunziger Jahre zurück.

Hirschberg im Riesengebirge ist die Geburtsstätte des Fabrikarbeiterverbandes in Schlesien. In den Bergen des Riesengebirges darben die Proleten der Papierindustrie, Porzellanindustrie usw. Im „Proletarier“ Nr. 15 vom 17. Juli 1897 wird berichtet, daß die Arbeiter der Papierindustrie bei 12stündiger Arbeitszeit 5-8 Mk., in der Porzellanindustrie 5-12 Mk. pro Woche verdienten.

Am 16. September 1894 fand die Gründungsversammlung der Zahlstelle Hirschberg in Cynewitzdorf bei Hirschberg statt. Kollege Hender aus der Wälstenfabrik in Erdmannsdorf sprach über das Thema „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“.

Ein Vertreter der S.-D. Gewerksvereine trat dem Kollegen Hender scharf entgegen. Trotzdem gelang es, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. 45 Aufnahmen waren der Erfolg der Versammlung. Als Vorsitzender wurde Kollege Hender, als Kassierer Kollege Essner gewählt. Kollege Hender berichtet dann später, daß sie ohne Versammlungslokal waren und daß die S.-D. Gewerksvereine mithalfen, uns die Versammlungslokale abzutreiben.

Die junge Organisation hatte in Hirschberg Ende 1894 111 Mitglieder. Sie stieg im Jahre 1895 auf 118 Mitglieder und sank dann bis zum Jahre 1899 auf 22 Mitglieder.

Im Dezember 1895 wurde in Goldberg in Schlesien eine Zahlstelle gegründet. Kollege August Flegel wurde Vorsitzender. Diese Zahlstelle ging aber sehr bald wieder ein.

Im Januar 1896 wurde die Zahlstelle Blumenau (Kreis Waldenburg in Schlesien) gegründet. Kollege Robert Pohl war Vorsitzender. Im 2. Quartal 1897 ging auch diese Zahlstelle wieder ein.

Im April 1897 erfolgte die Gründung der Zahlstelle Grünau bei Hirschberg. Kollege Friedrich Fielhauer wurde Vorsitzender der Organisation.

Im Jahre 1899 im August wurde die Zahlstelle Striegau vom dortigen Ortskartell ins Leben gerufen. Das Rekrutierungsgebiet war hauptsächlich die Steinindustrie. Kollege August Heinzel, von Beruf Müller, wurde Vorsitzender.

Im Jahre 1899 ist das schlesische Gebiet dann als Gau 9 proklamiert worden. Als Gauleiter wurde vom Vorstand Kollege Ernst Hender, Hirschberg, Markt 32, bestimmt, der damals in der Wälstenfabrik in Erdmannsdorf bei Hirschberg arbeitete. Gaukassierer wurde der Kollege Wilhelm Müller (Hirschberg). Müller war selbständiger Schuhmacher.

Im Frühjahr 1900 fand dann in Hirschberg die erste Gaukonferenz statt, auf der 5 oder 6 Zahlstellen vertreten waren. Diese Konferenz beschloß, den Sitz des Gauvorstandes nach Striegau zu verlegen. Als Gauleiter wurde Kollege August Heinzel (Striegau), als Gaukassierer der Kollege Hermann Bunk (Striegau) gewählt. Letzterer arbeitete in der Wälstenfabrik in Striegau. Kollege Heinzel gründete eine ganze Reihe neuer Zahlstellen, unter anderen auch Freiwaldau.

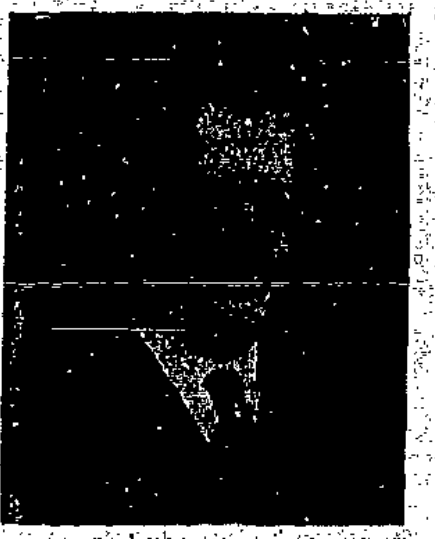
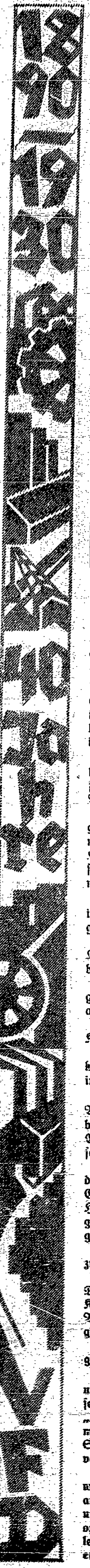
Im Jahre 1904 beschloß der Verbandstag in Hamburg, besoldete Gauleiter anzustellen.

Der bisherige Gau 9 (Schlesien) wurde dem neugründeten Gau 2 angegliedert. Dieser neugründete Gau 2 umfaßte neben der Provinz Schlesien das damalige Königreich Sachsen, die hüringischen Staaten und einen kleinen Streifen von Bayern. In Schlesien waren bei der Zusammenlegung 10 Zahlstellen mit 502 Mitgliedern vorhanden.

Als Gauleiter wurde Kollege Gustav Neuring aus Nied bei Frankfurt gewählt, der am 1. Dezember 1904 im Gaubüro in Dresden seine Stelle antrat.

Mehrere Zahlstellen wurden unter der Leitung Neurings in Schlesien gegründet, unter anderem auch die Zahlstelle Görlitz. Hierbei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Transportarbeiterverband, der in Görlitz eine Sektion, betitelt „Hilfsarbeiter“, gegründet hatte. Sektionsleiter war damals unser heutiger 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Görlitz, Kollege Art. Eine ganze Anzahl Kollegen dieser Sektion, mit Art an der Spitze, trat zu dem neugegründeten Fabrikarbeiterverband über.

Die Gründung der Zahlstelle Breslau fiel ebenfalls in diese Zeit. Ihr Vorläufer war die im Jahre 1902 gegründete Zahlstelle Neukirch. Dort waren es die Hilfsarbeiter der Metallindustrie, vom Metallarbeiterverband nicht aufgenommen, die unsere Zahlstelle gründeten. Einer von den Gründern, der mit viel Fleiß und Aufopferung sich um das Wachstum der Organisation bemühte, war der noch heute lebende Kollege Gustav Stein. Auch in Deutsch-Lissa wurde 1904 eine Zahlstelle errichtet. In Breslau waren es die chemischen Arbeiter, besonders aber die Schwarz-





decker der Dachpappenfabriken, aber auch die Kunststeinarbeiter, die den Stamm der Mitgliedschaft lieferten.

Im Sommer 1905 hat die Zahlstelle Breslau einen Kollegen hauptberuflich angestellt. Von dieser Zeit an ging es in Breslau und seiner nächsten Umgebung vorwärts.

Der Verbandstag 1906 in Leipzig beschloß den Gau 2 zu teilen. Schlessen wurde ein selbständiger Gau. Als Gauleiter wurde damals der Geschäftsführer der Zahlstelle Breslau, Joppich, gewählt. In seine Stelle trat in der Zahlstelle Breslau der noch heute lebende Kollege Theodor Müller. Joppich hat den Gau Schlessen nur kurze Zeit geleitet. In seine Stelle trat am 1. April 1908 Kollege Wilhelm Kowalczyk, der mit großer Aufopferung den erfolgreichen Versuch gemacht hat, die Organisation aufzubauen. Kowalczyk ist während des Weltkrieges vor Verbund gefallen.

Im Jahre 1910 hat auch die Zahlstelle Striegau einen Geschäftsführer angestellt. Die Wahl fiel auf den Birkenarbeiter Hermann Bunke, der bis vor kurzem noch als Angestellter fungierte, heute wegen Krankheit pensioniert ist.

Fast zur selben Zeit wurde Kollege Kokoß als Geschäftsführer in Brieg angestellt.

Zur besseren Bearbeitung des oberschlesischen polnisch sprechenden Teils wurde mit dem Sitz in Beuthen im Jahre 1908 Kollege Potemski, von Beruf Schneider, angestellt. Potemski kam später nach Hannover als Hilfsarbeiter ins Hauptbüro mit der Aufgabe, die Agitation unter dem polnisch sprechenden Teil in Wort und Schrift von dort aus zu betreiben. Er ist nach Jahresfrist von dort aus wieder zu seinem Beruf gegangen, wurde später eingezogen und ist wie Kowalczyk im Felde geblieben.

Wie schwierig der Aufbau der Organisation in jener Zeit war, sei an einigen Beispielen bewiesen.

In Oppeln hielt der Gauleiter im Jahre 1907 für die Zementarbeiter eine Versammlung ab. Die Polizei erschien und verbot die Versammlung. Der Gauleiter machte darauf aufmerksam, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handle. Er wurde verhaftet, abgeführt und in eine stinkende Zelle gesperrt und erst nach 24 Stunden wieder entlassen.

Dem Gauleiter Joppich sowie dem Zimmerer Kassyk und dem Maurer Mundyk aus Oppeln wurde der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete: Joppich 66 Mk. Geldstrafe, evtl. 30 Tage Gefängnis, Mundyk 30 Mk. Geldstrafe, evtl. 15 Tage Gefängnis, und Kassyk 6 Mk. Geldstrafe, evtl. 2 Tage Haft. Auch der heute noch in der Gauleitung amtierende Kollege Geicke wurde in Oppeln wegen Verteilung von Handzetteln von der Polizei verhaftet. Das beweist ganz klar, daß in Oppeln Unternehmer, Polizei und die Nachfolger Jesu, die Geistlichen, im Kampf gegen unsere Organisation Arm in Arm marschierten.

Am 20. Juni 1909 verteilte Kollege Kowalczyk vor der Oberschlesischen Portland-Zement-Fabrik in Oppeln Zettel. Auf einmal stürzte sich fast das gesamte Kontorpersonal unter wütendsten und gemeinsten Schimpereien auf Kowalczyk. Als derselbe sich von seiner Zettelverteilung nicht abhalten ließ, drohte man jedem Arbeiter, wenn er einen solchen Zettel in Empfang nehme, mit 50 Pf. Strafe. Als Kowalczyk in äußerster Bedrängnis war, kamen zwei Polizisten, nicht etwa um Kowalczyk zu schützen, sondern um ihm die Zettel zu entreißen und ihn zu verhaften. An diesem Tage war gerade Jahrmärkte in Oppeln. Zwei Schutzleute führten den Kollegen Kowalczyk sechsmal durch den Jahrmärktsummel zwischen Wache und Gefängnis hin und her. Am anderen Tage ließ man ihn wieder los.

In Schlessen befinden sich fast alle für unsere Organisation zuständigen Industriezweige: die Chemie mit rund 8000, die Papiererzeugungsindustrie mit rund 14 000, die Zuckerindustrie mit rund 3000, die Tonindustrie mit rund 4000, die Kalkindustrie mit rund 4000, die Zementindustrie mit rund 1500, die Ziegeleiindustrie mit annähernd 20 000, die Glasindustrie mit rund 17 000 und die feinkeramische Industrie mit rund 5000 Beschäftigten.

Die Zahlstelle Breslau nahm im Jahre 1911 eine Statistik auf. Es wurden 1003 Fragebogen zurückgegeben.

Die Stundenlöhne schwankten bei männlichen Arbeitern zwischen 15 und 40 Pf. pro Stunde. Ein Teil männlicher Arbeiter bekam einen Lohn von 15 bis 20 Pf. pro Stunde; ein weiterer Teil 21 bis 25 Pf. pro Stunde. Der größte Teil erhielt 26 bis 35 Pf. pro Stunde.

Die Wochenlöhne betragen 18—22 Mk. In der Papiererzeugungs-Industrie wurden z. B. bei der Firma Norddeutsche Lederpappenfabrik Gr.-Sachsen, Betrieb Brieg, bei 12stündiger Arbeitszeit an männliche verheiratete Arbeiter 1,70 Mk., an qualifizierte Arbeiter 2,30 Mk. pro Tag gezahlt, an Arbeiterinnen 1,30 Mk. pro Tag.

In der Zichorienindustrie in Breslau wurden während der Kampagne bei 12stündiger Arbeitszeit pro Tag 2 Mk. gezahlt. Arbeiter an verantwortungsvoller Stelle erhielten 2,50 Mk. pro Tag ohne freie Feuerung und Wohnung. Arbeiterinnen erhielten pro Tag 1,30 Mk.

In der Papierfabrik in Krampe bei Grünberg wurden bei täglich 13stündiger Arbeitszeit Wochenlöhne für männliche erwachsene Arbeiter von 13 bis 16 Mk., für Arbeiterinnen von 8 bis 9 Mk. gezahlt.

Überall wo die Organisation Eingang gefunden hatte, haben damals schon die Kollegen den Versuch unternommen, ihre elende Lebenslage zu verbessern. 1907 erreichten die Kollegen eines Metallbetriebes (Archimedes) durch Verhandlung auf die Akkordsätze 10 Prozent sowie auch eine dementsprechende Stundenloohnerhöhung.

In Breslau erreichten die Kollegen des Dübel-Werkes eine Stundenloohnerhöhung von 2 bis 5 Pf. und Einführung eines 20prozentigen Akkordzuschlages. Die Vereinbarung wurde mit unserer Organisation tariflich festgelegt.

Am 23. März 1908 legten die Kollegen der Chemischen Fabrik, AG, vorm. Oskar Heimann, die Arbeit nieder. Der Streik wurde nach einigen Wochen gewonnen. Der Erfolg war zwei Pfennig Stundenloohnerhöhung und mehr.

Durch einseitigen Streik im Jahre 1910 erreichten die Kollegen der Asphalt- und Dachpappenfabrik Friedeberg in Breslau einen Lohnstarif.

Der Anfangslohn wurde von 30 auf 32 1/2 Pf. pro Stunde erhöht. Alle Beschäftigten erhielten eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde nebst sonstigen Verbesserungen.

Durch das weitere Vorrücken der Organisation, gewann sie in einzelnen Betrieben immer mehr Einfluß, wie die Berichte auf den Gaukonferenzen beweisen.

Im Jahre 1914 bei Ausbruch des Krieges hatte der Gau Schlessen rund 7500 Mitglieder. Angestellte waren vorhanden: in Breslau zwei, und zwar die Kollegen Emil Gröbmann und Richard Geicke, in Brieg Kollege Joseph Kokoß, in Saccrau Kollege Hermann Bunke, in Hirschberg Kollege Schöckel und in Görlitz Kollege Paul Arlt.

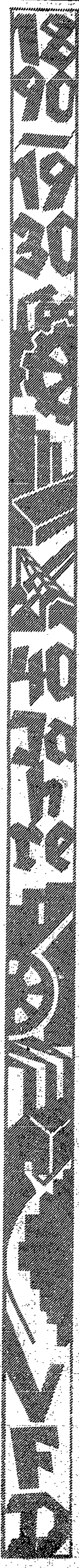
1918 lebte auch hier die Organisation wieder auf. Der Schreiber dieses, der bisher die Stelle des 1. Bevollmächtigten in Steffin innegehabt hatte, trat am 1. März 1919 die Stelle des Gauleiters für den Gau Schlessen an. Der Gau hatte im 4. Qua. 1918 12 271 Mitglieder. Am Ende des 1. Quartals 1919 23 322 Mitglieder in 44 Zahlstellen.

Am 1. Juli 1919 trat Kollege Richard Geicke (Breslau) als zweite Kraft in die Gauleitung ein.

Die Gauleitung ging dazu über, Bezirkszahlstellen zu gründen. Die Höchstzahl an Mitgliedern erreichte der Gau im 2. Quartal 1923 mit rund 57 000 in 18 Zahlstellen.

Neben dem Aufbau der Organisation mußte der Aufbau der Bezirksarbeitsverbände vorgenommen werden.

Im Jahre 1926 stießen die Kollegen der Glas- und Porzellanindustrie zu uns. Es wurden insgesamt 13 550 Mitglieder übernommen. Zur Gauleitung traten neu hinzu die Kollegen Karl Wuzmann (Weißwasser) und Paul Lehmann (Hirschberg). Durch die Verschmelzung bekam auch bei uns in Schlessen die Organisation manchen braven Mitarbeiter neu hinzu. Die Organisation ist in den letzten



Jahren im langsamen Aufstieg begriffen. Der Fabrikarbeiterverband ist zur Zeit im Bezirk Schlessen die stärkste Organisation. Der Gau Schlessen ist mit seinen rund 48 000 Mitgliedern auch innerhalb der gesamten Organisation ein durchaus beachtenswertes Glied.

Es soll bei dieser Gelegenheit all denjenigen, die Hand anlegten beim Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation, der Dank ausgesprochen werden.

### Gau 7, Dresden.

Von Albert Häppner.

Im Jahre 1881 wurden in Sachsen durch die Aufhebung der Koalitionsverbote die Fesseln gesprengt, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit selber hinderlich waren. Nun konnte man darangehen, Organisationen zu schaffen, wie sie der modernen wirtschaftlichen Entwicklung entsprachen. Man irrt allerdings, wenn man glaubt, daß die Arbeiter nun in großer Zahl von dem neuen und so wertvollen Rechte Gebrauch gemacht hätten. Obwohl die Arbeiterschaft zum politischen Kampfe geweckt war, der Gewerkschaftsbewegung stand sie im allgemeinen gleichgültig gegenüber. Von den jetzt zu unserem

Verband gehörenden Arbeitergruppen waren nur die Glasarbeiter und die Porzellanarbeiter vor dem Fall des Sozialistengesetzes gewerkschaftlich erfasst. In unserem Arbeitsgebiet erstanden die ersten Mitgliedschaften im Jahre 1897 in Dresden, Leipzig, Markranstädt und Schkeuditz.

Sachsen war schon damals ein Land mit moderner Wirtschaft. Besonders in den für uns zuständigen Industriezweigen waren die Löhne außerordentlich niedrig und die Arbeitsbedingungen ungemein schlecht. Die durch die Handhabung des sächsischen Vereinsgesetzes entstandenen recht unerquicklichen Zustände erschweren die Ausbreitung und Entwicklung unseres Verbandes. Bereits vom Tage der Gründung an hatte der Verband mit der Gegnerschaft der Polizei zu rechnen. Endlos waren die Schikanen der vom Rotkoller besetzten Polizeibehörden. Aus den wunderbarsten Gründen erfolgten Versammlungsauflosungen. So wurde eine Versammlung aufgelöst, weil der überwachende Beamte an den Weinen strotzte, wie er in seiner Anzeige begründete. In einem anderen Falle verlangte der Gendarm, daß die Versammlung so lange verlagert werde, bis er seine Notdurft befriedigt habe. In einem weiteren Falle wurde die Versammlung aufgelöst, weil angeblich ein Versammlungsbesucher dem überwachenden Beamten Rauch ins Gesicht geblasen hatte. Die Kampfmittel der Polizei waren also mannigfach lächerlich oder dumm. Die Gewerkschaften, insbesondere unser Verband, hatten alle Mühe, sich dagegen zu behaupten. Durch das „Sächsische Juwel“, das Vereinsgesetz, wie es am 9. August 1898 Rechtsgültigkeit erlangte, wurde für Minderjährige und Arbeiterinnen das Versammlungsrecht illusorisch gemacht. Die von den Gewerkschaften gebegte Befürchtung, daß durch die von der Polizei geübte Praxis die Minderjährigen auch aus Gewerkschaftsversammlungen ausgewiesen würden, bestätigte sich nur allzu rasch. Frauen wurden von dauernder Tätigkeit in Vereinen ausgeschlossen. Daneben war man bestrebt, Gewerkschaftsversammlungen mit sozialpolitischen Themen, die notwendigerweise erörtert werden mußten, zu politischen Versammlungen zu stampeln. Infolge der endlosen Kette von Schikanen der Polizeibehörden konnten die Gewerkschaften in Sachsen anfänglich nicht recht vorwärts kommen.

In Schkeuditz beabsichtigte unsere Mitgliedschaft die Abhaltung eines Vereinsvergägens. Die Genehmigung wurde verweigert. Der damalige erste Bevollmächtigte N. sprach persönlich beim Bürgermeister vor. Er wurde keineswegs als Bürger einer Stadt, sondern — wie er zu sagen pflegte — als Ochsenrecht aufgenommen. Diesen Empfang schilderte er im Beisein des überwachenden Polizisten in der nächsten Mitgliederversammlung. Die Folge war eine Anzeige mit nachfolgender Gerichtsverhandlung. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis für N., weil — so heißt es in der Begründung — er den Bürgermeister verhöhnt und lächerlich gemacht habe. Bei der Straf bemessung habe das Gericht erwogen, daß es sich im vorliegenden Falle um eine planmäßige Beleidigung eines Stadtoberhauptes handle.

Sachsen war ein industriereiches Land geworden. Auch waren umfangreiche Arbeitergruppen vorhanden, die man allgemein als Angelernte bezeichnete. Nach der Feststellung der Gewerbeaufsichtsbehörde von 1899 waren vorhanden:

870 Betriebe der chemischen Industrie	mit 11 500 Beschäftigten,
1500 Betriebe der Industrie Steine und Erden	mit 21 000 Beschäftigten,
950 Betriebe der Papiererzeugungsindustrie	mit 23 000 Beschäftigten,
500 Betriebe der Nahrungsmittelindustrie	mit 6 000 Beschäftigten,
70 Betriebe der Gummi-, Wachs- u. Linoleumind.	mit 4 000 Beschäftigten.

Ein umfangreiches Rekrutierungsgebiet für unseren Verband war vorhanden. In der Regel wurde in den Fabriken von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends gearbeitet. Ein Drittel der papiererzeugenden Betriebe Deutschlands war in Sachsen zusammengedrängt. Vorwiegend wurde in zwei zwölfstündigen Schichten gearbeitet. Die Arbeitszeit wurde durch Überstunden für viele Arbeiter wesentlich verlängert. Wegen der unzureichenden Löhne, die je Stunde über 22 Pf. für männliche und 12 Pf. für weibliche Arbeiter nur in vereinzelten Fällen hinaus kamen, war die Leistung von Überstunden oder Oberschichten Voraussetzung zur Existenz der Arbeiterfamilien. In der Papierindustrie war ein großer Prozentsatz der Beschäftigten mit Familie in Werkswohnungen, in den Ziegeleien in Unterkunftsräumen untergebracht. Oft waren es Bodenkammern, die zu Fabrikationszwecken keine Verwendung fanden. Es handelte sich fast allenthalben um feuchte, unfreundliche Wohnstätten. Auch die Familienangehörigen, Frauen und Kinder, wurden leicht unter die Botmäßigkeit des Unternehmers gebracht. Wegen der geringsten Vorfälle in den Betrieben oder in den Wohnungen wurden Geldstrafen vom Lohn in Abzug gebracht. Selbst für Maschinendefekte mußten die Arbeiter die Verantwortung übernehmen, sich Geldabzüge gefallen lassen, die Hunderte von Mark betrugten und nur in kleinen Beträgen abgezogen werden konnten. Widerstandslos ließen die Betroffenen sich jahrelang Lohnabzüge gefallen, um nur die Arbeitsstelle nicht zu verlieren. Zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter geschah fast nichts. Aber gerade da, wo die Ausbeutung der Lohnarbeit am schlimmsten war, hatten wir die größte Mühe, mit der Aufklärung sowie mit sozialer und moralischer Hilfeleistung heranzukommen. Erst um die Jahrhundertwende trat eine Besserung ein.

Auf dem Verbandstag in Kassel 1898 wurde dem Vorstand durch Annahme des Antrages Offenbach der Auftrag, das Verbandsgebiet in Gaubezirke einzuteilen. In Verfolg dieses Beschlusses wurden innerhalb unseres Gaubereiches damals der Gau 6 mit dem Sitz in Leipzig und der Gau 7 mit dem Sitz in Dresden geschaffen. Im ersteren war Kollege Ernst Schäfer in Leipzig und im letzteren Kollege Al. Wackwitz in Dresden als Vorsitzender ehrenamtlich bestellt. Während von der Gauleitung in Leipzig im Jahre 1899 bereits zwölf Versammlungen abgehalten und eine Revision vorgenommen wurden, war im gleichen Jahre bei der Gauleitung in Dresden eine ähnliche Befähigung nicht wahrzunehmen. Erst im Jahre 1900 wurden im Gau Dresden sieben Versammlungen abgehalten, vier Revisionen vorgenommen und vier Zahlstellen gegründet. Von der Gauleitung in Leipzig wurden 14 Versammlungen abgehalten, zwei Revisionen vorgenommen und fünf Zahlstellen im gleichen Zeitraum errichtet. Der erste Lohnkampf in Sachsen wurde von den Leipziger Seifenarbeitern ordnungsgemäß und mit Erfolg durchgeführt.

Die großen Bewegungen der Bauarbeiter, die Aussperrung der Textilarbeiter, der Glas- und Metallarbeiter lenkten die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die gewerkschaftliche Arbeit. Das Löbauer Zuchthausurteil, die Krimmischauer Aus-



Sperrung wegen des Sechstundentages hatten das Klassenbewußtsein gewaltig geweckt. Die Weihnachtsgeschenke der Ausgesperrten in Krimmischau, denen ganze Waggonladungen von Geschenken aus allen Arbeiterschichten Deutschlands zufließen wurden, zeigte das starke Anwachsen des Solidaritätsgefühls unter der Arbeiterschaft.

Die Lohnkämpfe wurden mit immer größerem Nachdruck und mit wachsendem Erfolg, die Werbearbeit mit mehr Eifer durchgeführt. Bei der Ausführung der Aufgaben der Gauleitung war bei allen beteiligten Personen Fleiß und Eifer zu beobachten. Je mehr sich aber erforderlich machte, die Agitations- und Organisationsarbeit in die vom Gau weit entfernt gelegenen Orte hinauszutragen, desto größer wurden die zu überwindenden Schwierigkeiten. Nach der Tagesarbeit im Betriebe — an eine achtstündige Arbeitszeit war damals noch nicht zu denken — mußten abends und Sonntag noch weite Bahnfahrten unternommen werden, um an die zu werbenden Mitglieder heranzukommen. Waren die Mitglieder gewonnen, so war es nicht immer leicht, ihnen mit Rat und Tat beizustehen und sie bei der Fabrik zu halten. Die Koalitionsverbände in den Betrieben nahmen größeren Umfang an. Vor allem in den größeren Städten und in den Industriezentren wurden durch Anschläge der Betriebsleitungen die Arbeiter vor dem Anschluß an den Fabrikarbeiterverband gewarnt; teilweise wurde bei Nichtbefolgung dieser Warnung Entlassung angedroht. Die einzige Möglichkeit zu fruchtbringender Arbeit schien in der Anstellung besoldeter Gauleiter zu liegen. Dieser Überzeugung wurde auch Ausdruck gegeben auf einer in Radeberg im Jahre 1904 abgehaltenen Gaukonferenz des Gau 7. Der vom Kollegen Schneider vorgeschlagene Antrag, einen besoldeten Gauleiter anzustellen und unter Umständen die Gauen 6 und 7 zu einem zu verschmelzen, wurde einstimmig angenommen und dem Verbandstag unterbreitet. Der Vorstand legte dem Hamburger Verbandstag 1904 einen Antrag auf Anstellung von acht besoldeten Gauleitern vor, der eine entsprechende Zusammenlegung der vorhandenen 19 Gauen vorsah. (Zwei Gauleiter waren bereits 1902 hauptamtlich angestellt.) Die sieben sächsischen Delegierten in Hamburg setzten sich für den Antrag ein, der auch angenommen wurde. Am Schluß des Jahres 1903 gehörten zum Gau 6 (Leipzig) 17 Einzelmitgliedschaften mit 1630 Mitgliedern und zum Gau 7 (Dresden) 21 Einzelmitgliedschaften mit 1950 Mitgliedern. In Ausführung des Hamburger Beschlusses von 1904 trat Kollege Gustav Neuring am 1. Dezember 1904 seine Stellung als Gauleiter in Dresden an.

Der neugegründete Gau 2 umfaßte das damalige Königreich Sachsen, die Provinz Schlesien, die thüringischen Staaten und einige Jahrestellen in Bayern. Die Organisation hatte:

in Sachsen . . . . .	35 Jahrestellen mit 5925 Mitgliedern,
in Schlesien . . . . .	10 Jahrestellen mit 502 Mitgliedern,
in den thüringischen Staaten . . . . .	10 Jahrestellen mit 1083 Mitgliedern,
insgesamt also . . . . .	55 Jahrestellen mit 7510 Mitgliedern.

Kollege Neuring hat allen Schwierigkeiten zum Trotz mit Umsicht und Bienenfleiß die Organisation aufwärts geführt. Wegen angeblicher Verfehlung gegen das Vereins- und Versammlungsrecht wurde er wiederholt in Strafe genommen. Auch seine Fähigkeit in der Führung von Verhandlungen brachte ihm mehrfache Bestrafungen wegen Hausfriedensbruchs ein, weil er den Aufforderungen der Arbeitgeber zum Verlassen der Betriebe nicht schnell genug nachkam.

Nach einem Beschluß des Verbandstages in Leipzig 1908 wurde die Provinz Schlesien vom Gau 2 abgetrennt, und am Schluß des 3. Quartals 1908 wurden 21 Jahrestellen mit 2700 Mitgliedern dem neugebildeten Gau Schlesien zugeteilt.

Im Jahre 1908 wurde auf dem Verbandstag in München beschlossen, für drei weitere Gauen einen weiteren Gauleiter anzustellen. Darunter war auch unser Gau. Nach dem Beschluß des Verbandstages 1910 wurde der Gau 2 geteilt in den jetzigen Gau 7 mit seinem Sitz in Dresden und in den Gau 8 mit seinem Sitz in Erfurt. 26 Jahrestellen mit 7004 Mitgliedern bildeten den Gau Erfurt. Der Gau 7 beschränkte sich nunmehr auf das Gebiet des jetzigen Freistaates Sachsen. In ihm verblieben 49 Jahrestellen mit 28921 Mitgliedern. Im Jahre 1912 war es dem Kollegen Neuring nicht mehr möglich, die angewachsene Arbeit zu bewältigen. Anfang Januar 1918 wurde ein zweiter Gauleiter in der Person des Kollegen Hilpmann angestellt.

Bei Ausbruch des Krieges 1914 war die Zahl der Mitglieder auf 30 770 angewachsen. Neben den Tausenden von Mitgliedern waren zeitweise auch beide Gauleiter zum Heeresdienst eingezogen. Nach Kriegsende wurde von den beiden zurückgekehrten Kollegen Neuring und Hilpmann der Wiederaufbau der Organisation tatkräftig gefördert.

Im Januar 1919 wurde Kollege Neuring zum Minister des Militärwesens für Sachsen ernannt. Unser Verband war wieder auf 50 000 Mitglieder angewachsen. Infolge dieser Berufung mußte er seine Tätigkeit als Gauleiter unterbrechen.

Bereits am 12. April 1919 wurde er durch irreführende und verheißene Massenmehlings ermordet. Um zu verhindern, daß er sich aus den angeschwollenen Fluten der Elbe rettete, wurde er mit Maschinengewehrfeuer verfolgt. Noch heute gedenken alle Funktionäre der Jahrestellen im Gau Sachsen der Tätigkeit des Kollegen Neuring in Danbarkeit. Nach dem Ausscheiden des Kollegen Neuring aus der Gauleitung mußte Kollege Hilpmann zunächst allein versuchen, den angewachsenen Aufgaben Herr zu werden. Gerade in der Nachrevolutionärszeit, in der allenthalben Tarifverträge zu schaffen waren, war das außerordentlich schwer.

Am 15. April 1919 trat Kollege Hüppner mit in die Gauleitung ein. Alle Kraft mußte damals auf die Erledigung der dringenden Außenarbeit verwandt werden. Die organisatorischen Innenarbeiten blieben meist unerledigt. Durch die Anstellung des Kollegen Böbler als Sekretär im Juli 1919 wurde eine ordnungsmäßige Erledigung der Innenarbeit sichergestellt. In zunehmendem Maße waren die Jahrestellen gezwungen, an Stelle ehrenamtlicher Bevollmächtigter angestellte Geschäftsführer zu setzen. Hard in Hand damit ging allerdings eine planmäßigere Gestaltung der Jahrestellengebiete vor sich. Mehrere Jahrestellen wurden zu leistungsfähigeren Jahrestellen zusammengeschlossen.

Am 1. Oktober 1913 trat der Verband der Blumenarbeiter zu unserer Arbeit über. In Sebzig wurde ein Angestellter des Verbandes von uns übernommen. Die bisherige Arbeit von der Jahrestelle Sebzig bearbeiteten Industriearbeiter und Mitglieder wurden an die Jahrestelle Sebzig abgetreten. Die Sebzig-Branchenleitung für die Blumenindustrie wurde im Jahre 1921 verwirkt. Als Sitz des Branchenleiters war das Gaubüro in Dresden bestimmt. Der Branchenleiter trat der Kollege Lenker am 1. Oktober 1921 seine Stellung als Gauleiter der Gauleitung unterstellt. Da er der schwierigen Aufgabe nicht gewachsen war, mußte am 30. Juni seine Entlassung erfolgen. Die Stelle blieb zunächst unbesetzt, und Kollege Hilpmann erledigte die notwendigen Arbeiten für die Blumenindustrie. Seinem Wirken sind die Errichtung eines Ausschusses für die sächsische Kunstblumenindustrie und die Schaffung eines Seidarbeiter-Schulzettes zu danken.

Die in den ersten Nachkriegsjahren eintretende allmähliche Steigerung des Dollarkurses machte eine Verhäufung der Lauffristen der abgeschlossenen Tarifverträge notwendig. In immer kürzeren Zeitabschnitten waren neue Lohnverhandlungen zu führen. Am 1. Juli 1923 trat der Kollege Christian Berg (Hannover) in die Gauleitung ein und übernahm die Grobhermann. Dadurch erfolgte eine Entlastung und war eine wirkungsvollere Wahrung der Interessen der Mitglieder im Gau möglich.

Als mit dem Niedergang der Mark das Geld seinen Gipfel im November 1923 erreichte, war den Kollegen in der Gauleitung die Ausführung von Reisen zu Lohnverhandlungen wegen fehlender Mittel unmöglich. Gehalt konnte nicht gezahlt werden. Der Kollege Berg gab am 3. November 1923 seine Stellung auf, weil er leibliche Arbeit gefunden hatte. 30 Prozent der Verbandsmitglieder im Gaubereich gingen verloren. Gegen Ende des Jahres gelang es allmählich, die Löhne in Reichsmark umzuwandeln.

Schrift um Schrift gelang es den vereinten Bemühungen der Funktionäre, in allen für uns in Betracht kommenden Branchen die Tarife wieder auf- und auszubauen. Trotzdem konnte der Mitgliedererfolg erst im Jahre 1926 überwunden und durch eine Aufwärtsentwicklung ersetzt werden.

Bei der am 1. August 1925 erfolgten Errichtung des Keramischen Bundes trafen 6110 Glasarbeiter und 3773 Porzellaner im Gaubereich zu uns über. In die Gauleitung wurden die Kollegen Erlebach und Sulke übernommen, zwei weitere Angestellte der Glasarbeiter und Porzellaner in Jahrestellen untergebracht. Anfang 1927 trat der Kollege Hilpmann an die Stelle des verstorbenen Kollegen Berg in den Gau Hamburg ein. Eine andere Geschäftsvorstellung griff Platz, und es ist möglich geworden, mit weniger Kräften die Organisation vorwärts zu bringen.

Seit dem Bestehen der Mitgliebschaften in unserem Gau ist ein gut Stück aufklärender Arbeit geleistet. Die Mitgliederzahl hat eine wesentliche Steigerung erfahren. Die gegenseitige Hilfe der Mitglieder hat die Drangsalierung und Unterdrückung von ebendem in den für uns zuständigen Betrieben beseitigt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den für uns zuständigen Betrieben haben mit denen der gelehrten Arbeiter nicht nur Schritt gehalten, sondern teilweise marschieren wir an der Spitze. Auch in Zukunft wollen wir durch einmütiges Handeln bestrebt sein, unseren Mitgliedern einen größeren Anteil an Kulturgütern und ein größeres Maß an Lebensfreude zu sichern.

## Gau 8. Erfurt.

Von Paul Schneider.

Der Gau 8 (Thüringen und angrenzende preußische Gebiete) entstand durch einen im Januar 1911 gefassten Beschluß vom Vorstand und den Gauleitern. Der Verbandstag 1910 hatte die Anträge einiger Jahrestellen auf Teilung des damaligen Gau 2 (Sachsen, Thüringen usw.) dem Vorstand in Verbindung mit den Gauleitern zwecks Erledigung überlassen. Die Gaukonferenz in Chemnitz am 11. und 12. September 1910 beschloß, dem Vorstand die Gauleitung zu empfehlen. Kollege Berg als anwesender Vorstandsvorsitzer sagte für seine Person zu. Als Gauleiter wurde dann vom

Vorstand der Kollege Paul Schneider bestimmt. Dieser war bereits seit 1. Januar 1908 mit dem von Fanatikern ermordeten Kollegen Gustav Neuring für den Gau 2 tätig.

Am 1. April 1911 trat der Gau 8 als neues Glied des Verbandes offiziell in Tätigkeit. 30 Jahrestellen mit 7000 Mitgliedern wurden ihm zugeteilt. Darunter die Jahrestellen Merseburg, Naumburg, Weissenfels mit circa 800 Mitgliedern vom damaligen Gau 1.) Nach dreijährigem Bestehen, kurz vor Kriegsausbruch, konnten in 30 Jahrestellen 10 000 Mitglieder bei einer durchschnittlichen Quartalsbeitragsleistung von 12 gemustert werden. Dieser Erfolg — man vergesse nicht die damalige Zeit, der Verband war zur Einreichung seiner Mitgliederlisten an die Polizei aufgefordert — konnte nur durch die aufopfernde Hingabe der Funktionäre erzielt werden. Trotz der Gau 8 selbstständig verhältnismäßig auch erst spät in Erscheinung, so liegen doch die Anfänge der Organisation in den einzelnen Orten viel weiter zurück.

In Altenburg erwachte unter den ungelerten Arbeitern der Organisationsgedanke bereits 1894; eine Jahrestellengründung erfolgte jedoch erst am 18. März 1898. Unter Gustav Erler wurde an diesem Tage die Jahrestelle mit 14 Kollegen ins Leben gerufen. Am Jahreschluß waren 88 Mitglieder vorhanden. Trotz schwierigster Verhältnisse ging es unaufhaltsam vorwärts. Am 1. Januar 1907 trat bei einem Mitgliederbestand von 600 Kollegen, unser Kollege Karl Rißler — jetzt Hauptkassierer des Verbandes in Hannover — als Geschäftsführer hinzu, vor dem er schon als 1. Bevollmächtigter in Altenburg tätig. Bei voller Hilfe der Jahrestelle wirkten als solche heute F. Schauer und H. Engelmann.

In der oberen Saale, im entlegenen Blankenberg und Umgebung, versammelten sich vor nunmehr 20 Jahren (Juli 1910) unter Führung von Heinrich Lang Kollegen aus der Wiedeschen Papierfabrik und den Kunstschneidwerkern; die Jahrestellengründung wurde vollzogen. Im September 1910 fand die erste öffentliche Papierarbeiterversammlung in dortiger Gegend statt. Differenzen mit dem bisherigen Krankenkassenvorstand bez. Arztwahl, Neuwahl des Arbeitsausschusses und einiges andere gaben unserer Sache mit den Aufstakt. Frh. Weller, Heinrich Fischer, Richard Schöberlein und verschiedene andere Kollegen brachten in aufopfernder Tätigkeit die Jahrestelle nach kaum zweijährigem Bestehen auf 600 Mitglieder. Kaum drei Wochen Mitglieder beim Kriegsende, steht heute die Jahrestelle gefestigt da. Richard Schöberlein ist ihr Angestellter; leider verunglückte sein Mitarbeiter Frh. Weller mit dem Motorrad tödlich.

Im kleinen — ehemals altenburgischen — Industriestädtchen Eisenberg regten sich die Schamotte- und Tongrubenarbeiter nachdrücklich bereits im Jahre 1898. Am 28. August wurde die Jahrestelle gegründet. Heinrich Wirth, Oskar Köhler und einige andere Kollegen marschieren dabei voran. Nach 10jährigem Bestehen konnte zur Anstellung eines Geschäftsführers geschritten werden. Frh. Sturm leitete die Jahrestelle, er starb 1929 als Angestellter der Jahrestelle Gera. Im November 1912 erfolgte der Anschluß von Langenberg, einer im Jahre 1900 gegründeten Nachbarjahrestelle, die Emil Gerhardt und Paul Seyfarth aufbauten. Im Frühjahr 1921 wurde in Gera ein Zweigbüro aufgemacht. Infolge der durch die Verschmelzung 1926 hinzugekommenen Glas- und Porzellanarbeiter wurden aus der vereinigten Jahrestelle zwei neue gebildet: Eisenberg und Gera.

Dort, wo für die Arbeiterbewegung historischer Boden ist, in Gotha, versuchten 1897 ungelerte Arbeiter durch Stellung von Forderungen in den Betrieben ihre Lage zu verbessern. Stets Abweisung brachte eine Versammlung der ungelerten Arbeiter am 28. Februar 1898 zustande. Wilhelm Bach, Senior der Partei, sprach über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Eine Jahrestelle des Verbandes wurde am selben Tage ins Leben gerufen. Langames Vorwärtsschreiten; ein großer Teil der Gothaer Arbeiter schloß sich 1904 und in folgenden Jahren der vaterländischen Arbeiterbewegung an. Vorübergehende Verschmelzung mit Waltershausen brachte nicht den erhofften weiteren Aufstieg. Oskar Bachhaus, Joh. Bach erwarben sich neben anderen Kollegen auf feinem Boden besondere Verdienste um die Weiterentwicklung der Jahrestelle. Bachhaus wurde am 17. März 1920 bei der Wesehung Gothas durch freiwillige Handen erschossen. Bach lebt bei hohem Alter als Invalide. Heute wird die Jahrestelle von einem der am längsten mit tätigen Funktionäre — Verold Heinig — geleitet.

Im lagenunmohenen Merseburg waren es die Kollegen der Papier- und Zellstofffabrik, welche schon um die Jahreswende 1898/99 die Fühlung mit dem Verband aufnahmen. Wilhelm Rath, einer der Ältesten, Gründer der Jahrestelle im Frühjahr 1899, leitete und wirkte für den Verband bis zu seinem 1925 erfolgten Tode. Neben ihm wirkte der Kollege Kuntz, der ein Opfer des Abbaues im Leunawerk wurde. Der alte Wilhelm, besorgt um die Einheit der Arbeiterbewegung, erlebte es noch, daß in seiner Fühlungsbühne an einem Tage über 1000 Aufnahmen für den Verband (Leunawerker) ausgeschrieben wurden. Das ist mein Tod — so lauteten seine Worte angesichts des später dort tobenden, alles vernichtenden Bruderkampfes. Sein Sohn und Otto Seyfarth — ein all-erprobter Funktionär aus Waltershausen — leiteten die Jahrestelle in der Sturm- und Drangperiode; heute sind es Heinrich Fischer und Paul Lange. Beide dürften mit auf dem schwierigsten Posten im Gau stehen. Durch den Anschluß von Naumburg an Merseburg ist das Arbeitstfeld sehr ausgedehnt.



Wer kennt nicht Sonneberg mit seiner im weiten Umkreise vorhandenen Spielwarenindustrie. Schon im Jahre 1900 hatte in unmittelbaren Ortsteilen sich ein Verband der Maskenarbeiter gebildet, er griff auf Manebach bei Ilmenau über. 325 Mitglieder waren vorhanden. 1901 wird erstmalig an einige in Not geratene Mitglieder eine Unterstützung von je 10 Mark gezahlt. Georg Mon und Andreas Tegel erhalten für ihre hingebende Tätigkeit zusammen 10 Mark pro Jahr. Beiträge werden pro Monat 20 Pfennig für männliche, 10 Pfennig für weibliche Arbeiter, Eintrittsgeld 50 Pfennig erhoben. Als im August 1905 die Zahlstelle Sonneberg gegründet wurde, schlossen sich nach verhältnismäßig schwierigen Verhandlungen die Maskenarbeiter ihr an. Vor Kriegsbeginn munterte die Organisation in Sonneberg und Umg. 1000 Mitglieder. Emil v. d. Weh d., Edmund Brückner, Gottfried Brandel, das waren die Gründer, Leiter und Förderer unserer Sache. Nach dem Kriege blieb G. Brandel allein; ihm gesellten sich Varius Siffa und Hermann Ellein zu. Letzterer ist heute Branchenleiter beim Hauptverband in Hannover für die Spielwaren- und Heimindustrie.

Neben Sonneberg verdient Waltershausen genannt zu werden. Ein Verkäufer des Verbandes war der schon unter dem Sozialistengesetz existierende Fabrikarbeiterverein. 1897 stammte bei B. Polack, W., ein Streik auf, der infolge Fehlens einer Organisation verloren ging. Im Jahre 1898 wurde dann zur Gründung einer Zahlstelle geschritten. 70 Kollegen traten bei. Helmut Christ — heute noch Mitglied im JdV. —, Alfred Greif und August Hölzer waren die Gründer. Einer anfangs guten Entwicklung folgte nach zweijährigem Bestehen erheblicher Rückgang. Neue Männer traten hervor. Emil Plegsa, Otto Seyfarth und August Reising (letzterer lebt fast 25 Jahre Hilfskassierer) gaben im Verein mit Alfred Greif der Zahlstelle neuen Auftrieb. Anfang 1908 konnte Greif als Geschäftsführer angestellt werden. 1909 kam Kollege Bah als Hilfskassierer hinzu, nachdem eine Verschmelzung mit Gotha und Ohrdruf sowie Eisenach vollzogen war. Im Mai 1909 brach der zweite Streik bei B. Polack aus; 1910 folgten solche in den Spielwaren- und Puppenfabriken. Bei Kriegsausbruch stand die Zahlstelle gefolgt da; Ohrdruf und Gotha hatten sich unterdessen wieder selbstständig gemacht. Alfred Greif ging kurz vor Kriegsausbruch ab, an seine Stelle trat Oswin Köhler aus Eisenberg, der 1915 zum Militär eingezogen wurde. Arno Mollerer und H. Stapf sprangen ein, führten die Geschäfte, bis Karl Ortlepp im Herbst 1919 als Geschäftsführer der Zahlstelle gewählt wurde; er ist heute noch im Amte.

Lebhafte Bewegung gab es in Zeitz im Jahre 1906. Doch die da gegründete Zahlstelle konnte sich nicht halten, ging vielmehr im selben Jahre wieder ein. Als dann durch Ernst Krohn an — heute beim Hauptverband in Hannover, seinerzeit Gauleiter in Magdeburg — am 1. April 1907 die erneute Gründung erfolgte. Reinhold Pfeiffer wurde Kassierer und hatte diese Geschäfte bis zu seinem im August 1920 erfolgten Weggang nach Erfurt inne. Mitarbeiter beim Aufbau waren besonders Karl Köhler und Arbeitersekretär Genosse Windau in Zeitz. Es ging langsam vorwärts, doch konnte 1910 bereits der erste Tarifvertrag am Orte abgeschlossen werden. Die Aufwärtsentwicklung hielt bis zum Kriegsausbruch an. Nach dem Kriege wirkte Paul Albert als Zahlstellenleiter.

Karl Köhler, ehrenamtlicher Gauleiter für den Gau 5 (1900—1914), Sitz Alsenburg, war berufen, in einer Zeit größter Schwierigkeiten den Organisationsaufbau im östlichen Teil des heutigen Gau 5 zu leiten.

Ernst Krohn an s., von Jugend an in der Arbeiterbewegung tätig, gedenken zu können, ist allen besondere Genugtuung.

Innerlich tief ergriffen wegen des ihn betroffenen Schicksals denken wir an Gustav Neuring und ehren ihn damit ebenso wie die beiden vorgenannten Kollegen. In Verfolg der auf dem Verbandsstag 1904 gefassten einschlägigen Beschlüsse als Gauleiter für den Gau 2 (Sachsen-Schleichen-Schlesien) tätig, wirkte er in vielen Orten des Gau 2 bis zur Teilung im Frühjahr 1911. Für seine aufbauende Tätigkeit, geführt ihm auch an dieser Stelle, den Dank über das Grab hinaus. Ein stolzer Mann, der Märdertugend bewußt verteidigte, obwohl er im Begriffe war, durch den Staat für die Arbeiterklasse zu wirken, der er seine ganze Arbeitskraft widmete.

Die industrielle Entwicklung im Gau 8 ist niemals einheitlich gewesen. Die im Osten vorhandenen Kohlen- und Wasserkraftreichtümer nach dem in den 1880er Jahren erfolgenden merklichen Übergang vom Agrar- zum Industrie Staat jener Gegend das industrielle Gepräge. Der sich bis in die heutige Zeit vollziehenden Arbeiterzusammenballung steht eine Abwanderung der Industriearbeiter gegenüber, hervorgerufen durch Einziehen namhafter Betriebe im Westen. Das auf Grund geologischer Forschungsergebnisse erfolgte Aufblühen der Kaliindustrie an der mittleren Werra ändert bezüglich der Auswirkung vorstehend erwähnter Tatsache wenig oder fast nichts am Gesamtcharakter dieser industriellen Gestaltung. Wo Kohle und ständig genügendes Wasser vorhanden, da ist auch der Standort der chemischen Großindustrie sowie der Papierindustrie. Die preussischen Kreise Merseburg, Raumburg, Weißenfels und Zeitz sowie die sächsischen Kreise Alsenburg und Gera geben davon baredes Zeugnis. Während des großen Krieges entstanden das Ammoniakwerk Merseburg (Chemiewerk, beschäftigte im Mai 1930 rund 18 000 Arbeiter und 2000 Angestellte) und die Deutschen Erdölwerke, chemische Fabriken bei Alsenburg (zirka 800 Arbeiter und 70 Angestellte). Andere Werke bauten aus, Papierfabriken hervorragenden Rufes und ausgedehnten Umfangs sind in Alsenburg, Blankenberg, Gera, Merseburg und Weißenfels vorhanden. Zwischendurch mischt sich Kohlenchemie und Grobkeramik im erheblichen Ausmaß.

Da ist es kein Wunder, wenn Arbeitskämpfe in Erscheinung treten. Wegen den Aufgaben des Verbandes wurde überall dort, wo die Voraussetzungen gegeben waren, an die Verbesserung der ungemein rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen herangegangen.

Wie bei so vielen anderen griff auch hier bezüglich der Weiterentwicklung der Krieg zunächst hinüber ein. Nach Kriegschluss erfolgte ein gewisser Aufschwung. Von in erheblicher Zahl bis 1919 abgeschlossenen örtlichen Verträgen folgten, analog den inzwischen zustande gekommenen Reichsverträgen, die einschlägigen Bezirksverträge. Sie sind fast bei allen für den Verband in Frage kommenden Industriezweigen vorhanden. Je mehr Geschlossenheit der Kollegen in den Vordergrund trat, desto besser waren die Erfolge. Doch nunmehr drängen sich auch andere Dinge hervor. Die Unternehmer halten Umschau nach Bundesgenossen (Werkvereine, Stahlhelm-selbsthilfe). Das sei eine Mahnung für alle, damit sie die zweifellos kommenden heftigen Auseinandersetzungen schon jetzt vorbereitend in Rechnung stellen.

In der Bekämpfung des Verbandes fehlte natürlich auch die Polizei nicht. In Alsenburg wurden Hausdurchsuchungen nach Mitgliederlisten beim Kollegen Köhler vorgenommen. Wegen angeblicher Unzufriedenheit des Gasthausbesizers in Hochendorf wurde eine Arbeiterversammlung dortselbst aufgelöst; einige Stunden darauf fand Tanzveranstaltungen im selben Saal statt. (Welch edle Wagner!) In Blankenberg und Blankenstein besetzten noch 1910 Wendenratten die Versammlungslakate. Sie versuchten wiederholt, Papierarbeiter mißtraulich gegen den Verband zu stimmen. Der anschließend der Mitarbeiter 1911 veranstaltete Umzug wurde polizeilich angehalten, Strafmandate folgten. Wendenratten besetzten die Saalgänge, um Kontrolle auszuüben, wer zur Mitarbeiter ging. In Waltershausen trat die Polizei anlässlich des bei der Firma B. Polack im Mai 1909 ausgebrochenen Streiks — die Unternehmerinteressen schützend — gegen unseren Verband auf. Arbeitswillige wurden zur Fabrik gebracht und abgeholt. Unsere Streikposten wurden mit Geldstrafen belegt; Verteidigungsprozesse in Szene gesetzt. Ähnlich ging es auch in Zeitz zu. Dort wurden die Beitragskassierer — weil sie Sonntags kassierten — angehalten; auch von diesen Kollegen verlangte man die Mitgliederlisten. Selbst die Vertreter von Zahlstellenmaterial wurden polizeilich gefasst und



mit Strafmandaten bedacht. Man zahlte die Strafe groschenweise ab; zuerst verweigerte man die Annahme. Auf die Erklärung — andere Gelder als Arbeitergroschen ständen nicht zu Verfügung — nahm man auch diese mit der Bemerkung, man behalte sich Anzeile wegen der gebrauchten Ausdrücke, weil verächtlich machend, vor. Die Polizei in Zeitz mußte auch einen größeren Betrieb acht Tage lang bewachen. Der Unwille der Belegschaft wegen schändlicher Behandlung sagte der Firmenleitung Angst ein. Eine junge Arbeiterin war wegen Mithnahme einer Kleinigkeit zur Anzeile gebracht und hatte deswegen den Freitod gesucht. In einer Riesenversammlung schloß sich aus diesem Anlaß ein größerer Teil der Belegschaft dem Verbands an.

Der Gauleiter, Kollege Paul Schneider, wurde am 1. Januar 1908 als zweiter Gauleiter für den Gau 2 (Sachsen und die Thüringischen Staaten) angestellt. Mit dem verstorbenen Kollegen Gustav Neuring hatte er seinen Sitz in Dresden. Nach der Teilung des Gau 2 in die Gauen 7 und 8 (heutiges Gebilde) am 1. April 1911 siedelte er nach Erfurt über, wo sich heute noch der Gau 2 befindet.

Von 1920 bis 1928 war der ehemalige Geschäftsführer der Zahlstelle Erfurt, Kollege A. Gutjahr, in der Gauleitung mit tätig.

Der Zahlstellenleiter von Zeitz, Kollege Reinhold Pfeiffer, war Mitarbeiter in der Gauleitung vom 15. August 1920 bis zum 30. Juni 1924. Heute wirkt er als Vertreter der Werra in unserem Bezirk.

Im Oktober 1925 trat der Uglationsleiter von Leipzig, Kollege E. Schönfeld, als Gauleiter mit ein, er ist als solcher heute noch tätig.

**Gau 9, Nürnberg.**

Von Adalbert Mäler.

Unserm 9. ordentlichen Verbandsstag zu München 1908 lagen folgende Anträge vor, die bezweckten, den damaligen Gau 5 (Bayern) in zwei Gauen zu zerlegen:

1. Antrag des Vorstandes: Der Gau 5 wird geteilt und das bayerische Gebiet, welches heute an den Gau Hessen angegliedert, zu dem neuen Gau gelegt.

2. Antrag Nürnberg: Bayern ist in einen Nord- und einen Südgau einzuteilen. Der neue Gau, dessen Leiter zu besolden ist, soll seinen Sitz in Nürnberg haben.

3. Antrag Schweinfurt: Für das Uglationsgebiet Gau Bayern sind zwei Gauleitungen einzusetzen.

Der Verbandsstag stimmte dem Vorstandsantrag in Verbindung mit dem Antrag Nürnberg zu und erklärte den Antrag Schweinfurt dadurch für erledigt. Durch diesen Verbandsstagsbeschluss wurde der Gau Nordbayern ins Leben gerufen. Das Verbegebiet wurde wie folgt geteilt:

- 1. Gau Südbayern: Bayern rechts des Rheins, südlich der Donau.
- 2. Gau Nordbayern: Bayern rechts des Rheins, nördlich der Donau.

Die Leitung des Gau 5 Südbayern übernahm der bisherige Gauleiter Joseph Skalmer, der seinen Sitz in München behielt. Als Gauleiter für Nordbayern wurde vom Vorstand und Ausschuss der Vorstands der Zahlstelle Augsburg, Kollege Adalbert Mäler, gewählt. Er erhielt seinen Dienstsitz in Nürnberg. Der neugewählte Gauleiter hat, nachdem er vorher vier Wochen im Hauptbüro beschäftigt war, am 1. Januar 1909 seinen Posten angetreten.

Im neugebildeten Gau waren als gute Grundlage für die Werbearbeit bereits 18 Zahlstellen mit rund 8000 Mitgliedern vorhanden, von denen die Zahlstellen Nürnberg und Fürth je einen besoldeten Angestellten hatten. Dies waren die Kollegen Karl Herrmann (Nürnberg) und Peter Bach (Fürth), die sich von Anfang an in der aufopferndsten Weise zur Förderung aller Interessen der Organisation zur Verfügung gestellt haben. Außerdem wurden in den neuen Gauvorstand die Kollegen Johann Messerer, Friedrich Strube, Georg Döckhorn, Anton Ueberger und Georg Schrenker gewählt. Der letztere ist leider, nachdem er inzwischen besoldeter Kassierer der Zahlstelle Nürnberg geworden war, ein Opfer des Weltkrieges geblieben.

Dieser Gauvorstand in Nürnberg hatte allerdings auch schon einen Vorläufer. Ein heute noch recht eifriger Kollege, damals im Baubildungsarbeiterverband organisiert, hatte schon in den vier Jahren die Notwendigkeit eines Gauleiters für den Fabrikarbeiterverband erkannt und sich deshalb als solchen bestimmt. Leider hatte der Hauptvorstand für diese Selbstnennung kein Verständnis und hat eine diesbezügliche Mitteilung nicht beantwortet. Es war dies unser alter Freund Michael Gündel, der trotz langjähriger Invalidität noch heute treuer Besucher aller Verbandsversammlungen ist.

Die Entwicklung des Gau 5 bewegte sich in gleichmäßiger Linie nach aufwärts, so daß wir am Jahreschluss 1913 in 27 Zahlstellen 7750 männliche und 2950 weibliche Mitglieder verzeichnen konnten. Der Weltkrieg, der den Verband von fast allen männlichen Mitgliedern entblühte, warf auch die Entwicklung in unserem Gau zurück, so daß wir Ende 1917 nur noch 4750 Mitglieder aufweisen konnten. Im Jahre 1918 hatten wir uns allerdings wieder auf 11 460 Mitglieder erholt.

Die stürmische Aufwärtsentwicklung in der Nachkriegszeit und die Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs durch die Inflation sind auch unserem Gau nicht erspart geblieben; jedoch konnten wir Ende des Jahres 1925 in 27 Zahlstellen 10 930 Mitglieder zählen. Durch die im Jahre 1928 eingetretene Zusammenlegung unseres Verbandes mit den Glas- und Porzellanarbeiterverbänden betrug die Mitgliederzahl am Jahreschluss 1928 28 950. Beim Erscheinen dieser Jubiläumnummer dürfen wir mit Stolz auf einen Mitgliederbestand von 38 000 blicken, wovon mehr als 12 000 weibliche Mitglieder sind.

Im Jahre 1919 wurde infolge der stürmisch vermehrten Arbeit der Kollege Joseph Schmaus — bis dahin Geschäftsführer der Zahlstelle Schweinfurt — als zweiter Gauleiter bestimmt. Durch die Verschmelzung im Jahre 1928 traten der Kollege Michael Dirschner vom Verband der Glasarbeiter und der Kollege Wilhelm Frenkel vom Verband der Porzellanarbeiter in die Gauleitung ein, so daß dieselbe heute aus vier besoldeten Gauleitern besteht.

Die Bildung unseres Gau 5 fiel zusammen mit der Freigabe der Landarbeiter und der Namensänderung unseres Verbandes. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands war für seine Werbearbeit auf industrielle Betriebe eingestellt und damit zur Industrieorganisation geworden. Die für uns zuständigen Industrien sind bekannt. Von ihnen befinden sich im Gau Nordbayern in der Hauptsache folgende, denen wir die Zahlen der Beschäftigten und der Organisierten begeben:

Industrie	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Mitglieder
Chemie	8 800	4 100
Papierherzeugung	3 300	2 550
Papierverarbeitung	2 050	690
Glas	7 800	6 350
Porzellan	24 100	14 250
Grobkeramik	8 850	7 450
Nahrungsmittel	620	250
Sonstige	3 000	2 400

Weil in unserem halbagrarischen Bayern der Großbetrieb nicht überwiegend ist und deshalb die Organisationsarbeit sich sehr viel mit Mittel- und Kleinbetrieben beschäftigen muß, kann der oben gezeigte Stand der Organisation nicht als schlecht bezeichnet werden.

Mit der Verbreiterung der Organisation und der Vertiefung des Organisationsgedankens haben sich selbstverständlich auch die Zahlstellen und deren Leistungen geändert. Von den heute im Gau vorhandenen 48 Zahlstellen werden 37 ehren-







handenen, ausnähbaren Wasserkräfte haben die Ansiedlung von Industrien gefördert. Neben dieser haben wir noch Zement-, Kalk-, Kreide-, Porzellan-, Weiffedern-, Gummi-, Papierhüllen- und Bunt- und Chromopapierindustrie.

Das Werbegebiet in unserem Gau war jedoch nicht immer so arm. Besonders in München wußte man in zahlreichen Gewerben und Industrien Mitglieder zu gewinnen und auch ihre Interessen wahrzunehmen. Der bereits genannte Kollege Hämmerl nahm es nicht so sehr genau mit der Mitgliederwerbung, überall wo er solche fand, nahm er sie auf. So hatten wir besonders in der Zeit der Lokalvereine und auch noch, als die hiesige Mitgliedschaft sich bereits dem Zentralverband angeschlossen hatte, in Brauereien, Sägereien, Holzhandlungen, im Baugewerbe und in der Metallindustrie Mitglieder. Außer den in diesen Industrien beschäftigten nicht gelernten Arbeitern schlossen sich auch die Zeitungsträgerinnen, die Pflegerer, Straßenkehrer, Laternenanzünder, Schäfer, Obst- und Gemüsehandwerker unserem Verbands an, und Kollege Hämmerl trug sich sogar mit dem Gedanken, auch die Hebammen zu gewinnen. Eine von ihnen war ja bereits Mitglied. In Ausburg nahm Kollege Hämmerl sogar die Leichenfrauen auf. Nacheinander haben wir die Mitglieder in den verschiedenen uns nicht zustehenden Industrien den in Frage kommenden Verbänden abgegeben, entsprechend den Vereinbarungen der Zentralen. Der Verlust war jedoch immer sehr bald wieder wettgemacht, dafür sorgte der damalige Agitationsseifer der Kollegenschaft. Besonders die Organisationen der Handwerker machten ihre Ansprüche auf die Hilfsarbeiter geltend. Das Verdrängen der gelernten Handwerker durch die Maschine, die sich mehr durch Hilfsarbeiter bedienen läßt, öffnete ihnen die Augen und so gewannen sie Interesse für ihren nichtgewerblichen Nebenarbeiter. Die von anderen Organisationen reklamierten Mitglieder gingen nur ganz widerwillig von uns.

Bei der Gründung des Lokalvereins beschäftigte man sich auch sogleich mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zunächst allerdings wurden in den Monatsversammlungen die schlechten Löhne nur kritisiert, aber sehr bald ging man auch zur Aktivität über. Vorerst sah man ein geeignetes Mittel, die Lage zu verbessern darin, daß man sich an die Öffentlichkeit wandte, was wiederholt, wie aus den Protokollen hervorgeht, von Erfolg begleitet war. Später wandte man sich schriftlich an die schlechtzahlenden Unternehmer. Bald darauf aber wurde in einer Versammlung eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die bei einer Firma vorstellig werden sollte, um für die dort beschäftigte Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung zu erreichen. Ob dieses Vorgehen von Erfolg begleitet war, geht leider aus den Protokollen nicht hervor.

Sieht man zwischen der Tätigkeit und den Einrichtungen von Anfang bis heute einen Vergleich, so zeigt sich auf diesem Gebiet ein gewaltiger Fortschritt. Zu jener Zeit ungerollte, vom Unternehmer willkürlich festgesetzte Löhne, heute zwischen Arbeiter und Arbeitgeber allgemeinverbindlich erklärte Tariflöhne. Damals unregelmäßige lange Arbeitszeit, heute die gesetzmäßige achtkündige Arbeitszeit und tariflich vereinbarte Ferien, dazu vieles andere.

Das Versammlungswesen wurde in der Zeit der Lokalorganisationen viel reger betrieben als heute. Es fand alle Monat eine Vereinsversammlung statt. Auch nach dem Anschluß an die Zentrale wurden regelmäßig Monatsversammlungen abgehalten, in denen fast immer Vorträge gehalten wurden, über die stets reichhaltige Diskussionen stattfanden. Die Vorträge und Diskussionen waren auch das einzige Mittel, das natürlich nichts kosten durfte, durch welches Aufklärung verbreitet und Erziehungsarbeit geleistet wurde. Literatur irgenwelcher Art stand zu diesem Zweck nicht zur Verfügung. Diesem Mangel wurde jedoch etwas abgeholfen, als sich ein reisender Kollege in einer Vereinsversammlung einfand und der Versammlung eine Zeitung, die für nicht gewerbliche Arbeiter geschrieben ist, den „Proletarier“, zeigte. Diese Zeitung erweckte in der Mitgliedschaft soviel Interesse, daß der Beschluß gefaßt wurde, ein Exemplar davon zu abonnieren und dessen Inhalt in den Monatsversammlungen vorzulesen. Bei der Armut der Vereinskasse darf dieser Beschluß als eine Großtat angesehen werden. Wie ganz anders ist es heute. Der Armlichkeit an Bildungsmitteln steht heute unsere Verbandschule, Literatur aller Art, ja sogar ein Film nebst der notwendigen Vorführungsapparatur im Dienste der Bildungs- und Aufklärungstätigkeit gegenüber. Das Auto steht im Dienste der Agitation und der Verwaltung. In den Büros der größeren Zahlstellen stehen Schreibmaschinen, Verdünnungsapparate und moderne Büromöbel. Verbands-eigene Häuser haben die Zahlstellen Albstadt, Deggendorf und Straubing.

Mühe, Arbeit und Opfer waren das Ausrüstungszeug der Pioniere unseres Verbandes. Ihr unergleichlicher Idealismus hieß ihnen, jedes Opfer zu bringen, jede Arbeit unentgeltlich zu leisten. Ihr kleines Beginnen hat sich zu ungeahnter Größe entwickelt, viele ihrer Träume sind heute verwirklicht. Bei den noch lebenden Pionieren wird diese Entwicklung Befriedigung auslösen. Doch wir wollen weiter vorwärts. Das „Nichtzufriedensein“ gibt den intelligenten und mit Kampfesfreude ausgerüsteten Kollegen den Antrieb zur Mitwirkung am Vollenden des von den Pionieren begonnenen Werkes zur Erreichung des von ihnen gesteckten Zieles.

## Gau 11, Kannstatt.

Von Leonhard Wörner.

Das Geburtsjahr unseres Verbandes im Gau 11 fällt in das Jahr 1896. Am 5. Dezember 1896 ist der Verfasser dem „Verein der Handelshilfsarbeiter, Zahlstelle Kannstatt“ beigetreten, von dem auf seine Veranlassung dann nachher 36 Mitglieder dem Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands beitraten. Die Schaffung dieses ersten organisatorischen Untergrundes war recht mühsam. Die genannte Mitgliederzahl ist nur dadurch erreicht worden, daß jeder einzelne in seinen Bekanntenkreisen warb. Redner zu Versammlungen waren schwer zu erhalten, und dann fehlten auch die

Mittel zu einer öffentlichen Agitation, die teilweise durch Verbot der Verteilung von Einladungen und dergleichen polizeilich noch recht erschwert wurde. Die Agitation war deshalb auch nicht leicht, weil um diese Zeit das System der schwarzen Listen aufkam und Maßregelungen nicht selten waren. Ein weiterer Umstand war der, daß bei der Werbung kein materielles Zugmittel eingesetzt werden konnte. Bei den geringen Löhnen, die 20 bis 26 Pf. in der Stunde betrugen, konnte auch kein Beitrag erhoben werden, mit dem sich etwas anfangen ließ. Es gab deshalb neben der Streikunterstützung, die damals nur in ganz geringen Fällen gezahlt werden konnte, nur Unterstützung für Gemeindegelbe und ein Reisegeld, das 2 Pf. für das Kilometer betrug. Die notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Verband wurde wohl als Hauptagitationsmittel verwendet, stand aber auch in seiner ersten Verwirklichung noch in weiter Ferne. Schwer war es, die nötigen Funktionäre zu bekommen. Die Arbeitszeit war lang und wurde in den meisten Betrieben durch regelmäßige Überstunden noch ausgedehnt. Es blieb recht wenig Zeit zur Erledigung der Verbandsgeschäfte, noch viel weniger zu einer Erholung übrig. Unter diesen Umständen ging es nur sehr langsam vorwärts. Bis zum 4. Quartal 1898 hatten wir es in der Zahlstelle Kannstatt auf 81 männliche und 10 weibliche Mitglieder gebracht und eine Gesamteinnahme von 149,60 Mk. erzielt.

Das Jahr 1899 brachte als gutes Beschäftigungsjahr einen erfreulichen Zuwachs. Im 4. Quartal konnten wir 175 männliche und 14 weibliche Mitglieder buchen, ein Jahr später hatten wir das zweite Hundert überschritten und eine Quartaleinnahme von 328,53 Mk. erzielt. Ende 1898 wurde der Grundstein zur Zahlstelle Ehlingen gelegt; im folgenden Jahre 1899 Göppingen und Heilbronn. Die Gründung von Heilbronn wurde nach einer Versammlung am 2. Juli 1899, in der Jakob Streib aus Offenbach referierte, vorgenommen. Die erste

Adresse von Heilbronn ist im „Proletarier“ vom 15. Juli 1899 veröffentlicht: P. Rheinfeld, Gasthaus „Zur Rose“. Dies war damals das Verkehrslokal der Arbeiter. Die erste Abrechnung in Heilbronn ist vom 3. Quartal 1899 und betrug in Einnahme 108,15 Mk. bei 88 Mitgliedern. Das 4. Quartal warf uns dort infolge von Maßregelungen wieder zurück auf 50 Mitglieder.

Im Jahre 1900 wurden die Zahlstellen Böckingen und Untertürkheim errichtet. Wir waren dem damaligen Gau 11 mit dem Sitz in Ludwigsbafen zugeteilt und nahmen erstmals an einer Gaukonferenz teil, die am 18. Februar 1900 in Ludwigsbafen stattfand. In dem damaligen Bericht der Gauleitung hieß es:

„Trotz der ungünstigen Verhältnisse unseres Gauwes, die allzu große Ausdehnung, geringe Geldmittel usw. ist es doch gelungen, vier neue Zahlstellen, Heilbronn, Göppingen, Eisenberg und Kaiserlautern, zu gründen . . .“

Dann heißt es an einer anderen Stelle:

„ . . . während in Heftenleidelheim (Pfalz) bei neunstündiger Arbeit der Durchschnittslohn 3,70 Mk. beträgt, ist derselbe in Heilbronn bei zehnstündiger Arbeitszeit nur 2 Mk. und bleibt hier somit noch um 20 Mk. hinter dem ortsüblichen Tagelohn zurück.“

Vertreter waren aus dem jetzigen Gau 11 der Schreiber dieser Erinnerungen und Dietrich (Heilbronn). — Zwei weitere Zahlstellen, Böckingen und Untertürkheim, wurden 1900 gegründet. Zu dem Verbandstag 1900 in Halberstadt stellte Kannstatt den Delegierten und den Antrag, für Württemberg einen eigenen Gau zu errichten. Dieser Antrag fand Annahme und wurde der Gau 13 am 28. Oktober 1900 in der ersten Gaukonferenz, die in Kannstatt stattfand, gebildet und der Gauvorstand gewählt, mit dem Verfasser als Vorsitzenden.

Als finanzielle Grundlage für den neuen Gau sandte uns der Hauptvorstand am 17. November 1900 30 Mk. Beim Durchblättern der alten Rechnungen finden wir, daß die Kollegen in der Gauleitung für Versammlungen auswärts — Böckingen, Göppingen, Heilbronn — 40 bis 100 Pf. als Entschädigung erhielten; war einmal Übernachten notwendig, gab es 2 bis 2,50 Mk.

Durch Beschluß der ersten Gaukonferenz mußten die Zahlstellen für jedes Mitglied 5 Pf. pro Quartal an die Gaukasse abführen, um auf diese Weise etwas mehr Mittel für die Tätigkeit der Gauleitung zu erhalten. Das Jahr 1901 brachte uns einen weiteren Zuwachs von 7 Zahlstellen, und zwar Ulm, Lorch, Schwäbisch-Hall, Stuttgart, Ulm, Waiblingen und Jüssenhausen, mit anfänglich 262 Mitgliedern, und am Schluß des Jahres hatten wir 787 in 14 Zahlstellen. Im nächsten Jahr wurden wieder 5 Zahlstellen errichtet mit 108 Mitgliedern. Die Löhne waren — wie schon kurz erwähnt wurde — sehr schlecht. Eine Statistik aus dem Jahre 1898/99 zeigt, daß in der Zahlstelle Kannstatt bei 105 Mitgliedern (darunter eine Kollegin) folgende Verdienste vorhanden waren:

6 Mitglieder verdienten bis zu 10 Mk. pro Woche,
14 Mitglieder verdienten von 10 bis 15 Mk. pro Woche,
56 Mitglieder verdienten von 15 bis 20 Mk. pro Woche,
28 Mitglieder verdienten von 20 bis 25 Mk. pro Woche,
2 Mitglieder verdienten über 25 Mk. pro Woche.

Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 10 1/2 Stunden pro Tag. Nur 4 Mitglieder hatten eine Arbeitszeit von täglich 9 Stunden, während 16 Mitglieder eine solche von 11 und 12 Stunden hatten. Dort, wo die Verdienste über 20 Mk. pro Woche hinausgingen, wurden sie nur durch Akkordarbeit erzielt. In der Zahlstelle Heilbronn verdienten im Jahre 1900:

13 männliche Mitglieder 10 bis 15 Mk. pro Woche,
37 männliche Mitglieder 15 bis 20 Mk. pro Woche,
1 männliches Mitglied 20 bis 25 Mk. pro Woche,
1 weibliches Mitglied 6 bis 8 Mk. pro Woche,
5 weibliche Mitglieder 8 bis 10 Mk. pro Woche.

Der Kollege Dietrich (Heilbronn) wurde bei der Firma Knorr wegen seiner Agitationstätigkeit im Sommer 1899 kündigunglos entlassen. Durch Klage vor dem Gewerbegericht mußte ihm die Kündigungswoche im Betrag von 13,20 Mk. ausbezahlt werden.

Der Verbandstag in Offenbach 1902 beschloß, zwei Gauleiter (damals hieß es Gauvorsitzende) anzustellen. Im Herbst des gleichen Jahres wurde der Verfasser für den Gau 13 gewählt und trat am 1. Dezember 1902 seinen Posten an. Von diesem Zeitpunkt an ging es etwas besser vorwärts. Das Gebiet des Gauwes 13 umfaßte nach dieser Neuerung Württemberg, Baden von Bruchsal aufwärts und Elsaß. Das Jahr 1902/03 war ein Krisenjahr, doch konnten wir am Schluß des Jahres 1903 in 31 Zahlstellen 1227 Mitglieder feststellen. Es kamen also im Durchschnitt 39 auf eine Zahlstelle. Kannstatt hatte 242, Stuttgart 190 Mitglieder.

Durch den Beschluß des Verbandstages von 1904 in Hamburg, das Verbandsgebiet in 10 Gaue einzuteilen und für jeden Gau einen Gauleiter anzustellen, erhielt unser Gau die Nummer 6. — Am Schluß des 4. Quartals 1905 hatten wir 28 Zahlstellen mit 2977 Mitgliedern. Einige Zahlstellen waren eingegangen, andere hatten sich mit den benachbarten verschmolzen, so Kannstatt, Unter- und Ober-türkheim mit Stuttgart, Böckingen und Neckargartach mit Heilbronn. Die Gesamteinnahme der Zahlstellen im Gau betrug 1905 22 568,65 Mk. Dem Hauptvorstand wurden 17 159,01 Mk. gesandt. — Nach weiteren 5 Jahren hatten wir eine Mitgliederzahl von 6339 in 28 Zahlstellen und eine Jahreseinnahme von 100 709,14 Mk.

In den ersten Jahren des Bestehens hatten wir nur wenige Kräfte, die auch in der öffentlichen Agitation auftreten konnten. Wir mußten deshalb solche von außerhalb heranziehen. Zuerst war es Jakob Streib aus Offenbach, Mitglied des Verbandsausschusses, der zweimal eine kleinere Versammlungstour machte. Dann sprach auch Frau Tröger (Offenbach) in einigen Versammlungen. Im Frühjahr 1901 wurde Frau Luise Zieg aus Hamburg zu einer größeren Agitationstour gewonnen. Sie hielt 13 öffentliche Versammlungen ab und hatte überall guten Erfolg. Noch zweimal wurde sie in den späteren Jahren herangezogen; ihre Versammlungen waren immer gut besucht, weil sie damals überhaupt die beste Agitatorin war. Jedesmal nach ihrem Referat ging sie von Tisch zu Tisch und sammelte Aufnahmen. Wehe dem Versammlungsleiter, der nicht vorher genügend Aufnahmeheftchen verteilt ließ und einige Leute bestimmt hatte, die nach der Rede werden gingen, so wie sie. Unter den Frauen, die später ab und zu im Gau tätig waren, hatte keine den Erfolg wie Luise Zieg. Nun deckt die seit Jahren der grüne Rasen. Eines treuen Kollegen müssen wir gedenken, der jetzt 30 Jahre mit uns tätig und zur Zeit noch trotz seines hohen Alters Mitglied der Ortsverwaltung ist. Es ist dies unser Ludwig Köpfle in Ehlingen. Sein Idealismus sollte den Jungen als Vorbild dienen. Der Kollege Friedrich Hartmann (Gerabronn) verließ jetzt seit 18 Jahren den Posten eines zweiten Bevollmächtigten in der Zahlstelle im Nebenamt, ohne daß nur ein einziges Mal eine Reklamation nötig geworden wäre. Diesen und allen ungenannten Kollegen, die in Treue und Ausdauer ihre Pflicht taten, auch an dieser Stelle unseren Dank.

Bis zum Jahre 1906 waren wir auch unter den Hilfsarbeitern der uns jetzt nicht zuständigen Industrien. Bis zu diesem Zeitpunkt wollten die Metallarbeiter in unserem Gau keine „Tagelöhner“ aufnehmen, und wiesen sie uns zu. In der Papierindustrie, die uns jahrelang verschlossen blieb, saßen wir zuerst in Heilbronn bei der Firma Scheuffelen Fuß. (Der Betrieb ist jetzt stillgelegt.) Dort konnte auch 1906 der erste Vertrag abgeschlossen werden. In den Papierfabriken um Göppingen konnten wir ebenfalls Mitglieder werben, aber durch ständige Maßregelungen waren die Arbeiter aufs äußerste eingeschüchtert. Dort, wo der katholische Einschlag unter der Arbeiterschaft vorhanden war, hinderte auch dieser



die Ausbreitung des Verbandes. Von 1908 an, nachdem es gelungen war, eine  
Zahlstelle in Freiburg i. Br. zu errichten, hatten wir auch Mitglieder in der Papier-  
fabrik in Neustadt i. Schw., aber es waren meistens nur Auswärtige, da die ein-  
heimischen Arbeiter sich zum größten Teil in einem Werkverein befanden.

Nach in den Jahren 1911/12 unterdrückte die Firma Scheuffelen in Ober-  
lenningen die ersten Anfänge unseres Verbandes dadurch, daß sie alle Arbeiter  
entließ, die sich dem Verbandsangehörigen hatten. Ähnlich verfuhr die  
Firma Sigle, chemische Industrie in Stuttgart. In diesem Betriebe durfte es  
noch in den Jahren 1900 bis 1905 kein Arbeiter wegen sein Vespersbrot in  
eine sozialdemokratische Zeitung einzuwickeln, bei Gefahr der Entlassung. Nach  
einer Versammlung, die im April 1904 stattfand, wurden zwölf Arbeiter, die  
sich dem Verbandsangehörigen hatten, entlassen. In den anderen Betrieben  
der chemischen Industrie von Stuttgart und Umgebung, die damals die reinsten  
Gießereien waren, war es nicht viel besser. In der protechnischen Fabrik  
von Weissenbach wurde ich einmal, als ich einige Beschwerden der Arbeiter vor-  
bringen wollte, mit Hundstößen vom Hofe geholt. Neben der Papierindustrie, der  
stärksten Industrie im Gau, kommt die chemische Industrie in Betracht, die  
aber besonders im Gebiet Stuttgart viele Kleinbetriebe aufweist. (Bei zur Zeit  
1900 Beschäftigten sind es 60 Betriebe.) In dieser Industrie konnten wir zuerst  
in Heilbronn am besten Fuß fassen. — Die Industrie „Steine und Erden“ ist im  
ganzen Gau stark vertreten, besonders Grobkeramik. Diese Betriebe wurden jedoch  
vor 1914 in unserem Gaugebiet mit wenigen Ausnahmen durch Italiener beherrscht  
— vereinzelt waren auch Polen vertreten — und deshalb sehr schwer zugänglich. Im  
Elsaß herrschten in nächster Umgebung von Straßburg in den Ziegeleien noch 1910  
geradezu entsetzliche Zustände, und deswegen war gerade auch die Einführung des  
Verbandes unter diesen Arbeitern sehr erschwert. Auch in der übrigen zünftigen  
Industrie im Elsaß war es sehr schwer anzukommen. Das Ausnahmengesetz, die  
Rückständigkeit der Arbeiter, der Schwabenhaß — es waren alles „Schwaben“, die  
recht vom Rhein kamen — waren nur schwer zu überwinden. Die Gründung  
der Zahlstelle Straßburg kostete viele Mühe. Der damalige Kartellvorsitzende Franz  
Weller hat uns dabei sehr unterstützt.

Nach vielen Versuchen konnten wir 1910 in den kleinen chemischen Fabriken  
in Mühlhausen (Elsaß) Fuß fassen, dergleichen auch in Alt-Lothar. Die dortigen  
Lohn- und Arbeitsbedingungen waren unglaublich schlecht, die sanitären Einrich-  
tungen — es handelte sich um eine Fabrik für Salzsäure und dergleichen — mehr  
als schlecht. Trotzdem erreichten wir nur vorübergehend eine Mitgliederzahl von 42  
bei 200 Beschäftigten. Bei Ausbruch des Krieges hatten wir dort noch 18 Mit-  
glieder. Auch unsere Anfänge in der Papeterfabrik in Rixheim (Elsaß) waren nicht  
lang zu halten. Die Unternehmer benutzten den Deutschenhaß, um die Arbeiter  
gegen die gewerkschaftlichen Agitatoren — die „Schwaben“ — aufzuhetzen.

Die erste Lohnbewegung konnten wir 1899 in Kannstatt in den beiden Ziehereien  
Schönhut und bei Walter u. Fahr führen. Es wurden 30 Prozent Zuschlag für  
Überstunden gefordert und 25 Prozent erreicht. — Beteiligt waren wir im Herbst  
1899 an einem Streik in der Ziegerei Grupp in Kannstatt mit den Hilfsarbeitern,  
der uns 718 Mk. kostete. Anlässlich dieses Streiks wurden erstmals in unserer Gegend  
schwarze Listen verfaßt. — Ein weiterer Streik entstand 1900 bei der Firma Risch  
in Kannstatt, Fabrik für gummielastische Instrumente. Der Anlaß war: Vergehen  
eines Prokuristen an einer Arbeiterin. Der Erfolg war ein voller, der Prokurist  
wurde entlassen.

In der Zuckerfabrik Stuttgart brach im Juli 1901 ein Streik aus, dessen Ursache  
die Maßregelung des zweiten Bevollmächtigten der Zahlstelle Stuttgart war. Die  
Bezahlung von Überstundenzuschlägen wurde ebenfalls gefordert. Der Streik ging  
verloren, da die Arbeiter sich nur teilweise beteiligten. Die Streikenden hatten sich  
nicht vorher mit der Organisationsleitung verständigt. Die Folge war, daß zwölf  
weitere Maßregelungen vorgenommen wurden. — Eine Forderung auf Arbeitszeit-  
verkürzung in der chemischen Fabrik Weissenbach brachte keinen Erfolg, die Arbeiter  
ließen sich einschüchtern. Durch Eingreifen des Gewerbeaufsichtsamtes wurden jedoch  
die größten Mißstände beseitigt. Von 1903 an entstanden da und dort Kämpfe, so in  
der Pressfabrik von Mainz in Stuttgart sowie in einem Betrieb für künstliche  
Fußböden in Fenerbach. In den übrigen Zahlstellen des Gaus konnten erst von  
1905/06 an ernstere Versuche bezüglich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen  
unternommen werden, so 1905 in der chemischen Fabrik Heilbronn, in der Papier-  
fabrik Scheuffelen, in der Seifenfabrik Kramer & Flammer und bei der Firma  
Knorr, Fabrik Jahn (Heilbronn), wo es zum Streik kam. In der Zementfabrik  
Larssen a. N. kam es infolge von Lohnunterschieden und Maßregelungen 1908 zu  
einem Streik, der drei Wochen dauerte und mit Erfolg beendet wurde. Zwei Jahre  
später kam es durch Maßregelungen anlässlich der Raiffeisen wieder zu einem Streik,  
der nach fünfwöchiger Dauer verlorenging. Bei einem Streik der Färbereiarbeiter  
von Plönkeuf (Heidenheim) kamen nach wenigen Tagen Hinzugardisten an. Sie ver-  
griffen sich an den Arbeiterinnen, die im Betriebe geblieben waren, worauf diese  
geschloßen den Betrieb verlassen. Die Empörung der übrigen Arbeiterschaft des  
Städtchens war derart, daß auf behördliche Anordnung die Streikbrecherkolonne  
samt Führer abdrücken mußte. Der Streik, an dem sich nun auch die Arbeiterinnen  
beteiligten, dauerte sechs Wochen und wurde mit Erfolg beendet. Die Solidarität  
der organisierten Heidenheimer Arbeiterschaft zeigte sich damals im glänzenden  
Lichte. Ein ähnlicher Vorgang ereignete sich 1912 in Straßburg i. E. Die Ziegler  
aus sieben Betrieben der umliegenden Orte traten Anfang Mai infolge abgelehnter  
Forderungen in den Streik. In zwei Kolonnen rückten dann auch hier Hinzugardisten  
an, und zwar aus der Umgebung von Kassel, die jedoch die Arbeit, die sie  
dort anstellen, nicht machen wollten — die Ziegelfeine wurden noch von der Hand  
hergestellt —, und es kam zu einem regelrechten Kampf mit den mitgebrachten  
Aufsehern. Die Streikbrecher verließen die Betriebe und machten die anliegenden  
Wirtschaften unsicher, was sogar zu einer Interpellation im Elsaßischen Landtag  
führte. Infolge unserer Mitwirkung wurden sie dann nach Ludwigschafen abgeschoben.  
Dann kamen Italiener, deren Fortschaffung zwar weniger schwierig, aber teurer  
war, so mußten wir zum Beispiel einmal an einem Tage hierfür 1400 Mk. auf-  
wenden. Der Kampf konnte nach vier Wochen mit einem Erfolg beendet werden.  
Den schwersten Kampf hatten wir in der Knopffabrik in Schorndorf. Der Streik  
hündigte uns den Lohnvertrag im Herbst 1913, und als die Arbeiter sich den  
Unternehmern vorgelegten neuen Lohnvertrag ablehnten, wurde der Betrieb wieder  
während des Streiks gesperrt. Da sich eine Anzahl Streikbrecher in den Kampf  
derart in die Länge, daß er erst in seinem letzten Stadium durch den Krieg, beendet  
wurde.

In einer Pappfabrik in Gengenbach (Baden) brach Anfang April 1913  
infolge Ablehnung einer Lohnforderung, die mit Maßregelungen bedroht wurde,  
ein Streik aus. Die „Christlichen“ hatten in 400 Betrieben mit 115 Beschäftigten  
unter den Organisierten die Mehrheit. Der Streik wurde von diesen am Sonntag,  
den 6. April, in zwei Versammlungen proklamiert, und unsere Kollegen schlossen  
sich ihnen an. Als die Polizei abends um 10 Uhr die Arbeit nicht annehmen  
wollte, benachrichtigte der Fabrikant die Gendarmen, die auch mitten  
in der Nacht erschienen. Der größere Teil der Arbeiter wohnte im benachbarten  
Bergschloß, und nach dort zog Montag früh fünf Uhr der Fabrikant mit seinem  
großen Hund, dem Buchhalter, einem Meister und dem Gendarmen. Der „Alte“  
setzte sich mit dem Hund auf dem Dorfplatz auf, der Buchhalter und der Meister  
traumelten mit dem Gendarmen die Arbeiter zusammen, und dann ging es im  
geschlossenen Zug Gengenbach zu. Von der Gendarm, an den Seiten Buchhalter  
und Meister und hinterher Hund und Fabrikant. Auf halbem Wege erreichten  
der Gendarm, der Buchhalter und ich die Kolonne. Trotz des  
Ganges der Situation konnten wir ein Lager nicht verhindern, als wir diesen  
Anzug haben.

Die Arbeiter fechten die Köpfe wie Straßgefängene, den Mut zum Aus-  
brechen fanden sie natürlich nicht. Als nach der kalten Nacht vom 8. auf den  
7. April die Sonne wieder über dem herrlichen Rheingebirge leuchtete, war der Streik  
mit der Arbeitseinstellung — erloschen.

Obwohl unser Gaugebiet die beiden damaligen demokratischen Musterländer  
umfaßte, hatten wir doch verschiedentlich mit Polizeimaßnahmen zu tun. In  
Stuttgart gab es um die Jahre 1898 bis 1903 polizeiliche Eingriffe beim Ver-  
teilen von Einladungen, und zwar wegen „Straßenverunreinigung“, wenn eines  
der Eingeladenen den Zettel wegworf, oder wenn einmal der Name des Einberufers  
nicht auf einem hektographierten Zettel stand. Von Wangen im Allgäu kam 1904  
ein Strafmandat, weil der „Werkruf“, das Flugblatt des Hauptvorstandes, keinen  
würtembergischen Verleger angab. Hannover war damals nach „Ausland“.  
1903 wurde von der Stuttgarter Polizeidirektion die Einreichung der Mitgliederliste  
verlangt. Wir reichten sie ein, mit den schönsten Namen, die in „Wald und Flur“  
in der Mineral- und Zoologie zu finden waren. Rückfragen, warum die Namen  
unserer Mitglieder solche Besonderheiten aufwiesen, erfolgten nicht. Später war  
ein solches Auskommen, nur bei Streiks wurden die Polizeier gleich nervös; immer  
war durch Streikposten der „Verkehr gestört“. — Großer Wert wurde in den  
Anfangsjahren auf das Verjammlungsleben gelegt. Wollten wir wieder einmal  
eine gut besuchte Versammlung zustande bringen, dann wurden durch die Ein-  
kassierer 20 Pf. pro Mitglied eingezogen, die dann wieder zurückgezahlt wurden,  
wenn das Mitglied in die Versammlung kam. Beim Nichterscheinen verblieben  
die 20 Pf. der Lokalkasse. Bis zu Ende des ersten Jahrzehnts wurden im Frühjahr  
und Herbst Agitationskuren veranstaltet, wobei sich die benachbarten Gauleiter  
verschiedentlich austauschten. Im Frühjahr 1903 war ich in dem damaligen Gau 13  
auf einer Tour. An einem Spinnachmittag war Versammlung in einem Dorfe  
in der Nähe von Frankenthal. In der Diskussion sprach ein Vertreter des Zentrums,  
und als ich diesem im Schlußwort antwortete, schrie der Witte, der mit weißer  
Schürze und aufgestülpten Hemdärmeln breit unter der Läre stand: „August, hol  
d' Heim!“ Die bereitgestellten Hebel brauchten aber nicht in Funktion zu  
treten, die Entschlossenheit unserer Frankenthaler Kollegen verhinderte es. Auch  
1908 tauschten wir die Touren mit dem Gau Ludwigschafen. Der Kollege S. Prüll  
hatte auch eine Versammlung in Singen a. B. übernommen. Er kam von Konstanz  
und hatte nachmittags einige Stunden Zeit. Als Naturfreund und guter Läufer  
bestieg er den Hohentwiel. Ganz besungen von dem wunderbaren Zauber, der  
denjenigen durchströmt, der, auf dem Lieblingsplatz des Dichters Scheffel sitzend,  
die herrliche Landschaft, die gewaltigen Massen des Hochgebirges überblickt, und  
im Versehen dessen, daß hier der Dichter mit Recht sagen konnte:

„Sei mir gegrüßt in Firnenglanz,  
Du ferner Alpenschnee,  
Ihr Berge meines Heimatlandes  
Und du mein blauer See...“

waren Zeit und Alltagskampf vergessen, bis es unten im Städtchen 7 Uhr schlug, und  
um 8 Uhr ist Versammlung! Nun aber hinab! Aber „mit des Beschlusses Mächten“.  
Der Tor der Burgruine war um 8 Uhr geschlossen, und unser lieber Sebastian war  
Vesungener auf Hohentwiel. Was nun? Rings hohe Mauern, und wo keine sind,  
ist die Felswand zu steil zum Abstieg. Ist macht erfinderisch. In einem Keller-  
gewölbe fand er einen Balken. Diesen lehnte er in nächster Nähe des Tors an die  
Umfassungsmauer, stieg daran empor, zog den Balken nach, balancierte das eine  
Balkenende auf einen starken, mit der Mauer parallel laufenden Baumast, turnte  
hinüber auf den Baum, wuschte am Stamm hinunter und war frei. Zur  
Versammlung in Singen reichte es gerade noch. — Mit dem Gau Bayern wurden  
ebenfalls einige Male Agitationskuren ausgetauscht. — Bis zum Stuttgarter  
Verbandsstag im Juli 1914 hatten wir in 32 Zahlstellen 8088 Mitglieder, worunter  
allerdings nur fünf mit mehr als 500 Mitgliedern. Dieser Verbandsstag wird nicht  
nur deshalb zellebens in der Erinnerung der Teilnehmer haften, weil er erstmals  
in einem städtischen Lokal — im Kursaal in Kannstatt — tagen konnte, weil der  
gute Wein billig und das gutwirkende Mineralwasser gar nichts kostete, sondern  
weil er gewissermaßen den Abschluß der „alten Zeit“ bildete. Als die Delegierten  
von den Höhen des Lichtensteins, wohin sie ein Ausflug führte, die Schönheiten der  
Schwäbischen Alb bewunderten, ahnte keiner von ihnen, daß drei Wochen später ein  
in der Weltgeschichte einzig dastehender Vorgang seinen Anfang nehmen würde,  
der Krieg, der unsere Mitgliederzahl bis Ende 1918 auf 2623 herabdrückte. — Von  
da an ging es wieder etwas aufwärts, so daß wir kurz vor Kriegsende wieder auf  
5200 standen. — Die Vorgänge der letzten 11 Jahre haften noch in aller Erinnerung,  
so daß darüber wohl hinweggegangen werden kann. Selal!

## Gau 12. Ludwigschafen a. Rh.

Von Franz Schreiber

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes sah die  
Arbeiterbewegung als auch die Gewerkschafts-  
bewegung in unserem Gau ihren Fuß. Im Jahre  
1894 haben wir in Ludwigschafen die erste Zahlstelle  
innerhalb unseres Gaus gegründet.

Der Gau umfaßte die Rheinpfalz, Baden und  
Württemberg. Leider fehlen uns aus den Jahren  
1894 bis 1899 von der Tätigkeit in unserem Gau-  
bezirk nähere Aufzeichnungen, und nach dem Jahre  
1899 sind diese lückenhaft und recht dürftig. Das  
erste Protokoll datiert vom 19. Januar 1899, von  
dem Kollegen Georg Senzbach (Mannheim) als  
Gauschriftführer. Vom 25. April 1899 bis 25. Januar 1901 war Kollege  
Reinold (Mannheim) als Gauschriftführer tätig. Ihm folgte Kollege Georg  
Döb (Ludwigschafen), der vom 28. Februar 1901 bis zum heutigen Tage Gaus-  
schriftführer ist, befoldelet 2. Bevollmächtigter der Zahlstelle Ludwigschafen seit 1908.  
Der erste Gaukassierer war Kollege C. Weckendorf (Mannheim).



Der Gau war bis zum 27. Januar 1901 in Mannheim. Nachdem eine recht  
rührige Agitation im Jahre 1900 entfaltet worden war, gelang es, eine Anzahl  
Zahlstellen in Württemberg zu gründen, was zu einer neuen Gauerteilung und  
Abgrenzung führte. Bis dahin war unser Gaubezirk Gau 11, vom Januar 1901 an  
Gau 14, und der neugebildete Gaubezirk Kannstatt Gau 13. Durch die verschiede-  
nartigen Gaudänderungen durch den Hauptvorstand wurden wir Gau 7, dann  
Gau 10 und seit 1911 sind wir Gau 12.

Der erste ehrenamtliche Gauvorsitzende war Kollege M. Welsch (Mann-  
heim), von Beruf Posamentier. Ihm folgte im Jahre 1901 Kollege Ludwig  
Benz (Ludwigschafen) bis zum Jahre 1904. Benz war als Vorarbeiter bei der  
Firma Grünzweig & Hartmann (Ludwigschafen) beschäftigt, wodurch ihm sein Amt  
als Gauvorsitzender nicht erleichtert wurde. Laut Protokoll legte Kollege Benz  
in der Gauvorstandssitzung vom 7. Juli 1904 sein Amt nieder. In einer Gau-  
vorstandssitzung am 28. Juli 1904 wurde das Gauvorsitzendemitglied Jakob Eich,  
der sich freiwillig bereit erklärte, das Amt als Gauvorsitzender bis zur nächsten  
Gaukonferenz zu übernehmen, als ehrenamtlicher Gauvorsitzender bestimmt. Diese  
ehrenamtliche Tätigkeit des früheren Kollegen Jakob Eich dauerte vom 28. Juli  
bis 15. Dezember 1904. An diesem Tage trat Kollege Sebastian Prüll,  
zur Zeit Redakteur des „Proletariats“, seine Tätigkeit als erster befoldeleter  
Gauleiter im Gau 12, dazumal Gau 7, an und hatte diesen Posten bis  
zum 1. April 1911 (7½ Jahre) in Händen, bis er nach Hannover überiedelte. Die  
Organisation hat sich unter seiner Leitung in unserem Gaubezirk sehr gut entwickelt,  
und sein Name wird in der Gausgeschichte unserer Organisation unvergessen sein.  
Sein Nachfolger wurde Kollege Franz Schreiber, dazumal seit 1. Januar  
1908 Agitationsleiter der Zahlstelle Harburg (Elbe).

Nach der politischen Umwälzung 1918 wurde die Anstellung eines weiteren Gau-  
leiters notwendig. Kollege Friedrich Kern (Ludwigschafen) trat am 1. April  
1919 sein Amt an. Kollege Berg, früher Branchenleiter der Keramikindustrie  
in Hannover, war als dritter Gauleiter vom 1. Oktober 1922 bis 31. März 1923 in



unserem Gaubezirk tätig. Ihm folgte vom 1. Juni 1923 bis 31. März 1924 Kollege Johannes Steinel (Ludwigshafen). Leider mußte dessen Abbau erfolgen, als die Inflationsarbeitlast zu Ende war.

An dem Ausbau unserer Organisation in unserem Gaubezirk waren besonders tätig die Kolleginnen Frau Tröger (Offenbach), Frau Steinbach (Hamburg), Luise Jieß (Hamburg), Berka Lungwitz (Berlin), die Kollegen August Brey (Hannover), Leonhard Wörner (Kannstatt) vor seiner Anstellung als Gauleiter, Jakob Streb (Offenbach), der als Verbandsauschuhvorstand unseren Gau bearbeitete, der Genosse Franz Joseph Ehrhardt (Ludwigshafen) und viele andere. 1903 sprach die Kollegin Luise Jieß (Hamburg) in Lambshelm. Die Versammlung wurde von zwei Gendarmen überwacht. Ausführungen über die Konservativen (preussischen Junker) genügten, um die Versammlung zu einer politischen zu machen und den Versammlungsleiter in eine Geldstrafe von 30 Mk. zu nehmen.

Die erste Gründung einer Zählstelle, Ludwigshafen, vollzog sich am 14. Juli 1894. Kollegen, die dazumal sehr rührig tätig waren, sind die Kollegen Maffensbeier, Boffong, Boffo, Benz und Albrecht. Als Angestellte fungierten in der Zählstelle Ludwigshafen Kollege Georg Osh seit 1908 bis heute, Kollege Gustav Regener, Kollege Gustav Haupt, zur Zeit Hannover, Kollege Andreas Hub, zur Zeit Arbeitersekretär in Ludwigshafen, Kollege August Lwachsman, zur Zeit Halle a. S. Saale, Kollege Johannes Steinel, Kollege Karl Kästner, Kollege Heinrich Derringer seit 1. Dezember 1921 bis heute.

Die Zählstelle Frankenthal wurde im November 1896 gegründet. 1907 wurde sie Bezirkszählstelle, indem ihr die Zählstellen Gränstadt, Eisenberg, Bad Dürkheim und andere Orte angeschlossen wurden. Als Angestellter fungierte Kollege Robert Ziegler von 1907 an bis Oktober 1914. Von 1916 an wurde Frankenthal der Zählstelle Ludwigshafen angeschlossen. Die Kollegen Bernard und Forthuber waren in der Zählstelle Frankenthal vorher hervorragend tätig.

Mannheim wurde im Jahre 1897 gegründet. Die tätigen Kollegen waren Sihenberger, Beckenbach, Sensbach, Welsch, Popper, Reinold u. a. Der erste Angestellte vom 25. März 1906 bis Mai 1908 war Kollege Kripp (Mannheim), der wieder zurücktrat. Am 1. Juli 1908 trat Kollege Johannes Forthuber diesen verantwortungsvollen Posten an, den er jetzt noch innehat. 1907 wurde Kollege Albin Fröhlich, zur Zeit Sekretär des WGB. (Mannheim), als zweiter Lokalbeamter angestellt. Ihm folgte Kollege Albert Sollnick von 1919 an bis heute. Der zur Zeit noch amtierende Kollege August Weck wurde 1920 angestellt. Kollege Gustav Krause, zur Zeit in der Zählstelle Witterfeld angestellt, war von 1922 bis 1923 als Betriebsratssekretär tätig. Kaiserslautern wurde 1899 gegründet und ist seit dieser Zeit eine selbständige Zählstelle.

Im Elstal waren bereits in den Jahren 1897/1898 Ansätze unserer Organisation vorhanden. Im Mai 1898 wurde die Zählstelle Selteneisenheim gegründet, die heute zur Zählstelle Eisenberg gehört. Dort hat damals der jetzige preussische Landtagsabgeordnete Nikolaus Osterroth, der als Grubenarbeiter in seiner Heimat Selteneisenheim wohnhaft war, eine rührige Tätigkeit entfaltet.

Die Zählstelle Eisenberg mußte aus den nicht zu Ludwigshafen gekommenen Resten der eingegangenen Bezirkszählstelle Frankenthal neu aufgebaut werden. Am 1. Oktober 1920 konnte als erster Lokalbeamter Kollege Karl Hochstetter angestellt werden, der 1924 ausstieg. Kollege Lwachsman, der freiwillig aus der Zählstelle Ludwigshafen ausstieg, war vom 1. Januar 1925 bis 1. Februar 1928 in der Zählstelle Eisenberg tätig, bis er vom Hauptvorstand nach Halle abgerufen wurde. An seine Stelle trat Kollege Erich Weyer. 1908 bestanden bereits in diesem Zählstellenbezirk die Zählstellen Altleiningen und Kleinkarlsbach, die aber wieder eingingen.

Speyer I wurde im März 1896 gegründet. Die Rheinschiffer gründeten sich im August 1898 eine besondere Zählstelle als Speyer II. Harie Kämpfe mußten ausgefochten werden, bis die Verschmelzung beider Zählstellen möglich wurde. Im Jahre 1906 wurde in Speyer als Lokalbeamter Kollege Friedrich Ober angestellt, der im Jahre 1910 freiwillig ausstieg. Ihm folgte Kollege Joseph Strehl von 1910 bis 1916, der während des Krieges durch Freitod ausstieg. Die Zählstelle wurde dann ehrenamtlich verwaltet und die Hauptgeschäfte und Unterstützungsausgaben durch die Gauleitung erledigt. In sehr anerkennenswerter Weise waren die Kollegen Adam Lehr, Heinrich Meier, Wilhelm Meier, Karl Brey, Christian Döfler, Jakob Rapp, Philipp Raab, Stein, Hank und Albleiter in der Zählstelle tätig. Vom 1. Januar 1920 an bis Dezember 1921 war Kollege Oskar Thierly als Angestellter tätig. Kollege Philipp Schwach, der heutige Angestellte, hat sein Amt am 1. April 1922 angetreten. Ladenburg wurde im Jahre 1908 gegründet und ist bis heute eine selbständige Zählstelle. Zu ihr gehört noch Weinheim.

Neustadt wurde im Jahre 1901 gegründet und am 1. Mai 1920 Bezirkszählstelle. Mit ihr verschmolzen wurden die Zählstellen Frankeneck und Annweiler. Während des Krieges waren es besonders Kollegin Frau Reiser, die inzwischen gestorben ist, Kollegin Hauptmann und Kollegin Klein (jetzt Frau Schulz), die Frau unseres 1. Bevollmächtigten Schulz, die mit Hilfe der Gauleitung die Zählstelle aufrechtstellten. Kollege Benz, Gauleiter in Kannstatt, war einige Zeit Bevollmächtigter der Zählstelle Neustadt. Am 1. Mai 1920 war es möglich, Kollegen Karl Albrich, der heute noch als Lokalbeamter tätig ist, anzustellen. In diesem Bezirk bestanden die Zählstellen Albersweiler und Annweiler von 1904, Frankeneck von 1905, Landau von 1906 und Lindenberg von 1907 an als selbständige Zählstellen, die aber eingingen.

Heidelberg wurde 1902 gegründet. Im Königreich Schotts, des Zementgewaltigen, war es recht schwer, eine Zählstelle aufrechtzuerhalten. Er hat es bis zum heutigen Tage verstanden, die Organisation aus seinem Betriebe fernzuerhalten, und wenn es mit dem schärfsten Terror geschehen mußte. Heidelberg ist seit 1919 eine Bezirkszählstelle, und Kollege Adolf Engelhardt ist seit dieser Zeit als Angestellter tätig. Als Zählstellen bestanden in diesem Gebiet Reimen von 1905 an, Mosbach von 1906 und Wiesbach von 1908 an.

Saargemünd wurde 1908 gegründet, und es war besonders Kollege Joseph Lehner, der unsere Zählstelle aufrecht hielt. Er fiel leider im Krieg. Ueber ihm waren es Kollege Joseph Jech und dessen Frau, die ebenfalls während des Krieges verstarben, unsere Organisation aufrechtzuerhalten. Kollege Jech ist gefallen.

Eine große Anzahl Zählstellen wurde mit anderen verschmolzen, z. B. mit der Zählstelle Ludwigshafen 15 und mit der Zählstelle Mannheim 12 Zählstellen.

Die Zählstelle St. Johann-Saarbrücken wurde bereits im Jahre 1905 mit 31 Mitgliedern gegründet, ging aber wieder ein. Mitglieder aus der damaligen Zeit, die für die Organisation wirkten, waren Kollege Nikolaus Osterroth, der unserem Verbande seit dem 7. Mai 1898 angehörte, Kollege Robert Döfler, der seit dem 5. November 1899 unserem Verbande angehörte, u. a.

Im Jahre 1919 wurde die Zählstelle Saarbrücken Bezirkszählstelle. Kollege Albert Saar, von Beruf Zimmermann, wurde 1919 als Lokalbeamter angestellt und schied gegen Ende des Jahres 1925 aus. Kollege Frig Dobisch, zur Zeit Sekretär des WGB. Saarbrücken, war vom 1. Januar 1921 bis zum Antritt seiner jetzigen Stellung, am 1. Dezember 1928, als Angestellter unseres Verbandes tätig. Mit der Verschmelzung der Keramiker mit unserer Organisation wurde Kollege Wilhelm Gerber vom Glasarbeiterverband als Angestellter übernommen. Die Organisation der Arbeiterchaft des Saargebietes war nicht leicht, aber bereits 1905 bestand in St. Johann eine Zählstelle, 1906 in Sulzbach und St. Ingbert, die eingingen, neu gegründet wurden und heute zu Saarbrücken gehören.

Der alte Genosse Peter Klein (Friedrichthal) und unser früherer Bevollmächtigter Lohr als Andersorganisierter (er war von Beruf Maurer) haben viel für unsere Organisation getan, und während des Krieges war Lohrs Frau sehr rührig tätig. Auch er ist im Kriege gefallen.

Aber die Zählstellen, die nach 1908 gegründet wurden, berichten wir nicht, dies ist aus den Jahrbüchern ersichtlich.

Aus dem jetzigen Gau 11 gehörten uns nach den vorhandenen Aufzeichnungen 1899 die Zählstellen Kannstatt, Eßlingen, Ößpplingen, Heilbronn und Lauffen an. Angaben über die Zahl der Mitglieder sind nicht vorhanden.

Es waren ungefähr vorhanden:

1899	14	Zählstellen mit etwa	963	Mitgliedern,
1900	11	Zählstellen mit etwa	1 002	Mitgliedern,
1901	12	Zählstellen mit etwa	1 284	Mitgliedern,
1902	14	Zählstellen mit etwa	1 102	Mitgliedern,
1903	13	Zählstellen mit etwa	1 131	Mitgliedern,
1904	28	Zählstellen mit etwa	1 678	Mitgliedern,
1905	29	Zählstellen mit etwa	3 798	Mitgliedern,
1906	49	Zählstellen mit etwa	10 421	Mitgliedern,
1907	45	Zählstellen mit etwa	8 893	Mitgliedern,
1908	26	Zählstellen mit etwa	7 730	Mitgliedern.

Von 1908 an, mit der Einführung der Quartalsstatistiken, ist eine genaue Übersicht vorhanden.

Ausschnitt aus den Lohnbewegungen.

In der Zeit von 1894 bis 1904 konnten sich die ehrenamtlichen Gauvorsitzenden nur mit der Agitation beschäftigen, und erst mit der Anstellung eines besoldeten Gauleiters, des Kollegen Prüll, konnte man daran denken, systematisch auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Die erste Lohnbewegung in unserem Gaubezirk im Jahre 1905 in der Medizinfabrik Knoll u. Co. führte zum Streik und mußte erfolglos beendet werden. Am 16. September 1905 wurden der Firma August Luf, Fieberchelet, Mannheim, Lohnforderungen unterbreitet. Die Firma lehnte höflich, aber bestimmt ab, mit dem Kollegen Prüll zu verhandeln.

Die Arbeiter trafen in den Streik, der vom 18. Oktober 1905 bis zum 11. November 1905 dauerte. Streikbrecher gab es auch, so daß die Bewegung erfolglos endete.

Ein Tarifvertrag konnte im Jahre 1905 bei der Firma Grünzweig u. Hartmann, Ludwigshafen, zum Abschluß gebracht werden.

Auch die Zuckerraffinerie Mannheim hat Verhandlungen mit dem Kollegen Prüll abgelehnt.

Die Einstellung der Unternehmer änderte sich mit dem Erstarken der Organisation. Vereinbarungen konnten getroffen werden mit den Ziegelmakern Rheingönheim, Altrip, Mannheim und Speyer für die Rheinschiffer am 10. Mai 1906, denen tarifliche Abmachungen für sämtliche Arbeiter der Ziegeleien in Speyer im Jahre 1907 folgten. Es seien hier auch verzeichnet der Streik der Emaillearbeiter in Annweiler, der Streik der Säurearbeiter in der Anilinfabrik (Oleum, Schwefelsäure, Monohydrat). Am 26. Januar 1908 legten sie die Arbeit nieder, ihnen folgten am 28. Januar die Arbeiter der Gasfabrik, Indigo und Anhydrid. Am 29. Januar fanden Verhandlungen zwischen uns, dem Verband der Maschinisten und Heizer, dem Reichstagsabgeordneten Joseph Ehrhardt und einem Vertreter der Anilinfabrik statt. Das Ergebnis der Verhandlung war eine Vereinbarung, wonach eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent erfolgte. Alle Arbeiter kamen wieder auf ihren alten Arbeitsplatz.

Am 17. August 1907 erhielt die Zählstellenleitung von der Anilinfabrik auf eine Eingabe (Vertragsentwurf) nachstehende Antwort:

„Ludwigshafen a. Rh., den 17. August 1907.

Wir erhielten Ihr Schreiben vom 14. d. M. und erwidern Ihnen hierauf, daß die Regelung unserer Arbeiterangelegenheiten für uns eine interne Angelegenheit ist. Aus diesem Grunde müssen wir es ablehnen, auf den Inhalt Ihres Schreibens einzugehen. Hochachtungsvoll  
Bad. Anilin- u. Sodafabrik.“

Auf eine Eingabe an die Leimfabrik Dr. Zimmermann, Ludwigshafen, erfolgte nachstehender Anschlag:

„Ihre Vertretung betreffend!

Der Arbeiterauschuss hat sich vollkommen dem Willen der Organisationsleiter unterworfen. Er hat keine eigene Entscheidungsfähigkeit mehr und ist deshalb nicht mehr verhandlungsfähig. Es ist somit geboten, daß jeder von Ihnen sein Interesse selbständig wahr, und ich erkläre mich bereit, mit jedem einzelnen von Ihnen zu verhandeln. Diejenigen von Ihnen, welche sich der Organisation blindlings unterordnen, sind durch diese und den Ausschuss vertreten. Dagegen aber sind diejenigen von Ihnen, welche etwa anderer Ansicht sind, noch nicht zu Wort gekommen, und ich fordere deshalb diese auf, einen oder zwei Vertreter zu ernennen zur Verhandlung mit mir sowie mit dem Ausschuss und den Organisationen.

Sie sind einseitig und verstehen Sie wohl, daß die Agitatoren von der Unruhe leben und diese deshalb nähren und aufrechterhalten.

Agitation kann niemals eine dauernde Einrichtung sein. Das, was ich Ihnen angeboten habe, ist sehr viel, und mehr vermag ich nicht zu gewähren. Ich bin jederzeit und auch Sonntags, vormittags von 11 bis 12 Uhr, auf dem Büro für jedermann zu sprechen.

Ludwigshafen a. Rh., den 28. März 1907.

Dr. Zimmermann.“

Diesem Anschlag leistete kein Arbeiter Folge, und es wurde ihnen am 1. April gekündigt. Die Arbeiter verweigerten die Überstunden während der Kündigungszeit, es wurden 12 Arbeiter deshalb entlassen. Nach Ablauf der Kündigungsfrist gingen die übrigen Arbeiter geschlossen aus dem Betrieb. Nur drei Christliche und drei Frauen blieben als Streikbrecher zurück. Die Firma versuchte, aus allen Gegenden Arbeitswillige heranzuziehen. Auf dem Büro der Firma kam es täglich zu Auseinandersetzungen zwischen den Jugereisten und der Firma, und viele verklagten die Firma auf Schadenersatz. Das Gewerbegericht Ludwigshafen wies die Klagen ab. Die Empörung unter den Arbeitern Ludwigshafens wurde immer größer, und es kam am 9. Mai abends, als die Arbeitswilligen auf die Volksmenge schossen, zu schweren Ausschreitungen. Nach diesem Ausritt wurden durch die Organisation wieder Verhandlungen angebahnt, und es gelang mit Hilfe des Bürgermeisters Kraft, die Bewegung zu Ende zu führen.

Nicht unerwähnt sollen bleiben die Streiks der Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld und der Rheinschen Gummi- und Zelluloidfabrik Mannheim-Neckarau.

Den Kämpfen 1906 bis 1908 folgten weitere, und ich will nur noch an den Kampf der Arbeiterchaft der Bad. Anilin- u. Sodafabrik im Jahre 1911 erinnern, von welcher Zeit an der gelbe Werkverein von der Direktion gefördert wurde. 2400 Arbeiter waren ausständig, und in ihrer Not erließ die Anilin nachstehende Bekanntmachung:

„Wir gemähren jedem unserer Arbeiter, der heute noch in unserem Betriebe beschäftigt ist und uns zur Verfügung bleibt, solange die Arbeit während der Streikbewegung aufrechterhalten bleiben kann, in Rücksicht auf die erhöhten Anforderungen, die wir an ihn stellen müssen, und die Anfeindungen und Verächtigungen, denen er ausgesetzt ist, eine besondere Zuwendung während dieser Zeit und anfangend mit dem 24. Juli pro Woche:  
Vollarbeiter 8 Mk., jugendliche Arbeiter (18—20 Jahre alt) 5 Mk., jugendliche Arbeiter (15—18 Jahre alt) 2 Mk.  
Ludwigshafen a. Rh., den 26. Juli 1911.  
Die Direktion.“

Der Streik wurde am 19. August 1911 abgebrochen, die Arbeitsaufnahme fand am 21. August statt. Etwa 400 Arbeiter wurden nicht wieder eingestellt. Am 22. Oktober 1911 gab die Direktion bekannt, daß von der 44. Lohnwoche an eine Lohnhöhung von 2 Pf. die Stunde eintritt.

(Mit Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden Raum müssen wir auf die Veröffentlichung weiterer geschichtlichen Materials aus der damaligen Kampfszeit verzichten. Insbesondere muß auch die schwere Zeit der Besetzung durch die Franzosen hier unberücksichtigt bleiben. Das Material geht an das Verbandsarchiv.)

Nur ein Fall sei hier festgehalten: Am 4. April 1919 fand eine Versammlung in Breitsfurt statt, um eine Zählstelle zu gründen. Referent war Kollege Kern. Zwei Stunden nach der Versammlung erschienen drei Franzosen in der Wohnung des Einberufers, Kollegen Rudolf Rebmann, und führten eine Hausdurchsuchung





durch. Rebmann wurde als Volksaufwiegler und Spartakist beschuldigt. Kollege Kern war bereits abgereist, sonst wäre er zweifellos auch verhaftet worden. Die Anschulbigung gegen den Kollegen Rebmann war eine gemeine Denunziation, weil er versuchte, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hafer- und Teigwarenfabrik Bieskappel für die Organisation zu gewinnen. Bei der Hausdurchsuchung fandete man nach Mitgliederlisten, fand aber nichts. Die Namen der Ortsverwaltungsmitglieder mußte Kollege Rebmann angeben. Die Franzosen erklärten, wenn ein Streik ausbrechen würde, so wären er (Rebmann) und Kollege Joh. F. o r s c h, 2. Bevollmächtigter, die Hauptschuldigen und würden nach dem rechtsrheinischen Gebiet abtransportiert werden. Rebmann wurde wegen

1. Nichtanmeldung bei der Gründung des Verbandes,
2. Nichteinhaltung der Tagesordnung bei der letzten Versammlung

zu einem Monat Gefängnis und 100 Frank Geldstrafe (damal 288 Mk.), zahlbar innerhalb 48 Stunden, bestrafte. Dagegen legten wir Berufung ein. Rebmann brauchte die Gefängnisstrafe nicht abzusitzen, aber unser Geld waren wir los. Unsere Berufung hatte aber wahrscheinlich nur deshalb Erfolg, weil Kollege Rebmann amerikanischer Staatsangehöriger war.

Die Entwicklung unseres Gaus haben die Unternehmer mit ihren Terrormaßnahmen nicht aufhalten können. So werden auch unsere Gegner, die Christlichen wie die Kommunisten, mit ihren Verleumdungen und Anpöbelungen die weitere Entwicklung unserer Organisation in unserem Gaubezirk nicht verhindern. Wir sind groß geworden, trotz aller Fesse gegen uns. Beachten wir das Beispiel der Unternehmerverbände und handeln danach. Nur durch Geschlossenheit und Einigkeit ist die wirtschafts- und sozialpolitische Interessenwahrnehmung der Arbeiterschaft möglich.

### Gau 13, Frankfurt.

Von Louis Bruns.

Frankfurt und Umgegend ist historischer Boden der modernen Arbeiterbewegung. Trotdem ist es schwer, nach mehr als 40 Jahren über die Anfänge unserer Organisation zu schreiben, denn allzu viele der ersten Pioniere deckt heute der grüne Rasen, und fast alles, was an schriftlichen Aufzeichnungen vorhanden war, ist von den alten Kollegen selbst oder von den Angehörigen vernichtet worden.

Soweit das heute noch festzustellen ist, begannen die ersten Zusammenschlüsse ungelerner Arbeitskräfte in unserem Bezirk in den Orten Frankfurt, Offenbach, Mainz und Wiesbaden in der Zeit, als das Sozialistengesetz in den letzten Jagen lag und die

unterdrückte Arbeiterschaft aus einem inneren Drange heraus von dem Zusammen-

schlüsse eine Besserung ihrer Lage erhoffte. Nach einem Berichte des früheren Ablegers der „Frankfurter Zeitung“, der „Freien Presse“, aus dem Jahre 1890 wurde die erste Vereinigung in Frankfurt unter dem Namen „Verein zur Wahrung der Interessen der nicht-gewerblichen Arbeiter“ gegründet. Der Gründer oder mindestens Mitbegründer war der Kollege Schwalbach. In den Gründern gehörten weiter die Kollegen Heinrich Diefenbach, Jean Eiser, Haas und der jetzt noch lebende Kollege Flemming. Die Gründung fand auf Einladung des Kollegen Schwalbach (Frankfurt) im Café Schierholz an der Wiesergasse statt. Der Einladung waren 7 Kollegen gefolgt, die sich unter obigem Namen zusammenschlossen. Gedacht war die Vereinigung hauptsächlich für die Hausdiener, städtischen Arbeiter und Hafenarbeiter. Da finanzielle Mittel nicht vorhanden waren, die Kollegen selbst aber auch über solche nicht verfügten, wurde in der ersten Sitzung beschlossen, ein Vergütigen abzuhalten, um dadurch zu einigen Darmitteln zu kommen. Die Kollegen hatten Glück. Das Vergütigen fand im Meriansaale statt und brachte neben einem guten finanziellen Erfolg auch eine Erhöhung der Mitgliederzahl auf 17. Die Entwicklung ging aber nur sehr langsam vorwärts. Nach der Gedanke der Zentralisation fand zunächst nur schwer Boden, bis im Jahre 1891 eine vom Kollegen Brey im „Rebstock“ abgehaltene Versammlung den Anschluß an unseren Verband brachte. Die erste Abrechnung vom 4. Quartal 1891 schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 50,75 Mk. ab und gibt den Mitgliederbestand auf 64 an. Nach dem Anschluß an den Verband setzte eine lebhaftere Agitation ein, die sich hauptsächlich auch auf die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter erstreckte. Wo irgend möglich, wurden von Frankfurt aus auch in der Umgegend Jahrestellen gegründet. So in Neu-Isenburg, Rödelheim, Fachsenheim, Kestlerbach, Oberurzel, Homburg und Bockenheim. Doch blieben innere Zwistigkeiten nicht aus. Die in den Verbänden vorhandenen Bauarbeiter wurden zu ihrer Zentralorganisation herübergezogen, und die in der Jahrestelle stark vertretenen Handelshilfsarbeiter traten unter Führung des Kollegen Hopf aus und gründeten eine Lokal-Organisation der Handelshilfsarbeiter. Unter Führung des nunmehrigen Vorsitzenden, des Kollegen Bernhard, wurde diese Schwächung jedoch bald überwunden, so daß eine ganze Anzahl Lohnbewegungen geführt werden konnten, wodurch es gelang, den Lohn von 12 bis 15 Mk. wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden, wenn auch nur um ein geringes, zu erhöhen. So fand am 14. Juli 1894 ein Streik der städtischen Hafenarbeiter mit dem Erfolg statt, daß die Stadt für Arbeitslöhne 190.000 Mk. mehr in den Etat einstellen mußte. Lohnbewegungen mit mehr oder weniger Erfolg fanden auch statt für die Gefäßelasterei, Pfeifenwerke, Gasfabrik und Farbenfabrik.

Diese rührige Tätigkeit machte natürlich die Aufmerksamkeit der Polizei erwecken, und so setzte dann auch eine kleinliche und schikanöse Bekämpfung und Verfolgung ein. Die Bevollmächtigten wurden auf ihrem Arbeitsplatz von der Polizei angefaßt, wodurch der Unternehmer aufmerksam wurde und die beabsichtigte Entlassung erfolgte. Die Versammlungen wurden bei den geringsten Verdächtigungen aufgelöst. Viele Bestrafungen der Versammlungsleiter erfolgten. Bei den Gerichtsverhandlungen traten die Polizeibeamten in großer Zahl als Zeugen auf. So waren in einem Falle wegen eines Strafmandats von 50 Mk. vor dem Landgericht nicht weniger als 11 Schutzleute aufgetreten. Nur ein Beispiel: In einem Falle wurde eine Dampferpartie nach Kestlerbach unternommen. Einen Tag vor dem Abreise wurde von der Reederei mitgeteilt, daß das Schiff „...“ arbeitslos geworden sei. Bei dem späteren Prozeß gegen die Reederei stellte sich heraus, daß das Schiff an dem Tage eine andere Fahrt gemacht hatte und die Abreise im Druck der Polizei erfolgt war. Nebenbei gesagt, wurde die Jahrestelle in einem Gerichtsverfahren von 120 Mk. zugesprochen, allerdings erst nach einem zehnjährigen Prozeß.

Am 18. November 1898 wurde die Jahrestelle auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes durch die Polizei aufgelöst. Da die Polizei aber bei der Auflösung die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet hatte, wurde durch das Gericht die Auflösung für unzulässig erklärt, trotzdem die Polizei versucht hatte, durch Zwangsmaßnahmen, Verschlagungen von Verbandsmaterial und Vermögen den Nachweis der Staatsgefährlichkeit der Jahrestelle zu erbringen. Wenn es trotzdem vorwärts ging, so war das der Opferfreudigkeit der leitenden Kollegen zu danken. Namentlich waren es neben dem verstorbenen Kollegen Jean Eiser die Kollegen Flemming, Raul Diefenbach, Michel Fischer, Fran Schloffer und andere, die unermüdet für die Ausbreitung des Verbandes wirkten. Im Jahre 1904 ging die Jahrestelle bei 400 Mitgliedern als eine der ersten dazu über, einen festbesoldeten Kollegen als Geschäftsführer in der Person des jetzigen Hauptkassierers Kollegen ... anzustellen. Der erhoffte Erfolg blieb nicht aus. Als Kollege Köhler am 1. Januar 1907 die Jahrestelle verließ, um in seinem Heimatorte die Geschäfte des Verbandes zu führen, zählte die Jahrestelle 1544 Mitglieder.

Auch im Gebiete der jetzigen Jahrestelle Mainz wurden schon Ende der 80er Jahre zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Vereinigungen lokaler oder betrieblicher Art gegründet. So bestand in Hechtsheim eine Vereinigung der Landarbeiter, die den Zweck hatte, die Arbeiter aus der Pfalz, die auf den Lohn drückten, fernzuhalten. Als Vorsitzender wirkte unter Kollege D e r h e l m e r. Diese Vereinigung schloß sich später unserem Verbands an. Kollege D e r h e l m e r, der heute noch rüstig ist, hat bis vor wenigen Jahren als Zweigstellenleiter und Hilfskassierer mitgewirkt und sich große Verdienste um den Verband erworben. In Wiesbaden waren es die Kollegen der Guano-Fabrik, die sich zu einer Lokalvereinigung zusammenschlossen. Als Gründer kommen die Kollegen F l a c h s, S. S o f m a n n, M e u s h, ein aus Hannover zugewandener Kollege K o l t e und der Kollege L o h r b e r g, der diese Vereinigung auf dem ersten Kongreß in Hannover vertrat, in Betracht. Diese Vereinigung schloß sich dann nach dem Kongreß dem Gesamtverbande an. Durch innere Reibungen und unliebsame Vorkommnisse ging die Jahrestelle sehr bald ein. Sie wurde erst im Jahre 1897 durch den Kollegen J e h l i c h (Mainz) wieder neugegründet. Das vorhandene Material über die erste Gründung ist leider durch die Separatisten-Bewegung vollständig vernichtet worden. Die Anregung zur Gründung der Jahrestelle Mainz selbst erfolgte durch einen Brief des Kollegen Brey an den Kollegen S c h w o r m im Jahre 1891. Die Versammlung fand im „Goldenen Hof“ statt und wurde von dem Kollegen J e h l i c h geleitet. Im Anschluß an diese Versammlung fand die Gründung der Jahrestelle statt. J e h l i c h und S c h w o r m nahmen die Leitung der Jahrestelle in die Hand. Durch den Kollegen J e h l i c h, der nunmehr als führender Kopf dem Verbands vorstand, wurde dann eine Anzahl weiterer Jahrestellen, wie namentlich in Kassel, Wiesbaden usw., gegründet. Neben dem oben genannten Kollegen waren es namentlich die Kollegen V o g e l (Kassel), W i l h e l m (Wiesbaden), Adam R ö d e r (Mainz), die hervortragend tätig waren. Eine starke Aufwärtsentwicklung machte die Jahrestelle durch, als der jetzige Präsident des Freistaates Hessen, der Genosse U d e l u n g, die Leitung und die Agitation in die Hand nahm. Die älteren Kollegen erzählen noch heute mit Begeisterung, wie U d e l u n g es immer wieder fertig brachte, den gefunkenen Mut der tätigen Kollegen neu zu entfachen. Namentlich wurde unter U d e l u n g s Leitung die Hausagitation gepflegt und von U d e l u n g der Grundsatz aufgestellt, daß der Erfolg bei der Hausagitation von dem Eindruck abhängt, den die Kollegen auf die Besuchenden machten.

Auch vor polizeilichen Schikanen blieb die Jahrestelle nicht verschont. Immerhin waren diese nicht zu vergleichen mit den Schikanen, die die Jahrestellen auf preussischem Gebiete auszuhalten hatten. War es doch schon in den 80er Jahren möglich, die geplanten Versammlungen durch den Ortsdiener ausschellen zu lassen, was in Preußen ganz undenkbar war.

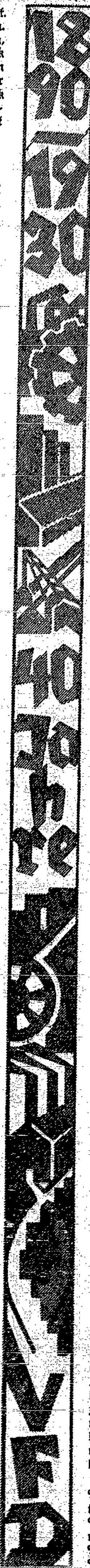
Kassel war schon auf dem Kongreß 1890 in Hannover durch den Kollegen A d o l p h vertreten. Eine Vereinigung scheint aber noch nicht bestanden zu haben. Adolph ist auch von Hannover nie wieder nach Kassel zurückgekehrt. Die Gründung der Jahrestelle erfolgte erst im Jahre 1893. Als Gründer kommen die Kollegen D i e t r i c h, K o h l u s und G r a f in Betracht. Besonders rührig tätig war der Kollege G r a f, der auch lange Jahre Vorsitzender der Jahrestelle war, bis er später durch den heute noch amtierenden Kollegen B e c h m a n n abgelöst wurde. Neben den oben Genannten waren es namentlich die Kollegen B ü r g e r und K a r l, die für den Verband tätig waren. In der ersten Zeit waren es hauptsächlich die in der Papierfabrik und Korbhaarspinnerei beschäftigten Kollegen, die sich dem Verbands anschlossen. Später erstreckte sich dann die Agitation hauptsächlich auf die in großer Zahl in der Umgegend von Kassel befindlichen Ziegeleien. Um diese Agitation eingehender zu gestalten, wurde im Jahre 1904 der Kollege G r e i f als Agitationsleiter freigestellt. Wegen des saisonmäßigen Charakters der Ziegelindustrie des Bezirks und der dadurch entstehenden starken Fluktuation war es aber nicht möglich, den besoldeten Jahrestellenleiter beizubehalten, so daß die Jahrestelle später wieder im Nebenamt geführt werden mußte.

In Offenbach wurde am 3. Mai 1890 der Handarbeiter-Fachverein gegründet. Vorsitzender dieses Vereins war ein Kollege S c h u l t h e i l. Es muß aber schon vorher ein Verein der Handarbeiter bestanden haben, da in aus dem ersten Protokoll geht hervor, daß man es den früheren Mitgliedern freigestellte, sich einschreiben zu lassen. Die Einsicht, daß eine lokale Organisation nicht den gewollten Zweck erfüllen könne, scheint sich rasch durchgesetzt zu haben, denn schon in der Versammlung vom 25. Oktober desselben Jahres wird von einem Kollegen, dessen Name leider nicht genannt ist, ein Reserat gehalten, das dahin ausklingt, der in Aussicht stehende Parteilag in Halle möge eine sich auf ganz Deutschland erstreckende Gewerkschaft für die Handarbeiter schaffen. Am 22. November 1890 referierte dann ein Kollege L a n g e aus Hamburg über die Notwendigkeit des Anschlusses an den Gesamtverband. Der Anschluß selbst erfolgte am 17. Januar 1891. Die Abrechnung des 1. Quartals ergab eine Einnahme an Beiträgen von 10,25 Mk. Dazu noch einige Einnahmen durch Sammelbüchsen, so daß eine Gesamteinnahme von 16,75 Mk. vorhanden war. Interessant ist die Ausgabe. Ein Schränkchen 3 Mk., ein Bogen Tischpapier 10 Pf., 2 Inserate im Abendblatt 5 Mk., insgesamt 8,10 Mk. Der Rest von 8,65 Mk. wurde an die Hauptkasse geschickt. Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Sie mögen namentlich den jüngeren Kollegen zeigen, wie schwierig der Aufbau war und welch jäher Wille dazu gehörte, aus diesen kleinen Anfängen das heutige Verbandsgebäude zu schaffen.

In gerichtlichen Verfolgungen hat es auch in Offenbach nicht gefehlt, denn schon am 13. Juni 1891 wird in einer Versammlung eine Sammlung für einen Kollegen vorgenommen, der zur Zeit eine Strafe verbüßte. Leider ist auch hier der Name nicht angegeben.

Ein großer Gewinn trat für die kleine Jahrestelle dadurch ein, daß der im Jahre 1888 gegründete Frauen- und Mädchen-Verein sich im Jahre 1892 auflöste und dem Verbands beitrug. Der Gewinn an Mitgliedern wurde dadurch etwas abgeschwächt, daß sich ein Teil der Frauen an den Namen Fabrikarbeiter klebte und den Übertritt nicht vollzog. Dafür war aber der moralische Gewinn um so größer, der in dem Übertritt der Vorsitzenden dieses Vereins bestand, der jetzt im 76. Lebensjahre stehenden Kollegin T r ö g e r, die eine wertvolle agitatorische Kraft für den Verband wurde. Gleich nach dem Anschluß setzte eine lebhaftere Agitation unter den Fabrikarbeitern und auch unter den Arbeiterinnen ein. Diese Agitation erstreckte sich nicht nur auf das Offenbacher Gebiet, sondern weit darüber hinaus, so daß es wohl kaum einen namhaften Ort im Gau gibt, in dem die Kollegin Tröger nicht gesprochen und für den Verband gewirkt hat. Schwere Kämpfe hat die Kollegin durchmachen müssen. Namentlich waren es auch die Geistlichen, die ihr in den Versammlungen entgegentraten, um zu verhindern, daß die Arbeiterinnen dem Verbands beitreten. Auch von polizeilichen Schikanen blieb sie nicht verschont. Es ist mehr als einmal vorgekommen, daß sie von der örtlichen Polizei bis auf die Landstraße verfolgt wurde. In sehr vielen Fällen brachten es Polizei und Geistlichkeit fertig, die Wirte der ausgemachten Lokale zu veranlassen, ihre Inlage zurückzunehmen, so daß der Kollegin nichts anderes übrig blieb, als die Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, was wiederum die Gefahr der Bestrafung in sich barg. Es ist im Rahmen eines Artikels nicht möglich, die Verdienste dieser tapferen Frau aufzuzählen. Ihre Arbeit wurde dadurch etwas erleichtert, daß ihr Mann gleichzeitig mit ihr als Verbandsfunktionär tätig war. Beide Frauen sind heute noch körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Wenn sie auch aktiv nicht mehr für den Verband wirken können, so finden sie Befriedigung in der Machtentwicklung unseres Verbandes, zu der sie beide ein gut Stück beigetragen haben.

Von den genannten vier Jahrestellen aus wurde, wie schon gesagt, eine größere Anzahl weiterer Jahrestellen gegründet. Sehr bald stellte sich aber heraus, daß nicht überall die tüchtigen Kollegen vorhanden waren, um die Jahrestellen aufrechtzuerhalten. Vielfach kam es vor, daß Jahrestellen eingingen, das vorhandene Material aber nicht nach Hannover geschickt wurde, und daß durch das Eingehen der Jahrestellen Mitglieder verloren gingen, die dem Verbands erhalten bleiben konnten. Um diese Mängel abzustellen und die Agitation einheitlicher zu gestalten, wurden vom







Albrecht Ortlepp

Vorstände nach dem Verbandstage 1898 Gauleitungen eingeseht, die die Aufgaben hatten, die vorhandenen Zahlstellen zu betreuen. Für Hessen und Nassau wurde als Sitz der Gauleitung Offenbach bestimmt und zum Gauleiter der Kollege Ortlepp gewählt. Er hat unter Mitwirkung der oben genannten Kollegen und Kolleginnen in Offenbach dann mehrere Jahre als unbeförderter Gauleiter im Interesse des Verbandes gewirkt und all die Erfahrungen gemacht, die schon bei der Kollegin Träger geschilbert wurden. Kollege Ortlepp hat sich große Verdienste um den Verband erworben. Er ist heute noch in der Arbeiterbewegung tätig und, wie sein Bild zeigt, körperlich und geistig noch rüstig.

Als sich nach einigen Jahren herausstellte, daß die Arbeit des Gauleiters nicht mehr im Nebenamt erledigt werden konnte, wurde im Jahre 1904 Kollege

Martin Knöchel als Gauleiter fest angestellt. Knöchel hat in den ersten Jahren unermüdet für die Ausbreitung unseres Verbandes gewirkt. Niemand vor ihm und keiner nach ihm konnte so überzeugend die Not der Arbeiterschaft und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses schildern. Wenn Kollege Knöchel nach einigen Jahren seelisch und körperlich zusammenbrach, so lag das daran, daß sein nur zarter Körper und seine Nerven den Strapazen nicht gewachsen waren. Seine Verdienste um den Verband sollen aber an dieser Stelle anerkannt werden.

Nach dem Abgang des Kollegen Knöchel wurde der Sitz des Gauwes nach Frankfurt verlegt und damit einem lange gedehnten Wunsche der Zahlstelle Frankfurt Rechnung getragen. Als Gauleiter wirkte bis zum Jahre 1911 der aus Götting kommende Kollege Keller, über dessen Tätigkeit man am besten mit Schweigen hinweggeht. Sein Nachfolger wurde der Schreiber dieser Zeilen, der seinen Posten am 1. März 1911 antrat.

In der Nachkriegszeit hat sich dann der Verband innerhalb des Gaubezirkes gut entwickelt, und so ergab sich die Notwendigkeit zur Anstellung eines weiteren Gauleiters. Die Wahl fiel auf den Kollegen Kuhl, der seit 9. Dezember 1918 amtiert. Ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Gauleitung und Zahlstellenleitungen und den Funktionären in den Betrieben hat dazu beigetragen, daß eine aktionsfähige Organisation vorhanden ist, die schon manchen Strauß mit den Unternehmern ausgeht und, wenn notwendig, jederzeit bereit ist, den Kampf im Interesse der im Fabrikarbeiter-Verbande organisierten Kollegen von neuem aufzunehmen.

### Gau 14. Köln.

Von Hermann Wirth.

Auf dem Gründungskongress des Verbandes war der Westen Deutschlands durch zwei Kollegen, aus Elberfeld und Hagen, vertreten. Sicher waren diese mit den anderen Kollegen der Auffassung, daß es nur der Gründung des Verbandes und eines Aufrufes an die ungelernete Arbeiterschaft bedürfte, um diese zum Anschluß an die neugegründete Organisation zu bewegen. Hat sich dieser Optimismus im allgemeinen nicht erfüllt, und bedurfte es harter und mühevoller Arbeit, um den Verband auf seine heutige Höhe zu bringen, so traf dies insbesondere auf den rheinisch-westfälischen Gau zu.

Der Westen Deutschlands ist industriell äußerst stark durchsetzt. Neben Kohle und Eisen haben wir eine starke weiterverarbeitende Industrie. Darüber hinaus sind auch die Industriezweige, für deren Arbeiterschaft unsere Organisation zuständig ist, stark vertreten. Wir haben Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe der chemischen, Papier- und Nahrungsmittelindustrie und der Industrie Steine und Erden. Auch die Glas- und Porzellanindustrie ist in unserem Gau vorhanden. Die äußere Voraussetzung für die Ausbreitung unseres Verbandes war somit gegeben. Wenn es trotzdem im Verlauf von vier Jahrzehnten nicht gelungen ist, der Organisation im Gau die Stärke zu verschaffen, die sie nach allen Voraussetzungen haben mußte, so liegt das an der persönlichen Einstellung des Rheinländers zu den ernsten Fragen des Lebens. Der Rheinländer huldigt einer fröhlichen Lebensauffassung, er ist leichtsinnig und kümmert sich im allgemeinen wenig um die ernsten Dinge des Lebens. Infolgedessen gelang es unserer Organisation auch nur sehr schwer, im Rheinlande Fuß zu fassen.

Die Pionierarbeit für unseren Verband im Gau ist aus vorstehenden Gründen auch nicht von ausgesprochenen Rheinländern, sondern von Zugereisten geleistet worden. Wenn man dabei bedenkt, daß die Vertrauensmänner des Verbandes infolge ihres Eintretens für denselben sehr oft gemahregelt wurden und keine Arbeit mehr bekamen, so findet man auch die Erklärung dafür, daß die einzelnen im ersten Jahrzehnt des Bestehens des Verbandes gegründeten Zahlstellen öfters gegründet wurden und immer wieder eingingen.

Unser Gau wurde im Anschluß an die auf dem Verbandstage in Kassel 1898 erfolgte Gauenteilung gegründet und umfaßte die Gebiete Rheinland und Westfalen. Die nach Kriegsschlus erfolgte militärische Besetzung des Rheinlandes machte eine Teilung notwendig. Westfalen und der unbefetzte Teil des Rheinlandes wurden abgetrennt und als Teil des Gauwes 14 zunächst von diesem, jedoch durch einen angestellten Kollegen verwaltet. Später wurde ein neuer Gau mit dem Sitz in Düsseldorf gebildet.

Als 1902 auf dem Verbandstage in Offenbach die Anstellung von zwei beförderten Gauleitern beschlossen wurde, erhielt neben Württemberg auch der Gau 14 einen beförderten Gauleiter, den Kollegen Fittgen, der am die Jahreswende 1902/1903 sein Amt antrat. Nach einer Dienstzeit von vier Jahren mußte er wegen Ungeeignetheit seines Postens entlassen werden. An seine Stelle wählte der Hauptvorstand den Kollegen Waldemar Funk aus Berlin. Derselbe trat Ende 1919 nach 16jähriger Tätigkeit aus und wurde Parteisekretär. Am 1. Dezember 1919 trat der Schreiber dieser Zeilen in den Dienst der Gauleitung ein. Mit dem 1. Januar 1920 wurden ihm die Geschäfte des Gauwes durch den Hauptvorstand übertragen.

Bei der Gründung der Organisation 1890 hatten wir im Gau drei Zahlstellen: Elberfeld mit 156, Hagen mit 51 und Trier mit 27, insgesamt mit 233 Mitgliedern. Von diesen drei Zahlstellen bestanden Elberfeld und Hagen noch im Gau 16. Trier ist im gleichen Jahre wieder eingegangen. Die spätere Entwicklung läßt deutlich erkennen, wie sehr das Wort von der leichten Lebensauffassung des Rheinländers zutrifft; denn wer die Entwicklung des Verbandes verfolgt, wird finden, daß in den ersten fünf Jahren des Bestehens Zahlstellen im jetzigen Gau 14 überhaupt noch nicht vorhanden waren. Im jetzigen Gaubereich sah die Organisation 1895 zum ersten Male Fuß. In diesem Jahre wurde die Zahlstelle Köln gegründet. Sie hatte 25 Mitglieder. Ende 1901 waren wir in Köln über eine Mitgliedschaft von 70 noch nicht hinausgekommen. 1905 konnten wir in Düren 7, in Ralk 138 und in Köln 490 Mitglieder zählen. Von da an ging es langsam aufwärts. Die Zahlstellen, die gegründet wurden, blieben, wenn auch in kleinem Umfang, bestehen, so daß wir 1910 in 9 Zahlstellen 1947 Mitglieder zählen konnten. Von diesen waren gegründet: 1895 Köln mit 25, 1901 Ruppertweg (jetzt Wiesdorf) mit 120, 1905 Düren mit 5, 1906 Bonn mit 23, 1907 Andernach mit 49, Wendorf mit 21, Krefeld mit 51 und 1908 Goch mit 10 Mitgliedern. Die Aufwärtsentwicklung der Organisation blieb an, und so konnten wir Ende 1913 in 18 Zahlstellen 2637 Mitglieder zählen. Das war der Erfolg einer 14jährigen Arbeit, die dann im Jahre 1914 durch den Ausbruch des Weltkrieges mit rauher Hand zerstört wurde. Die Einberufung zum Heeresdienst riß die Funktionäre aus ihrer Verbandstätigkeit und vernichtete, was in

jabrelanger, mühevoller Arbeit aufgebaut worden war. Einzelne Zahlstellen verloren bis zu 90 Prozent ihrer Mitgliedschaft und sanken bis auf zwei Mitglieder. Köln verlor bis Ende 1914 von 1760 Mitgliedern 700, Ruppertweg von 282 Mitgliedern 128. Drei Zahlstellen waren ganz eingegangen. In 16 Zahlstellen waren noch 979 Mitglieder. 1915 ging die Zahl der Mitglieder infolge der Einberufungen zum Militär weiter zurück. Erst das Jahr 1916 zeigte einen langsamen Aufstieg. Die auf Grund des Hindenburgprogrammes immer stärker werdende Kriegsindustrie in unserem Bezirk gab 1917 nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes neue Möglichkeiten zur Agitation und hatte ein Aufsteigen der Mitgliederzahl zur Folge. Dieser erhielt eine lebhaft Förderung nach dem Umsturz 1918. Die Revolution brachte auch Leben in die rheinischen Arbeiter. Was mühevoll von 1890 bis 1918 nicht fertig brachte, gelang dem Umsturz. In Scharen drängten sich auch die rheinischen Arbeiter in den Verband. Zahlstellen, die vordem ein Schattendasein führten, entwickelten sich über Nacht zu großen Zahlstellen mit angestellten Geschäftsführern. Es gab nicht Hände genug, die Massen aufzunehmen und die Organisationsarbeiten ordnungsgemäß zu erledigen. Die erfolgte militärische Besetzung des Rheinlandes schnürte uns vom übrigen Deutschland ab. Es riß auch die Verbindung mit dem Hauptvorstande in Hannover. Wir bekamen keine „Proletariat“ und keine Mitgliedskarten und mußten uns in den Zahlstellen mit alten Kartonsstücken als Mitgliedskarten behelfen.

Der Gauleitung war durch die Besetzung die Reisefähigkeit erschwert, und nur langsam gelang es, nach 1920 einen organisatorischen Aufbau der Zahlstellen im Gau durch Zusammenlegen kleinerer Zahlstellen zu größeren und durch die Anstellung von Geschäftsführern vorzunehmen. Ende 1919 hatten wir in 42 Zahlstellen 27 881 Mitglieder. In den folgenden Jahren gelang es trotz erheblicher Verluste, die wir durch die kommunistische Zerstörungsarbeit in einzelnen Zahlstellen des Gauwes, insbesondere in Wiesdorf zu verzeichnen hatten, die Mitgliederzahl auf 30 581 zu steigern.

Das Jahr 1923 brachte eine erneute Störung in unsere Organisationsarbeit, als infolge des Ruhrkampfes die Betriebe auch in unserem Gau stillgelegt wurden. Mit Ausnahme der englischen Zone war fast überall alles arbeitslos. Der Eisenbahnverkehr lag still. Das Verbandsorgan war verboten. Im Zusammenhang damit fiel die deutsche Mark immer mehr. Die Inflation stieg ins Unermessliche. Im Rheinland machte sich der Separatismus breit. Die Angestellten und andere Funktionäre in den Zahlstellen wurden ausgewiesen. Das Ende war nicht nur der Zusammenbruch der Ruhraktion, die Organisation im Gau, mit ihren erst in der Nachkriegszeit und nicht immer aus idealen Gründen zu uns gekommenen Mitgliedern, hielt einen solchen Stoß nicht aus und brach in den meisten Zahlstellen zusammen. Die am Jahreschlus 1923 noch vorhandenen 18 667 Mitglieder waren meist arbeitslos, zahlten aus Mangel an Existenzmitteln keine Beiträge und standen in ihrer großen Mehrzahl nur auf dem Papier. Die Folgezeit lieferte dafür den Beweis. Das Unternehmertum setzte eine verlängerte Arbeitszeit durch. Unsere nicht gewerkschaftlich geschulten Mitglieder leisteten keinen Widerstand. Sie stehen im Gegenteil die Organisation im Stich. Ende des Jahres 1924 war mit 9140 Mitgliedern der tiefste Stand erreicht. Seitdem geht es aufwärts, und es gelang in dreijähriger Arbeit, trotz Rationalisierung und erheblicher Verminderung der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch Betriebsstilllegung, die Mitgliederzahl um rund 6000 zu heben.

Die Aufwärtsentwicklung der Organisation zwang uns, an die gewerkschaftliche Schulungsarbeit der Mitglieder zu denken. In dreijähriger Bildungsarbeit ist Erhebliches geleistet worden, und wenn wir bis heute trotz Krise, Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit unseren Mitgliederbestand halten konnten, so ist das in einem erheblichen Maße mit darauf zurückzuführen, daß wir uns durch unsere umfassende Bildungsarbeit Funktionäre geschaffen haben, die aus Erkenntnis Organisationsarbeit leisten, und die uns die Gewähr dafür bieten, daß das in mühevoller Arbeit Aufgebauete auch erhalten bleibt.

Die Organisation im Gau hat auch an der Schaffung unserer gewerkschaftlichen Erzeugnisse ihren Anteil. Im Rahmen des Gesamtverbandes und unter teilweiser Beanspruchung des Solidaritätsgeföhls der gesamten Mitgliedschaft sind auch im Rheinland Tarifverträge für die einzelnen Gruppen der Organisation geschaffen worden. Die erzielten Erfolge sind die Frucht guter Organisationsarbeit.

Die Organisation im Gau hat ihren Mitgliedern auch in allen Notfällen soziale Hilfe gewährt. Eine Anzahl von angestellten Kollegen steht zur Rechtsberatung und Vertretung zur Verfügung. Bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und anderen Wechselfällen des Lebens hat die Organisation geholfen. So sind seit Ende der Inflation bis Ende 1929 an Unterstützungen an die Mitglieder in unserem Gau zurückgezahlt worden:

557 255,45 Mk.

Das ist soziale Hilfe, die geleistet werden konnte auf Grund des Zusammenschlusses und der praktischen Befähigung der Solidarität.

Die Agitationsarbeit im Rheinlande hat — wie schon erwähnt — ihre natürlichen Schwierigkeiten in der Einstellung des Rheinländers. Neben diesem Unverständnis der Massen hatten wir mit anderen Widersachern zu kämpfen. In der Vorkriegszeit waren es der Staat und seine gegen die Arbeiterschaft gedrückte Polizei, außerdem das Unternehmertum, welches uns mit allen seinen wirtschaftlichen Machtmitteln, mit Maßregelung und schwarzen Listen bekämpfte. Die Wegbereiter unserer Organisation im Gau haben diese Machtmittel zu spüren bekommen. In diesen Gegnern gesellten sich in der Nachkriegszeit die eigenen Klassengenossen, geleitet von geistigem Indifferentismus und von Brutalität. Sie haben die Entwicklung im Gau gehemmt, aber nicht aufgehalten.

Im Rheinlande steht die Wiege der christlichen Gewerkschaften. Ihnen wurde bei ihrer Gründung die Aufgabe zugewiesen, die Arbeiterschaft von den freien Gewerkschaften abzuhalten. Sie glaubten, daß der rheinische Arbeiter, weil christlich gesinnt, auch christlich organisiert sein müsse. Sie haben sicher mit allen Mitteln versucht, sich durchzusetzen. Das ist ihnen nicht gelungen. Heute ist der zahlenmäßige Beweis erbracht, daß die christliche Gegenorganisation in ihrer Entwicklung weit hinter uns zurückgeblieben ist. Die rheinischen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit haben die Erkenntnis, daß nur geeinte Kraft Großes schafft.

Die vorstehenden Darlegungen geben nur in kurzen Umrissen ein Bild 40jähriger Organisationsarbeit in unserem Gau. Diese Arbeit hat sehr viel Mühe und Opfer gefordert. Manchen Wegbereiter der Organisation deckt schon lange der kahle Naken, und er hat die Frucht seiner Sätannarbeit nicht mehr reifen sehen. Heute, am Jubiläumstage der Organisation, nach 40 Jahren Kampf und Aufstieg, denken wir der verstorbenen Pioniere, aber auch der Namenlosen, die den Grundstein zur Organisation gelegt haben, wir gedenken der vielen, die am Aufbau geholfen haben, und wir schwören ihnen, nie zu rasten und immer zu arbeiten am Auf- und Ausbau des Verbandes, damit das Ziel erreicht werde, daß es im Gau 14 Unorganisierte nicht mehr gibt.

Zum erstenmal seit dem Beginn der Geschichte fordert der Mensch sein Menschenrecht, sein ganzes Recht. Der Arbeiter, der Proletarier, der Nichtbesitzende, er fühlt sich als Persönlichkeit. Er verlangt alles, was ihm als Mensch gebührt: das Recht auf Leben, das Recht auf Arbeit, das Recht auf die allseitige Entwicklung seiner Fähigkeiten, auf die befähigende Befähigung seines freien Willens und seiner Vernunft. Unter der doppelten Wirkung des demokratischen Lebens, das in ihm das Gefühl seiner Menschenwürde erweckt und gestärkt hat, und unter der Wirkung der Großindustrie, die den organisierten Proletarier das Bewußtsein ihrer Macht verleiht, wird der Arbeiter zu einer Persönlichkeit und will immer und überall als solche behandelt werden. Nun wohl, die Gesellschaft kann nur dann dem Proletarier das Recht auf Arbeit, das Recht auf Leben gewährleisten, erst dann ihn aus dem passiven Lohnsystem zur genossenschaftlichen Autonomie erheben, wenn sie selbst Hand an das bestehende Eigentumsystem legt. Das soziale Eigentumsrecht muß ins Leben gerufen werden, um das wahre Privateigentum zu garantieren, das Eigentumsrecht, das jedes menschliche Individuum an sich selbst hat und haben soll.

Jean Jaurés („Theorie und Praxis“)





### Gau 15, Hamburg.

Von Martin Schwarz.

Der Gau 15 hat bei der Gründung unseres Verbandes erhebliche Geburtshilfe geleistet. — Auf dem Gründungskongress, vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 in Hannover, waren von den 20 Delegierten sieben aus dem Gebiete des jetzigen Gaues 15.

Der Gau 15 hat aber auch einen erheblichen Teil der Truppen gestellt, welche die Gründung unseres Verbandes ermöglichten, denn die sieben Delegierten aus dem Gau 15 konnten auf dem Kongress berichten, daß sich bereits 3200 Arbeiterinnen und Arbeiter in lokalen Vereinigungen zusammengeschlossen hätten und die Gründung unseres Verbandes erwarteten.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl war unter der Arbeiterschaft im Gau 15 also schon vor dem Gründungskongress stark ausgeprägt.

Aber auch nach der Gründung des Verbandes hat der Gau 15 immer in den vordersten Reihen gestanden; ja, er bildete in den neunziger Jahren sogar das Rückgrat unseres Verbandes.

Auf dem ersten Verbandstag im Jahre 1892 gehörten von den zehn anwesenden Delegierten vier dem Gau 15 an; 1894 waren von den 16 Delegierten sieben aus dem Gau 15, 1896 von den 19 Delegierten zwölf, 1898 von 40 Delegierten 22 und 1900 von 65 Delegierten 27. Das gleiche Verhältnis weist auch die Mitgliederentwicklung des Gaues 15 gegenüber dem Gesamtverbande auf. Die Mitgliederzahlen unseres gesamten Verbandes haben betragen auf dem

- 1. Verbandstag 1892: 2 460, davon gehörten 1 013 dem Gau 15 an;
- 2. Verbandstag 1894: 5 365, davon gehörten 2 538 dem Gau 15 an;
- 3. Verbandstag 1896: 8 107, davon gehörten 4 628 dem Gau 15 an;
- 4. Verbandstag 1898: 14 603, davon gehörten 7 918 dem Gau 15 an;
- 5. Verbandstag 1900: 29 512, davon gehörten 10 520 dem Gau 15 an.

Am 31. Dezember 1910 zählte der Gau 15 . . . 32 102 Mitglieder.

Am 31. Dezember 1920 zählte der Gau 15 . . . 60 555 Mitglieder.

Am 1. Januar 1930 zählte der Gau 15 . . . 99 462 Mitglieder.

Leider befindet sich von den auf dem Gründungskongress aus dem Gau 15 anwesenden Kollegen keiner mehr in unseren Reihen. Dagegen sind von denjenigen, die in den neunziger Jahren die Pionierarbeit in unserem Gau leisteten, heute noch mehrere tapfere Mitstreiter in unserer Organisation. Wir gedenken hier in erster Linie der Kollegen Heinrich Sack (Hannover), Heinrich Marrens (Harburg-W.), Johannes Bruns (Wandsbek), Wilhelm Stille und S. Krizanski (früher in Bergedorf). Diese Kollegen waren auch bereits in den neunziger Jahren als Delegierte auf den verschiedensten Verbandstagen. Kollege Heinrich Sack war der erste ehrenamtliche Gauleiter in dem jetzigen Gau 15. Nachdem Kollege Sack im Jahre 1900 auf unserem Verbandstag in Halberstadt zum befristeten zweiten Verbandsvorsitzenden gewählt war, trat als Nachfolger der Kollege Fritz Borge an seine Stelle, der im Jahre 1904 als erster befristeter Gauleiter für den Gau 15 vom Hauptvorstand bestimmt wurde. Allen diesen Pionieren gebührt heute der Dank für ihre Tätigkeit, die sie im Interesse unseres Verbandes und der Mitglieder ausgeübt haben zu einer Zeit, wo es galt, seinen Mann zu stehen gegenüber all den Widerwärtigkeiten, womit die Gewerkschaften in den ersten Jahren ihres Bestehens zu rechnen hatten.

Unsere Kollegen im Gau 15 waren mit diesem Aufstieg der Mitgliederzahl in den neunziger Jahren keineswegs zufrieden. Auch die Gründer unseres Verbandes haben sich die Mitgliederentwicklung sehr viel schneller vorgestellt. Man hatte viel zu wenig die Gegenmaßnahmen der Unternehmer und die polizeilichen und behördlichen Schikanierungen in Rechnung gestellt, die man besonders dem Fabrikarbeiterverband antagedeihen ließ.

In allen Betrieben, wo sich nach der Verbandsgründung Ansätze unserer Organisation zeigten, versuchten die Unternehmer sie — zum Teil mit und zum Teil ohne Erfolg — im Keime zu ersticken. Es wurden schwarze Listen herausgegeben. Die Entlassungsscheine wurden mit Zeichen versehen, wodurch Entlassene als Heizer gebrandmarkt wurden. Berühmt war in diesem Punkte der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Hamburg. Es wurden den Arbeitern Reverse zur Unterschrift vorgelegt, wodurch sie sich verpflichten mußten, nicht unserem Verbands beizutreten.

Besonders rigoros in dieser Beziehung gingen die Unternehmer in Hamburg und Harburg vor. In der JuteSpinnerei in Schiffbek schloß sich im Jahre 1892/93 ein großer Teil der Beschäftigten unserem Verbands an, weil noch Stundenlöhne von 19 bis 23 Pf. für erwachsene männliche Arbeitnehmer gezahlt wurden. Die Folge war, daß plötzlich ein großer Teil der organisierten Arbeiter entlassen und dafür Polen und Österreicher eingestellt wurden. Es war verständlich, daß die Unternehmer es auf diejenigen Kollegen, die eine Führerrolle im Verbands bekleideten, besonders abgesehen hatten.

Die Firma Dr. Kraun warf im Jahre 1894, acht Tage vor Weihnachten, unseren ersten Bevollmächtigten der Zahlstelle Hamburg aufs Straßenpflaster, weil er den Streik bei der Firma Richter provoziert haben sollte.

Bei Siemers, Strohrohrfabrik in Bergedorf, wurden 1893 unsere Bevollmächtigten deshalb entlassen, weil sie bei der Beerdigung eines Arbeitskollegen einen Kranz mit einer roten Schleife getragen hatten.

In der Papierfabrik in Glensburg mußten die Arbeiter 1891 noch zum Teil 18 Stunden den Tag arbeiten. Auf Vorstelligerwerden unseres Bevollmächtigten erklärte ihm der Betriebsleiter: Die Hunde sollen schleppen, daß ihnen das Blut längs des Rückens läuft. Ähnliche Episoden konnten noch Anzende angeführt werden.

Arbeitsentlassungen waren nach der Gründung des Verbandes keine Seltenheit. In fast allen Fällen brachen die Streiks ohne irgendwelche Vorbereitungen spontan aus, wodurch in der Regel die Erfolgsmöglichkeit für die Streikenden von vornherein in Frage gestellt war. Leider endeten auch die meisten Streiks mit einem Mißerfolg.

In der Goldleinenfabrik der Firma Richter in Hamburg wurden unsere Kollegen im Jahre 1896 ausgesperrt, weil sie dem Verlangen der Firma, aus dem Verbands auszutreten, nicht nachkamen. Die Folge dieser Aussperrung war, daß die Mitgliederzahl von 520 auf 61 zurückging.

Streiks waren zu verzeichnen: Kaffeeverleferinnen in Hamburg 1895, Harburg 1896, Offensen 1896, Reismühle in Hamburg, Margarinefabrik in Bergedorf, Zementarbeiter Lagerdorf usw.

Januar 1897, in welcher Weise die Unternehmern, Polizei und Staatsgewalt gegen die Streikenden vorgehen sich für befugt hielten, dafür einige Beispiele.

Bei dem Zementarbeiterstreik in Lagerdorf wurden sämtliche Streikenden, die Werkswohnungen innehaben, mit ihren Möbeln auf die Straße gesetzt. Mehrere der Streikenden wurden unter Anklage gestellt, weil sie die Streikbrecher verprügelt haben sollten. Tatsache war, daß die Streikbrecher die Schlägerei mit Vorbedacht dadurch provozierten, daß sie sich, ausgerüstet mit Revolvern, ausgerückt in der Gastwirtschaft einfanden, wo die Streikenden verkehrten. Unser Streikleiter Stuhl wurde von diesen Streikbrechern telephonisch nach der benachbarten Bahnstation Davenhof gelockt und mit Totschlag bedroht, wenn er nicht jedem Streikbrecher 30 Mk. anzahlte. Mit Hilfe des Gastwirtes gelang es Stuhl, unbemerkt durch ein Fenster zu entfliehen.

Bei dem Streik in der Reismühle in Moorstedt sollte unser Kollege Samann die Streikbrecher mit einem Revolver bedroht haben; in Wirklichkeit war es aber kein Revolver, sondern eine Chappesse, womit er auf die Streikbrecher geschossen hatte. Der Polizeibeamte fand auch keinen Revolver bei Samann; es erfolgte aber seine Verhaftung.

In unzähligen anderen Fällen wurden die Streikposten und Zettelverteller bei Streiks verhaftet. Um die Verhaftungen zu rechtfertigen, wurden häufig die hahnhehlichsten Gründe ins Feld geführt. Entweder fühlten sich die Streikbrecher durch die Streikposten belästigt, oder das Streikpostenstehen wirkte verkehrshindernd, und schließlich hatten sie durch das Zettelverteilen die Straße verunreinigt.

Bei dem Streik der Kaffeeverleferinnen in Hamburg sollte unsere Kollegin Krösch sich sogar des Hausfriedensbruches durch das Streikpostenstehen schuldig gemacht haben, obwohl sie nur auf dem Bürgersteig des besetzten Betriebes stand. Der Unternehmer behauptete, der Bürgersteig gehöre mit zu seinem Grundstück, und diese unwahre Behauptung genügte, um die Kollegin Krösch zu verhaften und unter Anklage zu stellen.

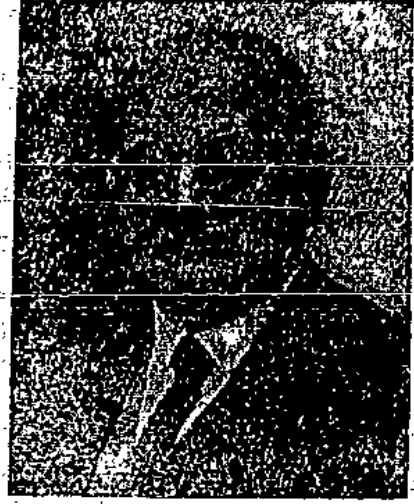
Heute sind die Formen der Wirtschaftskämpfe wesentlich andere geworden. Infolge des besseren Organisationsverhältnisses und der besseren Vorbereitung haben die Streiks und Aussperrungen verhältnismäßig zwar etwas abgenommen; aber sie haben an Schärfe, Umfang und Dauer erheblich zugenommen.

Im Jahre 1929 fanden in unserem Gau 74 Tarif- und Lohnbewegungen statt, woran 53 919 Personen beteiligt waren. Die erzielte Lohnerböhung betrug insgesamt pro Woche 117 691,61 Mk. oder pro Person und Woche 2,17 Mk. Bei fünf der 74 Bewegungen kam es zur Arbeitsentlassung. Streiks in dem Umfange wie der Zementarbeiterstreik im Jahre 1922, der sich über ganz Deutschland erstreckte, und Streiks von der Dauer wie einer, der von unseren Kollegen in der Papierfabrik in Leer 1928 geführt wurde und der 27 Wochen dauerte, waren in unserem Gau in den früheren Jahren nicht zu verzeichnen.

### Gau 16, Düsseldorf.

Von Bernhard Heering.

Der Gau 16 ist ein Nachkriegsprodukt. Er ist ein Teil des Gaues 14 und führte anfangs (nach dem Kriege) die Bezeichnung Gau 14a. Durch die nach dem Kriege erfolgte Befestigung des größten Teiles vom Rheinland wurde der rechtsrheinische Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf und mit ihm die westfälischen Bezirke Münster und Arnberg vom Muttergau 14 getrennt. Es war dadurch dem damaligen Gauleiter des Gaues 14, Waldemar Funk (Köln), nicht mehr möglich, die abgetrennten Gebiete zu bearbeiten. Eine Einreiseerlaubnis war in die von Engländern besetzten Gebiete sehr schwer zu



haben, und in die von Franzosen besetzten Gebiete war für Gewerkschaftsbeamte überhaupt nicht zu kommen. Zur Charakterisierung sei angeführt, daß es der Zahlstelle Düsseldorf nicht einmal möglich war, in den linksrheinischen Teil der Stadt Düsseldorf, Oberkassel und Neuf, zu gelangen. Letzterer war bis dahin ein Bezirk der Zahlstelle Düsseldorf. Es wurde hier also eine Zahlstelle direkt gestellt, und es entstand die Notwendigkeit, Neuf als Zahlstelle selbständig zu machen. Der Hauptvorstand löste die Frage der Bearbeitung des abgetrennten Teiles des Gaues 14 so, daß er ein Provisorium schuf und Kollegen Paul A h l e r t, der bis 1919 Leiter der Zahlstelle Düsseldorf war, mit der Betreuung des abgetrennten Teiles beauftragte.

Aber die Anfänge unserer Organisation im Gau und über seine spätere Entwicklung bis zum Jahre 1919 ist im Bericht unter Gau 14 das Notwendige gesagt. Wir können darüber im einzelnen nicht viel berichten, weil alte Akten weder im Gaubüro noch in den Zahlstellen vorhanden sind. Sie sind verlorengegangen, und so werden wir uns auf Einzelheiten beschränken müssen.

Zwei Zahlstellen in unserem jetzigen Gaubereich waren bereits bei der Gründung des Verbandes vertreten, und zwar die Zahlstellen Elberfeld und Hagen. Schon bevor die Verbandsgründung in Hannover beschlossen wurde, bestand in Hagen ein Verein der Schlossschmiede. Diese Kollegen, welche vielfach zerstreut in den einzelnen Betrieben arbeiteten, hatten trotzdem einen recht innigen Zusammenschluß gefunden. Als der Kollege Dreer die Nachricht von der Gründung des Zentralverbandes Anfang Juli 1890 in Hannover überbrachte, war für die übrigen Kollegen der Weg gewiesen, der zur großen gewerkschaftlichen Organisation führte. Es wurde dann in einer Versammlung in Hagen im Lokal Bönninger am Markt beschlossen, dem Verbands der Fabrik- und Hilfsarbeiter beizutreten. Die Kollegen aus dem Verein der Schlossschmiede trafen später zum großen Teil in den Metallarbeiterverband über, welcher im Jahre 1896 in Hagen eine Zahlstelle gründete. Ein Teil der Kollegen ist jetzt noch Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Schwierigkeiten wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit sind den Kollegen fast nicht gemacht worden. Dieses lag wohl zum großen Teil daran, daß in Hagen der liberale Geist etwas mehr Fuß gefaßt hatte als im übrigen Deutschland. Immerhin waren Versammlungsanmeldungen und Überwachung der Versammlungen an der Tagesordnung. Aber wegen ihrer politischen Tätigkeit erwuchsen den Kollegen Nachteile. Die Kollegen bekamen vielfach keine Arbeit mehr und mußten entweder auswandern oder, wenn es ihnen ihre Mittel erlaubten, sich selbständig machen. Daß der gewerkschaftlichen Organisation damals schon ziemlich große Bedeutung beigemessen wurde, beweist die Tatsache, daß nach der Gründung des Verbandes aus ihren Reihen vier Beisitzer zum Gewerbegericht ernannt wurden. Es waren dieses die Kollegen Hermann Klug, Ernst Kattbogen, Wilhelm Dreer und ein unbekannter Kollege. Vor der Gründung der Zahlstelle Hagen des Metallarbeiterverbandes hatte der Verein der Schlossschmiede 300—400 Mitglieder. In Elberfeld bestand schon in den Jahren 1888 bis 1890 eine „Vereinigung der ungelerten Arbeiter“ mit 156 Mitgliedern. Diese schlossen sich unserem Verbands an, als dessen Gründung 1890 erfolgte. Die so gegründete Zahlstelle ist in den darauf folgenden Jahren wieder eingegangen und wurde erst 1907 wieder neugegründet. An der Gründungsversammlung nahmen 18 Kollegen teil, welche zum Teil noch heute bei uns Mitglied sind. Unter diesen 18 war auch der Kollege Paul R a s c h e, der von diesem Zeitpunkt an bis zu seiner Anstellung 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle gewesen ist. Im Januar 1912 wurde der Kollege Artur S c h u s t e r angestellt, der leider nicht aus dem Kriege zurückkehrte. An seine Stelle wurde 1919 Kollege Rasche gewählt, der diesen Posten bis heute noch bekleidet. Bei Anstellung des Kollegen Schuster betrug die Mitgliederzahl 650, Ende des Krieges 190 und heute 1250. Die höchste Mitgliederzahl hatte die Zahlstelle im Jahre 1922 mit 4000 Kollegen und Kolleginnen.

Die Zahlstelle Emmerich wurde 1908 von dem jetzigen Branchenleiter für die Papierindustrie, Kollegen Gustav Stähler, gegründet. Wer die schwarze Ecke dort unten im Rheinland kennt, wird zugeben, daß es ein Wagnis war, dort eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes zu gründen. Die Folgen blieben auch nicht aus. Kollege Stähler mußte sein Interesse für die Organisation mit der Quittierung seiner Arbeitsstelle bezahlen. Er wurde in seinem Betriebe gemahregelt und hat dann Emmerich verlassen. Die Zahlstelle ging fast ein und wurde erst nach dem Kriege von dem Kollegen de M o l l, dem jetzigen Geschäftsführer, wieder aufgebaut. Von 1908 bis zum Beginn des Krieges betrug die Mitgliederzahl 20—30 und heute ungefähr 450—500. Ihren Höchststand erreichte die Zahlstelle im Jahre 1922 mit 810 Kollegen und Kolleginnen. Der starke Mitgliederrückgang ist nicht allein auf die schwierigen Organisationsverhältnisse zurückzuführen, sondern wohl hauptsächlich darauf, daß in Emmerich zwei größere Margarinewerke stillgelegt worden sind.

Düsseldorf, augenblicklich unsere größte Zahlstelle im Gau, wurde 1891 gegründet. Der 1. Bevollmächtigte von damals, Th. J a n s e n, lebt heute noch, er ist Invalide. Ferner ist als alter Pionier der Kollege Ewald L i n k s c h e i d zu nennen, der heute noch Mitglied bei uns ist. Dieser Kollege wurde bei der Gründung als Schriftführer gewählt und hat dieses Amt sehr lange innegehabt. Von ihm stammen auch die nachfolgenden Angaben:

Speziell in Düsseldorf hatte man unter Lokalmangel zu leiden. Niemand wollte den Fabrikarbeiterverband aufnehmen, so daß man zeitweise in Lokalen gefaßt hat.





die heute kein Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes mehr betreten würde. Auch mit der Polizei haben die Kollegen immer auf Kriegsfuß gestanden. Letztere saß ihrer recht liebevoll angenommen und verschiedene Male versucht, den Vorstand mit Gefängnis zu bestrafen. Der Kollege Janzen ist auch einmal mit drei Tagen Gefängnis wegen Nichterscheinung von Mitgliederlisten bestraft worden. Allerdings haben auch unsere Kollegen mit allerlei Schikanen gearbeitet; sie reichten falsche Mitgliederlisten ein usw. Die Beaufsichtigung durch die Polizei wurde aber so stark, daß man in den Mitgliederversammlungen die einzelnen Kollegen nicht mehr beim Namen rief, sondern bei Wortmeldungen wurden sie mit einer Nummer aufgerufen. Es bestanden also ähnliche Verhältnisse wie in einem Zuchthaus, wo ja bekanntlich auch alle Gefangenen eine Nummer haben. Für den Kollegen Linkscheid wurde es 1895/96 so schlimm, daß er in Düsseldorf keine Arbeit mehr bekommen konnte. Er wanderte aus und arbeitete einige Jahre in der Eifel. Mit der Lokalfrage wurde es erst besser, als von den Gewerkschaften das alte Kaufhaus auf der Bergerstraße gekauft wurde. 1907 konnte die Zahlstelle Düsseldorf einen Kollegen anstellen. Derselbe hat sich allerdings nicht bewährt. Er hat ein Jahr nachher unter nicht ganz angenehmen Nebenbedingungen das Feld geräumt. Von 1908 bis 1912 haben abwechselnd nebenamtlich die Kollegen Paul Wahler und Hermann Reuß die Zahlstelle geleitet. 1912 wurde erstgenannter Kollege angestellt und 1913 auch der Kollege Reuß. Nach dem Kriege wurde Wahler Leiter des neu errichteten Gau- und Kollege Reuß ist noch heute Leiter der Zahlstelle Düsseldorf.

Eine ganze Reihe Zahlstellen in unserem Gau sind gegründet worden und wieder eingegangen. In dem Bereich des jetzigen Gau 16 waren vorhanden:

- 1902 12 Zahlstellen mit 1 467 Mitgliedern,
- 1910-1914 17 Zahlstellen mit 2 767 Mitgliedern,
- Ende 1914 16 Zahlstellen mit 1 592 Mitgliedern,
- Ende 1918 15 Zahlstellen mit 4 677 Mitgliedern,
- Ende 1919 24 Zahlstellen mit 16 087 Mitgliedern.

Die höchste Mitgliederzahl erreichte der jetzige Gau 16 im 3. Quartal 1922 mit 24 227 Kollegen und Kolleginnen; die niedrigste Mitgliederzahl im 3. Quartal 1924 mit 5027 Kollegen und Kolleginnen.

Die höchste Mitgliederzahl nach der Inflation erreichte unser Gau im 2. Quartal 1928 mit 15 292 Kollegen und Kolleginnen.

Die äußeren Erfolge der Organisation trafen als Tarifabschlüsse in die Erscheinung, und zwar wurden Tarife abgeschlossen:

- am 8. 2. 1912 für die Margarinefabrik Gebr. Baum, Elberfeld,
- am 9. 12. 1912 für die Papierfabrik Hermès & Co., Düsseldorf,
- am 1. 5. 1913 für die Margarinewerke F. A. Rosst, Elberfeld,
- am 1. 5. 1913 für die Feilhandlung S. O. Kaufmann, Mülheim a. d. Ruhr.

Wurde der Gau 16 schon in einer sehr ungünstigen und undurchsichtigen Zeit gegründet, so kamen recht bald noch die Nachkriegsfolgen hinzu. Im Jahre 1921 drohte die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg. Die Gewerkschaften nahmen hierzu schon frühzeitig Stellung, und in einer Sitzung des Ortsausschusses des ADGB in Düsseldorf am 6. März wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die heute im Volkshaus versammelten Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten der freien Gewerkschaften fordern die Arbeiterschaft Düsseldorfs auf, für den Fall der Besetzung unseres Gebietes durch die Ententeuppen folgendes beachten zu wollen:

Der Krieg und die Besetzung sind eine Folge der kapitalistischen und imperialistischen Politik der jetzigen Kreise, die gesammelte Lohndienste der Arbeiterklasse sind. Die Arbeiterklasse hat ihre eigenen Interessen und nicht die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten. Demzufolge muß die Arbeiterklasse auch unter der Besetzung von Ententeuppen sich ihre Freiheit nach allen Seiten zu wahren wissen. Sie kann den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht einstellen, ob nun unser Gebiet besetzt oder unbesetzt ist. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse kann sich nicht für oder gegen eine nationale Gruppe richten; er gilt der kapitalistischen Ausbeutung, mag sie von deutscher, mag sie von ententepolitischen Seite ausgehen. Wir empfehlen, sich mit den bestehenden Machtverhältnissen abzufinden und den Besatzungsbehörden gegenüber als Sozialisten wahr und entschieden aufzutreten. Es muß Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben, auch wenn von irgendeiner anderen Seite andere Parolen ausgehen werden sollten.

Wir lehnen den imperialistischen Chauvinismus und Nationalbolshewismus ebenso energig ab wie rheinische Sonderbündel.

Wir haben keine Ursache, den Streit der Imperialisten und Nationalsozialisten aller Länder fortzuführen, sondern fühlen uns als Deutsche mit dem arbeitenden Volke Deutschlands und der übrigen Länder verbunden.

Den Kampf der freien Gewerkschaften für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen können wir uns von keiner Seite unterbinden lassen, und wir werden diesen Kampf sowohl gegen das nationale und das internationale Kapital wie gegen den Imperialismus mit unverminderter Schärfe weiterführen.

**Die Vorstände und Delegierten der freien Gewerkschaften.**

Die Besetzung erfolgte jedoch noch im Laufe des Frühjahrs 1921, und in dem Augenblick war auch die Leitung des Gau 16 wieder von dem größten Teil ihrer Mitglieder abgeschnitten. Es trat die Regie in Kraft, und ein Fahren mit der Eisenbahn war unmöglich. Schlimmer noch wurde es 1923, als die Ruhrbesetzung kam. Die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes setzte mit dem passiven Widerstand ein, und die erste Antwort auf die Besetzung war eine allgemeine Protestdemonstration am 15. Januar, die in einer halbständigen Arbeitsruhe im besetzten Gebiete bestand und sich zum größten Teil auch auf das alldeutsche Gebiet ausdehnte. Am Tage der Besetzung erließen die drei Bundesvorstände des ADGB, des Afa-Bundes und des ADW einen öffentlichen Protest gegen den „jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt“. Von der katastrophalen Erschütterung der deutschen Wirtschaft als Folge dieser Gewaltpolitik würde in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands, aber in weiterer Folge die Arbeiterschaft der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden. Die Schlusssätze dieses ersten Aufrufes der Gewerkschaften lauten:

„Die französisch-belgische Einmarschnote verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen.

In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Jamurungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundzüge widersprechen allen im Völkerbundesvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unerfüllbaren und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder überwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlenhandels nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihren den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalen Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen die Verletzung nicht allein zu überlassen, denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Brüssel, den 12. Januar 1923.“

Während der Ruhrbesetzung, als der passive Widerstand einsetzte, lag alles brach. Selbst ein schriftlicher oder telephonischer Verkehr war nicht mehr möglich. Dadurch wurde natürlich die Arbeit im Gau dermaßen behindert, daß an ein Vorwärtkommen der Organisation nicht zu denken war. Im März 1923 wurde auch der „Proletarier“ in dem von Franzosen besetzten Gebiet verboten. Er wurde jedoch auf Umwegen in das besetzte Gebiet gebracht, und zwar über Elberfeld und Venrath. In Vohwinkel bestand eine ganz besonders scharfe Kontrolle. Schreiber dieser Zeilen wurde zweimal mit einem „Proletarier“ in der Aktentasche dort angetroffen. Er wurde festgenommen und sollte nach Düsseldorf zurucktransportiert werden. (Es wurde stets ein Transport von ungefähr 50 Personen zusammengestellt, auf ein Lastauto verladen und nach Düsseldorf ins Gefängnis gebracht.) Beide Male gelang es ihm jedoch, mit Hilfe von Bahnbeamten durch Sinterbüden wieder fortzukommen.

Mancher Kollege hatte nicht so viel Glück und mußte seine Opferfreudigkeit für den Verband mit einigen Tagen Gefängnis bezahlen. Die Ruhrbesetzung hat der Arbeiterschaft Ungeheures gekostet. Die Industrie hat ebenfalls gelitten, doch ist sie ja reichlich dafür entschädigt worden. Die Mark sank immer tiefer, bis sie 1923 überhaupt keinen Wert mehr hatte.

Daß unter solchen Verhältnissen die Organisationsarbeit stark zu leiden hatte, ist selbstverständlich. Trotzdem die hauptsächlichste Industrie in unserem Gau, die chemische Industrie, sich kolossal entwickelte, hat die Organisation nicht in demselben Maße Schritt gehalten. Das liegt, wie schon angeführt, an den schwierigen Verhältnissen bei uns.

Erwähnt sei noch, daß nach der Verschmelzung mit dem Glas- und Porzellanarbeiterverband der Gau 16 einen ehemaligen Gauleiter des Glasarbeiter-Verbandes, Kollegen Emil Hoffmann, zur Mitarbeit bekommen hat. Der erste Gauleiter in unserem Gau war, wie schon erwähnt, Kollege Paul Wahler, der jedoch nicht mehr bei uns ist. Dann wurde im September 1919 Schreiber dieser Zeilen in der Gauleitung angestellt, und 1920 kam noch der jetzige Branchenleiter der Grobkeramik, Kollege Max Elsner, hinzu. 1922 wurde Kollege Elsner Branchenleiter und, nachdem Wahler ausgeschieden war, Schreiber dieser Zeilen geschäftsführender Leiter des Gau 16.

**Die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes in der Statistik.**

Von Gustav Riemann.

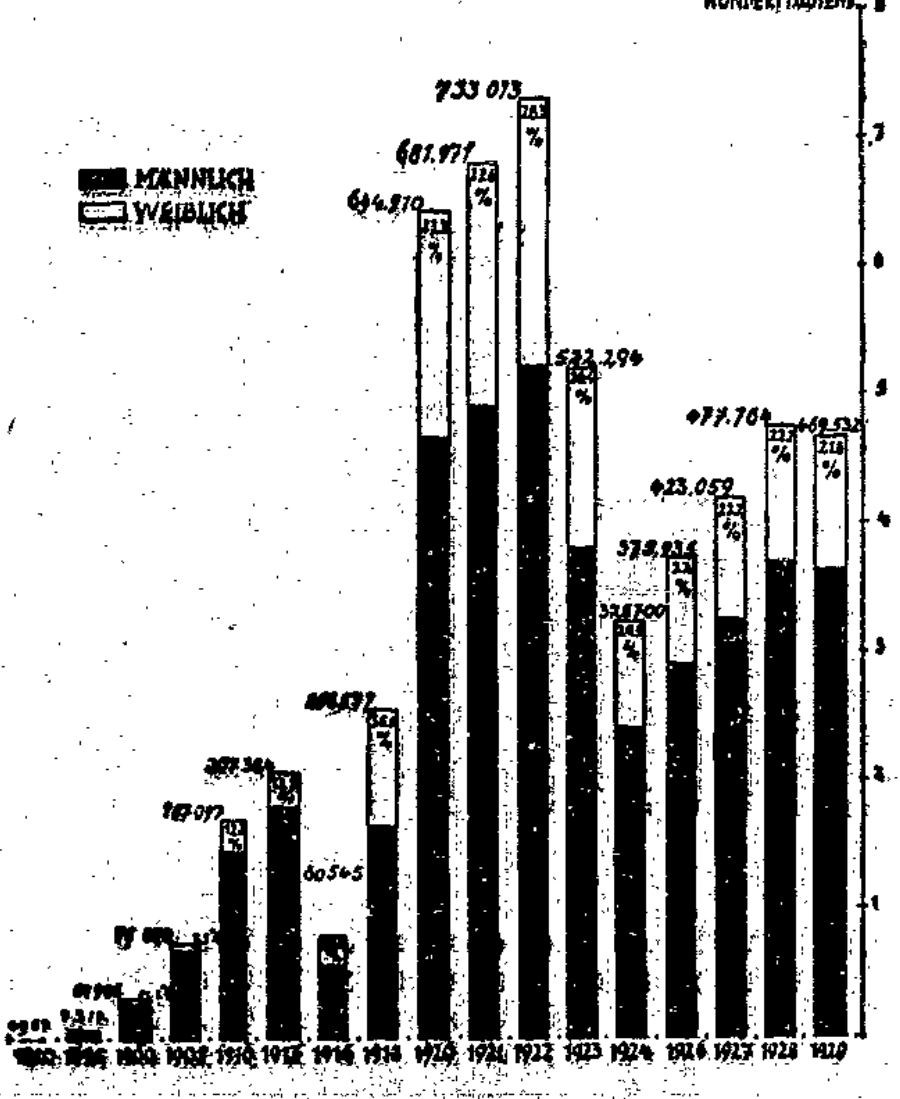
„Die Statistik ist der Schatten der Dinge.“ So kennzeichnet ein berühmter Statistiker den Charakter und gleichzeitig auch die Aufgabe der Statistik. Sie folgt dem Lauf der sätlichen unscheinbaren Ereignisse, berichtet darüber in Zahlen einfach, nüchtern, gefühllos ohne Sentimentalitäten. Die Statistik ist der genaueste und nüchternste Berichtserstatter.

Die Gewerkschaften müssen Statistik treiben. Als große Massenorganisationen mit weitverzweigtem Interessengebiet, als Sachwalter der wirtschaftlichen und sozialen Arbeiterinteressen müssen sie sich mit eigener Statistik und auch mit sehr viel fremder Statistik beschäftigen.

Heute wollen wir ganz kurz die 40jährige Entwicklung unseres Verbandes im Lichte der Statistik betrachten. Es gibt keinen besseren Rechenschaftsbericht über den Aufstieg des Verbandes als die leichtverständlichen Zahlenreihen der Mitgliederbewegung seit der Gründung des Verbandes. Wir haben uns in der nachfolgenden Tabelle für die länger zurückliegende Zeit auf einige für die Verbandsentwicklung besonders markante Jahre beschränkt:

Mitgliederbewegung im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands:

Am Schlusse des Jahres	Zahlstellen	Mitglieder			Prozentzahlen der weibl. Mitglieder
		männlich	weiblich	Insgesamt	
1890	87	—	—	1 981	—
1895	82	—	—	7 317	—
1900	271	28 833	3 573	31 906	11,9
1906	447	70 108	5 762	75 870	7,5
1910	514	146 581	20 516	167 097	12,2
1913	522	181 353	26 031	207 384	12,6
1918	465	58 469	22 076	80 545	27,4
1918	473	165 680	90 877	256 577	36,4
1920	705	469 414	175 496	644 910	27,2
1921	626	493 239	188 732	681 971	27,6
1922	564	525 504	207 509	733 013	28,3
1923	499	383 963	188 331	572 294	26,4
1924	478	242 622	89 078	325 700	25,6
1926	540	292 932	82 958	375 935	22,0
1927	538	329 057	94 002	423 059	22,2
1928	582	371 792	105 972	477 764	22,1
1929	514	366 968	102 564	469 532	21,8



Der aufmerksame Leser kann von diesen Zahlenreihen die Geschichte des Verbandes ablesen, sein schweres Ringen um die Selbstbehauptung in den ersten Jahren, die langsame Steigerung der Mitgliederzahlen in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens, dann im zweiten Jahrzehnt, getragen von einer guten Wirtschaftskontunktur und dem Wagnerschlag einer sehr lebhaften sozialen und politischen Bewegung, der erfolgreiche Aufstieg. Im Frühjahr 1906 waren die ersten zehn tausend Mitglieder erreicht, im Frühjahr 1908 die ersten hunderttausend, im Frühjahr 1912 zwei hunderttausend. Dann kam der starke Rückschlag, verursacht durch den Weltkrieg, an dem 115 000 Mitglieder unseres Verbandes teilnahmen und in dem über 10 000 (die genaue Zahl ist nicht festzustellen) den Tod fanden. 1916 hatte die Mitgliedschaft ihren Tiefstand mit 80 545 während des Krieges erreicht. Von da an beginnt wieder der Aufstieg. Nach Kriegsende, unter dem Einfluß der Revolution, kam dann als Ausdruck des großen unerschütterten Vertrauens der Arbeiterschaft zu dem Verbands und zu den Gewerkschaften, der gewaltige Zustrom neuer Mitglieder. Am 1. Oktober 1918 waren es noch 120 000, am Ende des Jahres 1918 schon 258 500 Verbandsmitglieder. Am Ende des Jahres





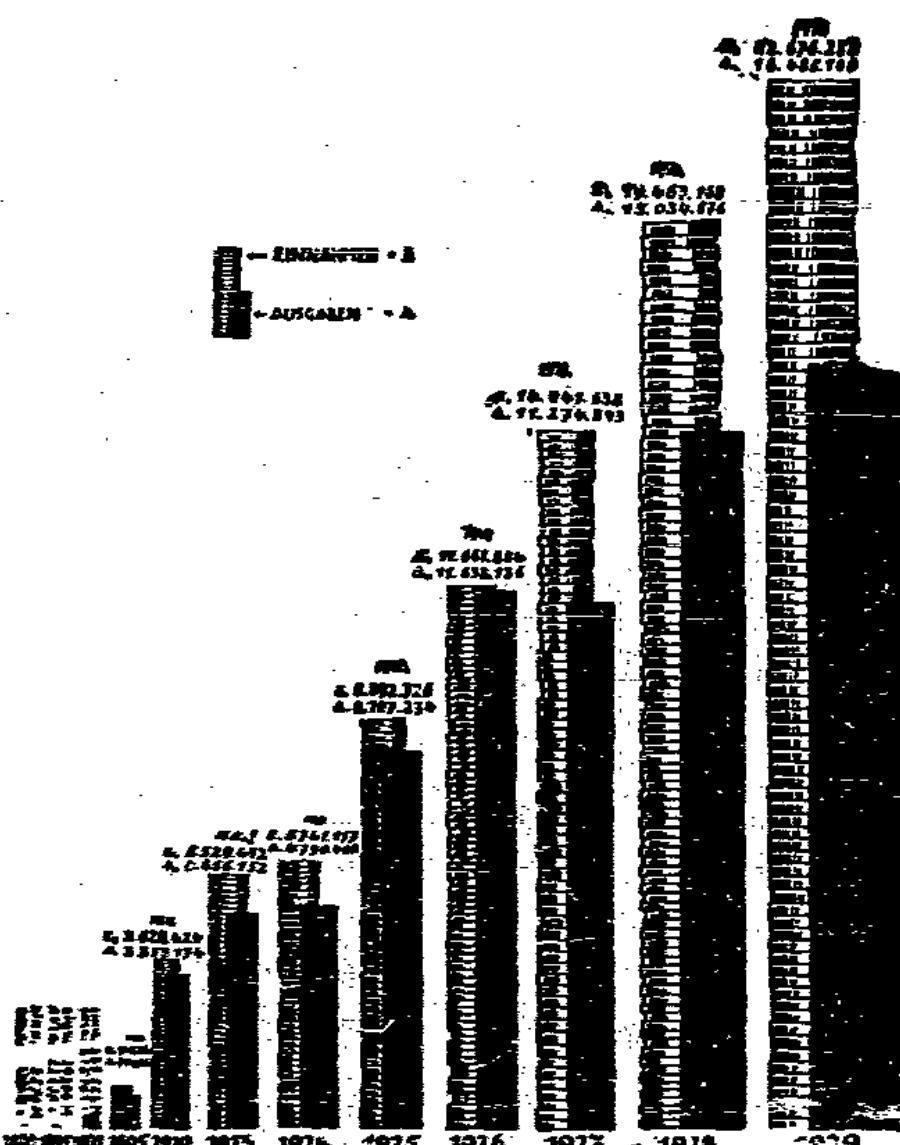
1922 hat der Fabrikarbeiterverband mit 738 013 den Höchststand in der Mitgliederzahl erreicht. Zu schnell war der Aufstieg gekommen, um von Dauer zu sein. Das treibhausmäßige Wachstum machte es unmöglich, erfolgreich gewerkschaftliche Erziehungsarbeit zu leisten, zumal die Verbandsfunktionäre Tag und Nacht arbeiten mußten, um in dem Wettlauf zwischen Geldentwertung und Preisen mit der Lohnentwicklung mitzukommen. Der Rückschlag in der Mitgliederbewegung am Ende der Inflation war sehr stark. Mit der Stabilisierung aber wuchs auch das Vertrauen zum Verbands wieder, und der Mitgliederaufschwung begann. Der Zusammenschluß mit den beiden Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter brachte den an anderer Stelle bereits mitgeteilten Zuwachs. Lebhaftige Werbearbeit, begünstigt von guter Wirtschaftskontunktur, konnte in den beiden Jahren 1927 und 1928 die Mitgliederzahl um 102 000 erhöhen. Hätte die überaus harte Wirtschaftskrise, die Entlassungen von Hunderttausenden von Arbeitern in den Industrien unseres Verbandes brachte, die Entwicklung nicht gehemmt, dann wäre die volle halbe Million Mitglieder im Jubiläumjahr erreicht worden.

Große Veränderungen weist der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft auf. In den ersten Jahren seines Bestehens gehörten die Arbeiterinnen dem Fabrikarbeiterverband nicht an. Bis 1895 sind die weiblichen Mitglieder in der Mitgliederstatistik des Verbandes nicht getrennt aufgeführt. Trotz der sehr lebhaften Werbearbeit kam der Erfolg in der Vorkriegszeit nur recht langsam. Krieg und Revolution haben auch den Fabrikproletarierinnen die gewerkschaftliche Organisation nähergebracht. Den höchsten Anteil erreichten die weiblichen Mitglieder mit 37 v. H. der Gesamtmitgliedschaft am Ende des Jahres 1917. Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit während des Krieges steigerte auch das Selbstvertrauen der Arbeiterinnen. Die höchste absolute Zahl weiblicher Mitglieder mit 207 508 und 28,1 v. H. der Gesamtmitgliedschaft wurde Ende 1922 erreicht. Nach dem sehr starken Rückgang am Ende der Inflation ist eine erfreuliche Zunahme der weiblichen Mitglieder eingetreten. Allerdings war auch im Krisenjahr 1929 der Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern stärker als bei den männlichen. Der relative Anteil der weiblichen Mitglieder ist seit 1917 fast ununterbrochen gesunken bis auf 21,8 v. H. der Gesamtmitgliedschaft.

Der Aufstieg des Verbandes zur gewerkschaftlichen Großmacht drückt sich auch in der finanziellen Entwicklung, in der Steigerung seiner Einnahmen und Ausgaben und des Vermögensbestandes aus. Von der finanziellen Klüftung des Verbandes hängt ein wesentlicher Anteil des Erfolges bei Lohnbewegungen ab. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Höhe der Gesamteinnahmen und -ausgaben und den Anteil der Unterstufungen an den Ausgaben in den markantesten Entwicklungsjahren der Vergangenheit an.

Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben und Unterstufungen der Haupt- und Lokalkasse.

Jahr	Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Unterstufungen Mk.	In Prozent der Ausgaben
1890	2 576	1 810	82	4,5
1895	29 300	22 607	4 847	21,4
1900	230 522	215 701	97 877	45,3
1905	916 230	796 863	504 940	63,3
1910	3 628 424	3 353 174	2 275 811	67,8
1913	5 529 412	4 656 152	2 746 523	58,9
1924	5 741 117	4 790 408	1 971 389	41,1
1925	8 892 726	8 107 234	4 534 337	56,0
1926	11 661 854	11 638 136	4 774 413	41,0
1927	14 941 638	11 274 393	4 738 230	42,0
1928	19 467 168	15 034 876	7 238 208	48,1
1929	22 676 253	16 485 100	7 264 953	44,1



Die ungeheuren Unterschiede einer erfolgreichen 40jährigen Entwicklung liegen zwischen den Jahreseinnahmen und -ausgaben von 1890 bis 1929. Damals eine Einnahme von 2 576 Mk. und eine Ausgabe von 1 810 Mk. 1929 betrug die reine Einnahme allein an Beiträgen 21 851 734 Mk. und die Gesamteinnahme der Haupt- und Lokalkassen 22 676 253 Mk., der ein Gesamtvermögen von 16 485 100 Mk. gegenüberstand. Es hat Jahre in der Verbandsgeschichte gegeben, in denen die Ausgaben nicht unerheblich höher waren als die Einnahmen, so in den Jahren 1901, 1911 und 1916, infolge außerordentlich hoher Ausgaben für Unterstufungen. Verhältnismäßig hohe Ausgaben gegenüber den Einnahmen brachte fast das ganze Jahrzehnt hindurch von 1901 bis 1910. Erst die auf dem Verbandstag in Halle beschlossene Beitragserhöhung schuf hier Wandel. Verhältnismäßig hoch waren auch die Ausgaben im Jahre 1925 infolge der Aufwendung großer Mittel für Lohnkämpfe. Nur die Erhebung von Extrabeiträgen vermochte das finanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Ansammlung eines größeren Kampffonds ging in der Vorkriegszeit recht langsam vor sich. Als der Krieg ausbrach, betrug das ausgewiesene Verbandsvermögen der Haupt- und Lokalkassen 4 899 260 Mk. Die Inflation fraß den Vermögensbestand völlig auf. Mit der Währungsstabilisierung begann eine neue Periode des finanziellen Aufbaus. Den Erfolg beweist die Tatsache, daß laut Vermögensanweis das Verbandsvermögen (Vermögen der Hauptkasse und der Kassenbestände der Lokalkassen) Ende 1929 17 794 364 Mk. betrug; ein gewaltiger Erfolg gewerkschaftlicher Aufbauarbeit in den letzten sechs Jahren.

Die Steigerung der Beitrags- und Unterstufungsleistungen pro Mitglied und Jahr zeigen folgende Vergleiche an:

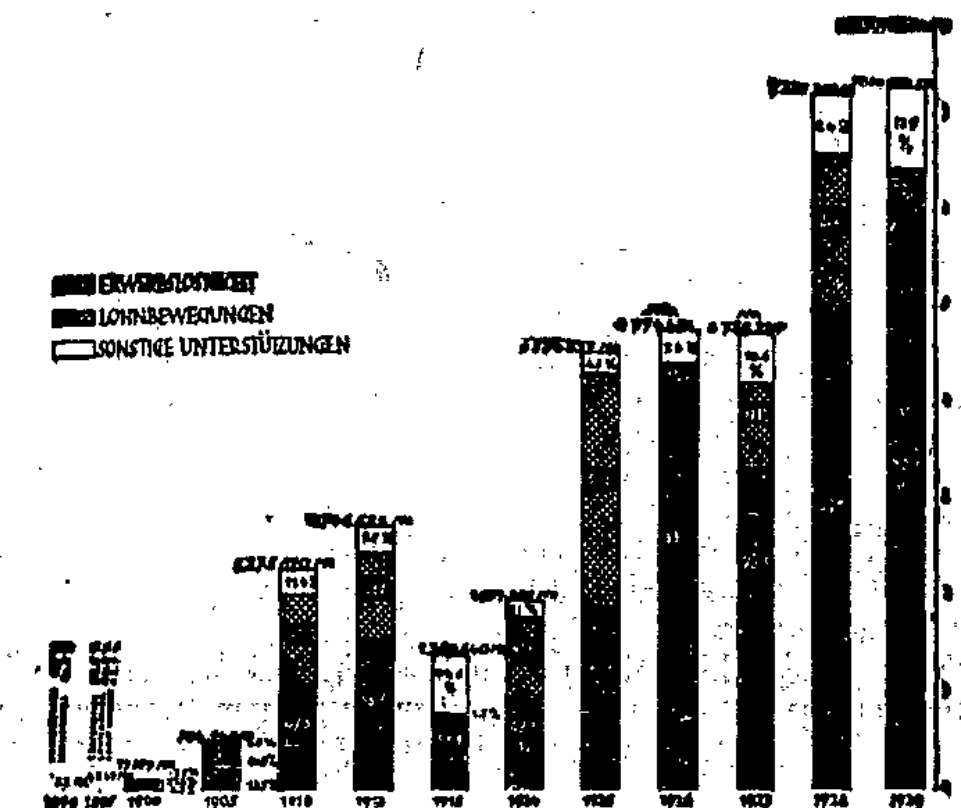
Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Beitragsanteil der Zahlstelle	Unterstufungsausgaben
In Mark pro Mitglied und Jahr:				
1891	2,54	1,92	—	0,26
1900	7,76	6,99	2,62	8,00
1910	22,80	21,07	8,69	14,30
1913	26,26	22,10	8,63	13,05
1924	14,54	12,14	4,45	6,00
1925	25,96	23,60	8,12	14,93
1929	48,51	34,74	16,25	15,24

In den gewaltigen Steigerungen der finanziellen Leistungen und Gegenleistungen drückt sich die große Erweiterung des Arbeitsgebiets des Verbandes aus. Die besonders große Erhöhung der Einnahmen in den letzten Jahren gehört zu den finanziellen Vorbereitungsmaßnahmen für die am 1. Januar 1930 erfolgte Einführung der Invalidenunterstützung des Verbandes.

Die gewaltige Entwicklung des Unterstufungswesens unseres Verbandes wird in der folgenden Übersicht gezeigt. Aus ihr ist auch der Anteil der einzelnen Unterstufungsarten an den gesamten Aufwendungen für Verbandsunterstufungen ersichtlich:

Von den Gesamtausgaben für Unterstufungen entfallen auf:

Jahr	Erwerbslosen-Unterstützungen		Streik- u. Gemahregelten-Unterstützung		Sonstige Unterstufungen (Sterbefall-, Umzug-, Notlage-, Rechtschuh-)	
	Mk.	In %	Mk.	In %	Mk.	In %
1890	7	8,5	75	91,5	—	—
1895	3 051	62,5	1 205	24,8	511	12,7
1900	2 666	2,7	87 924	89,8	7 887	7,5
1905	67 865	13,5	408 402	80,9	27 910	5,6
1910	1 081 678	47,5	934 255	41,1	259 877	11,4
1913	1 558 308	56,8	926 374	83,7	262 840	9,5
1924	928 719	47,2	858 857	43,7	178 844	9,1
1925	1 892 112	41,7	2 428 212	53,6	216 013	4,7
1926	4 205 501	88,0	217 544	4,7	861 880	7,3
1927	3 333 896	70,3	805 199	19,1	439 175	10,6
1928	4 997 738	69,0	1 630 079	22,6	610 891	8,4
1929	6 080 154	83,7	822 267	4,4	862 682	11,9



Es wäre falsch, aus dem Überwiegen der sozialen Unterstufungen in den letzten Jahren und dem Zurückgehen der Unterstufungen für Lohnbewegungen einen Funktionswandel des Verbandes herauszulesen. Schon das Vorhandensein einer starken Organisation erspart viele Lohnkämpfe. Die Unternehmer sind eher geneigt, Zugeständnisse zu machen, wenn sie wissen, daß eine stark gerüstete Organisation ihnen gegenübersteht. Es war möglich, in den letzten Jahren größere Erfolge ohne Kämpfe zu erzielen. Insgesamt hat der Fabrikarbeiterverband und die jetzt mit ihm zusammengeschlossenen Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter (unter Ausschaltung der Inflationsjahre) 85 000 000 Mk. an Verbandsunterstützungen geleistet, davon allein seit Beendigung der Inflation 35 558 980 Mk. Auf diese gewaltigen sozialen Leistungen, geboren aus dem Geiste der gegenseitigen Hilfe, kann der Verband mit Stolz verweisen.



### Der Kampf um den Ertrag der Arbeit.

Von Ernst Großmann.

Der in Deutschland zur Entfaltung gekommene Kapitalismus strebte nach Befreiung von allen mittelalterlichen und zünftlerischen Fesseln. Die Befreiung der Innerdeutschen, kleinstaatlichen Zollschranken, die Einführung der Gewerbefreiheit und andere gesetzliche Neuerungen machten den Weg frei für die industrielle Entwicklung. Dem neu entstandenen industriellen Proletariat kam die Freizügigkeit und mit der Gewerbeordnung das Koalitionsrecht zugute. Das letztere war nicht frei von Fingeln und lästigen Einschränkungen, aber der größere Mangel bestand darin, daß die neue Schicht der Industriearbeiter erst lernen mußte, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen.

Die ersten Ansätze der gewerkschaftlichen Organisationen aus den 60er und 70er Jahren wurden beinahe restlos durch das Sozialistengesetz zerstört. Erst mit dem Fall dieses Gesetzes im Jahre 1890 beginnt eine neue Ära der gewerkschaftlichen Organisation. Es war kein Zufall, sondern es lag im Zuge der Zeit, daß im Juni 1890 in Hannover durch Zusammenschluß einer Anzahl von lokalen Arbeitervereinen der Grundstein zu unserem heutigen Zentralverband gelegt wurde. Die damaligen Zustände — übermäßig lange Arbeitszeit, niedrige Entlohnung, Mangel an Gesundheitschutz und hygienischen Einrichtungen, schlechte Behandlung und rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter — trieben geradezu zur gewerkschaftlichen Betätigung an. Leider war der Kreis der zum Denken erwachten Arbeiter nur klein. Er erweiterte sich nur langsam und konnte zunächst nur durch öffentliche Kritik auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter einwirken. Daß diese Kritik und die Existenz des Verbandes dem Unternehmertum unbequem waren, äußerte sich in Maßregelungen und Verfolgungen organisierter Arbeiter. Schwarze Listen sollten verhindern, daß der Gemahregelte andere Arbeit fand. Zu diesem Druck gesellten sich die vereinsgesetzlichen Nadelstiche, polizeiliche Beaufsichtigung und Bevormundung sowie rücksichtslose Anwendung vorhandener und künstlich konstruierter Strafbestimmungen gegen die Organisation der Arbeiter und ihre Funktionäre.



Druck erzeugt Gegendruck. Dieses Naturgesetz bewies seine Richtigkeit auch hier. Die Pioniere des Verbandes waren bereit, alle Opfer des Kampfes für die Fortentwicklung der Organisation auf sich zu nehmen und für Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben einzustehen. Darin lag die Garantie für den Fortschritt und den Aufstieg. Langsam, aber stetig wuchs die Zahl der Mitglieder, wuchsen die Kräfte der Organisation. Zwar wurde mancher Kampf der Arbeiter um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeblasen, aber auch mancher Sieg erfochten. Selbst die verlorenen Kämpfe legten Zeugnis ab von der wachsenden Solidarität der Arbeiter und steigerten die Achtung vor der Organisation bei späteren Anläufen um Lohn und Brot.

Nach und nach mußte die lange Arbeitszeit verkürzt, die Löhne aufgebessert, Schutzmaßnahmen eingeführt und angewendet werden. Trotz aller Widerstände wurde die diktatorische Festschreibung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer abgebaut; sie mußte der kollektiven Regelung des Arbeitsvertrages Schritt für Schritt Platz machen. Dieser zähe Kampf um das Mitbestimmungsrecht war innerhalb unseres Agitationsgebietes besonders schwer, weil es sich in der Hauptsache um ungelernete, nicht handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter handelte, die leichter zu erschrecken und schwerer zu organisieren waren. In Zeiten niedergehender Konjunktur waren die errungenen Vorteile wieder gefährdet. Ihre Verteidigung erforderte neue Kampf- und Opferbereitschaft. Mancher Kollege, der sich dem Verband angeschlossen und mit Begeisterung für die Ziele und Aufgaben desselben tätig war, ist nach kurzen Anstrengungen müde geworden, weil ihm das Ziel zu fern, der Weg zu beschwerlich erschien. Die gemeinsame Not schaffte immer aufs neue die enge Verbundenheit der unter gleichen Verhältnissen leidenden Proletarier miteinander. Die gemeinsame Arbeit innerhalb der Organisation weckte und pflegte den Geist der Solidarität und half dem Fortschritt die Bahn ebnen. Ohne Begeisterung, ohne Opfermut und Gemeininn kann eine Organisation der Unterdrückten nicht bestehen und vorwärts kommen. Daß diese Eigenschaften bei den Schöpfern und Förderern des Verbandes in reichem Maße vorhanden waren, beweist die Geschichte unseres Verbandes. Der Aufbau desselben mußte unter den härtesten Widerständen, im Kampfe mit den Unternehmern und der Staatsgewalt erfolgen.

40 Jahre zähen gewerkschaftlichen Ringens liegen hinter uns. Die einzelnen Etappen, die zeitlichen und ziffernmäßigen Erfolge sowie der Entwicklungsgang des Verbandes sind aus den Protokollen der Verbandstage, den Jahrbüchern, dem „Proletarier“ und aus vielen anderen Publikationen erkennbar. Hier ist nicht der Ort, statistisches Zahlenwerk niederzuschreiben. Aber eine Gegenüberstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von einst und jetzt beleuchtet blitzartig den Fortschritt. Neben der Erweiterung der Demokratie in Reich, Staaten und Gemeinden ist auch im Wirtschaftsleben der Absolutismus zurückgedrängt und die Demokratie gefördert worden. Die Mitglieder des Verbandes arbeiten, von Ausnahmen abgesehen, unter tarifvertraglichen Bedingungen. Der Achtfundentag bildet die Regel, die Überschreitung der achtfundigen Arbeitszeit die Ausnahme. Die Zeittlöhne sind in den Tarifverträgen festgelegt, die Akkordlohnsätze betrieblich vereinbart. Für Überstunden und Sonntagsarbeit müssen entsprechende Zuschläge zu dem normalen Lohn gezahlt werden. Die Wahl und die Befugnisse der Betriebsvertretung der Arbeiter sind gesetzlich geregelt.

Als im Jahre 1908 ein Philantrop, Ernst Solway, in den kontinentalen Abteilungen der Deutschen Solwaywerke in Bernburg den Achtfundentag einführt, verursachte diese Neuerung erhebliches Aufsehen. Sie ist mit Recht als ein sozialer Tat gepriesen worden. Sechs Jahre später gelangte ein Ferienurlaub bis zu 6 Tagen zur Einführung. Außer dem Lohn wurde für jeden Ferientag ein Zehrgeld von 2 Mark gewährt. Jetzt ist der Ferienurlaub in den Tarifverträgen allgemein festgelegt. Drei bis zwölf Tage im Jahre ohne Lohnverlust ausspannen zu können, ist eine Errungenschaft, die wertvoll genug ist, gegen etwaige Angriffe mit allen Mitteln verteidigt zu werden.

Damit sind die Früchte des gewerkschaftlichen Strebens keineswegs erschöpfend aufgezählt. Die Notlage des Arbeitstuchenden kann nicht zum Lohndruck ausgenützt werden, wenn die Löhne tarifvertraglich geregelt sind. Wie würde es ohne diesen Schutz aussehen? Auch die Rechtsverhältnisse sind für die Arbeiterschaft günstiger geworden. Der gewerkschaftliche Einfluß auf die allgemeinen sozialen Verhältnisse ist unverkennbar. Diese Erfolge werden auch dadurch nicht verkleinert, daß es noch rückständige Ausnahmen von der Regel gibt.

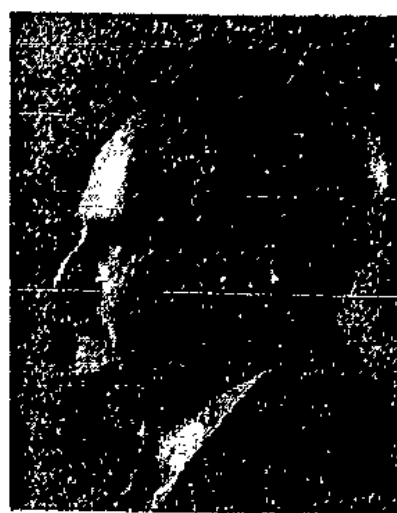
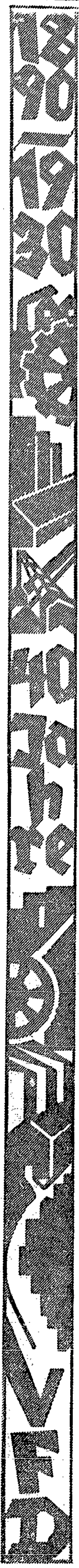
Gewiß, nicht alle Blühträume sind gereift, manche überschwingliche Hoffnung mußte begraben, manche Enttäuschung in Kauf genommen werden. Die Erfolge befriedigen nicht reiflos; sie könnten größer sein, wenn nicht starke Hemmungen hindernd im Wege gewesen wären. Die Zahl der indifferenten, teilnahmslosen und sogar gewerkschaftsfeindlichen Berufs- und Klassengenossen ist noch immer erheblich. Wirtschaftskrisen und besonders der Weltkrieg sowie die Inflationszeit haben in dem gleichen Sinne hemmend eingewirkt. Und doch erfüllt uns Stolz und Freude, wenn wir auf die Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte zurückblicken. Dieser Aufschwung darf aber nur kurz sein. Vor uns liegt die ungewisse Zukunft. Die größte Sorge der Gegenwart ist die ungeheure Arbeitslosigkeit, unter der Tausende und aber Tausende unserer Kolleginnen und Kollegen leiden. Die Lösung dieses Problems, die weitere Demokratisierung der Wirtschaft, der Kampf um den Ertrag der Arbeit und andere Dinge stellen die Gewerkschaften und insbesondere unseren Verband vor neue, größere Aufgaben. Dazu sind neue und größere Kräfte erforderlich. Diese zu gewinnen, neue Kämpfer zu werben und zu schulen, das Errungene zu verteidigen und neue Gebiete des sozialen Lebens zu erobern, ist unser Arbeitsgebiet in den kommenden Jahren.

Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß im wirtschaftlichen Kampfe nicht mit geschwollenen Resolutionen, nicht mit spontanen Kraftanstrengungen, sondern nur in beharrlicher und zäher Arbeit Terrain gewonnen werden kann. Diese in der zurückliegenden Zeit geübte Ausdauer und Beharrlichkeit wird auch unser Leisten bei der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit sein müssen. Als Ratgeber stehen die Erfahrungen der Vergangenheit zur Verfügung. Indem wir die Alten ehren und ihre Tätigkeit lobend anerkennen, erwacht der arbeitenden Jugend die Pflicht, das Errungene zu schützen und auszubauen, die begonnene Arbeit fortzusetzen und zu vollenden.

## Freie Menschen.

Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft . . . der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrückung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt.

Ferdinand Lassalle.



## Arbeitsrecht und Rechtsschutz.

Von Karl Schmidt.

Von jeher werden die Volksmassen politisch und wirtschaftlich durch die Regierungsgewalten in Gemeinschaft mit den bestehenden Klassen bedrückt und ausgebeutet. Dieser Zustand ist ermöglicht durch die Machtverhältnisse, die zum größten Teil durch die gebildete Rechtsordnung gestiftet werden. Maßgebend für die Rechtsgestaltung in Deutschland war u. a. auch das römische Recht. Dieses überläßt den Herren die Sklaven zur beliebigen Ausnutzung.

Die Kaiserlegende war die Grundlage für die Überleitung des römischen Rechts auf deutsche Verhältnisse. Die Krönung Karls des Großen im Jahre 800 durch den Papst bildete die Fortsetzung des römischen Kaisertums.

Auch die Geistlichkeit trug durch ihr kanonisches Recht, welches zum Teil auf römischem Recht beruht, zur Einführung dieser fremden Rechtsgrundsätze bei.

Prof. Hans Fehr charakterisiert die weitere Entwicklung in seinem Werk: „Recht und Wirklichkeit“ wie folgt:

„. . . Das wirkliche Rechtsleben Deutschlands weist daher vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts folgendes Bild auf:

Mit der Kraft eines Wasserfalls stürzt sich das römische Recht auf das deutsche. Es blegt das einheimische um oder verdrängt es vollständig. Es schafft ein Mischrecht, ein Bastardrecht, das sogenannte gemeine Recht.

. . . In der römischen Rechtswelt steht der einzelne da wie ein Gepanzerter. Sein Wille ist Herrenwille. Seine Person ist Rechtsmacht, eine Macht, die ihn selbst und sein Eigentum gegen alle anderen abschließt. Das römische Recht ist eine Unsumme von Einzelrechten, von Herrenrechten. Das römische Eigentum ist ein Rechtskörper, der einsam, ohne Verbundenheit, im Wirtschaftsleben steht. Es kennt nur Gegner. Wer es antastet, ist sein Feind. . . .

„. . . Und heute? Die Römer haben gesiegt!“

Prof. Dr. Menger führt in seinem Werk „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen“ folgendes aus:

„. . . Es ist natürlich, daß das bürgerliche Recht, welches seit Jahrtausenden bloß von den besitzenden Volksklassen ausgebildet worden ist, auch vollständig im Dienste ihrer Interessen steht. Wenn also ein Gesetzbuch die analoge Rechtsanwendung vorschreibt, so muß das zur notwendigen Folge haben, daß ein großer Teil aller Rechtsstreite zwischen den Besitzenden und Besitzlosen, für welche sich eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung nicht vorfindet, zum Nachteil der letzteren entschieden wird.“

Diese Zitate umreißen kurz die Gründe, weshalb die Arbeiterklasse im besonderen mit den Rechtsverhältnissen, die den Arbeitsvertrag betreffen, nicht auf ihre Rechnung kommt. Das römische Recht und das heutige sind von Juristen erdacht, fabriziert, ausgelegt und ergänzt. Mit Volksempfinden und mit einer Schöpfung aus den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen hat dieses Recht nichts gemein.

Eugen Schiffer, Reichsjustizminister a. D., von dessen geschichtlichen Darstellungen wir leider absehen müssen, faßt diesen Vorgang in seinem Werk „Die deutsche Justiz“ zusammen und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Die sichtbare Mauer ist verschwunden, die unsichtbare ist da. Der Geist des römischen Rechts scheidet noch immer Recht und Volk.“

Schiffer fragt bezüglich der Entwicklung in der neueren Zeit: „Über liegt das nicht alles hinter uns?“ Er verneint dies und sagt, obwohl der Obrigkeitstaat beseitigt und die Demokratie an seine Stelle getreten ist, blieb der alten Behördenapparat und -organismus. „Den Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben.“

Es nützt also nichts, wenn durch Gesetze und Verfassung die persönliche Freiheit des Arbeiters gewährleistet wurde. Die politische und persönliche Freiheit kann nur dann voll zur Auswirkung kommen, wenn auch die wirtschaftliche Abhängigkeit beseitigt und die bestehenden Macht- und Gewaltverhältnisse auch tatsächlich erledigt sind.

Bei der Beurteilung der Rechtsverhältnisse muß unbedingt berücksichtigt werden der Unterschied, der zwischen den Besitzenden und der besitzlosen Volksklasse besteht. Die größte Ungleichheit und damit Ungerechtigkeit ergibt sich daraus, daß Ungleiches gleich behandelt wird. Verschärft wird dieser Zustand auch noch durch die Ungleichheit der Rechtsverfolgung.

Die bürgerlichen Juristen erkennen diese Ungleichheit nicht, weil ihnen dies infolge ihrer Abstammung und ihres Bildungsganges nicht zum Bewußtsein kommt. Aus dieser mangelnden Erkenntnis und dem Privileg, daß bis jetzt nur gebildete und besitzende Volksteile das Vorrecht haben, Juristen zu stellen, erleiden die Besitzlosen einen weiteren Nachteil, der sich schwer auswirkt.

Aus der skizzierten Entwicklung ist zu erkennen, daß das Schuldrecht, die Bestimmungen über Kauf oder Miete, auch die Grundlage des Arbeitsrechts bildet.

Die römischen Rechtsgrundsätze über Schuld und Verpflichtung auf den modernen Arbeitsvertrag angewendet, haben sich noch nicht geändert. Das Sachrecht ist zugeschnitten auf den Schutz des Privateigentums. Es regelt die Rechtsgrundlage des Kaufes. Der Unternehmer als Käufer der „Ware Arbeitskraft“ findet dabei seine rechtliche Befriedigung. Der Arbeiter als Träger der Arbeitskraft ist bei dieser Regelung im Nachteil. Es ergibt sich das schon aus der Tatsache, daß die Arbeitskraft mit dem Menschen untrennbar verbunden ist. Trotzdem Sklaverei und Hörigkeit aufgehoben sind, wirkt das Recht über den Arbeitsvertrag in dieser Richtung nach.

Der Arbeiter ist, nicht durch den Arbeitsvertrag allein, einseitig beschränkt und benachteiligt, sondern die persönliche Gebundenheit wirkt auch über das Arbeitsverhältnis hinaus.

Die wirtschaftliche und soziale Machtstellung des Großunternehmertums beherrscht die Arbeiter nach Schluß der Arbeitszeit. Das Unternehmertum koalitiert sich, um damit noch mehr Einfluß auf Staat und Gemeinschaft und die Arbeiterschaft im besonderen auszuüben. Den Arbeitern wird die Selbsthilfe unterbunden. Das Recht der Koalition wird durch den Druck auf die Existenz des Arbeiters nicht nur vom Unternehmertum, sondern auch von der Staatsgewalt als getreue Helferin beschränkt.

Die heldenmütigen Kämpfe der Arbeiter um ihre Grundrechte, um das Koalitionsrecht und um die Koalitionsfreiheit, haben bis zur Schaffung der Reichsverfassung gebauert. Noch sind die Kämpfe nicht beendet, denn nur scheinbar ist ein gleichmäßiger Rechtsboden geschaffen worden.

Um die Schwere der Kämpfe aus der neueren Zeit in die Erinnerung zurückzurufen, sei nur ein Beispiel angeführt: Der Zentralverband deutscher Industrieller forderte 1911 in einer Eingabe an die Regierung, dem § 241 des neuen Strafgesetzbuches folgende Fassung zu geben:

„Wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft. Einer gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu übermachten.“

Die Pläne der Industriellen konnte die Regierung trotz weitestgehendem Entgegenkommen infolge des Widerstandes der Arbeiterschaft nicht erfüllen.

Der Krieg und seine Auswirkungen brachten einen Umschwung in der Beurteilung der Arbeiterforderungen. Maßgebend wurde dieser beeinflusst durch eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände der freien Gewerkschaften am 23. November 1917. Neben den allgemeinen Forderungen über Arbeitsrecht, Arbeiterschutz und Fürsorge wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Arbeiter nun endlich vollgültiger Bürger im Staate und in der Gemeinde werden müsse. Die rechtlichen und sozialen Schranken müßten beseitigt werden. Die Organisationen der Arbeiter müßten als Glied in der Wirtschaft und im politischen Leben anerkannt werden.



Eine weitere Forderung war eine neuzeitliche Regelung des Vereinsrechtes und der Koalitionsfreiheit; denn die bisherige bestand nur auf dem Papier. Prof. Dr. Brentano schreibt im Hinblick auf den § 153 O.D., der erst durch die Revolution beseitigt wurde: „Das Koalitionsrecht wird gebildet, aber wer davon Gebrauch macht, wird bestraft.“

In der Forderung nach gesetzlicher Regelung der Arbeitsordnung liegt schon das Verlangen nach kollektivem Arbeitsrecht. Als endlich durch die Novelle zur Gewerbeordnung, die seit 1. April 1892 die Einführung der Arbeitsordnung in den Fabriken vorschrieb, in Kraft trat, ergab sich, daß die Unternehmer das alleinige Recht hatten, die Arbeitsordnung einseitig festzusetzen. In dieser Beziehung sind seit der Revolution Verbesserungen eingetreten. Die gesetzliche Betriebsvertretung hat bei der Schaffung der Arbeitsordnung mitgewirkt und deren Unterstellung ist für die Galtigkeit der Arbeitsordnung erforderlich. Immerhin bleibt der Wille des Unternehmers ausschlaggebend. Diese Vorherrschaft wird gestärkt durch die gesetzlichen Vorschriften. Die Direktionsgewalt des Unternehmers wird in der neueren Zeit auch durch die sonderbare Rechtsprechung, die das Reichsarbeitsgericht eingeschlagen hat, sehr erweitert.

Lange, jähe Kämpfe sind um das Tarifvertragsgesetz geführt. Erst als die Gewerkschaften so stark waren, um zur Selbsthilfe greifen zu können, entstanden in den verschiedensten Berufsgruppen Tarifverträge.

Der Staatssekretär des Innern — Dr. Welbrück — sprach im Jahre 1911 von einem Siegeszug der Tarifverträge durch fast alle Industrien. Die Bewegung sei ohne gesetzliche Regelung groß geworden. Er halte daher eine gesetzliche Regelung nicht für notwendig.

Die Hemmungen, die der Obrigkeitsstaat hatte, um die Gewerkschaftsorganisationen als wirtschaftliche Vereinigungen anzuerkennen, sind geschwunden. Jetzt sind die Organisationen Träger der Tarifverträge, was zur Folge hatte, daß die Arbeiterschaft bedeutende Vorteile erzielte. Das Wesentliche aber ist, an Stelle des individuellen Rechtes tritt das kollektive Recht der Arbeiterschaft aus. Doch ist das Ringen auf diesem Gebiete noch lange nicht abgeschlossen. Die Rechtsprechung, die wir eingangs beleuchteten, ist immer noch ausschlaggebend.

Die angeheuren Kämpfe und Streiks und die damit verbundenen Opfer, welche die Arbeiterschaft um die Verkürzung und die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit brachte, seien nur erwähnt. Noch ist das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit nicht durch alle Länder ratifiziert. Der Achtstundentag ist noch nicht restlos anerkannt und durchgeführt, schon treten wieder Bestrebungen hervor, die eine weitere Arbeitszeitverlängerung verlangen, weil die erschreckenden Zustände, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, dies als eiserne Notwendigkeit bedingt.

Betriebsräte und das damit verbundene Mitbestimmungsrecht und Entlassungsschutz, Stilllegungsverordnung, Schlichtungswesen, Schwerbeschädigtenschutz, Entlassungsschutz der schwangeren Frauen und andere Gesetze kennzeichnen den Fortschritt der gesetzlichen Regelung des Arbeitsvertrages.

Wir haben dargelegt, daß die Art der Gesetzgestaltung schon an und für sich schweres Unrecht für die Besitzlosen bringt. Die Rechtsunkenntnis, die zum Teil auch auf schlechte Schulbildung zurückzuführen ist, erhöht die Ungerechtigkeit und die Ungleichheit vor dem Gesetz. Das Handeln der Arbeiter erfolgt in der Regel nur aus dunklem Rechtsgefühl und unzulänglichem Rechtsempfinden. Ihr ganzes Rechtsleben ist daher dem Zufall preisgegeben.

Um hier einen Ausgleich zu schaffen, sind die Gewerkschaften dazu übergegangen, ihren Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren.

Durch den Rechtsschutz wird nicht nur den Verbandsmitgliedern ihr Rechtsanspruch gewährt, sondern dieser wirkt sich auch verhörend und vorbeugend aus. Der Unternehmer weiß, wenn der Arbeiter seinen Rechtsanspruch geltend macht und er diesen nicht befriedigt, daß dann die Organisation hinter dem Arbeiter steht, die den Prozeß führt und die Kosten übernimmt.

Was würden auch dem Arbeiter die Lohnverhöhung und die sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und des Tarifrechtes nützen, wenn er nicht in der Lage wäre, mit Hilfe der Organisation einen Druck auf den Unternehmer auszuüben, der zur Pflichterfüllung anzuhalten.

Der Rechtsschutz kommt in dieser Weise mit als Vollzugsorgan in Betracht. Er wirkt zumeist für die Arbeiter schon günstig, ohne überhaupt in Funktion zu treten. Diese Einrichtung ist ein sehr wichtiges Kampfmittel für die Organisation und eine große Hilfsquelle für die Mitgliedschaft.

Die Rechtsschutzabteilung beim Hauptvorstand prüft die Klageanträge und berät gemeinsam mit den Prozeßvertretern im Reich die Behandlung der Fälle.

Die Unübersichtlichkeit der Rechtszustände, die Unsicherheit in der Rechtsanwendung und -auslegung bedingt, daß die Rechtsschutzabteilung in erweitertem Maße in Anspruch genommen wird. Der Hauptvorstand sah sich deshalb veranlaßt, die Abteilung im Laufe der Jahre zu vergrößern.

Von besonderer Wichtigkeit ist für die Arbeiterschaft nicht nur das geschriebene Gesetz, sondern auch die Rechtsfindung und -anlegung. Daher war die Schaffung von Sondergerichtsbahnen eine zwingende Notwendigkeit.

Der ersten Anstoß für die gewerblichen Schlichtegerichte in Deutschland brachte der Einfall Napoleons 1806 in deutsche Gebiete. Die in Frankreich bestehende Einrichtung wurde eingeführt und blieb bestehen, als Napoleon wieder aus dem Lande vertrieben wurde. Als die Revolution von 1848 die geforderte Sondergerichtsbarkeit nicht brachte, sahen sich viele Städte genötigt, für ihren Bereich Schlichtegerichte oder sogenannte königliche Gewerbegerichte einzuführen. Die Forderungen der Arbeitervertreter, daß mit Einführung der Gewerbeordnung von 1869 auch eine Sondergerichtsbarkeit zu schaffen sei, wurden abgelehnt.

Erst im Jahre 1890 wurden für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Gewerbegerichte obligatorisch eingeführt. 1904 kamen die Kaufmannsgerichte hinzu.

Diese Gerichtsbarkeit, die unter vollständiger Aufsicht der Juristen vollzogen werden konnte, schuf in der Rechtsauslegung eine ganz neue Grundlage, denn die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen der streitenden Parteien fanden weitgehende Beachtung. Die Laienbesitzer machten ihren Einfluß geltend. Dieser wurde erhöht, weil sie planmäßig durch die Organisation in das Wesen des Rechts eingeführt wurden.

Die Gewerbegerichte wurden von den Formaljuristen schwer bekämpft. Im gemeinen muß festgestellt werden, daß die Anschaffung gerade die Ursache war, daß dieses Prozeßverfahren schnell arbeitete und ohne erhebliche Kosten.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in ihrer bisherigen Form entsprachen den neuzeitlichen Verhältnissen nicht mehr, es wurde deshalb ein Ausweg der örtlichen und persönlichen Zuständigkeit angestrebt.

Erbliche Kämpfe und Meinungsverschiedenheiten der Arbeitsgerichtsbarkeit in Erscheinung. Die Justiz und die Unternehmer wollten diese Neuordnung benutzen, um die Sondergerichtsbarkeit zu beseitigen.

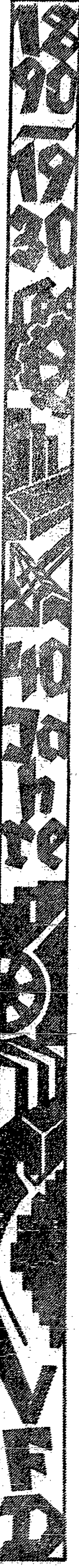
Auf der 9. Tagung des Verbandsrats am 22. April 1926 führte der Schriftführer dieser Zeilen über den Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes u. a. aus:

„Mit Aufgabe der Sondergerichtsbarkeit ist auch die Entwicklung des Arbeitsrechts gehemmt. Die Arbeitsrechtsprechung muß rechtschaffen sein. Dem kollektiven Arbeitsrecht muß die Bahn gebahnt werden. Nur auf diese Weise wird es möglich, die veralteten Rechtsansichten zu beseitigen, daß das Arbeitsrecht dem Sachrecht gleichzustellen ist.“

„Geht man dem Entwurf und den Ausführungen der Richter auf den Grund, dann erkennt man deutlich, es geht um die Macht. Das Arbeitsrecht und seine Gestaltung muß der Formaljuristen, der Juristen in die Hand bekommen, um seine schwindende politische und wirtschaftliche Macht wieder zu beseitigen. Weltanschauungsfragen sind es. Diese Erkenntnis zwingt uns aus Gründen der Selbstverteidigung auf den verdammtesten Weg, nämlich unsere Stellung. Es geht um die Verteidigung und den Ausbau der Sondergerichtsbarkeit des Arbeitsrechts.“

Die Warnungen waren vergebens. Die Justiz hat gefegt. Die Arbeitsgerichtsbesitzer sind der Justizverwaltung an- und eingegliedert.

Die Entwicklung bedeutet einen großen Rückschritt und bringt eine Hemmung in der Entwicklung und Ausgestaltung des neuzeitlichen Rechts.



Prof. Dr. Einzelmar, der neben anderen glaubte, durch das Arbeitsgerichtsgesetz eine Befreiung des Richtertums erzielen zu können, bestrich diese Befreiung. Jetzt, nachdem die unangenehmen Auswirkungen sich zeigen, führte er auf einer Konferenz nach dem „Vorwärts“ vom 28. März 1930 aus:

„Trotz aller Fortschritte, insbesondere auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, macht sich jedoch ein harter Schatten bemerkbar. Das Arbeitsrecht erfährt zwar keine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, demgegenüber fühlt man aber sehr deutlich einen sorgfältigen Abbau des Arbeitsrechts durch die Rechtsprechung, insbesondere die des Reichsarbeitsgerichts.“

Ein Gesetz, durch welches die Juristen den überwiegenden Einfluß auf die Rechtsprechung erlangen, bringt keine Sondergerichtsbarkeit, auch wenn zu dekorativen Zwecken Laienbesitzer fungieren.

Betriebs- und Arbeitsgemeinschaften werden durch die weisen Ratschläge des Reichsarbeitsgerichts konstruiert, von denen das praktische Leben nichts weiß. Damit wird begründet, daß auch die Arbeiter zu dem Risiko des Betriebes mit beitragen müssen. Eine sonderbare Verzerrungstheorie auf Tariflohn ist aufgestellt. Der Begriff Treu und Glauben erfährt ein Anwendung und Auslegung, die dazu führt, daß soziale Gesetze aus der Zeit des Obrigkeitsstaates als überholt erklärt werden. Auch der Lohnschutz wird im Interesse des Unternehmertums beschränkt. Das oberste Gericht beeinflusst und beherrscht die unteren Gerichte. Die Vorgänge ergeben ein Ringen um die teilweise verlorenen Positionen der wirtschaftlichen Macht der noch herrschenden Klasse.

Dieser Rückschlag muß wieder ausgeglichen werden. Die Arbeiterschaft muß in ihrer Gesamtheit zu der Erkenntnis kommen, daß die Erweiterung ihres Rechtes nur durch eine Erhöhung ihrer Macht und ihres Einflusses auf das öffentliche und politische Leben erfolgen kann.

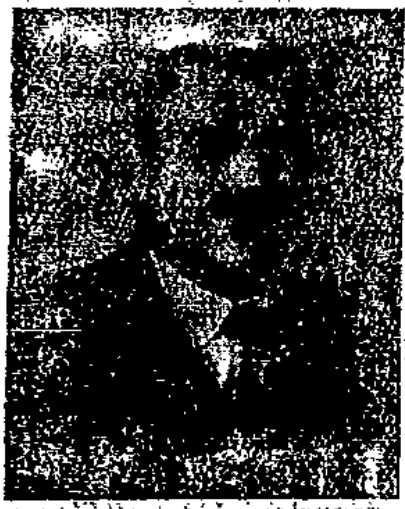
Das neue Recht muß ein Sozialrecht und ein Gemeinschaftsrecht sein. Der Einzelmann muß mehr aus dem Vordergrund des Rechtssystems verschwinden. Das kollektive Arbeitsrecht muß an Stelle des Privatrechts gesetzt werden.

Der Artikel 157 der Reichsverfassung, der bestimmt: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht“, steht vorerst nur auf dem Papier. Diesen Artikel zu verwirklichen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Dieses Ziel kann nicht allein durch den Glauben an die organisatorische Kraft der Organisation und an den Sozialismus erreicht werden, es ist auch notwendig, daß die Masse der Arbeiterschaft selbstbewußt die Rechtsbegriffe erfährt und von Rechtsbewußtsein erfüllt wird.

## Die Betriebsräte-Abteilung.

Von Otto Adler.



Dem in Hannover in der Zeit vom 11. bis 17. Juli 1920 abgehaltenen Verbandstag unterbreitete der Hauptvorstand einen Antrag, einen Sekretär für das Betriebsrätewesen anzustellen, einen ihm folgende Tätigkeit zuzuwenden: Sammeln von Material und Erfahrungen, um daraus belehrend für unsere Kolleginnen und Kollegen zu wirken. Seine Arbeit soll, soweit es möglich, in der „Betriebsräte-Zeitung“ des ADGB niedergelegt werden, dann vielleicht auch im „Proletarier“. Wenn die Notwendigkeit sich ergibt, eine breitere publizistische Basis zu gewinnen, dann ist das eine Frage der Erfahrung und Überlegung. — Dem Antrag wurde zugestimmt. Damit war die Errichtung der Betriebsräteabteilung beschlossen.

Bei der Wahl zum Hauptvorstand wurden die Kollegen Großmann, Köhler und Adler zu Sekretären gewählt. Die Arbeitsverteilung wurde so vorgenommen, daß Ernst Großmann die Tarifabteilung, Karl Köhler das Unterstützungswesen und der Verfasser dieses Artikels die Betriebsräteabteilung übernahm. Am 1. Oktober 1920 wurde die Tätigkeit in der Betriebsräteabteilung aufgenommen. In der damaligen Zeit spielte die selbständige Betriebsrätebewegung noch eine große Rolle. Von politisch linksstehenden Personen wurde eine selbständige Betriebsrätezentrale angezogen, die ihre Aufgabe darin erblickte, die Betriebsräte, losgelöst von den Gewerkschaften, zusammenzufassen. Daß solche Pläne die Betriebsrätebewegung nicht fördern konnten, war für jeden einsichtigen Gewerkschaftler klar, denn das Betriebsrätegesetz weist den Mitgliedern der Betriebsvertretungen so viele gewerkschaftliche Aufgaben zu, daß die Betriebsräte nur als gewerkschaftliche Funktionäre ihre Aufgabe erfüllen können. Schon der Nürnberg-Gewerkschaftskongress im Jahre 1919 brachte zum Ausdruck, daß die Betriebsräte nur als gewerkschaftliche Funktionäre ihre Aufgabe erfüllen können. Im Oktober 1920 fand der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands in Berlin statt, der die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen der Gewerkschaften beschloß.

Der Gewerkschaftskongress in Leipzig im Jahre 1922 unterstrich, daß die Betriebsräte gewerkschaftliche Funktionäre sind, und stellte für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen Richtlinien auf, wonach bei der Auswahl der Kandidaten nicht die politische Richtung maßgebend sein darf, sondern es müssen berufliche Tätigkeit, geistige Strebensamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Unser Verbandstag in Leipzig im Jahre 1925 bekräftigte diese Richtlinien über die Neuwahlen und machte es allen Verbandskörpern zur Pflicht, die Neuwahlen nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses durchzuführen.

Mit diesen Beschlüssen war die Tätigkeit der Betriebsräteabteilung vorgezeichnet. Sie ist stets bestrebt gewesen, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und vor allem aber darauf zu achten, daß bei der Wahl zu den Betriebsvertretungen in den für uns zuständigen Betrieben auch unsere Organisation mehr zur Geltung kommt. Im Anfang des Bestehens des ADGB waren unsere Mitglieder sehr bescheiden. In den Betriebsräten waren zum größten Teil die Handwerker ausschlaggebend, und sehr oft war der Vorsitzende des Betriebsrats nicht Mitglied unserer Organisation. Mit diesem Abstand ist im Laufe der Jahre aufgeräumt worden. Nach dem Ergebnis unserer Erhebung über die Betriebsräteabteilung im Jahre 1929 waren 26 556 Mitglieder der Betriebsvertretungen in den für uns zuständigen Betrieben vorhanden. Dem Verbandsgebiet gehörten 29 000, anderen freien Gewerkschaften 1924, christlichen Gewerkschaften 1036, Hirsch-Denkertischen Gewerkschaften 65, Unionisten und Syndikalisten 8, nationalen und wirtschaftsrechtlichen Vereinigungen 143, Afabund 731, gegnerischen Angestelltenverbänden 670, und unorganisiert waren 1079 Mitglieder der Betriebsvertretungen. Unter den letzteren befinden sich auch die Mitglieder der sogenannten Gewerkschaftsopposition, also die kommunistischen Betriebsräte. Im Jahre 1929 wurden in 17 Betrieben sogenannte Oppositionslisten aufgestellt. Bei der Wahl erhielten wir in diesen 17 Betrieben insgesamt 88 Betriebsratsmitglieder, während die Opposition 70 erhielt. Für das Jahr 1930 liegt ein Gesamtergebnis noch nicht vor. Da aber die Zentrale der ADGB aufgefordert hat, überall sogenannte Oppositionslisten aufzustellen, wird sich wahrscheinlich die Gesamtzahl der unorganisierten Betriebsratsmitglieder etwas erhöhen. Das spielt aber gar keine Rolle im Verhältnis zu der Zahl der in den freien Gewerkschaften organisierten, denn im Jahre 1929 gehörten von den 26 556 Mitgliedern der Betriebsvertretungen 22 824 den freien Gewerkschaften an. Von den Vorstehenden der Betriebsräte gehörten unserem Verband 4698 und anderen Verbänden 487 an. Es ist uns also gelungen, unsere Organisation auch in den Betriebsvertretungen überall zur Geltung zu bringen. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß sich bei den Wahlen zu der Betriebsvertretung die gewerkschaftliche Richtung mehr und mehr durchgesetzt hat. Das kommt nicht allein bei den Wahlen zum Ausdruck, sondern die Mitglieder der Betriebsvertretungen sind auch bei Ausübung ihrer Tätigkeit bestrebt, im engen Einvernehmen mit den Zahlstellenleitungen, den Vorgesetzten und dem Hauptvorstand



zu arbeiten. Sehr viel dazu beigetragen haben die seit Februar 1925 begonnenen Schulungskurse für Betriebsräte und Funktionäre unseres Verbandes. Die Kursteilnehmer sind zum größten Teil Betriebsratsmitglieder, und unsere Bildungsarbeit hat sich infolgedessen günstig ausgewirkt, daß die Betriebsräte eher ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen können und sich auch mehr als früher als gewerkschaftliche Funktionäre fühlen. Neben dieser Tätigkeit erteilt die Betriebsräteabteilung schriftliche Auskunft über alle für die Betriebsräte in Betracht kommenden Fragen und wirkt auf Konferenzen der Betriebsräte für einzelne Gesellschaften durch aufklärende Vorträge mit.

Der Belehrung und Aufklärung der Betriebsräte dient auch unser „Betriebsrat“, die monatliche Zeitschrift, die im Januar 1922 zum ersten Male herausgegeben wurde. Im arbeitsrechtlichen Teil werden Streitfragen für Betriebsräte behandelt und durch gerichtliche Entscheidungen gestützt. Seit dem Jahre 1924 hat der „Betriebsrat“ eine volkswirtschaftliche Beilage, wodurch unsere Betriebsräte über wirtschaftliche Fragen unterrichtet werden. Die im „Betriebsrat“ veröffentlichten Gerichtsentscheidungen werden als Material, einseitig bedruckt, herausgegeben und den Funktionären des Verbandes zwecks Anlegung einer Materialsammlung zur Verfügung gestellt.

Im April 1923 wurde zum erstenmal unser „Handbuch für Betriebsvertretungen und Betriebsvertrauensleute“ herausgegeben, das ebenfalls der Belehrung und Aufklärung der Mitglieder der Betriebsvertretungen dient. Es ist ein Nachschlagebuch, das alles Wichtige über die Aufgaben und die Tätigkeit der Betriebsvertretungen enthält.

Neben der Beeinflussung der Wahlen zu den Betriebsvertretungen im gewerkschaftlichen Sinne ist die Wahl von Betriebsräten in die Aufsichtsräte von großer Bedeutung. Auch hier war es erforderlich, unsere Organisation mehr zur Geltung zu bringen. Das ist zum großen Teil geschehen, und zwecks Verständigung über die aufzustellenden Kandidaten müssen öfter Konferenzen der Betriebsräte von Aktiengesellschaften abgehalten werden. Auf diesen Konferenzen werden die Kandidaten zur Wahl von Betriebsräten in den Aufsichtsrat aufgestellt.

Mit bearbeitet wird in der Betriebsräteabteilung die Gemahregelungenunterstützung, weil es in der Hauptsache Betriebsräte und Funktionäre des Verbandes sind, die wegen ihrer Tätigkeit von dem Unternehmertum brotlos gemacht werden. Die Betriebsstillegungen werden benutzt, um sich der Betriebsratsmitglieder zu entledigen, denn nach Wiederaufnahme der Arbeit im Betriebe bleiben sehr oft die Betriebsratsmitglieder draußen.

Die Betriebsräteabteilung war die ganzen Jahre mit einem Sekretär und einer Schreibhilfe besetzt. Die Häufung der Arbeiten, insbesondere die Lehrtätigkeit an der Verbandsschule in Wennigsen, die 13 bis 14 volle Wochen im Jahre in Anspruch nimmt, machte die Anstellung einer männlichen Hilfskraft erforderlich. Der Hauptvorstand wählte hierzu den Kollegen Ernst Rehselb, der bisher als Hilfsarbeiter in einer anderen Abteilung des Hauptbüros beschäftigt war. Sein Eintritt in die Betriebsräteabteilung erfolgte am 7. Oktober 1929.

In dem 10jährigen Bestehen der Betriebsräteabteilung hat sich gezeigt, daß diese Einrichtung notwendig war, und sich für den Verband günstig ausgewirkt hat.

## Die Entwicklungstendenzen in der chemischen Industrie.

Von Gustav Haupt.

Die chemische Industrie besteht in Deutschland in ihren wichtigsten Branchen erst seit Mitte des vorigen Jahrhunderts. Langsam tastend setzte Ende der sechziger Jahre ein merkbarer Aufschwung ein, der bis in die heutige Zeit ununterbrochen angehalten hat und zeitweise stürmische Formen annahm, die durch besondere wissenschaftliche Fortschritte und dadurch bedingte Erfindungen gekennzeichnet sind. Als besondere Etappen oder auch als Meilensteine in der Entwicklung der jungen chemischen Industrie fallen auf die Erfindung der Leersfarben und deren Herstellung auf großtechnischer Grundlage unter besonderer Berücksichtigung des künstlichen Indigos und der lichtbeständigen Indanthrenfarben, der brillanten Sprengstoffe, aufgebaut auf Dynamit, Nitrobenzol und Nitroglycerin, die Gewinnung des Luftstickstoffs und dessen Verarbeitung auf Ammoniak, Salpetersäure und Stickstoffdüngemittel und als neueste weltbewegende Errungenschaft die Kohleverflüssigung bzw. das Krackverfahren, um aus Kohle oder Teer Benzine herzustellen.

Daneben liegen die nicht minder wichtigen Erfindungen auf dem Gebiete der Zelluloseindustrie, denen wir das Zelluloid und andere plastische Massen, das in seinen Verwendungsmöglichkeiten noch längst nicht erschöpfte Cellophan wie auch die Kunstseide verdanken. Die pharmazeutische Industrie bereicherte die Arzneimittel, indem sie Seli- und Impfstoffe synthetisch herstellte, und die Photochemie gestaltete die „photographische Kunst“ zu einem populären Sport.

Trotzdem stand die Wiege der modernen chemischen Industrie nicht in Deutschland. England und Frankreich schufen früher chemische Fabriken. Die Entwicklung nahm aber in Deutschland ein schnelleres Tempo an, weil hier schon frühzeitig eine glückliche Verbindung zwischen Wissenschaft und chemischer Technik zustande kam und die deutschen Unternehmer systematisch auf eine Zusammenfassung der gesamten chemischen Industrie hinarbeiteten.

Die chemische Industrie war bei ihrer Massenherstellung von Farbstoffen und Medikamenten von Anfang an auf einen großen Abnehmerkreis eingestuft, war also Exportindustrie. Nur durch einen bestimmten Hochstand der chemischen Wissenschaft und schnellste Umsetzung wissenschaftlicher Erfindungen in die Großtechnik konnte sie sich den vollen Erfolg jahrelanger Versuchsarbeiten sichern. Dabei standen sich aber die einzelnen Unternehmer als Konkurrenten im Wege. Auch galt es fortgesetzt Arbeitererwerb für die unangenehme Arbeit in der chemischen Industrie bei niederen Löhnen zu schaffen. Diese Widerstände und Unannehmlichkeiten auszuscheiden, strebte man in der jungen chemischen Industrie schon frühzeitig einen Wirtschaftsverband an, der im „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ zustande kam und heute die gesamten chemischen Betriebe Deutschlands umfaßt.

Dieser Wirtschaftsverein hat auf die Entwicklung der chemischen Industrie, auf die Zollpolitik, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der chemischen Industrie und andere die Arbeiter berührende Fragen einen so starken Einfluß ausgeübt und dient diesen Zwecken noch heute, daß es sich lohnt, seine Tätigkeit unter die Lupe zu nehmen.

In der Zeitschrift zum 50jährigen Bestehen des Vereins, verfaßt von „Dr. C. Ungewitter“, heißt es u. a., daß die Entschung der chemischen Großindustrie die Voraussetzung für die Bildung des Wirtschaftsverbandes gewesen ist, weil die den territorialen Bedarf übersteigende Produktion zu einer Verührung mit den Interessensphären anderer heimischer und ausländischer Wirtschaftszweige führte, Fragen des Verkehrs in Erscheinung traten, die für den kleingewerblichen Betrieb ohne Bedeutung waren und die steigende Produktion und die wachsende Arbeiterzahl erhöhte Ansprüche der Staatsgewalt an den Unternehmer auf finanziellen und sozialem Gebiete hervorriefen. Damit traten allgemeinwirtschaftliche und Sonderfragen des engeren Berufskreises an die Industriellen heran, deren Lösung über die Kräfte des einzelnen hinausging.

Ungewitter zitiert dann aus „Der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1815 bis 1914“ von Satorius von Waltershausen über die Zustände von Mitte bis Ende der siebziger Jahre und übernimmt kritiklos die Angabe, daß die solide Arbeitsluft der Unternehmer durch die hohen und schwankenden Löhne bei den Arbeitern herabgesetzt war, um eine Seite später zu berichten, daß im Jahre 1878 der Arbeitslohn für einen



Arbeiter der Berliner chemischen Industrie bei wesentlich längerer Arbeitszeit und teilweiser Sonntagsarbeit 10 bis 12 Mk. die Woche betrug.

Selbst unter Berücksichtigung der höheren Kaufkraft der Mark zu damaliger Zeit muß dieser Lohn für Berliner Verhältnisse geradezu als jämmerlich bezeichnet werden.

Einen weiteren Anlaß zur Gründung des Wirtschaftsverbandes bildete in den siebziger Jahren die neu geschaffene Verfassung des Deutschen Reiches mit der dadurch bedingten weitgehenden Umgestaltung der Gesetzgebung auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Der Verein sollte auch die Regierung beeinflussen, um der chemischen Industrie den Weg zu ebnen und sie vor gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter zu bewahren, weil das Geld kostete. Der Einfluß der chemischen Industrie in dieser Richtung in der Vorkriegszeit ist von unserem Verband häufig nachgewiesen und kritisiert worden. Der Vorsitzende des Vereins sagte zur Feier des 25jährigen Bestehens, daß in Deutschland damals nur in einem festen Zusammenschluß der Fabrikanten, mit Aufbietung aller Kräfte, Anerkennung seitens der Regierungen erlangt werden konnte.

Lezten Anstoß zur Gründung des Vereins gab die Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876, an der auch die deutsche chemische Industrie beteiligt war. Der Vertreter der deutschen Reichsregierung, Geheimrat Reuleaux, fällt damals über die deutsche Abteilung der Ausstellung das vernichtende Urteil „billig und schlecht“. Die Chemieherrn waren in Philadelphia in Fühlung mit der amerikanischen Chemical Society gekommen und hatten den Stand der ausländischen chemischen Industrie kennengelernt. Die hierbei gewonnenen Eindrücke führten zu dem Beschluß, einen Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie zu gründen, der einen Austausch der Erfahrungen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiete ermöglicht, die gemeinsamen Belange gegenüber anderen Industrien und der Regierung und der Arbeiterschaft wahrnimmt. An dieser Besprechung nahmen Dr. Holz von der chemischen Fabrik vorm. A. G. Schering und Dr. Martius von der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation teil, die beide im Vorstand eine Rolle spielten. Nach der Rückkehr wurde zu einer konstituierenden Versammlung am 25. November 1877 nach Frankfurt a. M. eingeladen, wo die Gründung erfolgte. In dem Aufruf zur Versammlung wurde als Zweck der Vereinigung auch die Regelung der Arbeiter- und Beamtenfrage, das Versicherungswesen usw. angegeben.

Als Gründer waren die Firmen.

Badische Anilin- und Sodafabrik	16,5 Millionen Mark
Vereinigte Chemische Fabriken Aktiengesellschaft zu Leopoldsdahl	9 Millionen Mark
Aktiengesellschaft Georg Egstorffs Salzwerke	6 Millionen Mark
Chemische Fabrik auf Aktien, vorm. C. Schering	1,5 Millionen Mark
Aktiengesellschaft für chemische Industrie (Schalke)	1,5 Millionen Mark
Deutsche Gold- und Silberseideanstalt, vorm. Koepler	1,2 Millionen Mark
Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation	1,4 Millionen Mark
„Union“, Fabrik chemischer Produkte (Stettin)	1 Million Mark
Aktiengesellschaft der Chemischen Produktionsfabrik Pommernsdorf (Stettin)	0,9 Million Mark

mit insgesamt 38,64 Millionen Mark beteiligt. Dieses für damalige Zeiten bedeutende Kapital erscheint uns heute gering, wo der Farbentrust allein über 1100 Millionen Mark Aktienkapital verfügt.

Einige Vergleichsmöglichkeiten zwischen der damaligen und der heutigen Zeit bieten aber die Ergebnisse der Berufszählungen. Nach der Berufszählung von 1907 hatte die chemische Industrie folgende Struktur:

Jahr:	Kleinbetriebe:	Mittelbetriebe:	Großbetriebe:
1882	7654 = 83,3 Proz.	1289 = 14,0 Proz.	248 = 2,7 Proz.
1895	8228 = 79,2 Proz.	1781 = 17,2 Proz.	376 = 3,6 Proz.
1907	7723 = 73,8 Proz.	2264 = 21,4 Proz.	575 = 5,5 Proz.

Die Großbetriebe haben sich also seit 25 Jahren an Zahl verdoppelt, die Mittelbetriebe um die Hälfte vermehrt, und die Kleinbetriebe sind zusammengeschmolzen. Abgesehen von den Kleinbetrieben nur ein Drittel Alleinbetriebe, die übrigen sind Anhängel größerer Fabriken. Aber auch in dieser Begrenzung sind die Klein- (allein)betriebe von 3014 im Jahre 1882 auf 2266 im Jahre 1907 herabgesunken. In allen Größengruppen der Betriebe wirkte also die kapitalistische Konzentration.

Die Berufszählung von 1925 umfaßt für die chemische Industrie Betriebe, die bei früheren Zählungen anderen Gewerbegruppen zugeteilt waren, wodurch der Vergleich erschwert wird, aber dieselbe Entwicklung deutlich erkennen läßt, wie folgende Zahlen beweisen:

Jahr:	Kleinbetriebe:	Mittelbetriebe:	Großbetriebe:
1925	4553 = 52,7 Proz.	3190 = 36,9 Proz.	893 = 10,4 Proz.

Aber schaut man die Zahl der Gewerbetätigen in der chemischen Industrie überhaupt, so tritt diese Entwicklung noch deutlicher zutage. Sie betrug im

Jahre:	Kleinbetriebe:	Mittelbetriebe:	Großbetriebe:
1882	15 499 = 21,5 Proz.	19 735 = 27,5 Proz.	36 573 = 51,0 Proz.
1895	18 122 = 15,7 Proz.	25 993 = 22,8 Proz.	71 116 = 61,7 Proz.
1907	18 033 = 10,4 Proz.	34 101 = 19,8 Proz.	120 307 = 69,8 Proz.
1925	10 313 = 3,3 Proz.	52 754 = 16,8 Proz.	250 494 = 79,9 Proz.

Klein- und Mittelbetriebe verloren danach von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer größere Sätze ihres Personalanteils an die Großbetriebe, die jetzt beinahe vier Fünftel aller Menschenkraft beschäftigen, die in der chemischen Industrie tätig ist.

Neben dieser Entwicklung zum Großbetrieb hat die chemische Industrie eine Strukturwandlung durchgemacht, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die anorganische Chemie befaßte sich mit der Herstellung von Säuren, Salzen und Alkalien. Diese dienten andern Industrien als Hilfsarbeitsstoffe und gaben der chemischen Industrie selbst die Grundlage aller chemischen Arbeiten.

Mit Einführung der Leersfarbenindustrie war der Übergang zur organischen Industrie vollzogen, der es ermöglichte, die fossilen Kohlen in ihre Urbestandteile zu zerlegen und diese auf Verbrauchsgegenstände zu verarbeiten, die bisher nur die Natur lieferte, oder die man bislang überhaupt nicht kannte. Später vereinigte man organische und anorganische Produktion fast reflexlos, wodurch die Entwicklung zur Großindustrie beschleunigt wurde.

Das Ziel der organischen Chemie war, die in der Kohle vorhandenen Stoffe nicht zu verbrennen, sondern der Wirtschaft nutzbar zu machen. Bei dieser Arbeit entstanden aber ungezählte Zwischenprodukte, die auf ihre Eigenschaften untersucht und für weitere Verwendungszwecke erforscht werden mußten. Ergebnisse dieser Forschungsarbeit sind Lösungsmittel für die Lack- und Farbenindustrie, Weichmaterial für Harze und plastische Massen, ätherische Öle und Nahrungsmittel, künstliche Harze, Heilmittel und viele andere Chemikalien.

Dazu kam die Verarbeitung des Luftstickstoffs zu Salpetersäure und Düngemitteln und in neuerer Zeit die direkte Herstellung von Benzol aus Kohle, wobei auch der Grundstoff für künstlichen Kautschuk in beliebiger Menge gewonnen wird.

Die Lackerei wurde durch das Spritzverfahren mit Nitro-Zelluloselacken auf eine neue Grundlage gestellt. Die dazu benötigten Lacke, Farben und Lösungsmittel werden in der chemischen Großindustrie hergestellt, so daß die Lack- und Farbenindustrie vollständig in Abhängigkeit der Großindustrie gekommen ist.

Es kam schon frühzeitig zu einer Produktionsregelung zwischen den größten Leersfarbwerken Deutschlands. Nach dem Kriege wurde die Interessengemeinschaft der Farbenindustrie gegründet, die alle Leersfarbwerke umfaßte und im Jahre 1925 zum Farbentrust der „A.-G. Farbenindustrie AG.“ führte. Der Name „Farbentrust“ ist aber irreführend, das Schwergewicht des Trustes liegt nicht in Leersfarben, sondern in Stickstoff und Benzol. Überdies werden alle nur erdenklichen Chemikalien und chemischen Produkte in den Trustbetrieben hergestellt. Konkurrenz gibt es in Deutschland für den Trust nicht mehr. Die Sprengstoffindustrie wird von ihm









### Kartelle, Syndikate, Konzerne.

Der ehrsame Handwerksmeister aus der Kunst- und Manufakturzeit ist längst abgelöst durch den modernen Industriellen. Selbst der Herr-im-Hause-Standpunkt des modernen Fabrikanten ist ganz erheblich verblüht. Immer mehr löst die Form der Aktiengesellschaft den Einzelbesther ab und degradiert diesen zum gutbezahlten Kostgänger des Großkapitals. Selbst in der Preisbildung sind nur wenige Unternehmer der deutschen Papiererzeugungsindustrie noch selbständig. Fast für alle Papierarten, für Zellstoff, Holzstoff und für Pappen bestehen Preiskonventionen, Kartelle und Syndikate, die die Preise unter der Leitung eines Unternehmer-syndikus vom grünen Tisch aus diktieren und, soweit es sich um Syndikate handelt, auch die Produktion für die einzelnen Werke quotenmäßig festlegen. In diesen Preis- und Produktionsregelungs-Organisationen aber diktieren wiederum die Konzerne.

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie steht heute sowohl an Betriebs- und Arbeiterzahl wie auch in der Produktionshöhe in Europa an erster Stelle.

### Symptome des Klassenkampfes.

Schon frühzeitig machten sich unter den Handwerksgehilfen der Papiermacherei die Symptome des Klassenkampfes bemerkbar.

F. von Höhle wies in seiner württembergischen Papiergeschichte zu berichten, daß im 15. Jahrhundert die Papierermeister gezwungen waren, ihre Werkstätten revidieren zu lassen. Diese Revision vollzog sich derart, daß der Meister seine sämtlichen Gesellen zusammenberief und dann einen nach dem anderen fragte, ob einer oder der andere etwas gegen ihn oder die Werkstatt einzuwenden habe. Schon wegen Kleinigkeiten, z. B. wegen Unzufriedenheit mit dem Essen, konnte der Meister gescholten und seine Werkstatt für unehrlich erklärt werden. Wenn der so betroffene Meister nicht binnen 14 Tagen sich dem Spruch eines zusammenberufenen Handwerks unterwarf und die ihm zuerkannte Strafe erlegte, mußten alle Gesellen die Arbeit bei ihm niederlegen. Das Scheltwort, das zur Niederlegung der Arbeit führte, konnte sowohl von jedem Meister wie auch von jedem Gesellen ausgesprochen werden, wenn der Papierermeister sich ordnungswidrige Handlungen zuschulden kommen ließ.

Im September des Jahres 1706 fand in Augsburg ein Papierkonvent statt. Höhle berichtet darüber: „Mehrere Stellen dieser Geschichte lassen deutlich erkennen, wie die Papierermeister sich häufig im Betrieb widersetzten, unbillige Forderungen stellten und dergleichen mehr, was ein patriarchalisches Zusammenleben mit ihren Meistern unter einem Dach wohl oft erschwerte und unfriedlich gestaltete.“

Im Kreisarchiv zu Neuburg befindet sich ein Dokument, wonach am 19. Juli 1588 dort gleichfalls eine gemeinsame Zusammenkunft von Meistern und Gesellen stattfand. Beteiligt waren die Orte Augsburg, Kempten, Kaufbeuren, Landsberg, Memmingen und Ronsberg.

Auf dieser Konferenz wurde bezüglich der Frauenarbeit auch folgender Beschluß gefaßt: „Die in der heiligen Reichsstadt Kaufbeuren in ziemlicher Anzahl versammelten ehrbaren Meister und Gesellen beschloßen einstimmig, daß es auch in Zukunft bei dem alten bisherigen Brauch bleiben müsse und daß die eingeriffene Frauenarbeit bei der Bedienung der Stampfen und beim Glätten des Papiers beseitigt werden müsse. Statt der Frauen sollen junge Burschen an diesen Arbeiten beschäftigt werden, und zwar für jede Blatte zwei Buben.“ Eine Ausnahme wurde nur für unverheiratete Töchter der Meister zugelassen, soweit der Meister für dieselben unterhaltspflichtig war.

Wir sehen also, daß auch in der sogenannten guten, alten Zeit die Papiermacher-gesellen wirklich nicht lammsfromm waren, sondern es sehr gut verstanden, ihre Rechte zu wahren.

### Die Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die Erfindung der Papiermaschine im Jahre 1799 brachte zwangsläufig in der Folgezeit auch eine Umschichtung der Arbeitskräfte in der Papiererzeugungsindustrie mit sich. An Stelle der gelernten und handwerkmäßig ausgebildeten Gesellen trat der ungelernete, zum Facharbeiter herangebildete Fabrikarbeiter. Heute dürften in Deutschland kaum noch mehr als ein halbes Hundert handwerkmäßig ausgebildete Papiermachergesellen vorhanden sein.

Mit dem Rückgang der gelernten Papiermacher kauft auch der Klassenkampf-wille, der wahrscheinlich vor allem im Berufsstolz wurzelte, immer mehr ab. Der zum Facharbeiter angelernte Fabrikarbeiter bot dem zum Papierfabrikanten auf-gestiegenen Unternehmer ein bedeutend willensloseres Ausbeutungsojekt als der ehemals gelernte Papiermachergeselle. Wir finden deshalb auch bis zur Gründung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands im Jahre 1880 nirgends Anfänge einer gewerkschaftlichen Organisation unter der Arbeiterschaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Die nach der Gründung des Fabrikarbeiterverbandes einsetzende Agitation unter der Arbeiterschaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie wurde von den Arbeitgebern recht unliebsam empfunden. Recht bald setzten auch ihrerseits Gegenmaßnahmen da ein, wo es in irgendeinem Betriebe der jungen Organisation gelang, Fuß zu fassen. Besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege, als Generalsekretär Dittges den Verein Deutscher Papierfabrikanten leitete, entwickelten sich die deutschen Papiererzeugungsindustriellen zu Scharfmachern schlimmster Art. Neben der Errichtung gelber Werkvereine, die programmatisch betrieben wurde, setzte die Aufstellung schwarzer Listen ein für die Arbeiter, die nicht gewillt waren, sich dem einseitigen Diktat ihrer Unternehmer zu fügen. Zweck dieser schwarzen Listen war, den „widerspenstigen Arbeitern“ die Annahme von Arbeit in anderen deutschen Betrieben der Papiererzeugungsindustrie unmöglich zu machen. Leider waren diese Maßnahmen sehr häufig von Erfolg begleitet. Daneben wurde versucht, durch den Bau von Werkwohnungen oder durch Hergabe von Baudarlehen den Arbeiter an die Scholle zu fesseln, gleichzeitig aber auch, um ihn politisch und gewerkschaftlich jederzeit kontrollieren zu können. Der auf den Arbeiter dadurch ausgeübte Zwang ging so weit, daß, wie z. B. in Billegoßen, die Inhaber der Werkwohnungen sich sogar mietvertraglich verpflichten mußten, eine bestimmte Anzahl ihrer Kinder als willige Arbeitskräfte für den Betrieb zu liefern; ja selbst die Arbeiterfrau wurde mietvertraglich verpflichtet, dem Unternehmer des Mannes Fronddienste zu leisten.

Unter solchen Umständen ist es gerade nicht verwunderlich, daß nach unseren statistischen Ermittlungen im Jahre 1912 nur ganze 18,2 Prozent der Papierarbeiter-schaft im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands organisiert waren.

Nach Beendigung des Weltkrieges und aufgerüttelt durch die Revolution strömten die bis dahin unorganisierten Papierarbeiter in Massen ihrem Verbands zu. Die prozentuale Entwicklung des Organisationsverhältnisses der deutschen Papiererzeugungsarbeiter ergibt sich aus folgender Zusammenstellung. Es waren nach unseren statistischen Ermittlungen organisiert:

- im Jahre 1912 18,2 Prozent,
- im Jahre 1920 98,6 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 85,5 Prozent,
- im Jahre 1921 94,5 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 79,5 Prozent,
- im Jahre 1925 99,9 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 50,5 Prozent,
- im Jahre 1927 88,7 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 47,8 Prozent,
- im Jahre 1929 81,6 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 50,8 Prozent.

Aus dem Rückgang des Organisationsverhältnisses seit 1920 gehen mit aller Deutlichkeit die Früchte der kommunistischen Wahlarbeit hervor, die zur gewerk-schaftlichen Zersplitterung der Arbeiterschaft auf der einen und zur Stärkung der Kampfesfront der Arbeitgeber auf der anderen Seite geführt haben.

### Gewerkschaftliche Erfolge.

War es bis zur Beendigung des Weltkrieges nur in einzelnen wenigen Be-trieben der Papiererzeugungsindustrie möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tarifvertraglich zu regeln, so setzte nach Beendigung des Krieges der zentrale Ab-schluß der kollektiven Arbeitsverträge ein. Bereits am 18. Dezember 1918 wurde

mit dem Arbeitgeberverband ein Abkommen getroffen, das folgende Bestimmungen enthielt:

1. Eingriffe in die Koalitionsfreiheit haben von beiden Seiten zu unterbleiben.
2. Jede Unterfertigung der gelben Werkvereine durch Unternehmer, Angestellte und Werkmeister ist verboten.
3. Eine Unterfertigung der Werkvereine ist dann schon vorhanden, wenn die Arbeit-geber die Mitwirkung von Betriebsleitern und Werkführern in den Werkvereinen dulden.
4. Das Abkommen bestimmt weiter, daß die den vertragsschließenden Arbeiterorgani-sationen nicht angehörigen Arbeiter sich dem Abkommen zu unterwerfen haben.
5. Die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Einstellung und Beschäftigung der aus dem Betriebsdienst zurückkehrenden Arbeiter wird sichergestellt.
6. Der Abschluß eines Reichstarifvertrages wird angestrebt.
7. Den Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten wird die Errichtung von Arbeiter-ausschüssen dringend empfohlen.
8. Die Amtsfähigkeit der Arbeiterausschüsse wird auf ein Jahr festgelegt, den Gewerk-schaften ein Einspruchsrecht gesichert.
9. Die tägliche achtsündige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen wird anerkannt. Die Unternehmer haben die Pflicht, die Durchführung dieser Arbeitszeit bis spätestens 1. Februar 1919 zu vollziehen und den zuständigen Verbänden der Arbeitnehmer Mitteilung zu machen.
10. Zur Vorbereitung des Reichstarifvertrages wurde eine Kommission gewählt.

Am 4. Juni 1919 wurde der erste Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papierer-zeugungsindustrie abgeschlossen, der die Arbeitsverhältnisse in der gesamten deutschen Papiererzeugungsindustrie kollektiv regelte und der Arbeiterschaft An-sprüche in der Urlaubsfrage, in der Frage der Akkord- und Prämienarbeit, in der Frage der Werkwohnungen und in anderen Punkten des Arbeitsverhältnisses sicherte. Gleichzeitig wurde die bezirkliche Regelung der Löhne vorgesehen, abgegrenzt nach den bestehenden Sektionen der Papiermacherberufsgenossenschaft.

Die im Jahre 1924 unter dem Einfluß der ersten Arbeitszeitverordnung teilweise vor sich gegangene Einführung des Zweischichten-systems konnte 1927 bei der Tarif-vertragsrevision wieder rückgängig gemacht werden. Die damals gleichfalls durch diese gesetzliche Maßnahme in Wegfall gekommenen Abersundenzuschläge konnten, wenn auch nicht vollkommen in aller Höhe, wieder eingeführt werden. Auch sonst war es möglich, kleinere Verbesserungen seit dem Bestehen des ersten Gesamt-arbeitsvertrages zugunsten der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Dem Diktat der Arbeitgeber aus der Vorkriegszeit in allen Lohn- und Arbeits-fragen steht heute die kollektive Regelung des Arbeitsvertrages, die ganze Papierer-zeugungsindustrie des Deutschen Reiches umfassend, gegenüber. An Stelle der in der Vorkriegszeit um Verbesserung ihrer Wirtschaftslage bittenden und bittenden Arbeiter ist ein klassenbewußtes, seine Rechte aus dem Arbeitsprozeß forderndes Industrie-proletariat getreten.



## Die Nahrungsmittelarbeiter im Verband der Fabrikarbeiter.

Von Ernst Senkfeld

Die von uns vertretenen Nahrungsmittelgruppen sind Industriezweige, in denen die ungelerneten Arbeiter von jeher überwiegen. Dieses dürfte ein Grund mit sein, warum diese Gruppen zu unserem Verband gestoßen sind. Bereits vor Gründung unseres Verbandes bestanden einige Lokalorgani-sationen, in denen die Nahrungsmittelarbeiter ver-treten waren. Auf dem Allgemeinen Deutschen Ge-werkschaftskongreß im Jahre 1888 waren bereits Fabrikarbeiter als Delegierte anwesend. Der Dele-gierte Jork aus Hamburg gibt an, daß er 48 Fabrikarbeiter und 550 Bl- und sonstige Arbeiter in Hamburg vertrete. Bei Gründung unserer Organisation waren eine Anzahl Orte vertreten, in denen die Nahrungsmittelindustrie noch heute eine erhebliche Rolle spielt. Wir nennen da nur Braunschweig, Elberfeld, Hamburg und Harburg. Die Zahlstellen Hamburg und Harburg sind noch heute mit ausschlag-gend in der Bl- und Margarineindustrie; Braunschweig ist der typische Ort für die Konservenindustrie.

Da unser Verband ursprünglich als Verband aller ungelerneten Arbeiter gedacht war, war der Rahmen für die Nahrungsmittelindustrie innerhalb unserer Organi-sation weiter gesteckt als heute. Neben den Nahrungsmittelgruppen, die wir heute noch umfassen, hatten wir auch die ungelerneten Arbeiter in der Teigwaren-, Schokoladen-, Reis- und Süßwarenindustrie. Wie auf manchen anderen Gebieten, hat unsere Organisation auch da Einschränkungen in Kauf nehmen müssen.

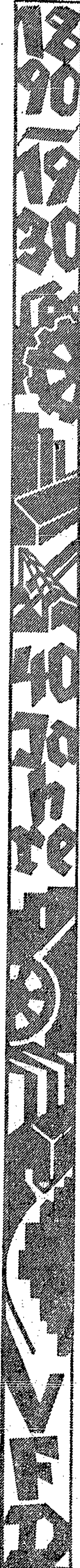
Die Berufsverbände, die ursprünglich die gelernten Nahrungsmittelarbeiter organisierten, wie Müller, Brauer, Bäcker und Konditoren, Fleischer usw., stellten sich später auf Industrieverbände um. Wir traten zunächst die Hilfsarbeiter in einer Anzahl Betriebe unserer Nahrungsmittelgruppen ab. Man kam zu der Einsicht, daß alle gelernten und alle ungelerneten Arbeiter innerhalb einer Industriezweiggruppe zu einem Verband gehören. Leider vertreten eine Anzahl Verbände diesen Standpunkt auch heute noch, aber nur für sich, während sie ihn für uns nicht gelten lassen. Jedoch sind Anfänge vorhanden, nach denen man uns in unseren Industriezweigen auch die gelernten Arbeiter zugesticht.

Durch einen Schiedsspruch im Jahre 1919 wurde dem Verband der Bäcker und Konditoren neben den Teigwarenarbeitern auch die Marmeladenindustrie zu-gesprochen. Die spätere Praxis zeigte, daß dieser Schiedsspruch unhaltbar war. Die Marmeladenfabrikation ist mit der Konservenindustrie so eng verbunden, daß beide nicht zu trennen sind. Durch den am 1. Januar 1930 in Kraft getretenen Kartellvertrag ist dieser Schiedsspruch korrigiert, und die Marmeladenarbeiter gehören heute neben den Konservenarbeitern zu unserem Gebiet. Das Bestreben, Industrieverbände zu schaffen, führte dazu, daß sich die übrigen Verbände der Nahrungsmittelarbeiter zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zusammenschlossen. Der Plan ging dahin, auch unsere gesamte Nahrungsmittel-gruppe mit zu übernehmen. Organisationsgang und historische Entwicklung sprachen aber dagegen; jedoch sind auch durch diesen Zusammenschluß und durch den Abschluß des Kartellvertrages wieder einige Gruppen von unserer Organisation den anderen überlassen worden.

Die Anfänge der Organisation in unseren Nahrungsmittelgruppen reichen also bis zur Gründung unseres Verbandes zurück. In der Zahlstelle Hamburg spielte die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bl- und Margarinearbeiter zu Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts schon eine wesentliche Rolle. In der Zahlstelle Harburg waren die Blarbeiter mit Gründer unseres Verbandes. Die Bl- und Margarinearbeiter von Süddeutschland kamen erst später zu unserer Organisation. Bei Gründung der Zahlstelle Nürnberg im Jahre 1903 waren über 100 Margarinearbeiter befristigt. In Mannheim beginnen sich die Bl- und Marga-rinearbeiter in den Jahren 1906/07 für die Organisation zu interessieren. Um die gleiche Zeit beginnt das Interesse der Margarinearbeiter für die Organisation am Niederrhein.

Die Arbeiter der Konservenindustrie bildeten von jeher einen erheblichen Teil der Zahlstelle Braunschweig, da hier die Konservenindustrie ihren Ursprung hatte.

In der Zuckerindustrie reichen die Anfänge der Organisation, soweit Zucker-raffinerien in Frage kommen, bis in die 90er Jahre zurück. 1890 war nach den Reichstagswahlen in Magdeburg ganz plötzlich eine allgemeine Streikbewegung ausgebrochen, der sich auch die Zuckerraffineriearbeiter anschlossen. Da die Be-wegung nicht organisiert war, brach sie zusammen und brachte zunächst einen großen Rückschlag. Erst im Jahre 1896 gelang es der Organisationsleitung, unter den Raffineriearbeitern Fuß zu fassen. 1897 war in Halle a. d. Saale eine Anzahl Kollegen der dortigen Raffinerie bei der Gründung der Zahlstelle mit tätig. In Dessau fanden die Raffineriearbeiter im Jahre 1905/06 den Wea zur Organisation.





Die Arbeiter der Kaffee-Ertrag-Industrie kamen in Magdeburg bereits 1896 zur Organisation. Auch sie waren an der allgemeinen Streikbewegung 1890 mit beteiligt. Der Misserfolg führte zunächst zu einer vollständigen Auslosigkeit. Jedoch 1898 raffen sie sich wieder zur dauernden Gewerkschaftsarbeit auf. Die Fisch-arbeiterinnen und -arbeiter der Wasserkanäle sind seit circa 30 Jahren ein fester Bestandteil unserer Zählstellen Hamburg, Lübeck, Kiel und Marne. Für die Nahrungsmittelindustrie finden wir die ersten Anfänge der Organisation in Süddeutschland. Bei der Gründung der Zählstelle Heilbronn im Jahre 1901 waren eine Anzahl Kollegen von der Firma Knorr beteiligt. Im Jahre 1903 wurde die Zählstelle Singen gegründet. Ein erheblicher Teil der Gründer waren die Kolleginnen und Kollegen der Firma Maggi. Mitgründer der Zählstelle Karlsruhe im Jahre 1904 war die Arbeiterschaft der Firma Sinner in Grünwäldel.

Eine Aufstellung aus der Vorkriegszeit über die Stärke unserer Organisation in der Nahrungsmittelindustrie ist nicht vorhanden. Diesbezügliche Erhebungen wurden erst 1910/20/21 veranstaltet. Nach einer Erhebung im Jahre 1921 hatten wir folgende Nahrungsmittelgruppen und -betriebe erfasst:

Zahl der Beschäftigten und Organisierten im Jahre 1921.

Industriezweig	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Daran waren organisiert			
			im Fabrik- Urb.-Verb.	%	in andern Gr. Verb.	%
Ölmühlen . . . . .	76	7 032	4 848	68,4	1 728	24,3
Margarine . . . . .	82	15 589	9 852	63,1	1 561	10,0
Konserver . . . . .	230	18 037	14 536	80,8	1 610	8,9
Zuckerfabrik . . . . .	25	8 742	5 856	67,3	1 870	21,5
Konfekt . . . . .	127	8 248	6 793	82,8	478	5,8
Nährmittel . . . . .	112	5 272	3 963	74,8	849	16,0
Stärke . . . . .	32	2 700	2 318	86,0	235	10,6
Kaffee-Ertrag . . . . .	47	3 036	2 574	85,0	168	5,5
Fisch-Industrie . . . . .	129	3 219	2 844	88,9	286	9,0
	860	71 925	53 584		8 880	6 478

Für die saisonmäßig arbeitenden Industriezweige sind in vorstehender Aufstellung nur die ständigen Arbeiter mitgezählt. Zählen wir für die Zucker-, Konserver- und Fischindustrie die Saisonarbeiter hinzu, dann waren in diesen Gruppen 1921 rund 152 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Nahrungsmittelindustrie ist durch die Rationalisierung mit ihrer Produktion seit 1921 auf das Dreifache gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten hat aber nur um ein Drittel zugenommen. In der Margarineindustrie ist die Zahl der Beschäftigten um rund 50 Prozent herabgedrückt; sie beschäftigt heute noch 7800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch die Zuckerindustrie, Kaffee-ertrag- und Nahrungsmittelindustrie haben stark rationalisiert. Die Zahl der Beschäftigten ist immer geringer geworden, dementsprechend ist auch die Mitgliederzahl zurückgegangen. Unsere Nahrungsmittelbranche zählt bei unserem 40jährigen Bestehen rund 40 000 Mitglieder.

Einen erheblichen Bestandteil in den meisten Gruppen stellen die Arbeiterinnen. Die Schwierigkeiten bei der Agitation sind bekannt. Die Margarine- und Zuckerarbeiter sind auch heute noch, alle Organisationen zusammengenommen, mit rund 85 Prozent organisiert. Sehr schwierige Organisationsarbeit war und ist in der Zucker-, Konserver- und Fischindustrie zu leisten. Die Rohzuckerfabriken liegen fast alle auf dem flachen Lande. Die Hauptbetriebszeit dauert nur neun bis zehn Wochen im Jahre. Die Zahl der ständigen Arbeiter beträgt kaum 18 000, die Zahl der Saisonarbeiter annähernd 55 000. Arbeiter aus allen möglichen Berufen und Gegenden strömen im Herbst zur Kampagnezeit in den Betrieb. Ein Teil davon sind Wanderarbeiter, die im Sommer auf Zigeleien und sonst wo saisonmäßig tätig sind. Zum anderen Teile sind es auch Handwerker aus Vanberufen und kleine Landwirte oder Söhne derselben. Jedes Jahr beginnt die Organisationsarbeit von neuem.

In der Konserverindustrie sind 85 bis 90 Prozent der Beschäftigten Arbeiterinnen. Hausfrauen aus allen Schichten der Bevölkerung sind hier vorübergehend tätig. Oft stoßen unsere Funktionäre auf den Einwand: Ich bin ja mit ein paar Wöckchen beschäftigt, was soll ich mich organisieren! Ein großer Teil sind Beamtenfrauen, die von vornherein den Organisationsgedanken weiß von sich weisen. Die Erfolge der Organisation aber nehmen sie gern in Anspruch. Diese Zustände veranlassen bereits unsere Zählstelle Braunschweig in ihrem Jahresbericht vom Jahre 1908 zu folgendem Stoßseufzer:

„Das Schmerzschändel ist unbestreitbar die Konserverindustrie. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Branche sind tariflich geregelt. Die Vorbedingung eines Lohnsatzes, der auf freier Vereinbarung beruht, ist gegenseitige Beachtung der getroffenen Vereinbarungen.“

Der Bericht sagt dann weiter, daß wohl der Arbeitgeberverband für die Einhaltung des Tarifvertrages einsteht, nicht aber die einzelnen Arbeitgeber. Die Interesslosigkeit der Kolleginnen und Kollegen aber gibt den Arbeitgebern die Handhabe zur Umgehung des Vertrages.

Ähnlich wie in der Konserverindustrie ist es in der Fischindustrie. Trotz all dieser Schwierigkeiten verfügen wir heute in den meisten Nahrungsmittelgruppen, die wir zu unserem Organisationsgebiet zählen, wenigstens unter den Stammarbeitern, über ein Organisationsverhältnis, das sich sehen lassen kann.

Bereits im Jahre 1895 führten unsere Kollegen in der Palmkernölfabrik, A. W., in Harburg einen dreiwöchigen Streik, der ihnen eine Lohnzulage von 25 Pf. pro Tag brachte. Die Streikunterstützung betrug wöchentlich ganze 7 Mk. 1896 führten wir den ersten Streik in der Margarinefabrik von A. L. Mohr in Hahrenfeld. Zu gleicher Zeit hatten wir einen Streik in der Gaiserschen Fabrik in Harburg. Da die minimalen Einnahmen des Verbandes nicht ausreichten, derartige Kämpfe zu finanzieren, mußte unser Verband eine Anleihe von 5000 Mk. bei der Generalkommission aufnehmen. Bemerkenswert ist noch, daß der Kampf bei der Firma A. L. Mohr nicht um besseren Lohn, sondern zur Bekämpfung eines Schmarotcher- und Penanziantentums geführt wurde. Nach Beendigung blieb eine Anzahl unserer Kollegen auf der Strecke. Hatte Gefängnisstrafen und sonstige Opfer mußten mit in Kauf genommen werden. Später sehen wir die ersten Anfänge der Lohn- und Tarifbewegungen der Margarineindustrie in Nürnberg und Mannheim. Der erste Tarifabschluß erfolgte in Nürnberg 1906, in Mannheim 1907. Etwas später fanden die Anfänge der Tarifbewegung in der Nahrungsmittelindustrie in Mannheim und der Margarineindustrie am Niederrhein. In der Konserverindustrie wurde der erste Tarifvertrag im Jahre 1904 für Braunschweig und Umgegend abgeschlossen. Den wir in Braunschweig für die Konserverindustrie ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis.

Die ersten Tarifbewegungen in der Zuckerindustrie sind aus, soweit Zuckerzuckerfabriken in Frage kommen, nach Mittelddeutschland. Im Jahre 1897 wurde in Magdeburg erstmalig der Versuch unternommen, für die Zuckerarbeiter einen Vertrag abzuschließen. Grundständige Gegner der Unternehmer verhinderte das zunächst. Annehmbarere Verbesserungen konnten aber trotzdem erreicht werden. In einigen anderen Orten konnte der Verband seit 1895 die Lohnbewegungen in der Zuckerindustrie beeinflussen. Die Kaffee-Ertrag-Industrie machte in Magdeburg den Anfang bei den Tarif- und Lohnbewegungen. 1897 wurden hier die ersten Versuche unternommen. Bei dem bekannten Standpunkt der Unternehmer, mit keinem „Ansehensbedingten“ zu verhandeln, mußte man sich hier einweilen auch damit begnügen, die Lohnverhandlungen indirekt zu beeinflussen. Im Jahre 1912 konnte hier der erste Vertrag durch die Organisation abgeschlossen werden. In Heilbronn stellen wir zum ersten Male 1901 eine Lohnbewegung mit Unterstützung der Organisation bei der Firma Kaiser-Otto fest.

Im Jahre 1911 wurde mit der Maggi-Gesellschaft in Singen der erste Lohnvertrag abgeschlossen, der unseren Kollegen wesentliche Vorteile brachte. Ein Jahr später schloß sich die Kollegen der Hohenlohe-Werke in Gerabronn unserer Organisation an, und wir konnten dort die Lohn- und Arbeitsbedingungen beeinflussen.

Das unserer „Tarifabschluß“ vom Jahre 1913 können wir feststellen, daß um diese Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen schon in 19 Orten für die Öl- und Margarinearbeiter tariflich geregelt waren. Die Verträge galten meist nur für

einen Betrieb, in Ausnahmefällen für einen Ort. Die Öl- und Margarineindustrie schloß damals schon 29 Tarifverträge. Für die Zuckerraffinerien bestanden 3-er Lohnverträge; für die Konserverindustrie bestanden Lohnverträge in Altenburg, Braunschweig, Parchim und Mannheim. Der Braunschweiger Vertrag umfaßte für Braunschweig und Umgegend circa 35 Konserverfabriken. In der Kaffee-Ertrag-Industrie sind Verträge für Karlsruhe, Magdeburg, Fürth, Heilbronn, Parchim und Ardingen abgeschlossen. Die Fischindustrie hatte Verträge für Hamburg, Köln und Schwaan. Die Nahrungsmittelindustrie zeigte uns 1913 schon tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse in Dresden, München, Singen und einigen anderen Orten. Eine Erhebung für die Rohzuckerindustrie aus dem Jahre 1912/13 zeigt noch recht frühe Verhältnisse. Stundenlöhne von 20 bis 22 Pf. für Vollarbeiter waren keine Seltenheit. Die Ursache war in erster Linie die Interesslosigkeit der Arbeiter der Rohzuckerfabriken selbst.

In der Margarine- und Ölindustrie wurde schon früh Wert auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Trotzdem in Harburg ein Tarifvertrag nicht bestand, hatten die Harburger Pressenarbeiter und einige andere Gruppen in der Ölindustrie schon in der Vorkriegszeit den Achtstundentag. Eine Aufstellung aus dem Jahre 1911 über die Arbeitsverhältnisse in der Öl- und Margarineindustrie zeigt, daß wir schon damals für die Margarinearbeiter in den Orten Berlin, Durlach, Elmshorn, Hamburg-Altona, Kiel, Oberkürheim, Osterwieck, Rostock die 9 1/2 stündige Arbeitszeit pro Tag hatten. In einigen Fabriken und Betriebe wurde 9 1/2 Stunden oder 9 1/4 Stunden gearbeitet. Die Firma Roßfrüh & Co. in Hamburg hatte bereits eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden. Aus diesen Darlegungen ist ersichtlich, daß der Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Margarine- und Ölindustrie schon früh einsetzte. Auch der Erholungsurlaub spielt in diesen Industriezweigen bei den Tarif- und Lohnverhandlungen schon früh eine Rolle. In 23 Orten der Öl- und Margarineindustrie hatten wir bereits im Jahre 1911 einen Erholungsurlaub. Die Zahl der Ferientage war noch gering, aber der Anfang war da. Der Urlaub betrug im Mindestmaß einen Tag, im Höchstmaß sechs Tage.

Und nun die tarifliche Entwicklung in unseren Nahrungsmittelgruppen in der Nachkriegszeit: Für die Öl- und Margarineindustrie sowie für die Rohzucker-, Obst- und Gemüsekonzervenindustrie sind die allgemeinen Arbeitsbedingungen durch Reichsvertrag geregelt. Daneben hat die Margarineindustrie auch einen Reichslohnvertrag, während die Löhne für die Ölindustrie, Rohzuckerfabriken und Konserverindustrie durch besondere Bezirksverträge geregelt werden. Für die übrigen Betriebe der Nahrungsmittelbranche bestehen zum Teil Orts-, zum Teil Betriebsverträge. Zum Teil sind diese Betriebe auch allgemeinen Ortsverträgen angeschlossen. In der Lohnentwicklung stehen die Öl- und Margarinearbeiter mit an der Spitze. Wir verfügen hier über ein gutes Organisationsverhältnis; das wirkt sich bei Lohn- und Tarifverhandlungen aus.

Lange hatten wir es mit dem einzelnen Arbeitgeber zu tun, der zum Teil noch persönlich seinen Betrieb leitete und mit der Arbeiterschaft verhandelte. Es war daher ganz natürlich, daß die ersten Tarifverträge auch betrieblich oder örtlich abgeschlossen wurden. Inzwischen hat sich in der deutschen Wirtschaft ein gewaltiger Umschwung vollzogen. Riesengebilde von Konzernen, Kartellen usw. sind auf allen Gebieten, namentlich auch in der Nahrungsmittelindustrie, entstanden. In der Öl- und Margarineindustrie markiert ein Konzern gegenüber, der über ein Kapital von 1 1/2 Milliarden Mark verfügt. Die Zuckerindustrie wird von großen Gesellschaften und Konzernen beherrscht. In der Kaffee-Ertrag- und Nahrungsmittelindustrie beherrschen einige größere Firmen das Feld immer mehr. Die Welt, in der wir tätig sind, ist umgeformt; wir müssen uns ihr anpassen.

Wir haben heute mit ganz anderen Gegnern zu tun als bei Gründung unserer Organisation. Aber auch wir sind anders geworden. Aus einem kleinen Verband mit ein paar tausend Mitgliedern wurden wir in 40 Jahren eine Organisation, die rund eine halbe Million Mitglieder zählt. Die Schwierigkeiten der Vergangenheit sind überwunden. Die Opfer sind nicht umsonst gebracht. Wirtungsgebiet sind wir heute da. Den kommenden Schwierigkeiten gegenüber sind wir gerüstet.



### Aus der Geschichte der Spielwaren-, Blumen-, Federn- und Hausindustrie

Von H. Eiflein.

#### Spielwarenindustrie.

Die Entwicklungsgeschichte der Spielwarenindustrie sagt, daß die Herstellung von Spielzeug zu Handelszwecken ihren Anfang im Mittelalter genommen hat. Nürnberg war der Ausgangspunkt der Spielwarenherstellung. Später folgten Südtüringen und noch später das Erzgebirge. In Nürnberg kam der Antrieb zur Spielzeugherstellung aus dem Handwerk, im Erzgebirge unter Zutun sächsischer Behörden. In Thüringen waren es Holzfüller und Kohlenbrenner, die ihre Freizeit im Winter benutzten, um Bedarfsartikel herzustellen, die sie in den Handel brachten. Es waren dieses in erster Linie Schachteln, Koffer, Möbel, Löffel, Teller und Schüsseln. Dazu einzelne Spielsachen für Kinder aus Holz.

Der Verkauf der angefertigten Artikel erfolgte durch die Hersteller im Hausverkauf. Später schlossen sich einzelne Spielwarenhersteller den Warenzügen der Nürnberger Kaufleute an, um die Märkte zu besuchen. Die Nürnberger Kaufleute wirkten befruchtend auf die Entwicklung der Südtüringer Spielzeugherstellung ein.

Das erste Spielzeug wurde aus Holz hergestellt. Später kam solches aus Brotteig, Wachs, Papiermache, Textilstoffen, Stein, Metall, Porzellan, Zelluloid und Gummi hinzu. Die Spielzeugherstellung ist in der Hauptsache aus dem Handwerk hervorgegangen, und zwar unter Einfluß der Kaufmannschaft. Das ursprüngliche Handwerk wurde durch die Hausindustrie abgelöst. Diese hat sich in zwei Spielwarengeländen Deutschlands erhalten: in Thüringen und im Erzgebirge. Betriebsindustrie ist innerhalb der deutschen Spielzeugherstellung gegenwärtig in allen Spielwarenproduktionsgebieten festzustellen. Die Entwicklung dazu begann im vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts unter starker Gegenwehr der Hausarbeiter, insbesondere der Wollteller und Papiermachearbeiter. Diese beiden hauptsächlichsten Gruppen in der Spielzeugherstellung lebten in sehr bedrängter Lage und fühlten sich durch die Errichtung von Fabrikbetrieben bedroht. Als 1847 eine verheerende Armut die Lage der Wollteller und Papiermachearbeiter noch verschlechterte, trafen sie sich zusammen und verlangten eine gemeinsame Innung. Das folgende Revolutionsjahr führte zu leidenschaftlichen Ausbrüchen, die den Sonnenberger Verleger Fiebigmann zwingen, seine Manufaktur aufzugeben.

In den übrigen Spielwarengeländen Deutschlands lagen die Verhältnisse ähnlich wie in Sonneberg. Die Feindschaft der Handwerker und Hausarbeiter gegen die Manufakturbetriebe war groß. Aber trotz dieser Feindschaft setzte sich die Betriebsform auch in der Spielwarenindustrie durch.

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914 hatte die deutsche Spielwarenindustrie eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt. Der Absatz war auf alle Länder des Erdballs ausgedehnt. Alle Anstrengungen in der Nachkriegszeit, die Ausfuhrzahlen von 1913 zu erreichen, sind fehlgeschlagen.

Die bisherige Entwicklung der Spielwarenindustrie hat fünf Epochen durchlaufen. Zuerst war der Hersteller zugleich Verkäufer der Produkte, dann übernahm ein Verleger den Verkauf, während die gesamte Produktion in den Händen der von ihm abhängigen Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibenden blieb. Später wurde dem Hausgewerbetreibenden ein Teil seiner Produktion abgenommen und in den

DIE WIRTSCHAFTS- UND BERUFSGEMEINSCHAFT DER DEUTSCHEN ARBEITERSCHAFT



Großbetrieb verlegt. Im Laufe der Zeit machte der Fabrikbetrieb sich die Maschine zunutze, um es schließlich mit der neuen Wirtschafts- und Betriebsmode (Rationalisierung, Normierung, Typisierung) zu versuchen.

Schon die zweite Epoche brachte eine fühlbare Ausbeutung. Sie wurde verstärkt durch jede folgende. Das drängte die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden der Spielwarenindustrie zur Abwehr. So hat es denn in der Entwicklung auch nicht an lokalen Organisationsgründungen von Zünften, Innungen und Vereinen und deren Zusammenbrüchen gefehlt.

Die Holzschneider und Dackelmacher hatten bereits im 13. Jahrhundert in Nürnberg eine Gewerkschaft. 1670 hatten sich zwölf Spielwarenmalermeister zu einer „Sonberger Lade“ zusammengeschlossen. In den Statuten wird rund 100 Jahre später, am 24. Dezember 1762, darauf verwiesen, daß 29 Meister tätig sind. 1781 gründeten die Boffierer und Dackelmacher eine Innung, 1789 schlossen sich die Kaufleute zusammen.

Im Statut für die plastischen Gewerbe vom 11. April 1849 sind geringe Rechte der Gesellen mit festgelegt. An Versuchen, die Organisation zu fördern, scheint es nie gefehlt zu haben. Der in den Jahren 1885 bis 1890 bestehende Spielwarenarbeiter-Fachverein kam nur wenig zur Entwicklung. 1890 gab dieser 500 Fragebogen heraus. Davon wurden nur 16 Stück zurückgegeben. Der Fachverein zerbrach an der Gleichgültigkeit seiner Mitglieder.

Die Drücker haben sich wiederholt zusammengeschlossen (1896/1897). Im Jahre 1904 haben sie sich durch einen Streik bereits Achtung verschafft, jedoch nur für kurze Zeit.

Die Maskenarbeiter von Jagdsdorf b. Sonneberg und Manebach b. Ilmenau gründeten 1902 einen Verband. Die freien Gewerkschaften hatten jahrelang Versuche gemacht, Eingang zu finden, aber ohne Erfolg. Eine örtliche Organisation der Spielwarenarbeiter zu gründen, schlug auch 1905 fehl. In Neustadt b. Coburg haben sich die Drücker in einer geringen Anzahl dem Transportarbeiterverband angeschlossen. Im gleichen Jahre (1905) wurden in Sonneberg und Neustadt b. Coburg Zahlstellen des Verbandes der Fabrikarbeiter gegründet. In Neustadt waren es hauptsächlich Drücker, in Sonneberg Dackelstopfer in Heimarbeit und Fabrikbetrieb, welche in geringer Zahl zur Organisation kamen. Die Dackelstopfer haben wohl den Wert der Organisation erkannt, jedoch nicht die Notwendigkeit des Beitragszahlens. Die Versammlungen waren zuweilen Tummelplätze persönlicher Auseinandersetzungen. Dem Alkohol wurde tüchtig zugesprochen und es kam manchmal auch zu Tötlichkeiten.

Der Fabrikarbeiterverband hat in wechselvoller Reihenfolge sich bemüht, die Interessen der Heim- und Betriebsarbeiter zu fördern. Für die Betriebsarbeiter gelang es 1907, nach einem Streik, einige Werkstatte abzuschließen, und andere Betriebe haben ihre Entlohnung danach eingerichtet. Auch die Heimarbeiter haben dadurch gewonnen. Das Vorhandensein einer Organisation, die nicht nur örtlich begrenzt war, hat gewirkt. 1911 haben sich auch die Spielwarenarbeiter in Rodach und die Angeneinseher im Südhüringer Spielwarengelände dem Verbande der Fabrikarbeiter angeschlossen. 1913 erfolgte eine Aussperrung der Betriebsarbeiter in der Spielwarenindustrie Südhüringens. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Streikende wurden mit dem Polizeisäbel niedergeschlagen. Ein nachfolgender Landfriedensbruch brachte längere Gefängnisstrafen. 1916 hat sich der Rest der Drücker, 1919 haben sich die Maskenarbeiter sowie die Walzmeier dem Verband der Fabrikarbeiter angeschlossen. Zur gleichen Zeit haben auch die Spielwarenarbeiter in den übrigen für uns zuständigen Spielwarengeländen Anschluß an unsere Organisation gefunden.

In rund 15 Tarifverträgen wurden nunmehr die Arbeits- und Lohnbedingungen für die Spielwarenarbeiterschaft geregelt. Elf davon bestehen heute noch, dazu sechs Heimarbeiterlohnverträge.

**Kunstblumenindustrie.**

Die Heimat der Kunstblumenindustrie ist China. In Deutschland hat sich zuerst die Französin Madame Jeanne Elisabeth Mouton mit der Herstellung von Kunstblumen befaßt. Diese Frau wurde 1780 mit ihrer Familie in Dresden ansässig.

In Leipzig hielt die künstliche Blumenindustrie 1928 durch den Kriegsinvaliden aus den Befreiungskriegen Christian Friedrich Reichert ihren Einzug. Reichert betrieb die Herstellung künstlicher Blumen fabrikmäßig. Die Aufzeichnungen darüber sagen, daß er 1830 in seinem Betriebe 147 Leute beschäftigte, die einen Wochenverdienst von 1 Taler 12 Groschen bis 3 Taler 12 Groschen hatten. In Berlin wurden in der gleichen Zeit für Arbeitskräfte in der dortigen Blumenfabrik 1 bis 10 Taler monatlich gezahlt, also weit niedrigere Löhne als in Leipzig.

Über den Einzug der Kunstblume in Sebnitz, dem heutigen Hauptgebiet der Industrie, ist der eigentliche Urheber nicht bekannt. Die Geschichte verweist auf eine Schauspielerin, die anlässlich eines mehrtägigen Aufenthaltes in Sebnitz einige Frauen mit der Bindekunst vertraut gemacht haben soll.

Sebnitz, vor 100 Jahren noch eine arme, kleine, unbekannte Wehertstadt mit etwa 3000 Einwohnern, begann seit dem Jahre 1834, nachdem Sachsen im März 1833 sich dem deutschen Zollverein angeschlossen hatte, ein Anziehungspunkt für die benachbarten deutschböhmischen Gewerbetreibenden zu werden, deren Verkehr mit dem großen Zollvereinsgebiet durch sehr hohe Zölle zur Unmöglichkeit gemacht wurde. Dadurch wurden viele kleine Fabrikanten und Blumenmacher veranlaßt, Arbeitsräume in den sächsischen Grenzorten, besonders in Sebnitz, zu mieten. Hier ließen sie durch ihre böhmischen Arbeiterinnen die Blumen herstellen und konnten diese nun ohne Zolllöcher von hier aus in das Reich vertrieben.

Eine Ausdehnung erfährt in Sebnitz die junge Blumenindustrie durch den großen Brand am 15. September 1854. 116 Gebäude wurden eingeäschert und dadurch 733 Personen obdachlos. Die Weber des Städtchens Sebnitz haben durch den Brand sehr viele Webstühle verloren. Die Möglichkeit, neue anzuschaffen, bestand nicht. Da die Blumenanfertigung mit sehr geringen Unkosten betrieben werden konnte, wendeten sich die Weber der Blumenmacherei zu.

Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Spezialisierung der Blumenfabrikation in hohem Maße. Damit wird der Weg frei, die teilweise Herstellung von Blumen vom Fabrikbetrieb in die Wohnungen zu verlegen.

Inzwischen haben sich auch Blumenmacher in den benachbarten Neustadt und Langbuckersdorf zu selbständigen Fabrikanten entwickelt. Der Westlauf um die Ausbeutung der Bewohner des Sebnitzer Bezirkes hat damit seinen Anfang genommen.

Wie schon zum Ausdruck gebracht, begann in der Kunstblumenindustrie die Ausbeutung mit der Durchführung der Arbeitsteilung. Der Organisationsgedanke wurde durch sie geweckt. In der Pfingstwoche 1901 wurde in Berlin der Verband der Blumenarbeiter gegründet, der bald in Dresden, Neustadt, Leipzig und Sebnitz Mitglieder gewann. Nach der Berufsählung 1907 kamen für die Industrie künstlicher Blumen 30 000 Personen, darunter 7000 als Hausarbeiter, in Frage. Diese Tatsache führte dazu, daß der Anschluß des Verbandes der Blumenarbeiter an eine große Organisation notwendig wurde. Am 1. Januar 1914 schloß sich der Verband der Blumenarbeiter unserer Organisation an, nachdem Verhandlungen mit dem Hutarbeiterverband gescheitert waren. Beim Übertritt kamen aus Berlin, Dresden, Leipzig, Neustadt und Sebnitz 679 männliche und 449 weibliche, insgesamt also 1128 Mitglieder in Frage.

Seit dieser Zeit hat sich die Mitgliederzahl aus der Kunstblumenindustrie beträchtlich erhöht. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sich unter Zutun unserer Organisation gebessert. Sie sind in 13 Tarifverträgen für die einzelnen Kunstblumenbezirke niedergelegt. Ein Heimarbeiterlohnverträge sind ehemaligen willkürlichen Ausbeutung sind Schranken gesetzt.

**Wettfedernindustrie.**

Die Wettfedernindustrie hat sich erst in den letzten Jahrzehnten zu einem eigentlichen Industriezweig entwickelt. Wohl gehen die Anfänge zurück bis auf circa 100 Jahre, aber die Entwicklung zeigt nicht das Tempo anderer Industrien.

Die maschinelle Arbeit fand nur langsam und verhältnismäßig spät Eingang. Die Veredelung der Rohfedern wurde mit allen möglichen primitiven Mitteln versucht. Die ersten Maschinen wurden in den Jahren 1890 bis 1895 eingeführt. Mit der Zeit hat auch hier die technische Entwicklung weitere Fortschritte gemacht, und heute sind die Wettfedernbetriebe mit den modernsten Maschinen ausgestattet.

Im Jahre 1906 schloß sich ein Teil der Arbeiterschaft unserer Organisation an. Am 1. Februar 1907 wurde in München der erste Tarifvertrag abgeschlossen, der für die Arbeiterschaft bedeutende Verbesserungen brachte. Die Arbeitszeit wurde von neuneneinhalb auf neun Stunden täglich verkürzt. Der 1. Mai wurde als Feiertag anerkannt. Neben der Verbesserung der Löhne wurde auch die Bestimmung mit aufgenommen, wonach bei Krankheit für die ersten drei Tage der Lohn gezahlt wurde.

**Hausindustrie.**

Die Wirtschaftsverhältnisse in der Hausindustrie waren seit der Zeit, da Manufakturwaren und die Fabrikbetriebe als neue Betriebsformen in Erscheinung traten, mit wenigen Ausnahmen schlecht. Die Lebenshaltung der Beschäftigten war unternormal. Die Heimarbeiter und deren Familien waren den Verlegern „untertan“. Die wirtschaftliche und soziale Not war zur Dauererscheinung geworden. Körperliche und geistige Verelendung griff um sich.

Seit der Jahrhundertwende hat sich in der Heimarbeit vieles geändert. Die für die deutsche Nation beschämenden „Elendsbilder“, wie sie von den Schriftstellern des 19. Jahrhunderts gezeichnet wurden, sind zwar noch nicht gänzlich verbannt, aber sie sind seltener. Eine 40jährige Sozialreform, an welcher auch unsere Organisation reichlich Anteil hat, war nicht vergebens.

Was die Heimarbeiter, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden heute mitunter sehr stark bedrückt, sind die für die Hausindustrie geschaffenen unklar gehaltenen Gesetze. Ein getreues Spiegelbild der Zerrissenheit über den Begriff der Arbeitsstellung zeigt die verschiedene Bezeichnung. Die Begriffe „Heimarbeiter“, „Hausarbeiter“, „Hausgewerbetreibender“, „Zwischenmeister“, „Faktor“ und zuletzt „Lohngewerbetreibender“ schwirren in der Anwendung durcheinander, ohne daß ihr Sinn dem Anwender immer geklärt ist. Ähnlich wirken die Rechtsbestimmungen.

Seit Jahrzehnten bemüht sich unsere Organisation, die sozialen, wirtschaftlichen und Arbeitsrechtsverhältnisse der in der Hausindustrie beschäftigten Personen zu verbessern. Viele Mühe und Arbeit war notwendig, um den Organisationsgedanken in die Köpfe der Hausarbeiter zu verpflanzen.

So wurden die Christbaumschmuckmacher 1916 in eine Zwangsinnung zusammengedrückt; die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher im Bezirk Langewiesen 1920, die in den Bezirken Ilmenau und Geraberg 1921. 1928 schlossen sich die Christbaumschmuckmacher zu 80 Prozent unserer Organisation an. Durch das zwölfsjährige Vorhandensein der Zwangsinnung waren für die Christbaumschmuckindustrie Verhältnisse geschaffen, die in wirtschaftlicher, sozialer und steuerlicher Beziehung weit unter den normalen lagen. Wohin man auch blickte, überall Lohn- und Steuerdruck und die sich daraus ergebende Not.

Trotz dieser schwierigen Situation haben wir den Mut nicht sinken lassen. Den Kampfweg, der gegangen werden mußte, umschrieben wir wie folgt:

- Auflösung der Zwangsinnung;
- Schaffung eines Fachauschusses;
- Schaffung eines Tarifvertrages;
- Beseitigung der Handwerkskammerbeiträge;
- Schaffung erträglicher Steuerverhältnisse.

Die vorstehend aufgezählten Forderungen sind erfüllt. Die Zwangsinnung ist aufgelöst, der Fachauschuss ist geschaffen und mit ihm ein Tarifvertrag. Innungs- und Handwerkskammerbeiträge werden nicht mehr gezahlt. Die Umsatzsteuerfreiheit ist errungen. Auch die Auflösung der Zwangsinnungen Langewiesen, Ilmenau und Geraberg ist beantragt.

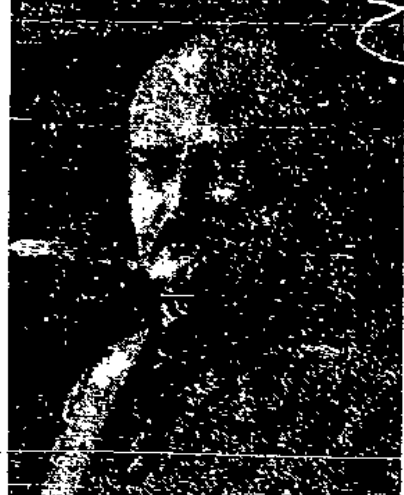
Zur Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in der Hausarbeit unseres Organisationsbereiches beschäftigten Personen bedienen wir uns der von uns beantragten und von den Behörden errichteten Fachauschüsse. Während noch 1922 überhaupt kein Fachauschuss vorhanden war und deshalb die Hausarbeiter allgemeinerbindlich erklärte Tarifverträge nicht erlangen konnten, können wir uns gegenwärtig auf sechs Fachauschüsse stützen.

1. Fachauschuss für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie in Thüringen;
2. Fachauschuss für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie in Oberfranken;
3. Fachauschuss für die sächsische Kunstblumenindustrie;
4. Fachauschuss für die Glasindustrie;
5. Fachauschuss für die Krabbenschälererei;
6. Gesamtfachauschuss für die Karneval- und Festartikelindustrie im Deutschen Reich.

Trotz der einengenden gesetzlichen Bestimmungen des HLG. über die Befugnisse der Fachauschüsse ist durch das Vorhandensein derselben besserer Lohnschuß als früher gegeben.

Die von unserer Organisation vertretenen Heim-, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden arbeiten mit wenigen Ausnahmen unter Tarifverträgen. Der von früher bekannte Lohndruck ist dadurch zurückgedrängt. Die Lebensverhältnisse haben sich gebessert. Daß die Organisation zu dieser Entwicklung in der Heimarbeit die treibende Kraft, die Führerin aus tiefster Not zu besserer Lebenshaltung war, das danken die Heimarbeiter der Organisation an ihrem 40. Geburtstag.

**Karl Thiemig  
25 Jahre Verbandsangestellter.**



Wer von der jetzigen im Verbandsleben tätigen Führergeneration sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern kann, der hatte sich im Dienste der Arbeiterbewegung lange vor seiner Anstellung die Sporen verdient. Das war auch bei Thiemig der Fall, denn wir finden ihn bereits im Jahre 1895 gewerkschaftlich und politisch organisiert und aktiv mit tätig. Aktivität ist übrigens bei ihm etwas Selbstverständliches, und sein impulsives Wesen hat ihn schon frühzeitig befähigt, Antriebskraft zu sein. Dafür wurde er gründlich gestraft durch die Not. Als

Kind armer Leute wurde er am 23. September 1876 in Jüttendorf (Kreis Kalau) geboren und lernte Armut und Not „von unten auf“ in reichem Maße kennen. Dazu kam, daß der Vater starb, als Karl Thiemig 6 Jahre alt war. Unter solchen Umständen wurde die schon vorhandene Not noch größer und damit dem Jungen die Kindheit vergällt. Wer wie der Schreiber dieser Zeilen selbst dem gleichen Schicksal unterlag, der weiß, welch schwere Schatten des Kindes Gemüt bedrückten, wenn es schon im zartesten Alter den Kelch des Leidens leeren muß. Solche Kinder werden früh reif und haben aus eigener praktischer Anschauung längst den Glauben an die göttliche Weltordnung verloren, wenn andere, glücklichere Kinder noch wirklich Kind sein dürfen.

Mit dem Tode des Vaters lag die ganze Last der Sorge um die Kinder auf den Schultern der Mutter. Karl und seine Geschwister wurden der Obhut fremder Leute anvertraut, wenn die Mutter zur Arbeit ging. Sie half, wo es etwas zu tun gab, im Sommer hauptsächlich bei der Ernte. Mit einem Wochenverdienst von 3,60 bis 4,20 Mark mußten die Kinder kümmerlich ernährt werden. Im Winter





stärkte die Mutter Strümpfe, gegen eine Bezahlung von 30 Pf. pro Paar. Und doch war die Mutter froh, überhaupt Aufträge zu bekommen.

Wie eine Erlösung wurde der Tag herbeigesehnt, an dem Karl aus der Schule entlassen wurde. Sollte er doch der Mutter ihre schwere Last erleichtern oder abnehmen, er sollte mindestens mitverdienen.

Der begabte und kritisch veranlagte Junge entwickelte frühzeitig hervorragende Geschicklichkeit und Handfertigkeit in den verschiedensten Dingen. Was hätte unter günstigeren Umständen nähergelegen, als ihn ein Handwerk lernen zu lassen? Aber unter dem Druck der Not mußte er in einer Textilfabrik in Großenhain Arbeit nehmen. Mehr und mehr fällt dem Sohne Karl die Rolle des Ernährers zu. Ein Streik der Weber und die hierbei kraß zutage tretende Parteilichkeit und Ungerechtigkeit der bürgerlichen Presse lösten in dem Jungen Empörung aus und brachten Karl Thiemig zur Arbeiterbewegung. Bereits mit 19 Jahren ist er eifriger Funktionär des Textilarbeiterverbandes, dessen Mitglied er am 22. Juni 1895 wurde. Sehr bald besaß er das Vertrauen nicht nur seiner Berufskollegen, sondern auch das der Arbeiterschaft, denn sie wählten ihn 1898 als Kassierer des Gewerkschaftskartells. Durch die Hände dieses jungen Kassierers liefen erhebliche Beträge, besonders aus den Sammlungen für den Hamburger Werstarbeiterstreik. Die organisierte Arbeiterschaft von Großenhain sah den Kollegen Thiemig ungern scheiden, als er 1898 nach Dresden ging. Dort trat er sofort wieder aktiv in den Vordergrund. Er war unterdessen Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes geworden und wurde zum Vorsitzenden unserer Zahlstelle Dresden gewählt, welche Stelle er von 1898 bis 1901 innehatte. Von 1901 bis 1904 war er Mitglied der Gaukommission (heute sagen wir Gauvorstand), von 1904 bis 1905 Kassierer der Zahlstelle. So hatte die Dresdener Mitgliedschaft reichlich Gelegenheit, die Arbeitskraft Thiemigs kennen und schätzen zu lernen. Er hat die Zahlstelle reorganisiert, man kann auch sagen rationalisiert, und ein tadelloses Funktionieren aller Teilgebiete und des Ganzen hergestellt. Daraus mit erwuchs der rasche Aufstieg der Zahlstelle Dresden. So konnte bzw. mußte bereits 1905 ein Geschäftsführer angestellt werden, weil die Arbeiten im Nebenamt nicht mehr erledigt werden konnten. Da war es eigentlich selbstverständlich, daß die Wahl auf Karl Thiemig fiel. Am 1. Juli 1905 trat er hauptberuflich an die Spitze der Zahlstelle, die sich dann so rasch entwickelte, daß bereits im Juli 1907 eine zweite Kraft angestellt werden mußte.

Unter der zielbewußten Leitung Thiemigs hat sich die Zahlstelle Dresden eine gut disziplinierte Mitgliedschaft herangebildet, desgleichen einen zuverlässigen Funktionärkörper.

Unterdessen war Karl Thiemig der Mitgliedschaft im Reich längst kein Unbekannter mehr. Und als im Jahre 1911 im Hauptbüro ein Sekretär angestellt wurde, da griff der Hauptvorstand aus der Zahl der Bewerber Karl Thiemig heraus. Nunmehr war es die Zahlstelle Dresden, die eine hervorragende Kraft bedurfte, als Thiemig am 1. April 1911 seinen neuen Posten in Hannover antrat und in seinem neuen Tätigkeitsgebiet so arbeitete, als sei er schon immer an derselben Stelle gewesen. Und weil er das verzweigte Arbeitsgebiet des ganzen Hauptbüros bald vollständig übernahm und beherrschte, und weil Thiemigs Arbeitskraft längst richtig erkannt war, deshalb wählte ihn der Verbandstag im Jahre 1920 in Hannover zum zweiten Vorsitzenden. Seit Schaffung unserer Verbandsschule im Jahre 1925 ist der Jubilar an dieser Schule als Lehrer mit tätig.

Auch auf politischem Gebiet hat sich der Kollege Thiemig betätigt. So war er Mitglied des Kreisvorstandes für den 5. sächsischen Wahlkreis, war 1910 Landtagskandidat für den 17. sächsischen Wahlkreis, war in Hannover Vorsitzender des hannoverschen Wahlkreisvorstandes und war eine Zeitlang Gemeinderatsmitglied in Empelde.

Karl Thiemig ist aufgestiegen aus den Niederungen, aus Not und Armut, hat sich emporgearbeitet, und der reiche Schatz seiner Lebenserfahrung, sein Organisations-talent und seine Dispositionsfähigkeit kommen dem Gesamtverband zugute. Wir wünschen ihm an seinem Ehrentage, daß er in voller Frische und ungeminderter Tatkraft noch recht lange gemeinsam mit uns wirken möge zum Wohle unserer Mitgliedschaft und der Arbeiterbewegung überhaupt!



### Michael Dirscherl 25 Jahre Gauleiter.

Der Aufstieg des früheren Glasarbeiterverbandes vollzog sich langsam, und wie in allen anderen Gewerkschaften waren Rückschläge im Aufstieg zu verzeichnen. Die Agitation mußte in Bahnen gelenkt werden, damit die neugewonnenen Mitglieder der Organisation erhalten blieben. Bereits im Jahre 1903 wurde der Gedanke laut, zwei Gauleiter anzustellen, aber es blieb leider bei dem Gedanken. Die Glasarbeiter vertraten damals in ihrer Mehrheit die Auffassung, daß neu anzustellende Beamte der

Organisation unnötige Kosten verursachen, das Geld gespart werden kann. Eine Auffassung, die nur schwer niederzukämpfen war, aber diese Idee mußte mit dem weiteren Erstarken der Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung gebracht werden. Der Verbandstag von 1905 in Jena faßte den Beschluß, zwei Gauleiter anzustellen. Gewählt wurden die Kollegen Michael Dirscherl (Fürth) und Reinhold Briße (Penzig), die beide am 1. Juli 1905 ihre Tätigkeit aufnahmen. Unser Kollege Briße ist bereits verstorben.

Unser Kollege Dirscherl begeht am 1. Juli 1930 sein 25jähriges Jubiläum als Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes, Abt. Keramischer Bund. Geboren am 27. September 1867, hat unser Kollege Dirscherl fast das 63. Jahr erreicht. Aber mit seltener Frische, mit ganzer Hingabe der Kraft eines Jüngeren tritt sich Dirscherl auch heute noch seiner aufreibenden Tätigkeit mit der größten Opferbereitschaft. Seine Jugend verlebte Dirscherl in der Oberpfalz (Zugern). Der Vater war Glasarbeiter. Was lag näher, als daß der Sohn in diesem Beruf ergriff.

Michael Dirscherls Jugendzeit war nicht die angenehmste, denn eine zahlreich-kinderstarke Familie war in der Familie vorhanden, und mit uns Erziehungswesen waren ständige Begleitererscheinungen. Nach der Schulabfassung trat er in die Glasfabrikerei ein, erlernte den Beruf des „Schleifers“. Frühzeitig regte sich in dem jungen Kollegen der Gedanke des Zusammenstehens. Er war der erste, den wir in der Oberpfalz für unsere Organisation und unsere Ideen gewinnen konnten. Was das bedeutete, kann nur der erfahrene, der den starken Einfluß des Alters nicht allein in der Oberpfalz, sondern auch an anderen Orten, vornehmlich Bayerns, kennt. Das führte auch zur Mahnung und zur dauernden Arbeitslosigkeit. Kollege Dirscherl mußte seinen Erwerb in der Oberpfalz aufgeben und fand Arbeit in Nürnberg-Fürth.

In der Spiegelstadt Fürth war die Organisationsfähigkeit keineswegs leichter. Wohl war bereits eine recht erhebliche Zahl der Glasarbeiter in Fürth Mitglied unseres Verbandes, aber wie die Glasindustriellen im allgemeinen, so auch in Fürth; sie setzten alles ein, um unseren Kollegen Dirscherl brotlos zu machen. Im Jahre 1896 blieb Dirscherl nach einem großen Streik auf der Strecke. Der Vertrauensmann der Glasarbeiter von Fürth, Michael Dirscherl, wird nicht mehr angestellt. Die Unzufriedenheit ging sogar so weit, daß Dirscherl auch in anderen Betrieben keine Arbeit fand. Als Gelegenheitsarbeiter beim Straßen- und Hausbau fand er endlich Arbeit. Der Verdienst lag, die Familie groß und Arbeit in Höhe und Fülle. So war der Lebensweg ein dornenvoller. Die einmal erwachte Idee, daß nur durch starken Zusammenhalt aller Glasarbeiter eine

Besserung der Lage geschaffen werden kann, war das Leitmotiv des Gedankens. So wurde die Zahlstelle Fürth unter seiner Leitung immer größer.

Der Einfluß unserer Kollegen in der sozialdemokratischen Parteifunktion war von nicht zu unterschätzender Bedeutung. So wurde Dirscherl angestellt als Inspektionsleiter für die sozialdemokratische Zeitung. In dieser Tätigkeit stand Dirscherl unter dem Einfluß unseres verstorbenen Genossen Adolf Braun, des Chefredakteurs der „Fränkischen Tagespost“. Unter diesem Einfluß wurden neue Anregungen gegeben, und Dirscherl wurde führend in der Fürther Gewerkschaftsbewegung.

Nachdem der Verbandstag in Jena den Beschluß gefaßt hatte, zwei Gauleiter anzustellen, wurde unserem Kollegen Dirscherl das große Gebiet für West- und Süddeutschland übertragen. In diesem Riesengebiet fand der neue Gauleiter ein großes Tätigkeitsfeld; aber auch der Aufstieg unseres Verbandes blieb nicht aus. Es war im Kreise unserer Kollegen Gemeingut geworden, die Gauleiter sind nicht zu entbehren. So sehen wir die Bewegung wachsen im Saargebiet, in Baden und Württemberg. Im letzteren zeigt sich nur eine kleine Glasindustrie, aber trotzdem ist Dirscherl auch in diesem Bezirk tätig. In Bayern mit seiner ausgedehnten Glasindustrie, macht der Verband große Fortschritte. Am Rhein wird die Organisation gefestigt, und nicht zuletzt ist unser Gauleiter Dirscherl im Thüringer Gebiet tätig, wird doch der erste Tarifvertrag in der Thermometerindustrie bald nach der Anstellung unseres Kollegen Dirscherl abgeschlossen. Durch die Tätigkeit in der Heimindustrie Thüringens, besonders unter den Fieberthermometerarbeitern — aber nicht minder bei den Christbaum schmuckarbeitern — erwirbt sich Dirscherl großes Vertrauen. Auch die Behörden erkennen an, daß nur durch die Gewerkschaftsbewegung eine Besserstellung der trostlosen Lage unserer Heimerbeiter herbeigeführt werden kann.

Die Kraft reicht kaum aus, aber die Tätigkeit ist nie verlagend. Rastlos geht es aus einem Bezirk in den anderen, und Achtung und Ansehen gewinnt die Organisation der Glasarbeiter.

Auf politischem und kommunalem Gebiet muß im Interesse der Arbeiterschaft gearbeitet werden. In der Oberpfalz wird Dirscherl als Kandidat der Sozialdemokratischen Partei zum Reichstag aufgestellt. Sein Gegner ist der bekannte Bauern doktor Heim. Keine Möglichkeit, den Kreis zu gewinnen; um so höher aber muß eingeschätzt werden, daß der nie ruhende Rufer und Werber Dirscherl für die Partei auf aussichtslosem Vorposten steht. Die Klinge wird mit dem Gegner gekreuzt, wenn auch der Sieg noch nicht zu erwarten ist.

Auf kommunalpolitischem Gebiet ist Dirscherl in Fürth hervorragend tätig. Seit langen Jahren wirkt Dirscherl als Stadtrat von Fürth und ist in dem städtischen Parlament ein geachteter und beliebter Mitarbeiter.

Seit der Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband und der Gründung des Keramischen Bundes ist unser Jubilar Gauleiter des Keramischen Bundes im Fabrikarbeiterverband. Wir dürfen ohne jede Ueberhebung aussprechen, daß es unserem Kollegen Dirscherl gelungen ist, in nie verlagender Tätigkeit durch das Gefühl innerer Kollegialität und Zusammengehörigkeit das Vertrauen aller Glasarbeiter wie aller derer zu erobern, die unseren Dirscherl kennengelernt haben.

So ist der Aufstieg des früheren Glasarbeiterverbandes, des jetzigen Keramischen Bundes, sowie des Fabrikarbeiterverbandes unserem Dirscherl mit zu verdanken.

25 Jahre als Gauleiter lassen viel Freude in der Familie schlen, denn der Beruf zwingt, bald in diesem, bald in jenem Bezirk die Tätigkeit aufzunehmen. Michael Dirscherl hat in seiner langen Tätigkeit weder Mühe noch Arbeit gescheut. Wir bringen unserem Jubilar an diesem Tage unsere herzlichste Gratulation zu seinem 25jährigen Jubiläum dar und wünschen, daß er noch recht lange seinen Platz in voller Gesundheit ausfüllen möge.

### Luitse Zietz in Eschershausen.

Von August Meier.

Als wir an einem schönen Herbstmorgen 1901 zur Arbeit gingen, sahen wir an den Telegraphenstangen und an den Ecken verschiedener Häuser Zettel angeklebt mit dem Inhalt, daß am selben Abend im Saale des Gastwirts Kuhlmann eine Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands stattfinden. Als Referentin war für diese Versammlung Luitse Zietz (Hamburg) vorgesehen. Natürlich bildete dieses bevorstehende Ereignis in dem 2000 Einwohner zählenden Städtchen Gesprächsstoff für den ganzen Tag, denn daß eine Frau auch Reden halten könne, hatte man ja in Eschershausen noch nicht gehört. Einige Spießbürger, die das Gras wachsen hörten, wußten „aus ganz bestimmter Quelle“, daß in Wirklichkeit gar keine Frau als Redner käme, sondern ein von den Sozialdemokraten als Frau verkleideter Mann. Der Abend kam heran, und die Versammlung war von Männern und Frauen sehr gut besucht. Selbstverständlich durften der Polizeiwachmeister Litsch und der Polizeiergeant Buchholz nicht fehlen. Kaum hatte der erste Bevollmächtigte Wilhelm Warncke die Versammlung eröffnet, als sich auch schon der Polizeiwachmeister erhob und erklärte, daß auf Grund des Braunschweigischen Vereinsgesetzes sich Frauen an politischen Versammlungen und Vereinen nicht beteiligen dürften. Dazu gehöre selbstverständlich auch die Referentin, und er fordere daher sämtliche Frauen auf, den Saal zu verlassen. Falls dieses nicht geschehe, würde er die Versammlung auflösen.

Mit derartigen Geistesblitzen hatte die Versammlungsleitung sicherlich nicht gerechnet; aber sie mußte trotzdem auf. Ein redogewandter Genosse war nicht zur Stelle, und so erklärte denn der Versammlungsleiter die Versammlung für geschlossen und bat die Anwesenden, noch bei einem Glase Bier ein Stündchen zusammenzubleiben, was auch geschah. Luitse Zietz ging nun zu den verschiedenen Gruppen und machte eine schöne Anzahl Neuaufnahmen für den Verband. Die Polizei hatte das Vergnügen, mit zusehen zu dürfen, wie die einzelnen Kollegen ihren Beitritt erklärten. Einen Abend später fand eine Versammlung in Hohenberg statt. Dieses Dörfchen gehört zum Amtsbezirk Stadoldendorf, also hatte die Stadoldendorfer Polizei über das Wohl der Einwohner Hohenbergs zu machen. Sie schien aber sehr modern zu sein, denn sie ließ Genossin Zietz ungestört reden. Der Staat Braunschweig ist aber durch diese Rede nicht zusammengebrochen.

Den dritten Abend sollte Genossin Zietz in Holzen (Polizeibezirk Eschershausen) reden, und es war klar, daß die Polizei dieses nicht dulden würde. Um aber mit der Polizei abrechnen zu können, hatte sich die Zahlstellenleitung mit dem ehrenamtlichen Gauleiter unseres Verbandes, dem „Kavajambuder“ Fritz Ohlendorf, in Verbindung gesetzt, damit dieser noch einen Referenten besorge. Die Versammlung war sehr gut besucht. Leider kam kein Redner. Nach Eröffnung der Versammlung erlebten wir das selbe Komödienstück wie in Eschershausen. Die Polizei verlangte sogar, die Frauen sollten den Nebenraum (Schenke) verlassen. Für den nicht erschienenen Referenten sprang Schneidermeister August Morie ein. In einer kurzen, kernigen Ansprache wies er auf die Notwendigkeit der Organisation hin und geißelte das Verhalten der Polizei. Dann wurde die Versammlung geschlossen, die Frauen, auch Genossin Zietz, durften wieder in den Saal, und nun konnte die Genossin Zietz wieder eine Anzahl Neuaufnahmen machen.

Die Polizei ließ aber trotzdem nicht davon ab, der Arbeiterschaft immer wieder deutlich vor Augen zu führen, daß sie im allgemeinen und die Frauen im besonderen keine Rechte im Staate hätten, denn einige Jahre später, als der Maurer Heinrich Nieke in Eschershausen in einer Versammlung sprach, forderte der diensthabende Gendarm Haase, daß alle Stühle und Schirme aus dem Saal gebracht würden. (Wo Schirme sind, werden die Leute leicht überspannt. Außerdem war die Polizei selbst Schirm genug.)

Doch allen diesen Maßnahmen zum Trotz hat sich unser Verband doch gehalten. Aus unserer Zahlstelle Eschershausen gingen später die Zweigvereine der Maurer sowie der Steinarbeiter und verschiedene andere hervor, und wenn heute im Bezirk Eschershausen eine gute Arbeiter- sowie Genossenschaftsbewegung vorhanden ist, so dürfte dieses in erster Linie mit auf die Pionierarbeit zurückzuführen sein, die unser Verband dort geleistet hat. Mancher unserer braven Vorkämpfer, der unter den größten Entbehrungen hier Pionierarbeit geleistet hat, ruht längst unter kühnem Regen. Ihrer aller sei heute, da unser Verband eine Astenarmee geworden ist, ehrend gedacht.

